



INSTITUT FÜR ANGEWANDTE  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

---

# **Vorstudie „Vermögenssituation und denkbare Fördermodelle zur Kapitalbildung in Ostdeutschland“**

## **Abschlussbericht**

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung ·  
Schaffhausenstr. 73 · 72072 Tübingen · [www.iaw.edu](http://www.iaw.edu)

Tübingen, den 31. März 2025

## Projektleitung und Ansprechpartner

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.

Dipl.-Soz. Rolf Kleimann

Schaffhausenstraße 73

72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 9896-26

E-Mail: [rolf.kleimann@iaw.edu](mailto:rolf.kleimann@iaw.edu)

## Stellvertretende Projektleitung

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.

Dr. Natalie Herdegen

Schaffhausenstraße 73

72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 9896-19

E-Mail: [natalie.herdegen@iaw.edu](mailto:natalie.herdegen@iaw.edu)

## Autoren

Dr. Natalie Herdegen

Dr. Andreas Koch

Marcel Reiner, M.A.

Dr. Tobias Scheu

Jan Simon Wiemann, M.Sc.

Philipp Ziegler

## Wissenschaftliche Beratung

Prof. Dr. Martin Biewen

Diese Studie verwendet Daten aus dem Panel on Household Finances der Deutschen Bundesbank sowie dem Sozio-ökonomischen Panel und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Die veröffentlichten Ergebnisse und die damit zusammenhängenden Beobachtungen und Analysen entsprechen möglicherweise nicht den Ergebnissen oder Analysen der Datenproduzenten.

## Inhaltsverzeichnis

---

Inhaltsverzeichnis .....	3
Abbildungsverzeichnis .....	5
Tabellenverzeichnis .....	8
Kurzfassung.....	9
1 Einleitung: Hintergrund, Ziele und Inhalte der Studie .....	14
2 Bestandsaufnahme der aktuellen Vermögenssituation (Arbeitspaket 1).....	16
2.1 Kurzzusammenfassung .....	16
2.2 Einleitung .....	17
2.3 Daten .....	19
2.4 Vermögensdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland .....	21
2.5 Zusammensetzung der Vermögen .....	34
2.6 Vermögensaufbau.....	40
2.7 Ausgewählte Determinanten der Vermögensbildung.....	46
3 Nutzung von Anlageformen und Förderinstrumenten (Arbeitspaket 2) .....	52
3.1 Kurzzusammenfassung .....	52
3.2 Einleitung .....	53
3.3 Nutzung verschiedener Anlageformen .....	54
3.4 Nutzung staatlicher Fördermöglichkeiten zur Vermögensbildung .....	58
4 Treiber und Barrieren für die Nutzung verschiedener Anlageformen und Förderinstrumente (Arbeitspaket 3).....	79
4.1 Kurzzusammenfassung .....	79
4.2 Einleitung – Ziele, Untersuchungsgegenstand und Methodik der Analyse ..	80
4.3 Vorstellungen von Vermögen und Ziele des Vermögensaufbaus .....	90
4.4 Ziele des Vermögensaufbaus .....	93
4.5 Anlageerfahrungen und Finanzwissen .....	96
4.6 Treiber und Barrieren für den Vermögensaufbau und die Nutzung verschiedener Anlageformen .....	100
4.7 Staatliche Förderinstrumente: Nutzung und Perspektiven.....	113
5 Handlungsempfehlungen zur Förderung des Vermögensaufbaus zur Verringerung der Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (Arbeitspaket 4) .	127
5.1 Einleitung .....	127

5.2	Kernbefunde der empirischen Untersuchung .....	128
5.3	Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Vermögensaufbau.....	130
5.4	Handlungsempfehlungen zur Stärkung und Weiterentwicklung von Förderinstrumenten zum Vermögensaufbau .....	131
5.5	Weitergehender Forschungsbedarf.....	132
6	Literaturverzeichnis.....	135
7	Anhänge .....	140
7.1	Anhang – Arbeitspaket 1.....	140
7.2	Anhang – Arbeitspaket 2.....	149
7.3	Anhang – Arbeitspaket 3.....	155

## Abbildungsverzeichnis

---

Abbildung 2-1: Vermögensentscheidungsprozesse in Haushalten (PHF).....	21
Abbildung 2-2: Entwicklung des individuellen Vermögens in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf .....	23
Abbildung 2-3: Entwicklung des Vermögens in Ost- und Westdeutschland für Frauen und Männer im Zeitverlauf .....	25
Abbildung 2-4: Durchschnittliches Vermögen nach Altersgruppen .....	26
Abbildung 2-5: Median und Durchschnitt des Vermögens nach der Lebensphase in sechs Geburtsjahrgängen.....	28
Abbildung 2-6: Durchschnitt, Median und ausgewählte Perzentile des Vermögens nach Bildungsabschluss in 2017 .....	29
Abbildung 2-7: Vermögen nach der Position auf der Nettoäquivalenzverteilung.....	30
Abbildung 2-8: Median und Durchschnitt des Vermögens nach Haushaltstyp (2017) ..	32
Abbildung 2-9: Anteil der Personen mit Vermögen in Ost- und Westdeutschland .....	35
Abbildung 2-10: Anteil der Personen mit Vermögen in Ost- und Westdeutschland – nach Vermögensart .....	35
Abbildung 2-11: Durchschnittsvermögen in Ost- und Westdeutschland nach Vermögensarten im Zeitverlauf .....	37
Abbildung 2-12: Relative Anteile der Vermögensarten am Durchschnittsvermögen in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf (positives und negatives Vermögen).....	38
Abbildung 2-13: Zusammensetzung der Finanzvermögen in 2018 (EVS) .....	40
Abbildung 2-14: Zusammensetzung der Vorsorgevermögen in 2018 (EVS).....	40
Abbildung 2-15: Wichtigstes Sparmotiv beim Vermögensaufbau (PHF) .....	42
Abbildung 2-16: Sparquote zwischen 2002 und 2017 .....	43
Abbildung 2-17: Durchschnittlicher Sparbetrag zwischen 2002 und 2017 .....	44
Abbildung 2-18: Personen mit Erbschaften bzw. Schenkungen in den letzten 15 Jahren (SOEP) .....	45
Abbildung 2-19: Anteil der Personen in Erwartung zukünftiger Erbschaften (PHF) .....	45
Abbildung 2-20: Erbschaftshöhe (SOEP) .....	46
Abbildung 2-21: Risikopräferenzen auf individueller- (SOEP) und Haushaltsebene (PHF).....	47
Abbildung 2-22: Vermögen nach Risikopräferenzen (SOEP) .....	48
Abbildung 2-23: Individuelle finanzielle Allgemeinbildung in Ost- und Westdeutschland (SOEP, 2016/18) .....	49
Abbildung 2-24: Finanzielle Allgemeinbildung in Ost- und Westdeutschland (PHF) ....	50
Abbildung 3-1: Nutzung verschiedener Anlageformen (EVS) .....	55
Abbildung 3-2: Anteil kapitalmarktgebundenen Vermögens am Finanzvermögen insgesamt, ohne Tagesgeld (EVS) .....	56
Abbildung 3-3: Nutzung verschiedener Anlageformen in Mehrpersonenhaushalten mit Kind(ern) im Jahr 2018 (EVS) .....	57
Abbildung 3-4: Verbreitung und Höhe vermögenswirksamer Leistungen (EVS) .....	61
Abbildung 3-5: Verbreitung vermögenswirksamer Leistungen nach Haushaltstyp in Prozent (EVS).....	63
Abbildung 3-6: Verbreitung vermögenswirksamer Leistungen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung in Prozent (EVS) .....	64
Abbildung 3-7: Nutzung der verschiedenen Anlageformen im Rahmen vermögenswirksamer Leistungen (EVS) .....	65
Abbildung 3-8: Geschätzte Steuermindereinnahmen durch die Arbeitnehmersparzulage auf Bundesebene.....	66
Abbildung 3-9: Wohneigentumsquote nach Bundesländern im Jahr 2022.....	68
Abbildung 3-10: Verbreitung und Höhe der Eigenheimzulage (SOEP) .....	69

Abbildung 3-11: Verbreitung der Eigenheimzulage nach Quartilen der Nettoäquivalenzverteilung (SOEP) .....	70
Abbildung 3-12: Anteil der Haushalte mit Förderung im Rahmen des Baukindergelds (SOEP) .....	71
Abbildung 3-13: Aufwendungen durch die Wohnungsbauprämie auf Bundesebene ...	72
Abbildung 3-14: Anteil geförderter Haushalte durch das Wohneigentumsprogramm der KfW (2023) .....	73
Abbildung 3-15: Verbreitung der Riester- und Rürup-Renten (SOEP).....	75
Abbildung 3-16: Verbreitung der Riester-Renten nach Haushaltstyp im Jahr 2020 (SOEP) .....	76
Abbildung 3-17: Verbreitung der Riester- Renten nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung im Jahr 2020 (SOEP) .....	76
Abbildung 3-18: Durchschnittliches Riester- und Rürup-Guthaben im Jahr 2018 (EVS) .....	77
Abbildung 3-19: Anlageformen der Riester- und Rürup- Verträge im Jahr 2021 (PHF)	78
Abbildung 4-1: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen der Fokusgruppenteilnehmenden (in Euro) .....	88
Abbildung 4-2: Teilnehmendenzahl nach Branchenzugehörigkeit der Arbeitgeber.....	89
Abbildung 4-3: Assoziationen der Fokusgruppenteilnehmenden zum Begriff „Vermögen“.....	90
Abbildung 7-1: Entwicklung des Vermögens auf der Ebene der Haushalte in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf (EVS).....	140
Abbildung 7-2: Entwicklung des Vermögens auf der Ebene der Haushalte in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf (PHF).....	140
Abbildung 7-3: Vermögen in Ost- und Westdeutschland inklusive Ausbildungskredite und Fahrzeuge (2017) .....	141
Abbildung 7-4: Entwicklung des Vermögens in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf nach dem Wohnort in 1989 .....	141
Abbildung 7-5: Anteil der Bevölkerung nach Wohnort in 1989.....	142
Abbildung 7-6: Entwicklung des Vermögens in Ost- und Westdeutschland für Frauen und Männer im Zeitverlauf (EVS) .....	143
Abbildung 7-7: Entwicklung des Vermögens in Ost- und Westdeutschland für Frauen und Männer im Zeitverlauf (PHF) .....	143
Abbildung 7-8: Durchschnittliches Vermögen nach Altersgruppen (EVS).....	144
Abbildung 7-9: Durchschnittliches Vermögen nach Altersgruppen (PHF) .....	144
Abbildung 7-10: Durchschnitt, Median und ausgewählte Perzentile des Vermögens nach Bildungsabschluss in 2018 (EVS) .....	145
Abbildung 7-11: Durchschnitt, Median und ausgewählte Perzentile des Vermögens nach Bildungsabschluss in 2021 (PHF) .....	145
Abbildung 7-12: Median und Durchschnitt des Vermögens nach Haushaltstyp (EVS) .....	146
Abbildung 7-13: Median und Durchschnitt des Vermögens nach Haushaltstyp (PHF) .....	146
Abbildung 7-14: Haushalte mit Erbschaften bzw. Schenkungen insgesamt (PHF) ....	147
Abbildung 7-15: Vermögen nach Risikopräferenzen (PHF) .....	148
Abbildung 7-16: Vermögen nach der financial literacy (PHF) .....	148
Abbildung 7-17: Nutzung verschiedener Anlageformen von Alleinlebenden mit höchstens 64 Jahren im Jahr 2018 (EVS).....	149
Abbildung 7-18: Nutzung verschiedener Anlageformen von Alleinlebenden über 64 Jahren im Jahr 2018 (EVS).....	149
Abbildung 7-19: Nutzung verschiedener Anlageformen von Alleinerziehenden im Jahr 2018 (EVS).....	150
Abbildung 7-20: Nutzung verschiedener Anlageformen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder mit HV im Alter von höchstens 64 Jahren im Jahr 2018 (EVS) .....	150

Abbildung 7-21: Nutzung verschiedener Anlageformen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder mit HV im Alter von mindestens 65 Jahren im Jahr 2018 (EVS).....	151
Abbildung 7-22: Nutzung verschiedener Anlageformen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung im Jahr 2018: Haushalte im ersten Quartil (EVS) .....	151
Abbildung 7-23: Nutzung verschiedener Anlageformen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung im Jahr 2018: Haushalte im zweiten Quartil (EVS).....	152
Abbildung 7-24: Nutzung verschiedener Anlageformen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung im Jahr 2018: Haushalte im dritten Quartil (EVS) .....	152
Abbildung 7-25: Nutzung verschiedener Anlageformen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung im Jahr 2018: Haushalte im vierten Quartil (EVS).....	153
Abbildung 7-26: Höhe der vermögenswirksamen Leistungen nach Haushaltstyp (EVS) .....	153
Abbildung 7-27: Höhe der vermögenswirksamen Leistungen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung (EVS) .....	154

## Tabellenverzeichnis

---

Tabelle 2-1: Haushaltstypen .....	32
Tabelle 4-1: Zusammensetzung, Termin und Ort der Fokusgruppen .....	87
Tabelle 4-2: Erfahrungen der Fokusgruppenteilnehmenden mit Anlageformen und staatlichen Förderprogrammen .....	98
Tabelle 4-3: Finanzwissen der Fokusgruppenteilnehmenden.....	99

## Kurzfassung

Die vorliegende Studie zur Vermögenssituation und zu potenziellen Fördermodellen für den Kapitalaufbau in Ostdeutschland basiert auf dem politischen Ziel der Bundesregierung, gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet zu schaffen. Zentrale Aufgabe dieser Studie ist es, bestehende Unterschiede in der Vermögensbildung zwischen Ost- und Westdeutschland systematisch zu erfassen und darauf aufbauend geeignete Handlungsoptionen zur Reduzierung dieser Ungleichgewichte zu entwickeln. Die Studie basiert zum einen auf einer umfassenden Analyse statistischer Sekundärdaten wie SOEP, PHF und VSE, zum anderen auf qualitativen Erhebungen zu den Treibern und Barrieren des Vermögensaufbaus aus insgesamt acht Fokusgruppendiskussionen. Im Folgenden werden die Kernbefunde und Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Studie vorgestellt.

Die **Bestandsaufnahme der aktuellen Vermögenssituation (Kapitel 2)** zeigt anhaltende Unterschiede in den Vermögen zwischen Ost- und Westdeutschland. Der relative Abstand der Vermögen von Personen in Ost- und Westdeutschland hat sich im Zeitraum von 2002 bis 2017 leicht vergrößert. Frauen verfügen in beiden Landesteilen nach wie vor über geringeres Vermögen als Männer, wobei die Differenz im Osten weniger stark ausgeprägt ist. Eine Betrachtung einzelner Geburtsjahrgänge zu bestimmten Zeitpunkten des Lebensverlaufs – etwa beim Übergang in den Ruhestand, in der mittleren Erwerbsphase oder in der Endphase der Erwerbstätigkeit – ergibt ein differenziertes Bild. In Ostdeutschland verzeichnen jüngere Kohorten in der späten Erwerbsphase tendenziell steigende Vermögen. Diese positive Entwicklung lässt sich in Westdeutschland nicht beobachten. Dadurch nähern sich die durchschnittlichen Vermögen beider Regionen in diesen Lebensphasen von Kohorte zu Kohorte an. Trotz dieser Annäherung bleibt der absolute Vermögensunterschied weiterhin deutlich.

Zwar besteht in beiden Landesteilen ein **positiver Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Vermögen**, allerdings sind in Ostdeutschland auch höhere Bildungsabschlüsse mit vergleichsweise geringen Vermögen verbunden. Insbesondere drei Gruppen in Ostdeutschland verfügen über sehr wenig oder gar kein Vermögen: Personen mit niedriger formaler Bildung, Personen in Haushalten mit niedrigem Nettoäquivalenzeinkommen und Personen der Geburtskohorte 1978 bis 1987 in ihrer mittleren Erwerbsphase.

Personen in Westdeutschland verfügen häufiger über ein positives Nettovermögen als Personen in Ostdeutschland. Eine Betrachtung der **Zusammensetzung der Vermögen** zeigt, dass Geldanlagen und Versicherungen bzw. Bausparverträge die häufigsten Vermögensarten in Ost- wie in Westdeutschland sind. In Westdeutschland ist der Anteil der Personen, die über **selbstgenutztes Wohneigentum** verfügen, nach wie vor höher als in Ostdeutschland; im Zeitverlauf ist kaum eine Angleichung zu beobachten. In Bezug auf das **Finanzvermögen** zeigen sich Unterschiede mit Blick auf das Risikoprofil: Risikoärmere Optionen (Tagesgeld, Sparbuch-/guthaben und sonstiges Bankguthaben) werden deutlich stärker in Ostdeutschland genutzt als in Westdeutschland. Die risikoreichen Anlagen (Aktien, Aktienfonds) machen hingegen in Westdeutschland einen größeren Anteil aus als in Ostdeutschland.

In Ostdeutschland hat ein geringerer Anteil der Bevölkerung in den letzten 15 Jahren **geerbt** als in Westdeutschland und es werden vor allem deutlich niedrigere Beträge übertragen als in Westdeutschland. Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen hinsichtlich der Häufigkeit der jeweiligen Erbschaftsarten zeigen sich insbesondere bei Wohneigentum und Grundbesitz. Mit Blick auf den Anteil der Haushalte, die in Zukunft eine Erbschaft erwarten, ist eine leichte Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland zu erkennen.

In der Gesamtbevölkerung ist der Anteil derjenigen, die **sparen**, im Zeitraum zwischen 2002 und 2017 in beiden Landesteilen nahezu gleich hoch. Unter denjenigen, die jünger sind als 55 Jahre, ist dieser Anteil in Westdeutschland zunächst deutlich höher, ab circa 2005 zeigt sich eine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland. Bei den über 64-Jährigen liegt der Anteil derjenigen, die sparen, in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland. Der durchschnittliche monatliche Sparbetrag steigt im Zeitverlauf an, wobei er in Westdeutschland auf einem deutlich höheren Niveau liegt als in Ostdeutschland. Die Differenz der monatlichen Sparbeträge zwischen den beiden Landesteilen wächst über die Zeit. Hinsichtlich der **Sparmotive** gibt es nur geringe Unterschiede. Haushalte in Ost- und Westdeutschland bauen demnach aus ähnlichen Gründen Vermögen auf.

Auch die **Risikopräferenzen** sind in Ost- und Westdeutschland sehr ähnlich. Ein Unterschied zwischen den beiden Landesteilen besteht allerdings im Zusammenhang zwischen dem Vermögen und der Risikopräferenz. Während der Zusammenhang zwischen durchschnittlichem Vermögen und Risikofreude in Westdeutschland positiv ist, haben stark risikofreudige Personen in Ostdeutschland ein niedrigeres durchschnittliches Vermögen als weniger risikofreudige oder auch risikoaverse Personen. Der Anteil der Personen mit geringer **financial literacy** ist in Ostdeutschland etwas höher als in Westdeutschland, während der Anteil der Personen mit einer sehr hohen **financial literacy** in Westdeutschland höher ist als in Ostdeutschland. Letzteres könnte eine Erklärung für die stärkere Nutzung von risikoreicheren Anlagestrategien in Westdeutschland sein.

Die Analyse der **Nutzung verschiedener Anlageformen und Förderinstrumente (Kapitel 3)** zeigt, dass sich Strategien zur Vermögensbildung in Ost- und Westdeutschland in den letzten Jahren verändert haben. Die Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen hinsichtlich der Nutzung verschiedener Anlageformen und Förderprogramme bestehen jedoch weiterhin.

Seit Mitte der 2000er Jahre ist sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland eine gestiegene Bedeutung **kapitalmarktgebundener Anlagen** zu beobachten. Dabei hat sich auch die Zusammensetzung des kapitalmarktgebundenen Vermögens zugunsten risikoreicherer Formen wie Aktien und Aktienfonds verschoben. Allerdings investieren ostdeutsche Haushalte im Vergleich zu westdeutschen nach wie vor stärker in risikoärmere Anlageformen mit entsprechend geringeren Renditechancen.

Die untersuchten staatlichen Förderinstrumente zur Vermögensbildung werden bzw. wurden in Ostdeutschland mit Ausnahme des Baukindergelds insgesamt seltener und in geringerem Umfang genutzt als in Westdeutschland. So machen Haushalte in Ostdeutschland durchschnittlich seltener von **vermögenswirksamen Leistungen** Ge-

brauch als jene in Westdeutschland und auch die angesparten Guthaben sind in Ostdeutschland geringer. Daneben hat die **Arbeitnehmersparzulage** seit 2005 deutlich an Bedeutung verloren. Zwar dürften tendenziell mehr ostdeutsche Beschäftigte förderberechtigt sein, da ihre Einkommen häufiger unterhalb der jeweiligen Grenzen liegen. Die insgesamt rückläufige Bedeutung der Arbeitnehmersparzulage deutet jedoch darauf hin, dass ihre Rolle für die Vermögensbildung in Ostdeutschland nicht wesentlich sein dürfte.

Bei der ausgelaufenen **Eigenheimzulage** gibt es nur marginale Unterschiede in der durchschnittlichen Fördersumme zwischen Ost und West. In Ostdeutschland haben vor allem einkommensstärkere Haushalte die Förderung in Anspruch genommen. Der Anteil der durch das **Baukindergeld** geförderten Haushalte war in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Dies dürfte auf die kinder- und nicht einkommensabhängige Förderhöhe zurückzuführen sein, wodurch der relative Anteil der staatlichen Förderung am gesamten Investitionsvolumen der Haushalte in Ostdeutschland aufgrund tendenziell niedrigerer Wohneigentumspreise höher ausfällt. Im **Wohneigentumsprogramm der KfW** werden dagegen in Ostdeutschland prozentual weniger Haushalte gefördert als in Westdeutschland, was mit der insgesamt geringeren Wohneigentumsbildung zusammenhängen könnte.

Im Bereich der **privaten Altersvorsorge** sind in Ostdeutschland geringere Guthaben in den Riester-Verträgen festzustellen als in Westdeutschland. Gleichzeitig stagniert die Verbreitung von Riester-Verträgen seit 2010 sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. Die Rürup-Rente wird dagegen in Ostdeutschland ähnlich häufig genutzt wie in Westdeutschland, allerdings auf einem im Vergleich zur Riester-Rente insgesamt sehr niedrigen Niveau.

Die Vermögensbildung in Deutschland ist demnach vor allem durch eine Zunahme des kapitalmarktbezogenen Vermögens – insbesondere in risikoreicheren Formen – gekennzeichnet, während staatliche Förderprogramme zunehmend an Bedeutung verlieren. Die Inanspruchnahme staatlicher Förderprogramme ist in Ostdeutschland tendenziell geringer als in Westdeutschland.

Eine vertiefende qualitative Untersuchung der **Treiber und Barrieren der Vermögensbildung (Kapitel 4)** beleuchtet auf der Grundlage von acht Fokusgruppendifiskussionen mit insgesamt 58 Teilnehmenden aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen die Präferenzen und Hindernisse der Nutzung sowie die Bewertung von Anlageformen und Förderinstrumenten.

Die Analyse zeigt, dass **historische, soziale und kulturelle Faktoren** weiterhin Einfluss auf die Wahrnehmung von Vermögen sowie auf die Motivationen, Ziele und Handlungsmuster im Umgang mit Geld haben. Aber auch **soziodemographische und sozioökonomische Merkmale** der Teilnehmenden spielen eine wichtige Rolle. Besonders das Alter und das Einkommen wirken sich nicht nur auf die Verfügbarkeit von Vermögen, sondern auch auf den Umgang mit Finanzprodukten und auf die persönlichen Anlagestrategien aus. Ostdeutsche zeigen tendenziell eine höhere Präferenz für Sicherheit in ihren Anlageentscheidungen, beeinflusst auch durch die wirtschaftlichen Unsicherheiten der Transformationsjahre nach der Wende. Westdeutsche neigen zu einer größeren Risikobereitschaft, was unter anderem auf eine längere Tradition und Vertrautheit mit Kapitalmarktanlagen zurückgeführt werden kann.

Die Fokusgruppendiskussionen zeigen eine große Bandbreite bereits genutzter bzw. relevanter **Anlagestrategien** unter den Teilnehmenden. Viele schätzen Immobilien und staatlich geförderte Altersvorsorgepläne wie die Riester-Rente als relativ sichere Anlageformen. Zugleich gibt es, gerade unter den jüngeren und besser gebildeten Teilnehmenden, eine Offenheit für innovative Anlagentypen, einschließlich digitaler Finanzdienstleistungen und nachhaltiger Investitionen. Die Vielfalt der diskutierten Strategien verdeutlicht, dass unterschiedliche soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen das Anlageverhalten prägen und keine einheitliche Präferenz für bestimmte Formen der Vermögensbildung oder eine bestimmte Zusammensetzung des Vermögens besteht.

Die Bedeutung einer soliden **Finanzbildung** wird in den Fokusgruppendiskussionen wiederholt hervorgehoben. Die Teilnehmenden betonen, dass ein gutes Informationsniveau und ein fundiertes Finanzwissen entscheidend seien, um die verfügbaren Anlagentypen zu bewerten und informierte Entscheidungen zu treffen. Nach Einschätzung der Teilnehmenden werden diese wichtigen Kenntnisse oft nur unzureichend vermittelt, sowohl in schulischen Einrichtungen als auch in anderen Bildungsformaten.

Die Teilnehmenden schätzen **staatliche Förderprogramme** besonders, wenn diese klar strukturiert, leicht zugänglich und sicher erscheinen. Diese Einstellungen spiegeln das Bedürfnis nach finanzieller Sicherheit wider. Eine transparente und verständliche Kommunikation dieser Programme ist entscheidend, um das Vertrauen zu stärken und die Nutzungsbereitschaft zu fördern.

Ausgehend von fünf Kernbefunden zu den Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland werden schließlich in **Kapitel 5 konkrete Handlungsempfehlungen zur Förderung des Vermögensaufbaus und zur Reduzierung der Vermögensunterschiede** skizziert.

Die Handlungsempfehlungen zielen einerseits auf eine **Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Vermögensaufbau** ab: Dazu wird empfohlen, die **Finanzbildung systematisch auszubauen**, um die Bürgerinnen und Bürger weiter für die Bedeutung der Vermögensbildung zu sensibilisieren und faktenbasierte Entscheidungen durch eine solide Wissensbasis zu stärken. Finanzwissen sollte frühzeitig in der schulischen Bildung verankert und für benachteiligte Gruppen gezielt gefördert werden, aber auch Erwachsene sollten Zugang zu solchen Weiterbildungsangeboten erhalten. Außerdem sollten beim **Vermögensaufbau einkommensschwächere Gruppen** noch stärker in den Blick genommen werden, insbesondere in Ostdeutschland. Dies könnte beispielsweise durch gezielte Sparanreize und niedrigschwellige Informationsangebote unterstützt werden. Zur Vermeidung früher Konsumschulden bei Jugendlichen sind präventive Bildungsangebote und ggf. rechtliche Schutzmechanismen zu prüfen.

Andererseits werden eine **Stärkung und Weiterentwicklung bestehender Förderinstrumente** empfohlen. Vermögenswirksame Leistungen und die Arbeitnehmersparzulage könnten vermehrt gefördert werden, beispielsweise durch eine einkommensunabhängige Förderung für junge Menschen und gezielte Anreize für Arbeitgeber. Kapitalmarktbasierte Fördermodelle – etwa staatlich unterstützte ETF- oder Fondssparpläne – sollten ausgebaut und flexibler gestaltet werden, um auch einkommensschwache Haus-

halte zu erreichen. Schließlich sollte die Wohnungsbauförderung stärker auf Vermögensbildung für breite Bevölkerungsschichten ausgerichtet und der Zugang zu Wohneigentum durch finanzielle Erleichterungen wie zinsgünstige Kredite oder niedrigere Kaufnebenkosten erleichtert werden.

Die Ergebnisse des Berichts zeigen deutlichen **Forschungsbedarf in mehreren Bereichen**, um den Vermögensaufbau gezielter fördern und bestehende Ungleichheiten wirksam verringern zu können. Besonders zu den vermögenswirksamen Leistungen ist die Datenlage lückenhaft. Ihre systematische Erfassung in Sekundärdaten wäre notwendig, um ihre Rolle im Vermögensaufbau bewerten und Weiterentwicklungspotenziale, insbesondere im Hinblick auf Ostdeutschland, analysieren zu können. Auch betriebliche Hemmnisse – etwa Tarifbindung oder Betriebsgröße – sollten dabei berücksichtigt werden.

Im Bereich der kapitalmarktbasierten Förderung fehlt bislang ein spezifisches Instrument für ETF- und Fondssparpläne. Da solche Produkte insbesondere für einkommensschwächere Haushalte attraktiv sein könnten, wird die Einführung eines staatlich geförderten Modells empfohlen – unter enger wissenschaftlicher Begleitung und unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen. Für die Wohneigentumsförderung wird eine vertiefte Analyse bestehender Programme wie dem Baukindergeld angeregt. Zudem sollte geprüft werden, wie auch eine nicht sanierungsgebundene Nutzung von Bestandsimmobilien stärker gefördert werden kann.

Darüber hinaus fehlen bislang verlässliche Daten zur Inanspruchnahme staatlicher Förderungen und zur betrieblich organisierten Vermögensbildung. Ergänzende quantitative Erhebungen und qualitative Interviews könnten hier Aufschluss über Entscheidungsprozesse und Zugangshürden geben. Ein Mixed-Methods-Ansatz könnte zudem helfen, die in Fokusgruppen geäußerte Skepsis gegenüber staatlicher Förderung systematisch zu untersuchen. Nicht zuletzt wäre eine genauere Definition der Zielgruppe „einkommensschwächere Haushalte“ hilfreich, um Fördermaßnahmen treffsicherer zu gestalten.

## 1 Einleitung: Hintergrund, Ziele und Inhalte der Studie

---

Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen nach wie vor signifikante Unterschiede in Bezug auf Höhe, Art und Verteilung des privaten Vermögens. Infolge der jahrzehntelangen Existenz zweier politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich divergierender Systeme entwickelten sich unterschiedliche Rahmenbedingungen für die Vermögensbildung. Diese strukturellen Gegebenheiten wirken bis heute nach. Sie manifestieren sich unter anderem darin, dass Vermögen in Ost- und Westdeutschland weiterhin ungleich verteilt sind – sowohl in Bezug auf ihre absolute Höhe als auch hinsichtlich der Vermögensstruktur.

Auch die Voraussetzungen für die Vermögensbildung unterscheiden sich damit weiterhin: Im Osten Deutschlands wirken sich unter anderem das niedrigere Einkommensniveau, ein geringerer Immobilienbesitz sowie ein geringeres Erbschaftsvolumen hemmend auf den Vermögensaufbau aus. Differenzen zeigen sich auch in den Anlagepräferenzen und im Finanzwissen.

Während viele Aspekte der Ursachen und Ausprägungen dieser Unterschiede in der Forschung bereits breit untersucht wurden, besteht weiterhin Erkenntnisbedarf hinsichtlich der Frage, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten diese Disparitäten verringert werden können – und welche Rolle dem Staat bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bezug auf Privatvermögen zukommt. Noch nicht abschließend geklärt ist zudem, welche Treiber und Barrieren – sei es individueller, sozialer oder struktureller Art – den Vermögensaufbau in Ost- und Westdeutschland beeinflussen.

In der wissenschaftlichen wie politischen Debatte werden vor diesem Hintergrund kontinuierlich die Wirkungsweisen, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse staatlicher Förderinstrumente zur Vermögensbildung diskutiert. Auch Vorschläge, den Vermögensaufbau in Ostdeutschland gezielt – etwa durch kapitalmarktgebundene Instrumente – zu fördern, werden verstärkt in Erwägung gezogen.

Ziel der vorliegenden Studie ist es, zentrale Aspekte dieser Debatte systematisch darzustellen und zu analysieren. Damit soll eine fundierte Grundlage geschaffen werden für die Bewertung von Bedarf, Eignung und Umsetzbarkeit möglicher Maßnahmen zur Reduzierung der Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Vier Kernfragen stehen dabei im Mittelpunkt:

- Welche strukturellen Differenzen bestehen zwischen Menschen in Ost- und Westdeutschland hinsichtlich des Privatvermögens?
- In welchem Umfang werden unterschiedliche Anlageformen und bestehende staatliche Fördermodelle bislang genutzt – und welche Wirkung entfalten sie?
- Welche Faktoren wirken als Treiber oder Barrieren für den Vermögensaufbau sowie für die Nutzung bestehender Anlage- und Förderinstrumente?
- Welche Handlungsempfehlungen lassen sich aus den Befunden für die Weiterentwicklung oder Neukonzeption entsprechender Maßnahmen ableiten?

Zur Beantwortung dieser Fragen greift die Studie auf ein Mixed-Methods-Design zurück, das sowohl die Auswertung einschlägiger Sekundärdaten als auch eigene qualitative Erhebungen umfasst.

**Kapitel 2** enthält eine detaillierte Bestandsaufnahme der Vermögenssituation in Ost- und Westdeutschland. Grundlage sind Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP), der Studie zur wirtschaftlichen Lage privater Haushalte (PHF) sowie der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Analysiert werden insbesondere Höhe, Zusammensetzung und Verteilung der Vermögen, differenziert nach Haushalts- und Personenebene sowie unter Berücksichtigung von Alter, Geschlecht und Bildung. Ergänzend werden Einflussfaktoren wie Haushaltsstruktur, Risikoneigung, finanzielle Allgemeinbildung („financial literacy“) und Sparmotive betrachtet, um strukturelle Unterschiede besser zu erfassen.

Aufbauend auf diesen Befunden untersucht **Kapitel 3**, in welchem Umfang Haushalte in Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Anlageformen und staatliche Förderinstrumente zur Vermögensbildung nutzen bzw. genutzt haben. Im Fokus stehen unter anderem vermögenswirksame Leistungen, die Wohneigentumsförderung (Wohnungsbauprämie, Eigenheimzulage, Baukindergeld) sowie die Förderung der privaten Altersvorsorge. Dabei werden auch regionale Unterschiede bei Einkommen, Immobilienpreisen und Förderkonditionen berücksichtigt, die Einfluss auf die Inanspruchnahme dieser Maßnahmen haben können.

**Kapitel 4** widmet sich den Treibern und Hemmnissen bei der Nutzung von Anlageformen und Förderinstrumenten. Zur vertieften Analyse individueller Handlungsmuster und Motivation wurde ein qualitatives Forschungsdesign gewählt: In acht Fokusgruppen mit insgesamt 58 Teilnehmenden, die einen breiten Querschnitt der Bevölkerung abbilden, wurden unter moderierter Anleitung persönliche Erfahrungen, Einstellungen und Bewertungen zu Vermögen, Anlagestrategien und Förderangeboten diskutiert. Diese Gruppengespräche erlauben tiefe Einblicke in Wahrnehmungen, Entscheidungsprozesse und kulturelle Prägungen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Frage, inwieweit regionale Herkunft und sozioökonomische Sozialisation den Zugang zu Vermögen sowie die Bewertung von Vermögensbildungsmaßnahmen beeinflussen.

Die Erkenntnisse aus den Kapiteln 2 bis 4 bilden die Grundlage für **Kapitel 5**, in dem unter besonderer Berücksichtigung ostdeutscher Rahmenbedingungen Handlungsempfehlungen für die zukünftige Gestaltung staatlicher Förderinstrumente abgeleitet werden. Dabei geht es sowohl um die Weiterentwicklung bestehender als auch um die mögliche Einführung neuer, gezielter Maßnahmen zur Vermögensförderung. Außerdem wird weiterer Forschungsbedarf skizziert, der zu einer Verankerung bzw. Konkretisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen beitragen kann.

Die Studie liefert damit einerseits ein differenziertes Bild der aktuellen Vermögensverteilung und der Bedingungen für Vermögensbildung in Ost- und Westdeutschland. Andererseits formuliert sie auf Basis empirischer Befunde konkrete Vorschläge zur Reduktion bestehender Disparitäten. Die Ergebnisse sollen damit zu dem Ziel beitragen, langfristig gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herzustellen, strukturelle Ungleichheiten abzubauen und effektive Strategien zur Förderung der Vermögensbildung – insbesondere in Ostdeutschland – zu entwickeln.

## 2 Bestandsaufnahme der aktuellen Vermögenssituation (Arbeitspaket 1)

### 2.1 Kurzzusammenfassung

---

Der vorliegende Abschnitt der Studie zur Vermögenssituation und zu denkbaren Fördermodellen zur Kapitalbildung in Ostdeutschland stellt die aktuelle Lage der Vermögensverhältnisse, die Höhe und Zusammensetzung der Vermögen sowie die Bedeutung verschiedener Anlageformen in Ost- und Westdeutschland basierend auf einer Sekundärdatenauswertung des Sozio-oekonomischen Panels, der Studie zur wirtschaftlichen Lage privater Haushalte und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe dar.

Zunächst zeigt sich ein anhaltender Unterschied zwischen den Vermögen in Ost- und Westdeutschland, sowohl bei der Betrachtung des Medianvermögens, als auch bei der Betrachtung des durchschnittlichen Vermögens oder des Vermögens am 75. oder 90. Perzentil der Vermögensverteilung. Der relative Vermögensabstand zwischen Personen in Ost- und Westdeutschland hat sich zwischen 2002 und 2017 leicht vergrößert.

Frauen verfügen in beiden Landesteilen nach wie vor über ein geringeres Vermögen als Männer. Allerdings fällt die geschlechtsspezifische Vermögensdifferenz in Ostdeutschland geringer aus als in Westdeutschland. In der Betrachtung des gesamten Lebensverlaufs (ohne Beachtung von Kohorteneffekten) zeigt sich eine zunehmende Vermögensspreizung zwischen Ost- und Westdeutschland. Wird allerdings das Vermögen einzelner Geburtsjahrgänge zu spezifischen Zeitpunkten, wie etwa dem Eintritt in den Ruhestand oder der Endphase der Erwerbstätigkeit, betrachtet, zeigt sich ein differenzierteres Bild. In der Endphase der Erwerbstätigkeit weist im Osten jede jüngere Geburtskohorte steigende Vermögen auf. Diese positive Entwicklung ist in Westdeutschland nicht zu beobachten, sodass sich zu diesem Lebenszeitpunkt die durchschnittlichen Vermögen in Ost- und Westdeutschland von Geburtskohorte zu Geburtskohorte angleichen. Ähnliches gilt auch für die späte Erwerbsphase. Der absolute Vermögensunterschied ist allerdings weiterhin hoch.

In beiden Landesteilen besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Vermögen. Allerdings ist in Ostdeutschland auch ein höherer Abschluss mit einem vergleichsweise geringen Vermögen verbunden. Insgesamt ergibt die Teilgruppenanalyse, dass insbesondere drei Gruppen in Ostdeutschland über sehr wenig oder gar kein Vermögen verfügen: Personen mit niedriger formaler Bildung, Personen in Haushalten mit niedrigem Nettoäquivalenzeinkommen und Personen der Geburtskohorte 1978 bis 1987 in ihrer mittleren Erwerbsphase.

Personen in Westdeutschland verfügen häufiger über ein positives Nettovermögen als Personen in Ostdeutschland. Eine Betrachtung der Zusammensetzung der Vermögen zeigt, dass Geldanlagen und Versicherungen bzw. Bausparverträge die häufigsten Vermögensarten in Ost- wie in Westdeutschland sind. In Westdeutschland ist der Anteil der Personen, die über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen, nach wie vor höher als in Ostdeutschland; im Zeitverlauf ist keine Angleichung zu beobachten. Insgesamt sind die

Unterschiede in den jeweiligen Anteilen der verschiedenen Vermögensarten am Gesamtvermögen zwischen Ost- und Westdeutschland allerdings gering.

In Bezug auf das Finanzvermögen zeigen sich Unterschiede bei den nicht-riskanten Bestandteilen (Tagesgeld, Sparbuch/-guthaben und sonstiges Bankguthaben) und den risikanten Bestandteilen (Aktien, Aktienfonds). Erstere werden deutlich stärker in Ostdeutschland genutzt als in Westdeutschland. Die riskanten Anlagen machen hingegen in Westdeutschland einen größeren Anteil aus als in Ostdeutschland. In Ostdeutschland hat die Riesterrente eine höhere Bedeutung.

Wird die Gesamtbevölkerung betrachtet, so ist der Anteil derjenigen, die sparen, im Zeitraum zwischen 2002 und 2017 in Ostdeutschland nahezu gleich hoch wie in Westdeutschland. Unter denjenigen, die jünger sind als 55 Jahre, ist dieser Anteil in Westdeutschland zunächst deutlich höher, ab circa 2005 zeigt sich eine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland. Bei den über 64-Jährigen liegt der Anteil derjenigen, die sparen, in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland. Der durchschnittliche monatliche Sparbetrag steigt im Zeitverlauf an, wobei er in Westdeutschland auf einem deutlich höheren Niveau liegt als in Ostdeutschland. Die Differenz der monatlichen Sparbeträge zwischen den beiden Landesteilen wächst über die Zeit.

In Ostdeutschland hat ein niedrigerer Anteil der Bevölkerung in den letzten 15 Jahren geerbt als in Westdeutschland und es werden vor allem deutlich geringere Beträge übertragen als in Westdeutschland. Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen hinsichtlich der Häufigkeit der jeweiligen Erbschaftsarten zeigen sich insbesondere bei Wohneigentum und Grundbesitz. Der Anteil der Haushalte in Ostdeutschland, die in Zukunft eine Erbschaft erwarten, hat sich zwischen 2011 und 2021 verdoppelt. Zudem ist eine leichte Angleichung der Anteile derjenigen, die eine Erbschaft erwarten, zwischen Ost- und Westdeutschland zu erkennen.

Im Bericht werden weitere Faktoren betrachtet, die potenziell in Zusammenhang mit den Vermögensdifferenzen in Ost- und Westdeutschland stehen. Es zeigt sich, dass es nur geringe Unterschiede hinsichtlich der Spar motive gibt. Haushalte in Ost- und Westdeutschland bauen demnach aus ähnlichen Gründen Vermögen auf. Auch die Risikopräferenzen sind in Ost- und Westdeutschland sehr ähnlich. Ein Unterschied zwischen den beiden Landesteilen besteht allerdings im Zusammenhang zwischen dem Vermögen und der Risikopräferenz. Der Anteil der Personen mit geringer *financial literacy* ist in Ostdeutschland etwas höher als in Westdeutschland, während der Anteil der Personen mit einer sehr hohen *financial literacy* in Westdeutschland höher ist als in Ostdeutschland.

## 2.2 Einleitung

---

Die der Studie zur Vermögenssituation und zu denkbaren Fördermodellen zur Kapitalbildung in Ostdeutschland zugrundeliegenden Fragestellungen sind durch das Ziel der Bundesregierung motiviert, gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland aufgezeigt und Strategien zu deren Überwindung entwickelt werden.

Für die Diskussion über staatliche Fördermaßnahmen zur Verringerung der bestehenden Vermögensungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland ist die Kenntnis der aktuellen Lage hinsichtlich der Vermögensverhältnisse, der Höhe und Zusammensetzung der Vermögen sowie der Bedeutung verschiedener Anlageformen unerlässlich. Eine Betrachtung der genannten Aspekte erlaubt es, strukturelle Vermögensdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland aufzuzeigen.

Die bereits vorliegende Literatur liefert hier eindeutige Ergebnisse: Die Bevölkerung in Ostdeutschland ist weniger vermögend (Grabka und Halbmeier 2019) und besitzt weniger Wohneigentum (Krieger et al. 2021). Darüber hinaus ist die Aktionärsquote geringer (Laudenbach et al. 2020), Erbschaften und Schenkungen kommen seltener vor und das Volumen der Übertragungen fällt geringer aus als in den westdeutschen Bundesländern (Baresel et al. 2021).

Aus diesen Befunden ergeben sich die Leitfragen, die den im Folgenden dargestellten Ergebnissen zugrunde liegen. Es wird der Frage nachgegangen, über welche Vermögensarten und -höhen die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland verfügt, welchen Einfluss die Haushaltsgröße und -struktur auf die Vermögenssituation haben und welche Unterschiede der Vermögensstrukturen zwischen sozialen Gruppen und Bildungsschichten bestehen. Dazu wird ein umfassender Vermögensbegriff angewendet, der neben dem Vermögen selbst auch Schulden umfasst. Vermögensarten und -höhen in Ost- und Westdeutschland werden im Vergleich dargestellt und es wird der Bedeutung der Beteiligung am Kapitalmarkt für das Finanzvermögen nachgegangen. Die Darstellung erfolgt sowohl auf der Haushalts- als auch der Personenebene, ebenso wie differenziert nach Alter, Geschlecht und Bildung. Die Ergebnisse sollen zudem eine Einschätzung zu Unterschieden in möglichen Einflussfaktoren liefern. Deshalb werden Analysen zur Risikoeinstellung, zur finanziellen Allgemeinbildung sowie zur Sparquote, zu Sparmotiven und -fähigkeit dargestellt.

Die Ergebnisse basieren auf der Auswertung dreier Datensätze, die sich für eine Bestdandsaufnahme der aktuellen Vermögenssituation privater Haushalte in Deutschland mit der Möglichkeit einer Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland insbesondere eignen: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), die Studie zur wirtschaftlichen Lage privater Haushalte (PHF) und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Dabei ist zu beachten, dass mit allen drei Datensätzen lediglich Auswertungen von Daten vor dem Jahr 2020 vorgenommen werden. Damit können Änderungen im Vermögen, die sich durch die Corona-Pandemie, den Anstieg der Inflation und insbesondere der Energiepreise ergeben haben, nicht abgebildet werden.

Die hier präsentierte Sekundärdatenanalyse bildet die Grundlage für die im Rahmen der Studie durchzuführenden qualitativen Erhebungen zu Treibern und Barrieren für die Nutzung verschiedener Anlageformen und Förderinstrumente.

## 2.3 Daten

Die Auswertungen und Darstellungen dieser Studie basieren auf drei Datenquellen. Die Datensätze verfügen hierbei über unterschiedliche Stärken und Schwächen, die insgesamt eine Beantwortung der Leitfragen ermöglichen.

Das **Sozio-oekonomische Panel** (SOEP) ist eine seit 1984 laufende jährliche Befragung von etwa 40.000 Personen in Deutschland. Die Daten des SOEP umfassen Informationen auf der Ebene der Haushalte sowie über die einzelnen Haushaltsmitglieder. Das SOEP beinhaltet in den Wellen 2002, 2007, 2012 und 2017 ausführliche Informationen zum individuellen Vermögen der Befragten und dessen Bestandteilen (siehe bspw. Bönke et al. 2019; Cordova et al. 2021; Fuchs-Schündeln et al. 2010).

Das **Panel on Household Finances** (Studie zur wirtschaftlichen Lage privater Haushalte [PHF]) erfasst die Vermögen in ihren Wellen 2011, 2014, 2017 und 2021 auf der Ebene der Haushalte (siehe bspw. Biewen et al. 2024). Zuletzt wurden etwa 1.000 Haushalte für die neuen Bundesländer und Berlin befragt. Im PHF sind vermögende Haushalte tendenziell überrepräsentiert, um die Vermögenszusammensetzung der Haushalte in Deutschland besser abzubilden.

Die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe** (EVS) ist eine Haushaltsbefragung, die vom Statistischen Bundesamt in fünfjährigen Abständen durchgeführt wird. Sie umfasst etwa 80.000 Haushalte (2023), ca. 18.000 davon in den neuen Bundesländern und Berlin. Ziel der Erhebung ist eine detaillierte Erfassung einzelner Vermögenskomponenten und der Verschuldung, sowie die Einkommen und Konsumausgaben der Haushalte in Deutschland (siehe bspw. Fuchs-Schündeln et al., 2010). Da ausschließlich Haushalteinkommen bis 18.000 Euro pro Monat berücksichtigt werden und Haushalte mit hohem Einkommen tendenziell auch über hohe Vermögensbestände verfügen, gibt es in der EVS potenziell eine Untererfassung der großen Vermögen.

Für unsere Analysen harmonisieren wir die Grundgesamtheiten der drei Datenquellen bestmöglich. Für die Vermögensdarstellungen berücksichtigen wir nur Personen ab 17 Jahren, bei den Daten auf Haushaltsebene werden nur Haushalte mit einem Haushaltvorstand oder -vorständin (HV)<sup>1</sup> ab 17 Jahren einbezogen. Dies liegt hauptsächlich daran, dass im SOEP die Vermögensfragen nur von Personen ab 17 Jahren beantwortet werden. Zudem fehlen für die sogenannten Migrationsstichproben<sup>2</sup> im SOEP Vermögensinformationen. Wir verzichten auf eine Äquivalenzgewichtung der Vermögen mittels Bedarfsgewichten, wie sie bei Haushaltseinkommen häufig angewendet wird, da Ska-

<sup>1</sup> Der oder die HV ist die Person mit dem besten Wissen über die Haushaltseigenschaften, Einkommen, Vermögen etc. und in der Regel die Person, die in der Befragung den Haushaltsfragebogen beantwortet.

<sup>2</sup> Migrationsstichproben werden nicht aus der Gesamtbevölkerung, sondern aus verschiedenen Gruppen von Migrantinnen und Migranten gezogen. Bereits zu Beginn der Datenerhebung 1984 gab es eine gesonderte Stichprobeneziehung unter sogenannten „Gastarbeitern“. Im Zeitverlauf wurde diese Stichprobe um Personen erweitert, die später und aus einer deutlich größeren Anzahl an Ländern zugewandert sind. Die jüngste Erweiterung bezieht sich auf eingewanderte Fachkräfte aus Ländern außerhalb der EU. Daneben wurden seit 2016 mehrere Stichproben unter Geflüchteten gezogen.

Ieneffekte bei Vermögenswerten nicht relevant sind. Zum Beispiel ändert sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis eines Aktienpakets nicht, wenn eine weitere Person in den Haushalt einzieht, anders als bei Gebrauchsgütern wie Waschmaschinen oder Möbeln. Die Repräsentativität der Ergebnisse wird durch Hochrechnungsfaktoren gewährleistet, die in allen Analysen berücksichtigt und von den Datenanbietern bereitgestellt werden.

Wir grenzen Ost- und Westdeutschland wie folgt voneinander ab: Westdeutschland setzt sich aus den zehn alten Bundesländern zusammen<sup>3</sup>, Ostdeutschland aus den neuen Bundesländern<sup>4</sup>, wobei Berlin aufgrund der geteilten Historie weder den ost- noch den westdeutschen Bundesländern zugeschrieben wird. Im PHF wird Berlin jedoch Ostdeutschland zugewiesen, da in den Daten keine Bundesländer, sondern nur die Regionen Nord, Ost, Süd und West differenziert werden. Somit zeigen die Analysen auf Basis des SOEP und der EVS Ergebnisse für die ostdeutschen Flächenländer ohne Berlin, während bei den auf dem PHF basierenden Ergebnissen der Ausschluss Berlins nicht möglich ist.

Die Deskriptionen und Analysen werden zunächst auf individueller Ebene durchgeführt. Dies erscheint vor dem Hintergrund einiger relevanter Merkmale sinnvoll, wie bspw. dem Geschlecht oder dem Bildungsniveau. Insbesondere für Differenzierungen nach den Risikopräferenzen und der *financial literacy* ist die Betrachtung auf individueller Ebene intuitiver und transparenter als auf der Ebene der Haushalte. Auf der Ebene der Haushalte (PHF und EVS) wird nach den Eigenschaften des HV differenziert, womit Eigenschaften etwaiger Haushaltsteilnehmer nicht berücksichtigt werden. Dies macht Differenzierungen entlang individueller Merkmale, wie bspw. der Bildung, unschärfer. Allerdings werden Anlageentscheidungen in der Regel gemeinsam innerhalb eines Haushalts getroffen, sofern mehrere Personen in einem Haushalt leben (Abbildung 2-1). Diesen Aspekt gilt es bei der Interpretation der individuellen Vermögen zu berücksichtigen.<sup>5</sup> Im SOEP wird dieser Aspekt berücksichtigt, indem der individuelle Anteil an dem spezifischen Vermögenswert erfragt wird.<sup>6</sup> Ergänzend wird an einigen Stellen der Untersuchung die Ebene der Haushalte beleuchtet.

Das folgende Kapitel 2.4 stellt die Vermögenssituation in Ost- und Westdeutschland dar. In Abschnitt 2.5 wird die Zusammensetzung der Vermögen detailliert beleuchtet. Hier werden die einzelnen Vermögenskomponenten eingehend untersucht und insbesondere Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland herausgearbeitet. Die Abschnitte 2.6 und 2.7 beleuchten mögliche Gründe für unterschiedliche Vermögensbestände in Ost- und Westdeutschland.

---

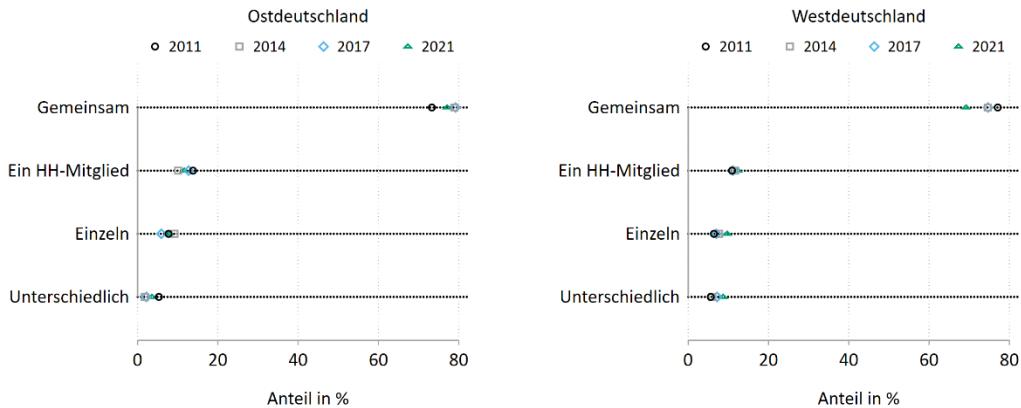
<sup>3</sup> Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

<sup>4</sup> Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

<sup>5</sup> Betrachtet man die Vermögen auf individueller Ebene, könnte dies dazu führen, dass zwei Personen bspw. stark unterschiedliche Vermögen besitzen, aber beide aufgrund eines gemeinsamen Haushalts für etwaige finanzielle Notlagen oder Investitionen abgesichert sind. Dies betrifft auch die Nutzung verschiedener Vermögensarten, die möglicherweise auf individueller Ebene stärker gestreut sind als auf der Ebene der Haushalte.

<sup>6</sup> Teilen sich bspw. zwei Haushaltsteilnehmer das Wohneigentum zu je 50 Prozent, wird der Gesamtwert beiden Personen häufig zugeschrieben. Der Wert des Vermögens bleibt auf der Ebene der Haushalte somit korrekt, während gleichzeitig die individuelle Ebene als Untersuchungsgegenstand genutzt werden kann.

Abbildung 2-1: Vermögensentscheidungsprozesse in Haushalten (PHF)



Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung.

## 2.4 Vermögensdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland

Dieses Kapitel beleuchtet die Vermögensverhältnisse und deren Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Es bildet die Grundlage der weiteren Studieninhalte, die einerseits eine detaillierte Analyse der Vermögenssituation in beiden Landesteilen umfassen. Andererseits ermöglichen die hier präsentierten Ergebnisse eine Einordnung potenzieller Fördermodelle zum Vermögensaufbau in Ostdeutschland im Kontext der historischen und aktuellen Vermögensverteilung. Da die zeitliche Entwicklung der Vermögen und ihrer Differenzen ein zentraler Aspekt der Studie ist, betrachten wir die Vermögensverteilungen seit 2002.

Unsere Analyse erfolgt auf zwei Ebenen: Zum einen auf der Ebene der Individuen, gestützt auf den Daten des SOEP, zum anderen auf der Haushaltsebene, wofür wir die EVS sowie das PHF heranziehen. Subgruppenanalysen entlang individueller Merkmale können allerdings nur ungenau auf der Ebene der Haushalte durchgeführt werden. Dies liegt daran, dass sich das individuelle Merkmal, nach dem differenziert wird, nur auf eine Person im Haushalt beziehen kann. Dazu wird beispielsweise die Person herangezogen, die den größten Anteil zum Haushaltseinkommen beiträgt. Aus diesem Grund wird hauptsächlich das SOEP für die Darstellungen, die nach individuellen Merkmalen differenzieren, herangezogen. Ergänzend wird an einigen Stellen auf die Zusammenhänge auf der Ebene der Haushalte verwiesen.

Diese mehrdimensionale Betrachtungsweise ermöglicht ein umfassendes Verständnis der Vermögensdynamiken in Ost- und Westdeutschland und bildet die Grundlage für mögliche politische Handlungsempfehlungen, die im weiteren Projektverlauf aus einer Zusammenschau der Datenanalysen und der Erkenntnisse aus den Fokusgruppen entwickelt werden.

In Abschnitt 2.4.1 werden zunächst allgemeine Entwicklungen der Vermögen in Ost- und Westdeutschland präsentiert. In Abschnitt 2.4.2 werden darauf aufbauend verschiedene

Teilgruppen differenziert, deren Analyse zum Verständnis der Entstehung der Vermögensverteilung und -unterschiede in Ost- und Westdeutschland relevant ist.

#### 2.4.1 Individuelle Vermögensverteilung

Abbildung 2-2 veranschaulicht die Verteilung der individuellen Vermögen in Ost- und in Westdeutschland in den Jahren 2002, 2007, 2012 und 2017. Dazu werden der Median, der Durchschnitt, das 75. und das 90. Perzentil herausgegriffen. Der Median des Vermögens in Ostdeutschland liegt 2017 bei 11.000 Euro. Das bedeutet: 50 Prozent der Personen in Ostdeutschland besitzen ein Vermögen von mind. etwa 11.000 Euro (siehe Infobox). In Westdeutschland beträgt der Wert des Vermögens am Median 26.000 Euro. Am 75. Perzentil beträgt das Vermögen bereits 63.000 Euro (Ost) bzw. 142.000 Euro (West). Am 90. Perzentil nimmt es sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland etwa den doppelten Wert des 75. Perzentils an.

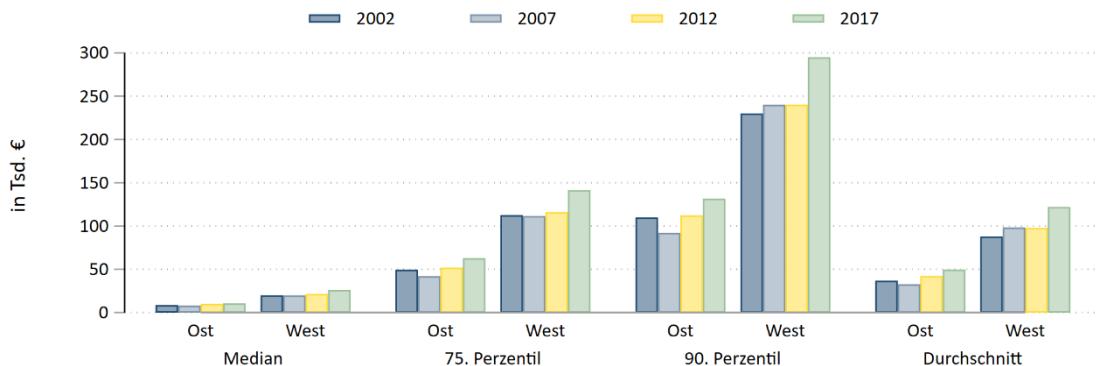
Auch bei den durchschnittlichen Vermögen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Das Durchschnittsvermögen in Ostdeutschland beträgt in 2017 etwa 50.000 Euro, während es in Westdeutschland mit circa 122.000 Euro deutlich höher ausfällt.

##### Interpretation von statistischen Maßen zur Beschreibung einer Verteilung:

Der **Durchschnitt** der Vermögen ergibt sich aus der Summe aller Vermögenswerte geteilt durch die Anzahl der Individuen. Er kann jedoch durch extreme Werte stark beeinflusst werden. Daher betrachten wir auch Perzentile, die die Bevölkerung basierend auf ihrem Vermögen in Gruppen einteilen. Das 50. Perzentil (**Median**), teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen: 50 Prozent haben ein geringeres und 50 Prozent haben ein höheres Vermögen als dieser Wert. Das **75. Perzentil** zeigt den Wert an, den das Vermögen von 75 Prozent der Individuen unterschreitet, während 25 Prozent ein höheres Vermögen besitzen. Analog bildet sich das **90. Perzentil**: Hier haben 90 Prozent der Bevölkerung weniger und 10 Prozent mehr Vermögen als der angegebene Wert.

Läge das 75. Perzentil bei 100.000 Euro, bedeutete dies, dass 75 Prozent der Bevölkerung weniger als 100.000 Euro Vermögen besäßen, während 25 Prozent mehr Vermögen besäßen.

Abbildung 2-2: Entwicklung des individuellen Vermögens in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Bei einer Betrachtung der nominalen Werte zeigt sich, dass das Vermögen seit 2002 sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland steigt. So wächst zum Beispiel das durchschnittliche Vermögen im Betrachtungszeitraum in Ostdeutschland um 35 Prozent und in Westdeutschland um knapp 39 Prozent. In Ostdeutschland sind zwischen 2002 und 2007 vereinzelt Rückgänge der Perzentile und des Mittelwerts zu beobachten, die aber jeweils bis 2012 wieder kompensiert werden. In Westdeutschland zeigt sich von 2012 bis 2017 ein relativ großer Sprung der Vermögen, insbesondere am oberen Ende der Vermögensverteilung (vgl. Grabka und Halbmeier 2019). Dieser Sprung zwischen 2012 und 2017 ist zwar auch in Ostdeutschland zu beobachten, fällt aber weniger stark aus. Dies könnte auf die Bedeutung von Immobilien und die Entwicklung der Immobilienpreise zurückzuführen sein (siehe dazu Abschnitt 2.5.2).

Auffällig ist der anhaltende Unterschied zwischen den Vermögen in Ost- und Westdeutschland über die gesamte Verteilung. So ist der Median in Ostdeutschland im Jahr 2017 um 15.000 Euro niedriger als in Westdeutschland. Die Vermögensdifferenz am jeweiligen 75. Perzentil beträgt bereits 79.000 Euro. Das 90. Perzentil in Ostdeutschland ist etwa so hoch wie das 75. Perzentil in Westdeutschland. Diese Vermögensunterschiede sind bereits in bestehenden Untersuchungen zu den Vermögen in Deutschland nachgewiesen worden (bspw. Bartels und Schröder 2020; Grabka 2014; Grabka und Halbmeier 2019; Kleimann et al. 2019).

Zudem hat sich der relative Vermögensabstand zwischen Personen in Ost- und Westdeutschland zwischen 2002 und 2017 leicht vergrößert. So ist das durchschnittliche Vermögen in Westdeutschland im Jahr 2002 um den Faktor 2,38 höher als in Ostdeutschland, während dieser im Jahr 2017 auf 2,44 angestiegen ist. Auch beim Median nimmt der relative Abstand im Beobachtungszeitraum zu.<sup>7</sup>

Die Vermögen auf der Ebene der Haushalte zeigen in der EVS und dem PHF ähnliche Muster auf. Im Jahr 2018 beträgt das durchschnittliche Vermögen der Haushalte in Ost-

<sup>7</sup> Für eine Darstellung der Vermögen, die nach dem Wohnort im Jahr 1989 differenziert, wird auf Abschnitt 7.1.2 im Anhang verwiesen.

deutschland nach den Daten der EVS rund 93.000 Euro, während es in Westdeutschland circa 194.000 Euro beträgt und damit deutlich höher ausfällt (Abbildung 7-1 und Abbildung 7-2 im Anhang).

Die Daten des SOEP ermöglichen im Jahr 2017 die Berücksichtigung von Ausbildungskrediten und Kraftfahrzeugen in den Vermögen (Abbildung 7-3 im Anhang). Dies führt im Vergleich zu den Werten in der vorherigen Abbildung zu einem Anstieg des durchschnittlichen Vermögens um 15.000 Euro in Ostdeutschland und um 14.000 Euro in Westdeutschland. Auch die Percentile sind in 2017 jeweils höher als ohne die Berücksichtigung dieser beiden Komponenten. Da Fahrzeuge entlang der Vermögensverteilung eine unterschiedliche Bedeutung haben, zum Beispiel im unteren Bereich eher als Gebrauchsgegenstand und im oberen Bereich auch als Investitionsgut, und da für die Jahre 2002, 2007 und 2012 keine Informationen vorliegen, beziehen sich die folgenden Darstellungen auf den Vermögensbestand ohne Fahrzeuge und ohne Studienkredite.

## 2.4.2 Teilgruppenanalyse

---

Nachdem im vorherigen Abschnitt die Vermögensbestände der Gesamtbevölkerung analysiert wurden, erfolgt nun eine detaillierte Betrachtung relevanter Teilgruppen. Diese Differenzierung ermöglicht ein besseres Verständnis der Vermögensverteilung in Ost- und Westdeutschland und der potenziellen Mechanismen, die zur Erklärung der regionalen Unterschiede beitragen könnten. Die Darstellung der Vermögen in den demografischen und sozioökonomischen Teilgruppen, etwa differenziert nach dem Geschlecht, der Bildung oder dem Alter, liefert wertvolle Hinweise für die Ausgestaltung politischer Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung, insbesondere in Ostdeutschland.

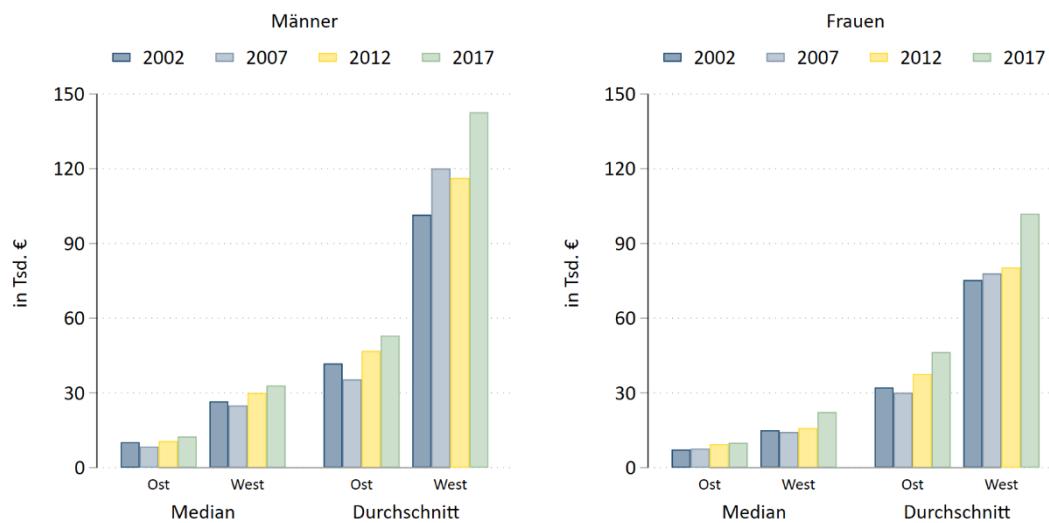
### 2.4.2.1 Geschlecht

Eine Differenzierung nach Geschlecht ist vor dem Hintergrund der geschlechtsspezifischen Erwerbsbeteiligung eine notwendige Ergänzung zur Beschreibung der Vermögen und ihrer Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Zum einen ist das Erwerbseinkommen ein relevanter Faktor für die Vermögensbildung. Zum anderen gibt es strukturelle Unterschiede der Erwerbsbeteiligung der beiden Geschlechter in Ost- und Westdeutschland (Cordova et al. 2021). So sind Männer überwiegend in Vollzeit beschäftigt, während Frauen häufig in Teilzeit arbeiten und ihre Arbeitszeit aufgrund von Kinderbetreuungszeiten häufiger reduzieren oder unterbrechen als Männer. Vor diesem Hintergrund erscheint die Vermögensbildung für Männer einfacher. In Ostdeutschland sind die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung allerdings geringer, was auch zu geringeren Vermögensunterschieden zwischen den Geschlechtern in Ostdeutschland führen könnte.

Darüber hinaus können sich Unterschiede in der finanziellen Bildung (*financial literacy*) zwischen Männern und Frauen in den Vermögen widerspiegeln. Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Wissen über Finanzmärkte, Anlagentypen und Risiken können sich auf die Anlagestrategien auswirken. In Kombination mit geschlechtsspezifi-

schen Risikopräferenzen führt dies tendenziell zu konservativeren Vermögensbildungsstrategien bei Frauen, was zu geringeren Kapitalerträgen führen kann (Almenberg und Dreber 2015; Cordova et al. 2021).

**Abbildung 2-3: Entwicklung des Vermögens in Ost- und Westdeutschland für Frauen und Männer im Zeitverlauf**



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Abbildung 2-3 zeigt, dass Frauen über ein geringeres Vermögen verfügen als Männer. Dieser Befund gilt sowohl über die Jahre hinweg als auch innerhalb Ost- und Westdeutschlands. Der Median liegt für Frauen in Ostdeutschland bei rund 77 Prozent des Medians für Männer (West: 67 Prozent, Stand 2017). Das durchschnittliche Vermögen der Frauen in Ostdeutschland erreicht im Jahr 2017 etwa 87 Prozent des durchschnittlichen Vermögens der Männer in Ostdeutschland (West: 71 Prozent). Demnach fällt die geschlechtsspezifische Vermögensdifferenz in Ostdeutschland geringer aus als in Westdeutschland. Dies könnte auf die bereits erwähnte höhere Erwerbstätigkeit von Frauen in Ostdeutschland im Vergleich zu Frauen in Westdeutschland zurückzuführen sein (Cordova et al. 2021).

Darüber hinaus bestätigt sich der allgemeine Befund des geringeren Vermögens in Ostdeutschland auch bei der Differenzierung der Vermögen nach Geschlecht. Männer (Frauen) in Ostdeutschland haben ein geringeres Vermögen als Männer (Frauen) in Westdeutschland.

In den Daten der EVS und dem PHF lassen sich die Vermögensunterschiede nur nach dem Geschlecht des Haushaltvorstands oder der Haushaltvorständin (HV) darstellen.<sup>8</sup> Die Ergebnisse sind ähnlich (Abbildung 7-6 und Abbildung 7-7 im Anhang).

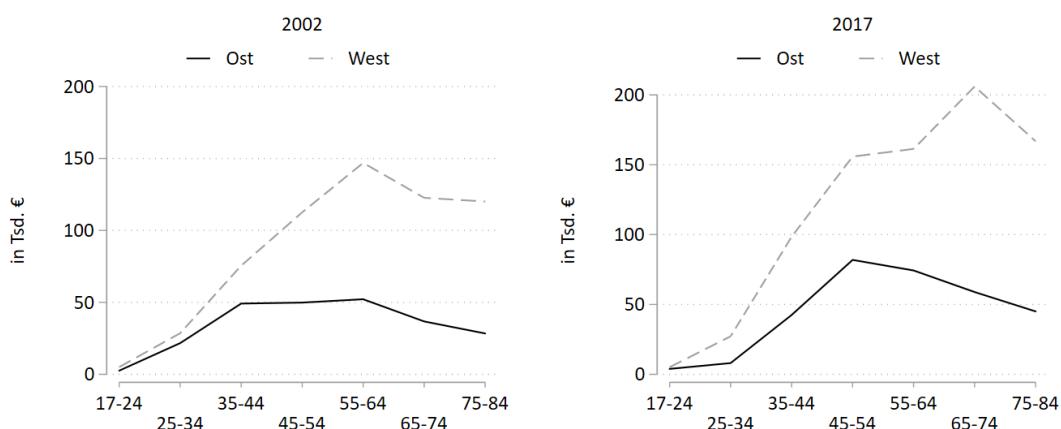
<sup>8</sup> Der bzw. die HV ist in der Regel das Haushaltmitglied mit dem höchsten Einkommen, dem besten Wissen über die finanzielle Lage des Haushalts und/oder das Haushaltmitglied, mit welchem die Befragung hauptsächlich durchgeführt wird.

### 2.4.2.2 Alter und Kohorte

Der Vermögensbestand hängt ebenfalls stark von der Lebensphase ab. In Bildungs- und frühen Erwerbsphasen wird in der Regel kaum Vermögen aufgebaut, da nur ein geringes oder gar kein Einkommen generiert wird. Mit fortschreitendem Erwerbsleben steigt die Möglichkeit zum Vermögensaufbau und damit auch das Vermögen, bis es beim Eintritt in den Ruhestand zur Abschwächung des Einkommensrückgangs („Konsumglättung“) genutzt wird und damit abnimmt (Grabka und Westermeier 2014). Darüber hinaus könnte ein vorzeitiger Übertrag von Betriebs- und Immobilieneigentum an die Kinder zu einem Rückgang der Vermögen in hohem Alter führen (Krause und Schäfer 2005).

Im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland sind zudem historisch bedingte Unterschiede zu berücksichtigen. In Ostdeutschland hatten ältere Generationen beispielsweise vor der Wiedervereinigung weniger Möglichkeiten zum Vermögensaufbau, was langfristige Auswirkungen haben kann. Daher bietet die Analyse der Vermögensverteilung für verschiedene Altersgruppen und Geburtsjahrgänge wichtige Einblicke in die Dynamik des Vermögensaufbaus und der Vermögen in Ost- und Westdeutschland.

Abbildung 2-4: Durchschnittliches Vermögen nach Altersgruppen



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Der typische Verlauf der Vermögen im Laufe des Lebens ist in der Abbildung 2-4 deutlich zu erkennen.<sup>9</sup> Sowohl im Jahr 2002 (linkes Panel) als auch im Jahr 2017 (rechtes Panel) verläuft die durchschnittliche Vermögenskurve im Lebensverlauf konkav. In Ostdeutschland zeigt sich im Jahr 2002 ein flacherer Verlauf der Vermögensbildung, was möglicherweise mit einer geringeren Sparfähigkeit bzw. einem geringeren Sparbetrag in der Mitte des Erwerbslebens zusammenhängt (vgl. hierzu Abschnitt 2.6.1). Im Jahr 2017 zeichnet sich hingegen ein Vermögenshöhepunkt in dieser Lebensphase ab, nach dem

<sup>9</sup> Hinweis: Hier werden keine echten Lebensverläufe dargestellt, sondern die Befragung aller Personen findet zu einem Zeitpunkt statt, bei dem die Personen in unterschiedlichen Lebensphasen sind. Daher spielen bei dieser Darstellung auch Kohorteneffekte eine Rolle. Personen höheren Alters haben bspw. ein Vermögen, das auch durch die Zeit vor der Wiedervereinigung geprägt ist, während jüngere Personen erst nach der Wiedervereinigung Vermögen aufbauen konnten. So führen bspw. Krause und Schäfer (2005) aus, dass der Rückgang der Vermögen der Personen im hohen Alter auf negative Kohorteneffekte zurückzuführen ist.

das durchschnittliche Vermögen der Personen in Ostdeutschland sinkt. Personen in Westdeutschland bauen dagegen ab diesem Zeitpunkt noch etwa zwei Jahrzehnte lang Vermögen auf.

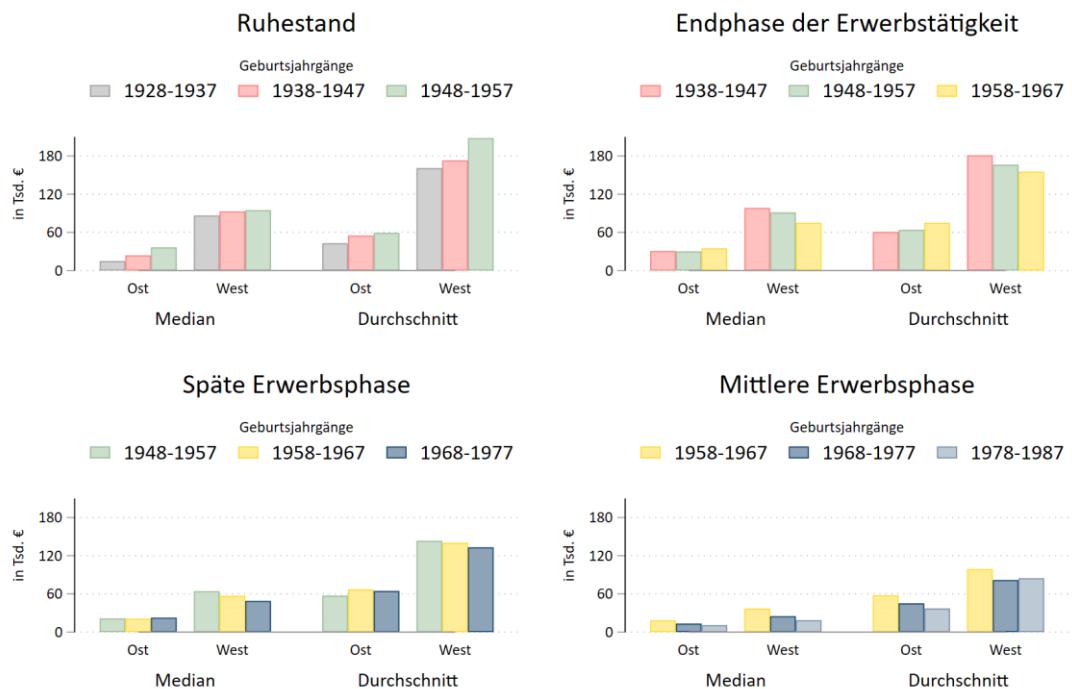
Daraus resultiert im Lebensverlauf eine zunehmende Vermögenspreizung zwischen Ost- und Westdeutschland (vgl. Grabka und Halbmeier 2019). Die Differenz der durchschnittlichen Vermögen zwischen Personen in Ost- und Westdeutschland in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen beträgt im Jahr 2017 rund 87.000 Euro, während sie in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen etwa 56.000 Euro beträgt.

Zwischen 2002 und 2017 ist darüber hinaus keine Konvergenz der Vermögen in Ost- und Westdeutschland zu erkennen, was sich in einer Verringerung der Vermögensunterschiede je nach Altersgruppe im Beobachtungszeitraum widerspiegeln würde. Bei den 65- bis 74-Jährigen steigt der Unterschied des durchschnittlichen Vermögens zwischen Ost- und Westdeutschland von etwa 86.000 Euro im Jahr 2002 auf 147.000 Euro im Jahr 2017 an. Dieser Befund könnte auf die geringeren Sparmöglichkeiten während des Erwerbslebens in Ostdeutschland für Personen dieser Altersgruppen im Jahr 2017 zurückzuführen sein (vgl. Abschnitt 2.6.1). Aber auch in den jüngeren Altersgruppen nimmt die Vermögensdifferenz zwischen Ost- und Westdeutschland im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2002 deutlich zu. Dies könnte mit einem „intergenerationalen Übertrag“ der Vermögensunterschiede in Ostdeutschland zusammenhängen, z. B. durch geringere Erbschaften (Grabka 2014).

Auf der Ebene der Haushalte ergibt sich zum einen auch der typisch buckelförmige Verlauf der Vermögen über die Altersgruppen. Zum anderen lässt sich auch eine steigende Vermögensdifferenz zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen, insbesondere in 2018 (EVS) bzw. 2021 (PHF), wie Abbildung 7-8 und Abbildung 7-9 im Anhang verdeutlichen. Insgesamt zeigt sich demnach in der Lebensverlaufsdarstellung keine Konvergenz der Vermögen zwischen Ost- und Westdeutschland.

Die bisherige Betrachtung des Vermögens im Lebensverlauf ignoriert allerdings mögliche Kohorteneffekte. Einzelne Geburtsjahrgänge könnten bspw. aufgrund von wirtschaftlich schwierigen oder begünstigenden Phasen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit und Löhnen besonders benachteiligt sein oder profitieren, was sich auch im Vermögensaufbau widerspiegeln kann (Krause und Schäfer 2005). Daher ist ergänzend eine Darstellung der Vermögen einzelner Geburtsjahrgänge notwendig. Dafür werden in Abbildung 2-5 für sechs Geburtsjahrgänge spezifische Zeitpunkte ausgewählt (z. B. der Eintritt in den Ruhestand) und es wird das Vermögen der betrachteten Geburtsjahrgänge zu diesen Zeitpunkten verglichen.

Abbildung 2-5: Median und Durchschnitt des Vermögens nach der Lebensphase in sechs Geburtsjahrgängen



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Es zeigt sich, dass das Vermögen bei *Eintritt in den Ruhestand* (Alter 65 bis 74 Jahre) in jeder Geburtskohorte sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland höher ist als in der vorangegangenen Geburtskohorte (Abbildung 2-5, linkes oberes Panel).<sup>10</sup> Beispielsweise hat die Geburtskohorte 1948 bis 1957 demnach ein um rund 37 Prozent (Ost) bzw. 29 Prozent (West) höheres durchschnittliches Vermögen als die Geburtskohorte 1928 bis 1937 bei *Eintritt in den Ruhestand*.

Ein anderes Bild zeigt sich in der *Endphase der Erwerbstätigkeit* (Alter 55 bis 64 Jahre, rechtes oberes Panel). Während im Osten jede jüngere Geburtskohorte in diesem Lebensabschnitt steigende Vermögen aufweist, ist diese positive Entwicklung in Westdeutschland nicht zu beobachten. Dies führt dazu, dass sich die durchschnittlichen Vermögen in Ost- und Westdeutschland in der Endphase der Erwerbstätigkeit von Geburtskohorte zu Geburtskohorte angleichen. Ein Beispiel: Während die Geburtskohorte 1938 bis 1947 zunächst einen Abstand von knapp 120.000 Euro bzw. knapp 200 Prozent aufweist, sinkt dieser Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland auf etwa 80.000 Euro bzw. 108 Prozent in der Geburtskohorte 1958 bis 1967. Ähnliches gilt auch für die *späte Erwerbsphase* (Alter 45 bis 54, linkes unteres Panel). Hier schließt sich die Lücke zwischen der ältesten und jüngsten Geburtskohorte um etwa 46 Prozentpunkte auf gut 100 Prozent. Die Vermögen zwischen Ost- und Westdeutschland gleichen sich also an.

Damit zeichnet sich eine starke Konvergenz der Vermögen in diesen beiden Lebensphasen zwischen Ost- und Westdeutschland ab, wobei der absolute Vermögensunterschied

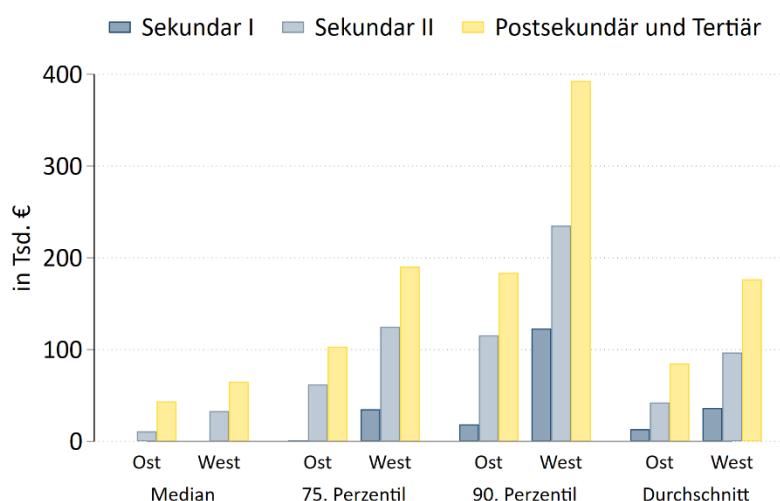
<sup>10</sup> Um die Werte zu vergleichen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten abgefragt wurden, wurde hier eine Preisbereinigung der Vermögenswerte vorgenommen.

weiterhin hoch ist. Die Mediane der Vermögen in den jeweiligen Phasen unterstreichen diese Befunde (Abbildung 2-5). In der mittleren Erwerbsphase (Alter 35 bis 44) zeichnet sich diese Konvergenz hingegen nicht ab.

#### 2.4.2.3 Bildung

Im Folgenden wird der Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und dem Vermögen dargestellt. Insbesondere die Frage nach der Vermögensbildung von Personen mit niedriger formaler Bildung ist aufgrund der potenziell geringen Einkommen und den damit geringen Möglichkeiten der Vermögensbildung relevant. Denn während in Westdeutschland auch Erbschaften eine Möglichkeit zur Vermögensbildung darstellen, ist diese in Ostdeutschland möglicherweise gering (vgl. Abschnitt 2.6.2). Theoretisch lassen sich zwei Verbindungen zwischen dem Bildungsniveau und dem Vermögen ableiten: Ein höheres Bildungsniveau geht zum einen in der Regel mit einem höheren Einkommen einher (Bhuller et al. 2017), womit höhere Sparbeträge möglich sind. Zum anderen verfügen Personen mit höheren Bildungsabschlüssen über bessere Kenntnisse über Finanzprodukte, Anlagemöglichkeiten und Strategien zum Vermögensaufbau (Wagner 2019).

**Abbildung 2-6: Durchschnitt, Median und ausgewählte Perzentile des Vermögens nach Bildungsabschluss in 2017**



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung. Nur Personen zwischen 30 und 65 Jahren

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zeichnen sich Personen mit einem Sekundar I-Abschluss<sup>11</sup> durch ein geringeres Vermögen aus als Personen mit höheren Bildungsabschlüssen (Abbildung 2-6). Der Median sowie das 75. und 90. Perzentil liegen für die Gruppe mit einem postsekundären oder tertiären Bildungsabschluss (Berufs(-ober)schulen, Meisterausbildung oder mind. Bachelor-Studium) sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland stets über den Werten der Personen mit niedrigerem Bildungsniveau.

<sup>11</sup> Nach der ISCED11 Klassifikation gehören dazu bspw. Abschlüsse der Real- und Hauptschule ohne weitere Bildungs- oder Berufsabschlüsse.

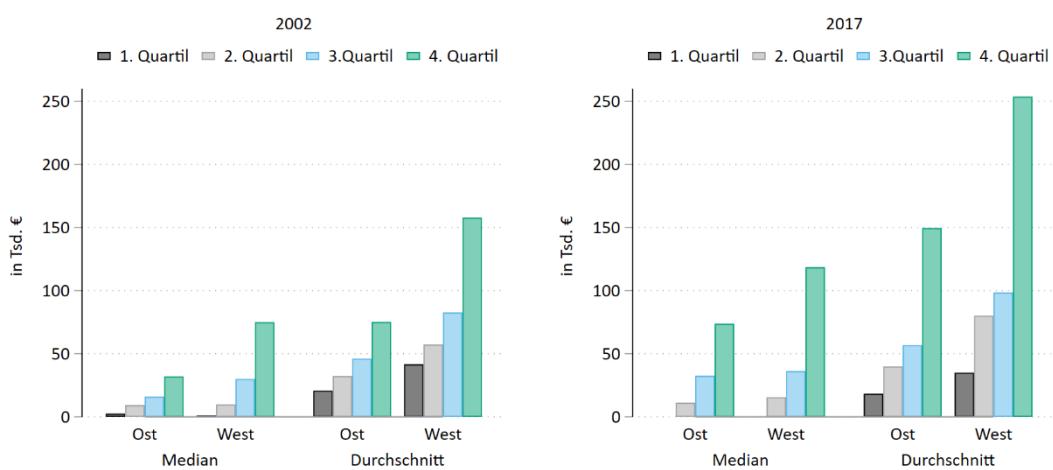
veau. Dieser positive Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und dem Vermögen zeigt sich auch am Durchschnitt. Trotz dieses positiven Zusammenhangs liegt in Ostdeutschland das durchschnittliche Niveau der Vermögen von Personen mit einem postsekundären oder tertiären Bildungsabschluss unter dem Vermögen von Personen in Westdeutschland, die maximal über einen Sekundar II-Abschluss<sup>12</sup> verfügen. Damit besteht in Ostdeutschland zwar einerseits ein positiver Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Vermögen. Andererseits ist auch ein höherer Abschluss mit einem vergleichsweise geringen Vermögen verbunden.

Insbesondere die Personen in Ostdeutschland mit höchstens einem Sekundar I-Abschluss besitzen kaum Vermögen (Stand: 2017). Das Vermögen dieser Gruppe am 75. Perzentil liegt in Ostdeutschland bei rund 1.000 Euro. Das Vermögen am 90. Perzentil liegt in dieser Gruppe bei 19.000 Euro, während zum Beispiel in Westdeutschland das 75. Perzentil bereits bei 35.000 Euro liegt und das 90. Perzentil mit rund 123.000 Euro etwa das sechsfache des Vermögens in Ostdeutschland in dieser Gruppe beträgt.

Auch das Haushaltsvermögen nach dem Bildungsniveau des HV unterstreicht den Befund der individuellen Betrachtung (Abbildung 7-10 und Abbildung 7-11 im Anhang).

#### 2.4.2.4 Haushaltseigenschaften

Abbildung 2-7: Vermögen nach der Position auf der Nettoäquivalenzverteilung



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Abbildung 2-7 zeigt, wie das Vermögen in verschiedenen Einkommensgruppen verteilt ist. Damit wird der Zusammenhang zwischen dem Einkommen auf der Ebene der Haushalte und dem individuellen Vermögen hergestellt. Die Abbildung veranschaulicht, ob und wie stark ein höheres Haushaltseinkommen mit einem höheren Vermögen korreliert.

<sup>12</sup> Nach der ISCED 11 Klassifikation gehören dazu bspw. Abschlüsse an Gymnasien, Fachoberschulen oder Berufsfachschulen sowie der Abschluss einer beruflichen Erstausbildung.

Generell ist zu erwarten, dass eine höhere Position in der Nettoäquivalenzverteilung<sup>13</sup> mit einem höheren Vermögen einhergeht. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein höheres Haushaltsnettoeinkommen<sup>14</sup> einen höheren regelmäßigen Sparbetrag ermöglicht und mit anderen, die Vermögensbildung begünstigenden Merkmalen (Bildung und Erwerbstätigkeit) korreliert.<sup>15</sup>

Je höher die Position einer Person in der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen, d.h. je höher das verfügbare Haushaltseinkommen, desto höher ist das durchschnittliche Vermögen. Wie das rechte Panel in Abbildung 2-7 zeigt, verfügen Personen im untersten Quartil der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen im Jahr 2017 über ein durchschnittliches Vermögen von etwa 18.000 Euro (Ost) bzw. 35.000 Euro (West).

Das durchschnittliche Vermögen im zweiten Quartil beträgt in Ostdeutschland rund 40.000 Euro. In Westdeutschland liegt das durchschnittliche Vermögen im zweiten Quartil der Nettoäquivalenzverteilung bei rund 80.000 Euro. Damit ist das durchschnittliche Vermögen im zweiten Quartil jeweils gut doppelt so hoch wie im ersten Quartil der Nettoäquivalenzeinkommen.

Insbesondere bei Personen im vierten Quartil der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen sind die durchschnittlichen Vermögen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland deutlich höher als bei Personen im dritten Quartil der Nettoäquivalenzeinkommen. Im Vergleich zu 2002 hat sich das durchschnittliche Vermögen der Personen mit hohem Nettoäquivalenzeinkommen in Ostdeutschland verdoppelt und in Westdeutschland nahezu verdoppelt. Ein Grund dafür könnten die hohen Renditen bzw. Wertsteigerungen der dort gehaltenen Vermögen zwischen 2002 und 2017 sein, die zu einem starken Anstieg der absoluten Vermögen der einkommensstarken Haushalte im Vergleich zu den einkommensschwachen Haushalten geführt haben.<sup>16</sup>

Der Zusammenhang zwischen einem niedrigen Haushaltseinkommen und der Vermögensbildung ist auch deshalb relevant, weil die betroffenen Personen in der Regel kaum in der Lage sind, Vermögen aufzubauen. Wie bereits erwähnt, ist das durchschnittliche Vermögen in dieser Gruppe sehr niedrig. Zudem sind die nominalen Vermögen im Jahr

---

<sup>13</sup> Die Nettoäquivalenzverteilung stellt die Verteilung der Haushaltseinkommen dar, nachdem die Nettoeinkommen der Haushalte mit Äquivalenzziffern gewichtet wurden. Dabei wird für die erste erwachsene Person im Haushalt ein Gewicht von 1 angewendet, alle weiteren Haushaltsteilnehmer ab einem Alter von 15 Jahren bekommen ein Gewicht von 0,5. Jüngere Personen erhalten ein Gewicht von 0,3. Durch diese Gewichtung werden Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Altersstruktur miteinander vergleichbar gemacht.

<sup>14</sup> Die Zerlegung nach dem Haushaltseinkommen bezieht sich auf die Verteilung des äquivalisierten Haushaltsnettoeinkommens nach der modifizierten OECD-Skala.

<sup>15</sup> Hinweis: Die Vermögenswerte beziehen sich weiterhin auf die individuelle Ebene. Einer Person wird allerdings ein Quartil nach der Verteilung der äquivalisierten Haushaltsnettoeinkommens zugewiesen, das sich aus den Einnahmen und Ausgaben auf der Ebene der Haushalte errechnet. In diesem Kontext ist es auch denkbar, dass eine Person selbst ein sehr geringes Einkommen erzielt, aber trotzdem im obersten Quartil der Nettoäquivalenzverteilung steht, da der Haushalt insgesamt über ein hohes Einkommen verfügt.

<sup>16</sup> Ein hohes Nettoäquivalenzeinkommen kann sich auch aus Kapitaleinkommen ergeben, welche möglicherweise im unteren Bereich der Nettoäquivalenzeinkommen eine deutlich untergeordnetere Rolle als im oberen Bereich spielen.

2017 geringer als noch im Jahr 2002. Die Vermögen sind demnach im unteren Bereich der Nettoäquivalenzeinkommen im Zeitverlauf zurückgegangen.

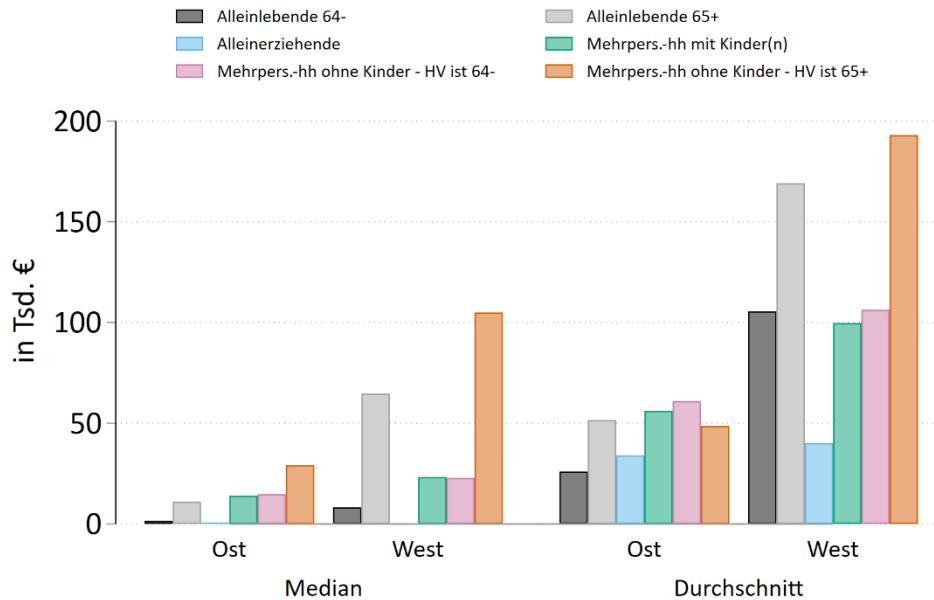
Neben dem verfügbaren Nettoäquivalenzeinkommen ist auch die Zusammensetzung der jeweiligen Haushalte relevant für den individuellen Vermögensbestand der Haushaltsmitglieder. Die folgende Darstellung der Vermögen nach verschiedenen Haushaltstypen beleuchtet, inwieweit unterschiedliche finanzielle Belastungen (Haushalte mit Kindern haben in der Regel höhere Ausgaben, Einzelpersonen tragen alle Fixkosten allein) und unterschiedliche Vermögensaufbauziele (Ausbildung der Kinder, Eigenheim, Altersvorsorge) für das individuelle Vermögen von Bedeutung sein können. Um diesen Dimensionen Rechnung zu tragen, werden sechs verschiedene Haushaltstypen differenziert (siehe Tabelle 2-1).

Tabelle 2-1: Haushaltstypen

Haushaltstyp 1	Single-Haushalte unter 65 Jahren
Haushaltstyp 2	Single-Haushalte ab 65 Jahren
Haushaltstyp 3	Alleinerziehende
Haushaltstyp 4	Mehrpersonen-Haushalte mit Kindern
Haushaltstyp 5	Mehrpersonen-Haushalte ohne Kinder HV unter 65 Jahren
Haushaltstyp 6	Mehrpersonen-Haushalte ohne Kinder HV ab 65 Jahren

Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 2-8: Median und Durchschnitt des Vermögens nach Haushaltstyp (2017)



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

In Westdeutschland deutet die Differenzierung des Vermögens nach den Haushaltstypen auf die bereits oben (Abschnitt 2.4.2.2) dargestellte Akkumulation von Vermögen im Lebensverlauf hin: So weisen Personen in Haushalten mit HV über 65 Jahren, unabhän-

gig davon, ob sie allein oder in einem Mehrpersonenhaushalt leben, ein höheres durchschnittliches Vermögen auf als Personen mit HV unter 65 Jahren. Darüber hinaus haben Alleinerziehende in Westdeutschland ein derart geringes durchschnittliches Vermögen, dass es nur knapp über jenem der Alleinerziehenden in Ostdeutschland liegt. Die niedrige Vermögenshöhe ist tendenziell auf die geringen Möglichkeiten der Vermögensbildung dieser Personen aufgrund der Kinderbetreuung und der hohen individuellen finanziellen Belastung zurückzuführen (Krause und Schäfer 2005). Der Median unterstreicht diese Befunde.

In Ostdeutschland weisen Alleinlebende über 65 Jahre ein vergleichsweise geringes Vermögen auf. Dies könnte damit zusammenhängen, dass diese Personen vor allem vor der Wiedervereinigung erwerbstätig waren und in dieser Zeit kein Vermögen aufgebaut haben (vergleiche die hellgrauen Balken zwischen Ost- und Westdeutschland in Abbildung 2-8). Alleinlebende unter 64 Jahren haben in Ostdeutschland im Durchschnitt ein sogar etwas niedrigeres Vermögen als Alleinerziehende unter 64 Jahren. Dies ist aus den oben genannten finanziellen Belastungen der Alleinerziehenden überraschend. In Westdeutschland beispielsweise haben Alleinlebende unter 64 Jahren – entsprechend dieser theoretischen Überlegung – ein um 65.000 Euro höheres Durchschnittsvermögen als Alleinerziehende. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass in Ostdeutschland neben einem besseren Kinderbetreuungsangebot auch eine weniger stark geschlechtspezifische Beteiligung am Arbeitsmarkt vorliegt.<sup>17</sup> Zwischen den Alleinerziehenden und allen anderen Haushaltstypen zeigt sich somit beim durchschnittlichen Vermögen eine größere Differenz in Westdeutschland als in Ostdeutschland.

Die Beschreibung der Vermögen in diesem Kapitel zeigt, dass sich das generell niedrigere Vermögensniveau der ostdeutschen Bevölkerung konsistent durch verschiedene Bevölkerungsgruppen zieht. Besonders auffällig sind dabei drei Gruppen in Ostdeutschland, die über besonders wenig oder gar kein Vermögen verfügen: Erstens Personen mit niedriger formaler Bildung, zweitens Personen in Haushalten mit niedrigem Nettoäquivalenzeinkommen und drittens Personen der Geburtskohorte 1978 bis 1987 in ihrer *mittleren Erwerbsphase* (35 bis 44 Jahre). Weiterhin kann festgehalten werden, dass die geschlechtsspezifischen Vermögensunterschiede in Ostdeutschland geringer sind als in Westdeutschland. Darüber hinaus kann in einigen Geburtskohorten eine Konvergenz der Vermögen (bei weiterhin bestehenden absoluten Differenzen) in Ost- und Westdeutschland festgestellt werden. So gleichen sich die individuellen Vermögen in Ost- und Westdeutschland in der späten Erwerbsphase sowie der Endphase der Erwerbstätigkeit zunehmend an.

<sup>17</sup> Hinweis: Dieses Ergebnis ist mit Vorsicht zu interpretieren, da die Ergebnisse auf der Ebene der Haushalte nicht dieselben Schlüsse zulassen (vgl. Abbildung 7-12 und Abbildung 7-13 im Anhang). Da der Anteil der alleinerziehenden Haushalte in den Daten gering ausfällt (etwa 3 Prozent), haben geringe zufällige Schwankungen in dieser Gruppe relativ große Auswirkungen, insbesondere auf den Durchschnitt der Vermögen.

## 2.5 Zusammensetzung der Vermögen

---

Nachdem im vorangehenden Abschnitt die aggregierten Vermögenswerte und deren Verteilung in verschiedenen Teilgruppen der Bevölkerung betrachtet wurden, konzentriert sich dieser Abschnitt auf die grundlegende Frage, welcher Anteil der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland überhaupt über Vermögen verfügt. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Verbreitung spezifischer Vermögenskomponenten, wie Immobilien, Geldanlagen oder Betriebseigentum. Anschließend wird die Zusammensetzung der Vermögen näher betrachtet. Diese Analysen erlauben Rückschlüsse auf die Strategien der Vermögensbildung in Ost- und Westdeutschland. Auch die zu erwartende Vermögensentwicklung könnte sich, z. B. aufgrund von Unterschieden in der Nutzung von risikanten bzw. nicht- riskanten Anlageformen, unterscheiden.

Auch hier wird das Vermögen zunächst auf individueller Ebene (SOEP) untersucht. An einigen Stellen werden darauf aufbauend detailliertere Zerlegungen der Vermögensbestandteile auf der Haushaltsebene vorgenommen, da die EVS das Vermögen feiner untergliedert erfasst.

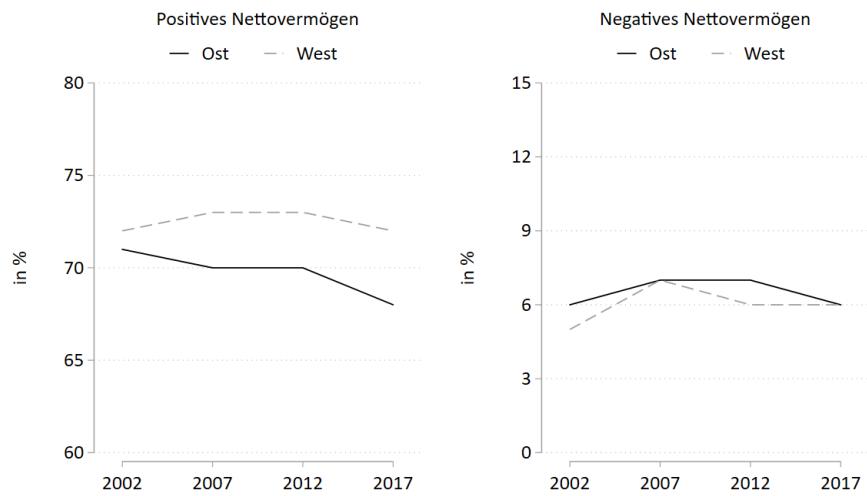
### 2.5.1 Häufigkeit verschiedener Vermögensarten

---

Das linke Panel in Abbildung 2-9 zeigt, dass Personen in Westdeutschland häufiger über ein positives Nettovermögen – also nach Abzug von Schulden über ein Vermögen, das größer ist als null – verfügen als Personen in Ostdeutschland. Zwischen 2002 und 2017 sinkt der Anteil der Personen mit positivem Nettovermögen in Ostdeutschland von über 70 Prozent auf rund 67 Prozent. Für Westdeutschland bleibt der Anteil relativ konstant bei etwa 73 Prozent. Im Jahr 2017 beträgt die Differenz der Anteile rund 4 Prozentpunkte. Im rechten Panel von Abbildung 2-9 ist der Anteil aller Personen mit einem negativen Nettovermögen dargestellt. Dies ist der Anteil der Personen, die höhere Bruttoschulden als Bruttovermögen aufweisen. Zunächst lässt sich festhalten, dass sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland der jeweilige Anteil der Personen deutlich geringer ist, als bei den positiven Nettovermögen. Jeweils rund 5 Prozent der Personen weisen ein negatives Nettovermögen aus. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind relativ gering.

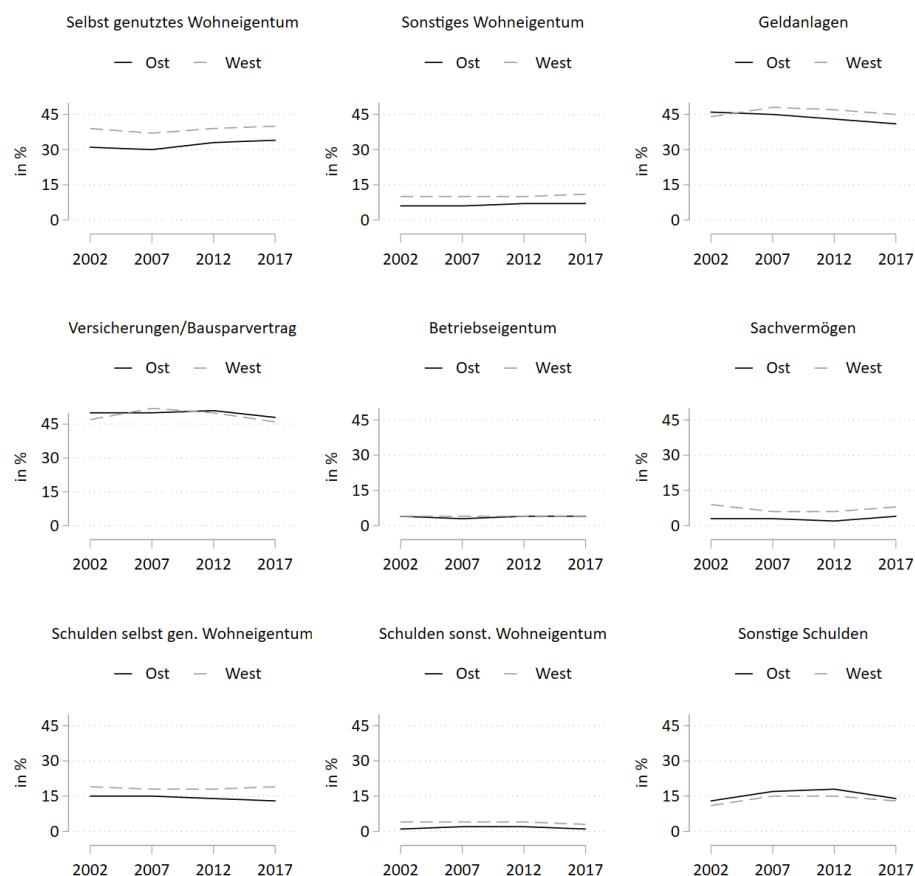
Vermögen kann sich aus verschiedenen Vermögensarten zusammensetzen. Im SOEP werden neun Vermögensarten unterschieden: (1) selbst- und (2) fremdgenutztes Immobilienvermögen, (3) Finanzanlagen, (4) Versicherungen/Bausparverträge (private Vorsorge), (5) Betriebsvermögen, (6) Sachvermögen, (7) Hypotheken aus selbst- und (8) fremdgenutztem Immobilieneigentum und (9) sonstige Verbindlichkeiten. Die ersten sechs Kategorien bilden das Bruttovermögen, die letzten drei die Bruttoschulden. Abbildung 2-10 zeigt getrennt für Ost- und Westdeutschland den jeweiligen Anteil der Personen, die über die einzelnen Vermögensarten verfügen (Mehrfachnennungen möglich).

Abbildung 2-9: Anteil der Personen mit Vermögen in Ost- und Westdeutschland



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Abbildung 2-10: Anteil der Personen mit Vermögen in Ost- und Westdeutschland – nach Vermögensart



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung. Mehrfachnennungen möglich

Mit einem Anteil von jeweils rund 45 Prozent sind Geldanlagen und Versicherungen bzw. Bausparverträge die häufigsten Vermögensarten in Ost- und Westdeutschland. Der Anteil ersterer ist jedoch insbesondere in Ostdeutschland seit 2002 leicht rückläufig. In Westdeutschland verfügen rund 40 Prozent der Personen über selbstgenutztes Wohn-eigentum. In Ostdeutschland beträgt der Anteil gut 30 Prozent, steigt aber wie in West-deutschland seit 2007 etwas an. Beide Anteile entwickeln sich im Beobachtungszeitraum nahezu parallel leicht aufwärts, eine Angleichung findet nicht statt (Dähner et al. 2020; Grabka 2014).

Beim fremdgenutzten Immobilienvermögen ist der Anteil in Westdeutschland ebenfalls höher als in Ostdeutschland, im Vergleich zum selbstgenutzten Immobilienvermögen ist der Anteil jedoch mit rund 10 Prozent (Westdeutschland) bzw. 6 Prozent (Ostdeutsch-land) deutlich geringer. Auch Sachvermögen bzw. Betriebseigentum/-beteiligungen sind in Deutschland relativ selten genutzte Vermögensarten, wobei erstere insbesondere in Ostdeutschland von untergeordneter Bedeutung ist.

Der Anteil derer, die jeweils Schulden durch selbstgenutztes oder sonstiges Wohneigen-tum haben, ist über den gesamten Zeitraum in Westdeutschland höher als in Ost-deutschland. Dies könnte auf die unterschiedlichen Immobilienpreise und den damit ver-bundenen höheren Krediten zur Finanzierung des Immobilienerwerbs liegen, oder ein Hinweis darauf sein, dass die Vermögensaufbaustrategien zwischen Ost- und West-deutschland unterschiedlich sind. Die höhere Schuldennzidenz bei den Immobilienver-mögen in Westdeutschland sowie die höheren Anteile des Immobilienvermögens deuten insgesamt darauf hin, dass Immobilieneigentum in Westdeutschland eine größere Rolle in der Vermögenszusammensetzung spielt.

Des Weiteren könnten zwischen Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Präferen-zen hinsichtlich Miete und Eigentum von Wohnraum bestehen. So herrschte in Ost-deutschland vor der Wiedervereinigung eine Kultur des gefühlten, aber nicht rechtlich anerkannten Eigentums des selbstgenutzten Wohnraums, während gleichzeitig eine staatliche Förderung von Wohneigentum fehlte (Brückweh 2022). Zudem ist der (kredit-finanzierte) Immobilienerwerb in Ostdeutschland aufgrund der geringeren Vermögens-werte möglicherweise schwieriger.

Das vorangegangene Kapitel hat den deutlichen Unterschied in der Höhe der Vermögen zwischen Ost- und Westdeutschland aufgezeigt. Vor diesem Hintergrund wären auch deutliche Unterschiede in den jeweiligen Anteilen der Vermögensarten zwischen Ost- und Westdeutschland erwartbar. Diese sind jedoch insgesamt gering. Keine der darge-stellten (positiven) Vermögensarten ist in Westdeutschland deutlich häufiger anzutreffen als in Ostdeutschland. Daher ist es notwendig, die Zusammensetzung der Vermö-gen – neben der Inzidenz – auch nach dem jeweiligen Volumen im Kontext des Gesamt-vermögens darzustellen.

## 2.5.2 Zerlegung der durchschnittlichen Vermögen

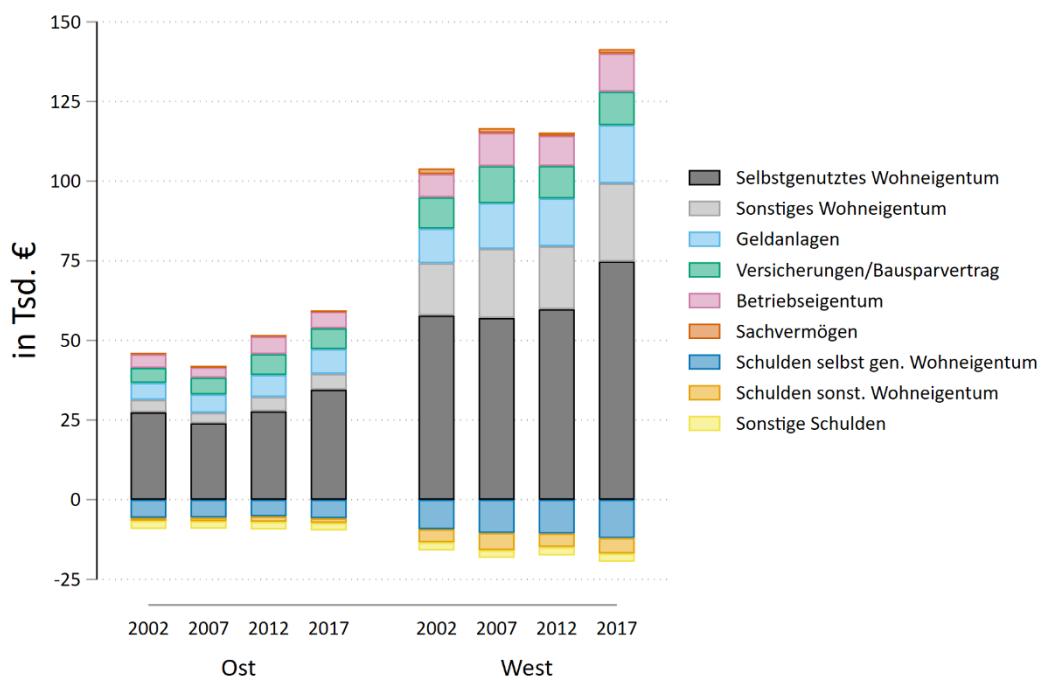
---

Abbildung 2-11 zerlegt das durchschnittliche Vermögen in Ost- und Westdeutschland zwischen 2002 und 2017 in die bereits genannten neun Vermögensarten. Sowohl in Ost-

als auch in Westdeutschland besteht das Vermögen zum überwiegenden Teil aus dem Wert des selbstgenutzten Wohneigentums. Daneben tragen in Ostdeutschland das sonstige Wohneigentum, Geldanlagen, Versicherungen/Bausparverträge und Betriebseigentum zu etwa gleichen Teilen zum Gesamtvermögen bei. In Westdeutschland haben dagegen das sonstige Wohneigentum und das Geldvermögen eine größere Bedeutung.

Die absolute Höhe der Schulden, die sich aus den Schulden aus selbstgenutzttem und sonstigem Wohneigentum sowie den sonstigen Schulden zusammensetzt, ist in Ostdeutschland im Zeitverlauf nahezu konstant und deutlich niedriger als in Westdeutschland (Grabka 2014). Aufgrund der steigenden Vermögen ergibt sich daraus eine abnehmende Schuldenquote. In Westdeutschland hingegen ist die absolute Höhe der Schulden zwischen 2002 und 2017 gestiegen, während gleichzeitig auch das durchschnittliche Gesamtvermögen deutlich zugenommen hat.

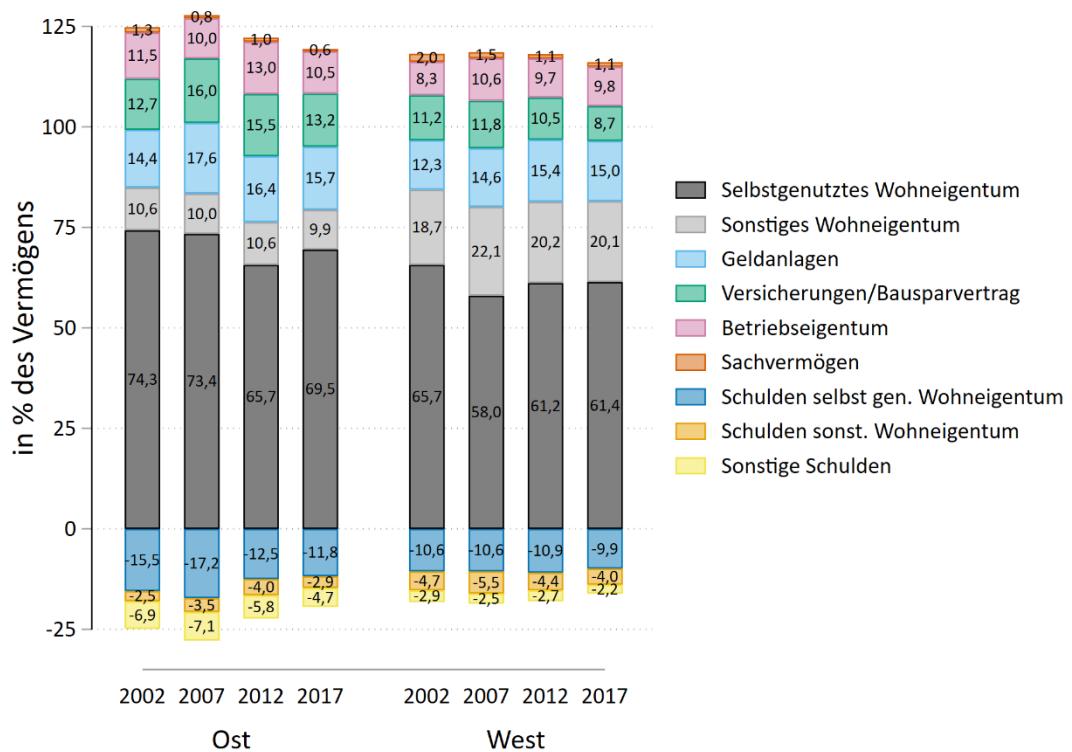
**Abbildung 2-11: Durchschnittsvermögen in Ost- und Westdeutschland nach Vermögensarten im Zeitverlauf**



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Bei der obigen Beschreibung des absoluten Vermögens ist zu berücksichtigen, dass die relative Bedeutung der einzelnen Vermögensarten in Ost- und Westdeutschland schwer abzuschätzen ist, da die absoluten Werte der Vermögen unterschiedlich hoch ausfallen. Die Vermögensarten könnten in Ost- und Westdeutschland von unterschiedlicher Relevanz sein, z. B. aufgrund unterschiedlicher Vermögensbildungsziele oder unterschiedlicher Risikoneigung. Aus diesem Grund werden in der folgenden Darstellung der Vermögensarten die jeweiligen Anteile am Gesamtvermögen ausgewiesen.

Abbildung 2-12: Relative Anteile der Vermögensarten am Durchschnittsvermögen in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf (positives und negatives Vermögen)



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Das selbstgenutzte Wohneigentum hat im Kontext des Gesamtvermögens eine herausragende Bedeutung. Der Anteil des selbst genutzten Wohneigentums am Gesamtvermögen beträgt in Ostdeutschland etwas mehr als zwei Drittel, in Westdeutschland etwas weniger als zwei Drittel. Zwischen 2002 und 2017 ist sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland ein leichter Rückgang des Vermögensanteils des selbstgenutzten Wohneigentums zu beobachten, während die Bedeutung des sonstigen Wohneigentums nahezu konstant bleibt. Dabei ist der Anteil des sonstigen Wohneigentums in Westdeutschland etwa doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Dies impliziert einerseits höhere Einnahmen aus Mietzahlungen in Westdeutschland (Grabka 2014) und andererseits eine stärkere Bindung des Vermögens an die Entwicklung der Immobilienpreise. Insgesamt ergeben sich in Ost- und Westdeutschland annähernd gleiche Anteile des gesamten Immobilieneigentums am Gesamtvermögen bei deutlich höheren absoluten Werten des Immobilienvermögens in Westdeutschland (vgl. Abbildung 2-11, siehe auch Grabka 2014).

Der Anteil der Geldanlagen am Gesamtvermögen ist in Ost und Westdeutschland nahezu gleich, allerdings haben Versicherungen bzw. Bausparverträge in Ostdeutschland eine höhere relative Bedeutung als in Westdeutschland (Grabka 2014). Das Betriebseigentum macht sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland durchschnittlich rund 10 Prozent des Vermögens aus. Das Sachvermögen erweist sich in der relativen Betrachtung als kaum relevant.

### 2.5.3 Detaillierte Zerlegung der Finanz- und Vorsorgevermögen

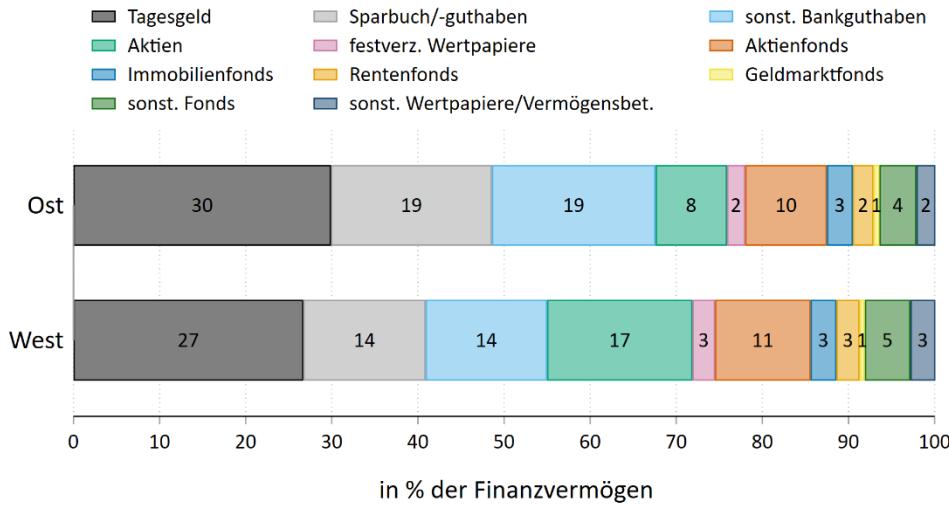
Die bisherigen Darstellungen der Vermögen und der neun Vermögensarten haben bereits ein tiefergehendes Bild der Vermögen in Ost- und Westdeutschland vermittelt. Darüber hinaus erlaubt die EVS eine detailliertere Darstellung der Vermögensbestandteile (auf der Ebene der Haushalte): So wird in der EVS zwar nicht zwischen selbstgenutztem und sonstigem Wohneigentum differenziert. Dafür werden bspw. die Geldanlagen bzw. das Finanzvermögen nach Tagesgeld, Sparbuch-/guthaben, Aktien, festverzinslichen Wertpapieren und Vermögen in Fonds ausgewiesen. Damit ist insbesondere die Differenzierung nach riskanten und nicht-riskanten Anlageformen möglich.<sup>18</sup> Die im SOEP zusammengefassten Versicherungen und Bausparverträge (Vorsorgevermögen) werden in der EVS nach Bausparguthaben, Lebensversicherungsguthaben, Riester- und Rürupguthaben und sonstigen privaten Rentenversicherungen unterschieden.

Bei der Zusammensetzung der Finanzvermögen (Abbildung 2-13) auf Basis der EVS zeigen sich insbesondere die Unterschiede bei den nicht-riskanten Bestandteilen des Finanzvermögens (Tagesgeld, Sparbuch-/guthaben und sonstiges Bankguthaben) und den riskanten Bestandteilen (Aktien, Aktienfonds). Erstere werden mit anteilig 68 Prozent deutlich stärker in Ostdeutschland genutzt als in Westdeutschland (55 Prozent). Die riskanten Anlagen des Finanzvermögens machen in Westdeutschland anteilig 28 Prozent aus, in Ostdeutschland 18 Prozent.

Das Vorsorgevermögen setzt sich sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zu großen Teilen aus Guthaben in Bausparverträgen, Lebensversicherungen, Riesterrenten und sonstigen privaten Rentenversicherungen zusammen. Unterschiede in der Bedeutung der einzelnen Formen ergeben sich hier im Anteil der Lebensversicherungen und dem Guthaben in Riesterrenten, also der privaten Altersvorsorge. Der Anteil der Guthaben in Riesterrenten sowie der sonstigen privaten Altersvorsorge beträgt in Ostdeutschland insgesamt 39 Prozent des Vorsorgevermögens, während der Anteil in Westdeutschland 34 Prozent beträgt. Die Bedeutung der Riesterrente ist in Ostdeutschland potenziell deshalb hoch, weil die explizite und implizite staatliche Förderkomponente insbesondere bei geringen Einkommen relativ hoch ausfällt.

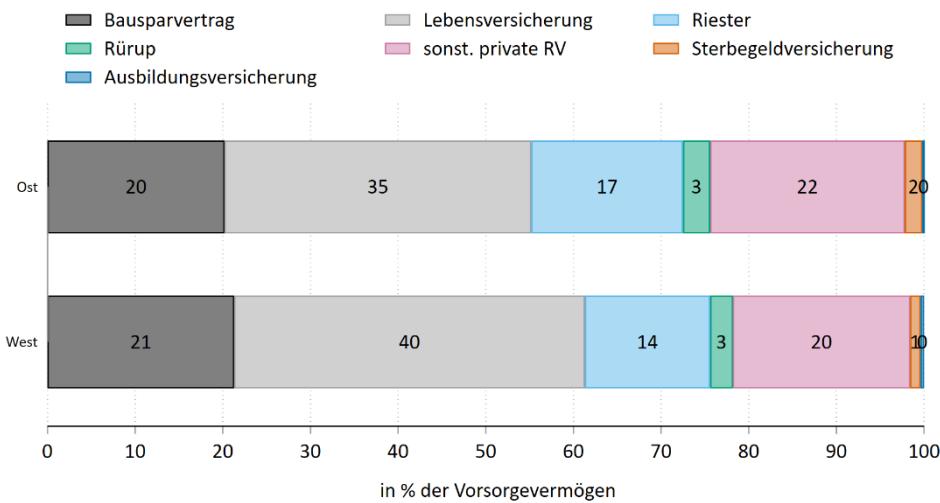
<sup>18</sup> Die Höhe der Geldanlagen bzw. das Finanzvermögen macht im SOEP auf individueller Ebene im Durchschnitt einen Anteil von etwa 15 Prozent des Vermögens aus (Abbildung 2-12). In der EVS beträgt der Anteil des Finanzvermögens am Gesamtvermögen des Haushalts knapp 30 Prozent. Die Differenz lässt sich auf die getrennte Erfassung des Betriebseigentums und der Sachvermögen zurückführen, die in ähnlicher Weise nicht getrennt in der EVS ausgewiesen werden. Die verbleibenden überlappenden Vermögensbestandteile fallen im SOEP und der EVS ähnlich aus. So machen die Immobilien im jeweils aktuellsten Jahr im SOEP etwa 79 Prozent (Ost) und 81 Prozent (West) der Vermögen aus, während die Anteile in der EVS 75 Prozent (Ost) und 83 Prozent (West) betragen. Der durchschnittliche Anteil der Versicherungen/Bausparverträge (Vorsorgevermögen) am Gesamtvermögen beträgt im SOEP 13 Prozent (Ost) und 9 Prozent (West), in der EVS 16 Prozent (Ost) und 11 Prozent (West). Die verbleibenden Anteile gehen im SOEP auf das Betriebseigentum und das Sachvermögen zurück.

Abbildung 2-13: Zusammensetzung der Finanzvermögen in 2018 (EVS)



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

Abbildung 2-14: Zusammensetzung der Vorsorgevermögen in 2018 (EVS)



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

## 2.6 Vermögensaufbau

In diesem Abschnitt werden zunächst die Sparmotive zum Vermögensaufbau beleuchtet. Im Anschluss werden die Voraussetzungen für die Vermögensbildung (Anteil der Personen, die monatlich sparen und monatliche Sparbeträge) sowie das damit zusammenhängende Vermögen dargestellt. Neben der individuellen Vermögensbildung durch regelmäßiges Sparen können auch Erbschaften zum Vermögen beitragen. Daher wird

dieser Aspekt ebenfalls in diesem Abschnitt betrachtet und es werden insbesondere die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland herausgearbeitet.

### 2.6.1 Sparen

---

Abbildung 2-15 stellt die Anteile des jeweils wichtigsten Sparmotivs der Haushalte in Ostdeutschland (linkes Panel) und Westdeutschland (rechtes Panel) dar. Die Marker für jedes Sparmotiv bilden den jeweiligen Anteil in den Jahren 2011, 2014, 2017 und 2021 ab.

Im Jahr 2021 waren die Notfall- und Altersvorsorge mit Abstand die wichtigsten Spar motive in Ost- und Westdeutschland. Auffällig ist dabei die starke Angleichung der Anteile der Notfallvorsorge über die Zeit. In 2011 war die Notfallvorsorge in Ostdeutschland in etwa 25 Prozent der Haushalte das wichtigste Sparmotiv und lag deutlich unter dem Anteil in Westdeutschland. 2021 wird die Notfallvorsorge hingegen in Ostdeutschland sogar etwas häufiger als in Westdeutschland als das wichtigste Sparmotiv genannt. Die folgenden drei wichtigsten Sparmotive sind Urlaub bzw. Reisen, die finanzielle Unterstützung von Kindern bzw. Enkelkindern sowie die Renovierung bzw. Sanierung von Immobilien, mit nur geringen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland. Der Anteil der Haushalte, die für den Erwerb von Immobilien sparen, ist in Westdeutschland etwas größer als in Ostdeutschland. Die verbleibenden Sparmotive werden hingegen relativ selten von den Haushalten in Ost- und Westdeutschland als wichtig erachtet.

Fuchs-Schündeln (2008) zeigt, dass nach der Wiedervereinigung bis zum Beginn des neuen Jahrhunderts der Anteil der Personen, die monatlich sparen, in Ostdeutschland zunächst deutlich über der Sparquote in Westdeutschland liegt. Ab 1992 geht dieser Anteil in Ostdeutschland jedoch stark zurück, während er in Westdeutschland nahezu konstant bleibt. Sie argumentiert, dass sich dies auf die geänderte wirtschaftliche und finanzielle Situation in Ostdeutschland und das Motiv des Vorsorgesparens zurückführen lässt: Nach der Wiedervereinigung veränderte sich für die ostdeutsche Bevölkerung die Unsicherheit über zukünftige Einkommen drastisch. Zuvor war ein Einkommen bzw. die Erwerbstätigkeit relativ sicher, nach der Wiedervereinigung führten niedrige Löhne und der neue Wettbewerbsmarkt zu gestiegener Unsicherheit. Um dieser Unsicherheit entgegenzuwirken, musste zunächst ein sogenanntes Vorsorgevermögen aufgebaut werden. Dies spiegelte sich in der deutlich höheren und dann abflachenden Sparquote in Ostdeutschland wider. Abbildung 2-15 verdeutlicht, dass sich dieses Sparmotiv, in Übereinstimmung mit der in Fuchs-Schündeln (2008) beschriebenen Entwicklung, bis 2021 zwischen Ost- und Westdeutschland angeglichen hat.

Abbildung 2-15: Wichtigstes Sparmotiv beim Vermögensaufbau (PHF)

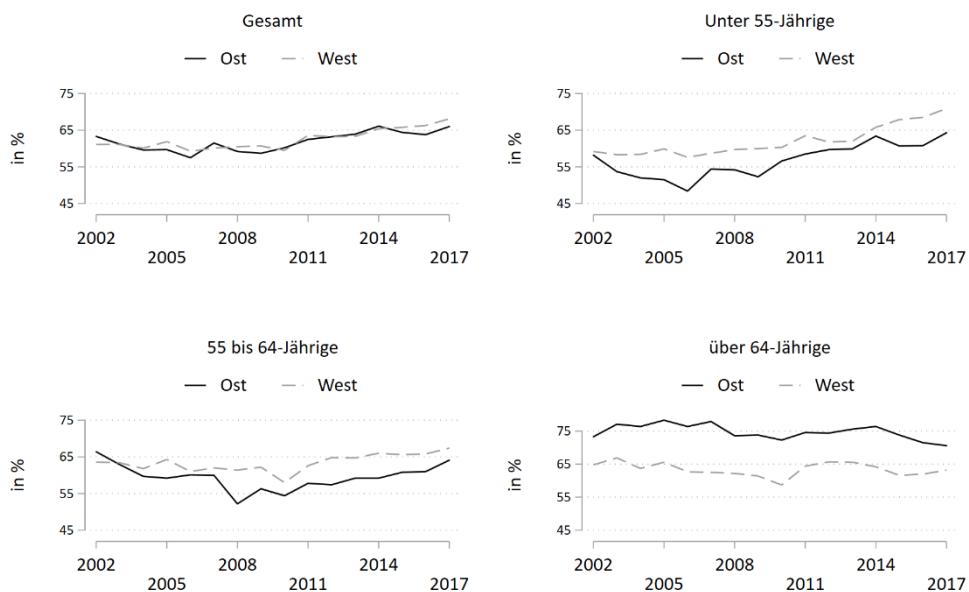


Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung.

Neben den Sparmotiven stellt sich die Frage nach der Entwicklung der Sparquote und dem -betrag in der langen Frist und ob es weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. Abbildung 2-16 zeigt im linken oberen Panel, dass die aggregierten Sparquoten zwischen Ost- und Westdeutschland im Zeitraum zwischen 2002 und 2017 nahezu identisch ausfallen. Mit Beginn der wirtschaftlichen Expansion Mitte der 2000er Jahre steigt die Sparquote deutlich an. Nach einem kurzen Rückgang während der Finanz- und Eurokrise steigt sie weiter auf rund 65 Prozent im Jahr 2017. Im rechten oberen Panel ist die Sparquote der unter 55-Jährigen in Ost- und Westdeutschland dargestellt. Die Sparquote in Westdeutschland ist zunächst deutlich höher als in Ostdeutschland. Anschließend zeigt sich ab circa 2005 eine Angleichung der Sparquoten zwischen Ost- und Westdeutschland. Ähnliches zeigt sich auch bei den 55- bis 64-Jährigen, die unmittelbar vor dem Eintritt in den Ruhestand stehen. Bei den über 64-Jährigen liegt die Sparquote in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland. Dies könnte dadurch bedingt sein, dass es sich in dieser Gruppe um Personen handelt, die 1989 zwischen 36 und 51 Jahre alt waren (d.h. die den Jahrgängen 1938 bis 1953 angehören). Bei ihnen kann von einer weitgehenden Sozialisation in der DDR ausgegangen werden, insbesondere auch hinsichtlich der begrenzten Konsummöglichkeiten. Zudem legt die Literatur nahe, dass direkt nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland

mehr gespart wurde als in Westdeutschland und dass dies insbesondere auf die älteren Jahrgänge zutraf (siehe Fuchs-Schündeln, 2008).

Abbildung 2-16: Sparquote zwischen 2002 und 2017

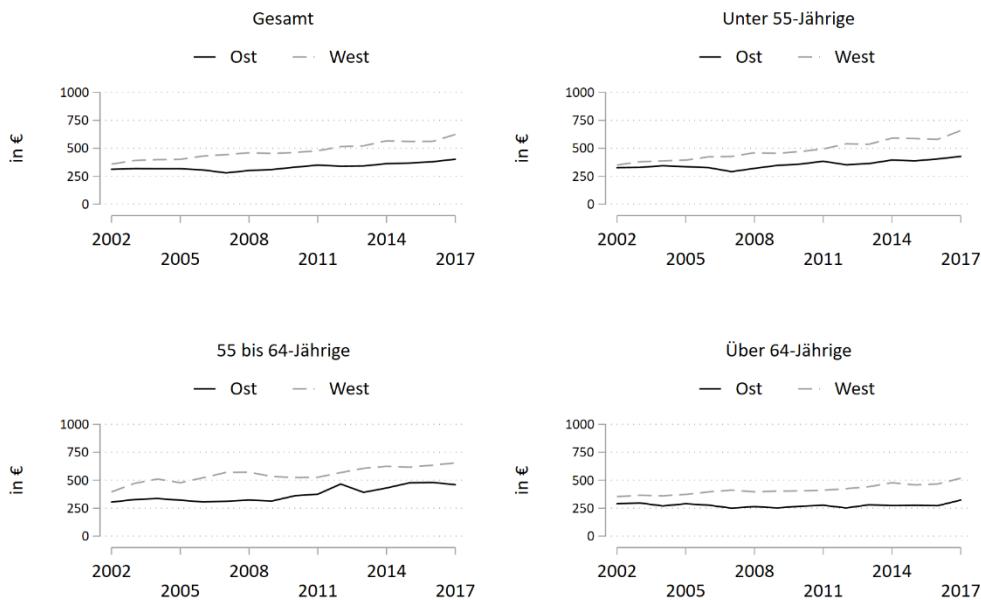


Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Abbildung 2-17 stellt den durchschnittlichen monatlichen Sparbetrag in Ost- und Westdeutschland dar. Im rechten oberen Panel zeigt sich zwischen 2002 und 2017 ein steigender Sparbetrag in Ost- und Westdeutschland, bei einem deutlich höheren Niveau in Westdeutschland. Zudem steigt die Differenz der monatlichen Sparbeträge zwischen Ost- und Westdeutschland. Dieses Ergebnis zeigt sich insbesondere bei den unter 55-Jährigen sowie über 64-Jährigen. Bei den 55 bis 64-Jährigen zeigt sich ein etwa paralleler Verlauf der monatlichen Sparbeträge.

Dieses Ergebnis könnte auf geringere Sparmöglichkeiten in Ostdeutschland zurückzuführen sein, bspw. aufgrund von niedrigeren Einkommen, oder auf eine stärkere Präferenz für den aktuellen Konsum gegenüber zukünftigem Konsum. Dies könnte begründen, weshalb sich in Ostdeutschland die Vermögen weiterhin unter den Vermögen in Westdeutschland befinden und sie sich nicht angleichen (vgl. Abbildung 2-2).

Abbildung 2-17: Durchschnittlicher Sparbetrag zwischen 2002 und 2017



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

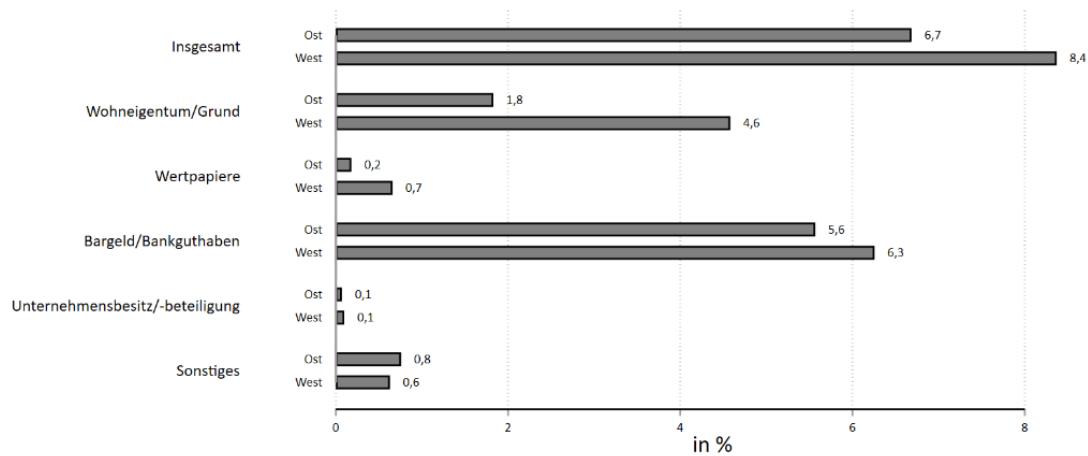
## 2.6.2 Erbschaften

Neben der Möglichkeit des Sparens tragen Erbschaften und Schenkungen (im Folgenden: Erbschaften<sup>19</sup>) zur Vermögensbildung bei. In Abbildung 2-18 werden die Anteile der Personen in Ost- und Westdeutschland dargestellt, die in den letzten 15 Jahren eine Erbschaft oder eine Schenkung erhalten haben. Demnach wird in Ostdeutschland etwas seltener geerbt als in Westdeutschland (Baresel et al. 2021). Dieses Ergebnis überrascht zunächst nicht, denn in Westdeutschland besitzt ein größerer Anteil als in Ostdeutschland überhaupt ein Vermögen, das vererbt werden kann (vgl. Abbildung 2-9).

Die Daten des SOEP erlauben eine Differenzierung nach verschiedenen Arten von Erbschaften. Insgesamt werden am häufigsten Wohneigentum/Grundbesitz und Bargeld/Bankguthaben vererbt, während Unternehmensbeteiligungen und Wertpapiere eine untergeordnete Rolle spielen. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der Häufigkeit der jeweiligen Erbschaftsarten zeigen sich insbesondere bei Wohneigentum/Grundbesitz und Wertpapieren, wobei Letztere insgesamt selten genannt werden. In Abschnitt 7.1.4 im Anhang werden die Erbschaften anhand der Angaben im PHF zerlegt. Es zeigen sich nahezu identische Ergebnisse.

<sup>19</sup> Siehe Baresel et al. (2021) für eine Differenzierung nach Erbschaften und Schenkungen. Eine solche Differenzierung wird im Rahmen dieser Studie nicht vorgenommen. Erbschaften fallen im Vergleich zu Schenkungen nach Baresel et al. (2021) in der Regel höher aus.

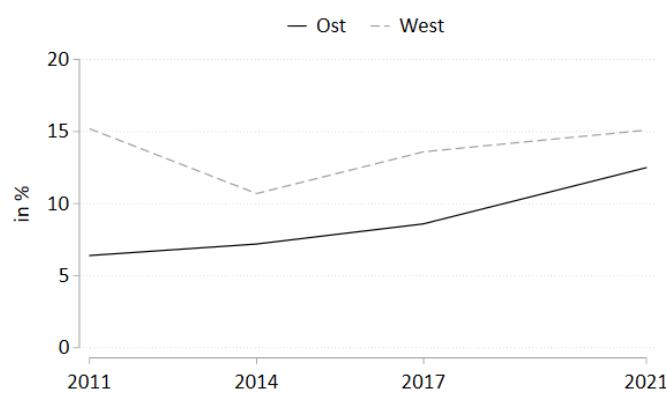
Abbildung 2-18: Personen mit Erbschaften bzw. Schenkungen in den letzten 15 Jahren (SOEP)



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Im PHF sind auch die Erwartungen der Haushalte hinsichtlich zukünftiger Erbschaften enthalten.<sup>20</sup> Wie bereits dargestellt, sind Erbschaften in Ostdeutschland möglicherweise deshalb so selten, weil die Generation, die in den letzten Jahren vererbt hat, nur begrenzt über Vermögen verfügte. Seit der Wiedervereinigung haben sich die Möglichkeiten in Ostdeutschland jedoch verbessert (vgl. Abbildung 2-5). Daher könnte in Zukunft mit einem Anstieg von Erbschaften in Ostdeutschland zu rechnen sein. Abbildung 2-19 zeigt, dass sich der Anteil der Haushalte in Ostdeutschland, die in Zukunft eine Erbschaft erwarten, zwischen 2011 und 2021 verdoppelt hat. Zudem ist eine leichte Angleichung der Anteile zwischen Ost- und Westdeutschland zu erkennen.

Abbildung 2-19: Anteil der Personen in Erwartung zukünftiger Erbschaften (PHF)



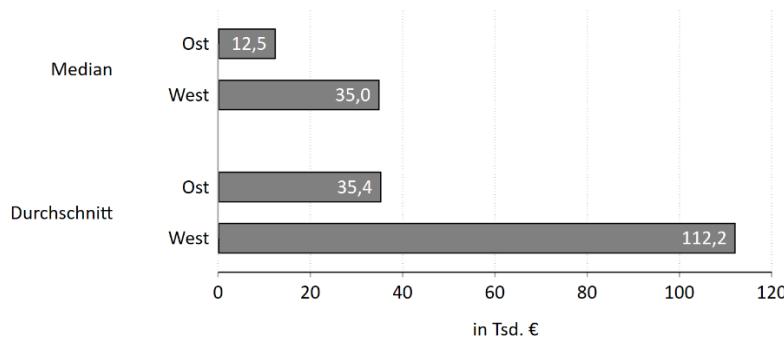
Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung.

Neben der Häufigkeit von Erbschaften ist auch die Höhe der Erbschaften für die Vermögensbildung relevant. Auch hier könnten sich deutliche Unterschiede zwischen Ost- und

<sup>20</sup> Die korrespondierende Frage lautet dazu im PHF: „Erwartet der Haushalt in der Zukunft eine größere Schenkung oder Erbschaft von jemandem, der kein Haushaltsteilnehmer ist?“

Westdeutschland ergeben, da z. B., wie die bisherigen Ergebnisse zeigen, Immobilien in Ostdeutschland einerseits einen geringeren durchschnittlichen Vermögenswert ausmachen und andererseits seltener vererbt werden als in Westdeutschland. Wie Abbildung 2-20 zeigt, sind die durchschnittlichen Erbschaften in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland (die Darstellung berücksichtigt nur Personen, die in den letzten 15 Jahren tatsächlich geerbt haben). Auch der Median der Erbschaften ist in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland. Dies bedeutet, dass sowohl die Häufigkeit als auch die Höhe der Erbschaften zugunsten der Vermögensbildung in Westdeutschland ausfallen.

Abbildung 2-20: Erbschaftshöhe (SOEP)



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

In diesem Abschnitt wurde gezeigt, dass sich die Sparquote der unter 64-Jährigen seit Mitte der 2000er Jahren in Ost- und Westdeutschland angeglichen hat. Allerdings liegt der gesparte Betrag in Ostdeutschland deutlich unter dem Sparbetrag in Westdeutschland und die Differenz steigt über die Zeit. Ferner sind deutliche Unterschiede bei den Erbschaften zwischen Ost- und Westdeutschland ersichtlich. In Ostdeutschland wird seltener geerbt und es werden vor allem deutlich geringere Beträge übertragen als in Westdeutschland. Diese beiden Ergebnisse deuten an, dass die Vermögensbildung in Ostdeutschland in geringerem Umfang als in Westdeutschland stattfindet. Im nächsten Abschnitt wird beschrieben, inwieweit dabei individuelle Merkmale und Präferenzen eine Rolle spielen.

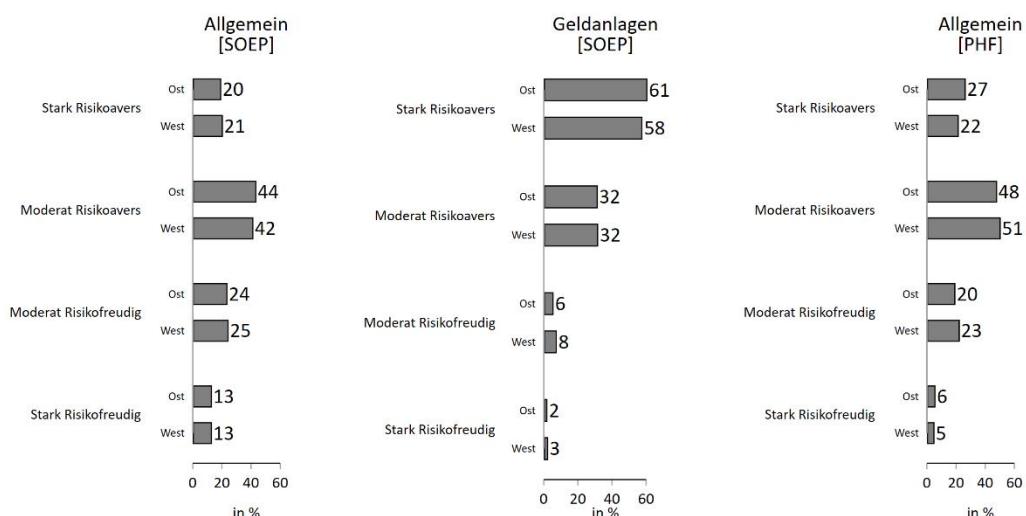
## 2.7 Ausgewählte Determinanten der Vermögensbildung

Die bisherigen Abschnitte haben verdeutlicht, dass die Vermögen in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland sind. Zudem hat sich gezeigt, dass sie sich in ihrer Zusammensetzung und der Art und Weise, wie das Vermögen gebildet wurde, unterscheiden. Dabei wurden jedoch zentrale Faktoren wie die Risikopräferenzen und finanzielle Bildung (*financial literacy*) nicht berücksichtigt. Diese Aspekte spielen eine entscheidende Rolle bei der Vermögensbildung und könnten maßgeblich zu den beobachteten Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland beitragen. In diesem Abschnitt wird untersucht, inwieweit Unterschiede in diesen Determinanten zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen.

## 2.7.1 Risikopräferenzen

Abbildung 2-21 stellt die Risikopräferenzen der Personen (linkes und mittleres Panel) sowie des HV (rechtes Panel) in Ost- und Westdeutschland dar. Im SOEP können dabei die individuellen allgemeinen Präferenzen sowie die individuellen Präferenzen hinsichtlich der Geldanlagen differenziert werden (Stand: 2017). Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland geben Personen deutlich häufiger moderate Risikopräferenzen an, während der Anteil mit hoher allgemeiner Risikoaversion bzw. Risikofreude relativ gering ist. Es gibt keine nennenswerten Unterschiede zwischen den jeweiligen Anteilen in Ost- und Westdeutschland. Seit 2002 steigt die allgemeine Risikofreude an (nicht abgebildet): In 2002 gaben 31 Prozent (Ost) bzw. 28 Prozent (West) der Befragten an, moderat oder stark risikofreudig zu sein, während in 2017 die Anteile bei 37 Prozent (Ost) und 38 Prozent (West) liegen.

Abbildung 2-21: Risikopräferenzen auf individueller- (SOEP) und Haushaltsebene (PHF)



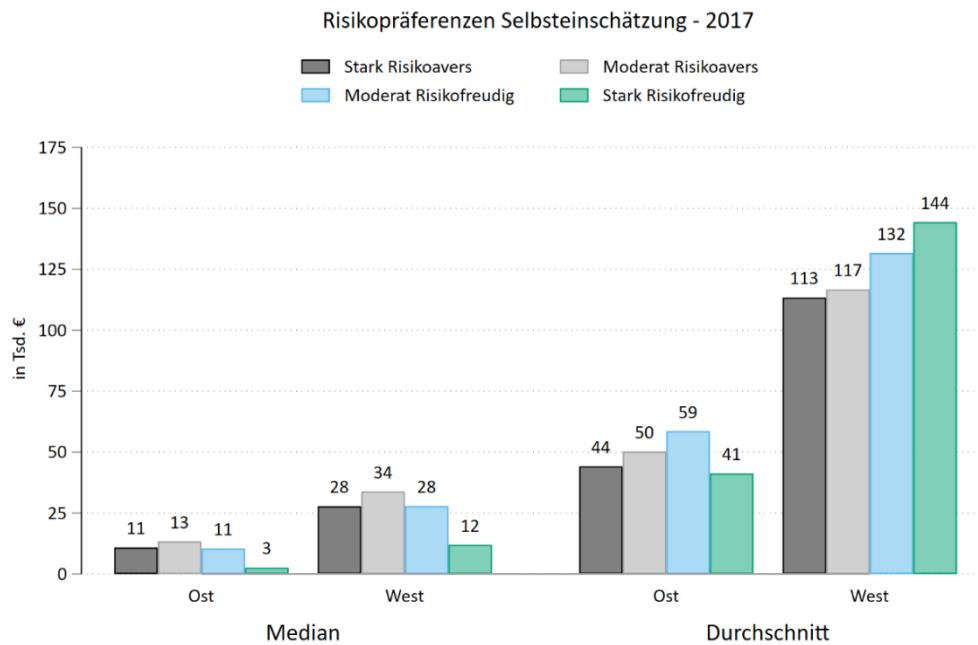
Quelle: SOEP v38R1, Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung.

Im Bereich von Geldanlagen und Investitionen sind Personen tendenziell risikoaverser. Deutlich über die Hälfte der Personen gibt an, bei Geldanlagen stark risikoavers zu sein, wohingegen sich 2 Prozent bzw. 3 Prozent als stark risikofreudig einschätzen. Hier verzeichnen sich ebenfalls kaum Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland.<sup>21</sup>

Im PHF wird die Risikopräferenz des HV erfasst. Die Ergebnisse in Abbildung 2-21 (rechtes Panel) beziehen sich auf die Befragung im Jahr 2021. Sie unterstützen das Ergebnis der geringen Unterschiede zwischen den Risikopräferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie der tendenziell hohen Risikoaversion. Auch im PHF steigt im Zeitverlauf die Risikoaffinität. In 2011 waren etwa 23 Prozent der HV in Ostdeutschland entweder moderat oder stark risikofreudig. In 2021 ist dieser Wert leicht auf 26 Prozent gestiegen. In Westdeutschland ist er von 21 Prozent in 2011 um 7 Prozentpunkte auf 28 Prozent in 2021 gestiegen (nicht abgebildet).

<sup>21</sup> Für die Risikopräferenzen bei Geldanlagen liegen in 2002 keine Daten vor.

Abbildung 2-22: Vermögen nach Risikopräferenzen (SOEP)



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Bei der Betrachtung der durchschnittlichen Vermögen in Ost- und Westdeutschland zeigt sich, dass diese jeweils mit zunehmender Risikopräferenz zunächst ansteigen (Leckelt et al. 2022). Demnach ist das Vermögen umso größer, je risikofreudiger eine Person ist – oder die Risikofreude ist umso größer, je vermögender eine Person ist. Dies lässt sich auch auf der Ebene der Haushalte nachweisen (siehe Abbildung 7-15 im Anhang). Stark risikofreudige Personen in Ostdeutschland verzeichnen allerdings einen geringeren Vermögensbestand als jene mit moderater Risikopräferenz.

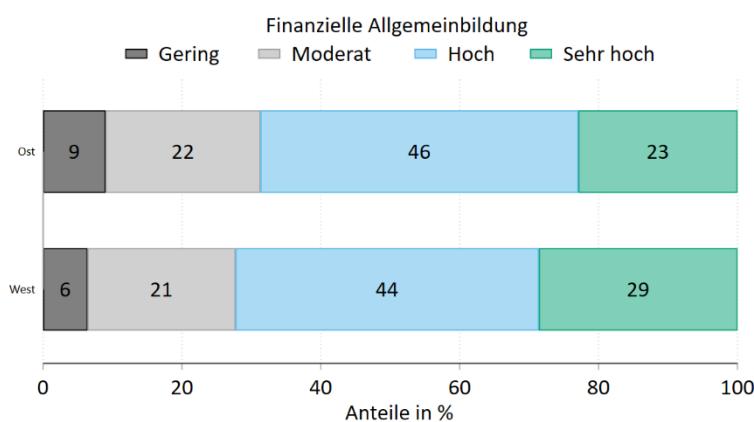
Das Vermögen am jeweiligen Median deutet zudem an, dass der tendenziell positive Zusammenhang zwischen Risikopräferenz und Vermögen komplexer ist. Das Medianvermögen der Personen mit moderater oder starker Risikofreude fällt gleich hoch oder geringer aus als das der moderat oder stark risikoaversen Personen, sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. Auch dieser Zusammenhang bestätigt sich in den Daten des PHF auf der Ebene der Haushalte (siehe Abbildung 7-15 im Anhang).

## 2.7.2 Financial Literacy

Die finanzielle Allgemeinbildung (sog. *financial literacy*) beschreibt die Kompetenzen einer Person in Bezug auf verschiedene Fragen im Zusammenhang mit Anlagentmöglichkeiten, der Funktionsweise von Kapitalmärkten und dem Verständnis von Zinsen und

Inflation. Das SOEP enthält sowohl 2016 als auch 2018 sechs Fragen zu diesen Themen.<sup>22</sup> Diese Informationen sowie ähnliche Daten aus dem PHF werden in diesem Abschnitt genutzt, um Unterschiede in der *financial literacy* zwischen Ost- und Westdeutschland zu untersuchen. Abbildung 2-23 stellt die Verteilung der *financial literacy* in Ost- und Westdeutschland dar. Der Anteil der Personen mit geringer *financial literacy* ist in Ostdeutschland etwas höher als in Westdeutschland. Demgegenüber liegt der Anteil der Personen mit einer sehr hohen *financial literacy* in Westdeutschland mit 29 Prozent um 6 Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland.

Abbildung 2-23: Individuelle finanzielle Allgemeinbildung in Ost- und Westdeutschland (SOEP, 2016/18)



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Abbildung 2-24 zeigt anhand der Daten des PHF den Anteil der HV mit geringer, moderater und hoher *financial literacy* im Zeitverlauf.<sup>23</sup> In Westdeutschland haben in den ersten drei Befragungswellen gut 70 Prozent der HV eine hohe *financial literacy*. Bis 2021 sinkt dieser Anteil auf knapp 60 Prozent. In Ostdeutschland sind die Anteile der HV mit hoher *financial literacy* in allen Wellen geringer als in Westdeutschland. Die Differenz zwischen den Anteilen in Ost- und Westdeutschland liegt zwischen 11 Prozentpunkten

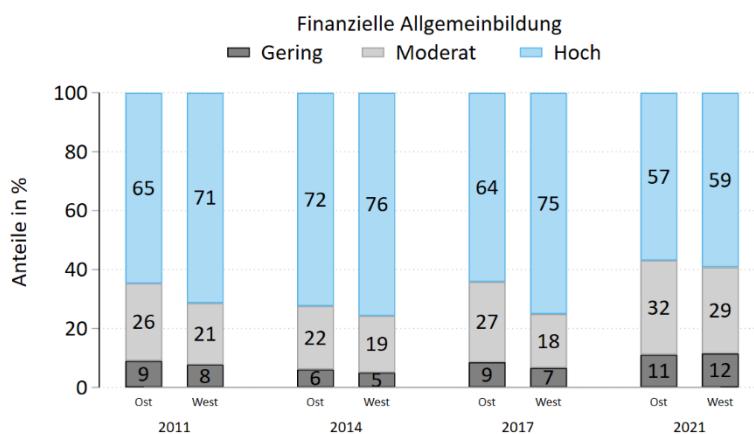
<sup>22</sup> Aus den im SOEP gestellten Fragen wird die Summe der richtigen Antworten gebildet und in die Kategorien „Gering“ (Keine oder eine richtige Antwort), „Moderat“ (zwei oder drei richtige Antworten), „Hoch“ (vier oder fünf richtige Antworten) und „Sehr hoch“ (sechs richtige Antworten) unterteilt. Allerdings liegen diese Informationen nur für Personen aus dem sogenannten SOEP Innovation Sample vor, die keine Schnittmenge mit den Personen aus dem SOEP-Core haben, auf welchen die bisherigen Auswertungen der Vermögen basieren. Daher ist für die individuelle finanzielle Allgemeinbildung nur ein Vergleich der Kompetenzen zwischen Ost- und Westdeutschland möglich, nicht aber eine Verknüpfung mit den jeweiligen Vermögensbeständen.

<sup>23</sup> Die finanzielle Allgemeinbildung im PHF wird anhand von drei Fragen zu Zinseszins, Inflation und Risikostreuung erfasst. Für die vorliegende Darstellung wird die finanzielle Allgemeinbildung in drei Kategorien eingeteilt. Personen mit höchstens einer richtigen Antwort haben demnach eine „geringe“ finanzielle Allgemeinbildung, mit zwei richtigen Antworten wird die finanzielle Allgemeinbildung als „moderat“ eingestuft. Personen mit drei richtigen Antworten haben eine „hohe“ finanzielle Allgemeinbildung.

(2017) und zwei Prozentpunkten (2021). Dagegen ist der Anteil der HV mit geringer oder moderater *financial literacy* in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland.<sup>24</sup>

Diese Befunde deuten auf eine höhere *financial literacy* in Westdeutschland gegenüber Ostdeutschland hin, wie sie bspw. auch in Bucher-Koenen und Lamla-Dietrich (2018) festgestellt werden. Sie könnten darauf zurückzuführen sein, dass die Menschen in der ehemaligen DDR keinen Zugang zu Kapitalmärkten hatten und somit die Notwendigkeit finanzielle Allgemeinbildung zu erwerben geringer war (Stijepic 2017). Auch wenn sich für die Personen in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung erstmals die Möglichkeit eröffnete, an den Finanzmärkten zu partizipieren, war es zunächst oft schwierig, sich das dafür notwendige Wissen anzueignen, da das nähere Umfeld zunächst ebenfalls in der ehemaligen DDR ausgebildet und sozialisiert wurde und somit ebenfalls über ein geringe finanzielle Allgemeinbildung verfügte (Bucher-Koenen und Lamla-Dietrich 2018).

Abbildung 2-24: Finanzielle Allgemeinbildung in Ost- und Westdeutschland (PHF)



Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung.

Dieser Abschnitt zeigte Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich verschiedener Faktoren, die potenziell in Zusammenhang mit den Vermögensdifferenzen in Ost- und Westdeutschland stehen. Es zeigte sich, dass es nur geringe Unterschiede hinsichtlich der Sparmotive gibt. Haushalte in Ost- und Westdeutschland bauen demnach aus ähnlichen Gründen Vermögen auf. Auch die Risikopräferenzen sind in Ost- und Westdeutschland sehr ähnlich, wobei darauf hingewiesen wird, dass dies auch an subjektiv unterschiedlichen Wahrnehmungen des Risikos liegen kann. Ein Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland besteht allerdings im Zusammenhang zwischen dem Vermögen und der Risikopräferenz. Im Durchschnitt ist eine höhere Risikofreude in Westdeutschland mit einem höheren durchschnittlichen Vermögen assoziiert. In Ostdeutschland besteht dieser lineare Zusammenhang hingegen nicht. Möglicherweise sind in Ostdeutschland konservativere Anlagestrategien im Durchschnitt eher erfolgreich, weil bspw. die finanziellen Reserven zum Ausgleich von Verlusten in Ostdeutschland relativ gering ausfallen. Schließlich ist

<sup>24</sup> Zwischen der *financial literacy* und dem Vermögen gibt es einen positiven Zusammenhang (vgl. Abbildung 7-16 im Anhang).

in Westdeutschland die *financial literacy* etwas höher als in Ostdeutschland. Dies könnte bspw. den höheren Anteil der Personen in Westdeutschland, die Geldanlagen besitzen (vgl. Abbildung 2-10), sowie die stärkere Nutzung von riskanten Anlagestrategien (vgl. Abbildung 2-13) erklären.

### 3 Nutzung von Anlageformen und Förderinstrumenten (Arbeitspaket 2)

#### 3.1 Kurzzusammenfassung

Der vorliegende Abschnitt der Studie zur Vermögenssituation und zu denkbaren Fördermodellen zur Kapitalbildung in Ostdeutschland stellt die Nutzung verschiedener Anlageformen sowie staatlicher Förderinstrumente zur Vermögensbildung dar. Die Ergebnisse basieren im Schwerpunkt auf der Auswertung von drei Sekundärdatenquellen<sup>25</sup> und werden an einigen Stellen durch Ergebnisse aus öffentlichen Quellen<sup>26</sup> ergänzt.

Die kapitalmarktgebundenen Vermögen in Ost- und Westdeutschland nehmen seit Mitte der 2000er Jahre zu. Zudem ist eine verstärkte Nutzung risikoreicher Anlageformen wie Aktien zu beobachten, wobei weiterhin Unterschiede in der Nutzung (risikoreicher) kapitalmarktgebundener Anlageformen zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen. Westdeutsche Haushalte erzielen potenziell höhere Kapitaleinkommen, während in Ostdeutschland der Anteil des nicht kapitalmarktgebundenen Vermögens (Tagesgeld, Sparbuch- und sonstige Bankguthaben) im Zeitverlauf zwar abnimmt, aber weiterhin höher ist als in Westdeutschland.

In Ostdeutschland erhalten deutlich weniger Beschäftigte vermögenswirksame Leistungen als in Westdeutschland, insbesondere in Haushalten mit mittlerem Einkommen. Dies überrascht zunächst, da ostdeutsche Beschäftigte im Schnitt aufgrund der geringeren Löhne häufiger von der Arbeitnehmersparzulage profitieren könnten, die die Vermögensbildung unterstützt, da die Förderung Einkommensgrenzen unterliegt. Die genauen Ursachen sind aufgrund der eingeschränkten Datenlage unklar. Eine mögliche Erklärung ist die unterschiedliche Tarifbindung in Ost- und Westdeutschland. In Ostdeutschland sind weniger Angestellte nach einem Tarifvertrag beschäftigt und haben damit einen potenziellen Nachteil bei der Inanspruchnahme vermögenswirksamer Leistungen, da diese häufig tariflich geregelt sind. Der Rückgang der staatlichen Aufwendungen für die Arbeitnehmersparzulage deutet auch darauf hin, dass die staatliche Förderung durch die Arbeitnehmersparzulage an Bedeutung verloren.

Neben der Arbeitnehmersparzulage gab bzw. gibt es weitere staatliche Förderinstrumente zur Vermögensbildung im Bereich der Eigenheimförderung. In Ostdeutschland profitierten vor allem Haushalte mit hohem Einkommen von der Eigenheimzulage, während Haushalte mit mittleren Einkommen seltener gefördert wurden als in Westdeutschland. Das Baukindergeld wurde dagegen häufiger von ostdeutschen Haushalten in Anspruch genommen. Ein Grund hierfür könnte die pauschale Fördersumme sein, die sich an der Zahl der Kinder im Haushalt orientiert, und nicht an den Kaufpreis oder das Haushaltseinkommen gekoppelt ist. Da Kaufpreise für Immobilien in Ostdeutschland im

<sup>25</sup> Dabei handelt es sich um das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), die Studie zur wirtschaftlichen Lage privater Haushalte (PHF) und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

<sup>26</sup> Dies betrifft Daten aus den Subventionsberichten der Bundesregierung sowie vom Statistischen Bundesamt und von der Kreditanstalt für Wiederaufbau bereitgestellte Daten.

Schnitt niedriger sind, macht die Förderung einen größeren Anteil aus. Somit ist der finanzielle Anreiz des Baukindergeldes für Haushalte in Ostdeutschland besonders hoch.

Die Wohnungsbauprämie spielt in Westdeutschland aufgrund der sparbetragsabhängigen Förderung eine größere Rolle. Da jüngere Personen in Ostdeutschland seltener sparen, ist davon auszugehen, dass die Wohnungsbauprämie den Erwerb von Wohneigentum in Westdeutschland stärker fördert als in Ostdeutschland. Aufgrund fehlender Informationen in den Sekundärdaten kann diese Hypothese jedoch nicht überprüft werden.

Im Durchschnitt werden Haushalte in Ostdeutschland seltener durch das Wohneigentumsprogramm der KfW gefördert als Haushalte in Westdeutschland. Dies dürfte auf die insgesamt geringere Wohneigentumsbildung in Ostdeutschland zurückzuführen sein. Insofern ist es unwahrscheinlich, dass das Wohneigentumsprogramm dazu beiträgt, die Wohneigentumslücke zwischen Ost- und Westdeutschland zu verringern.

Die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge trägt nicht zu einer Angleichung der Vermögen zwischen Ost- und Westdeutschland bei. Haushalte in Ostdeutschland schließen diese Verträge zwar ähnlich häufig ab wie Haushalte in Westdeutschland. Die Höhe des durchschnittlichen Riester-Guthabens ist jedoch in Ostdeutschland vergleichsweise gering. So zeigen auch Corneo et al. (2018), dass die staatliche Unterstützung im Rahmen der Riester-Verträge über alle Haushalte in Deutschland hinweg verteilungsneutral ist.

## 3.2 Einleitung

---

Das zweite Arbeitspaket (AP2) der Studie zur Vermögenssituation und Kapitalbildung in Ostdeutschland knüpft an das erste Arbeitspaket (AP1) an. Während AP1 einen Überblick über Vermögen, Vermögensarten und Determinanten der Vermögensbildung gibt, wird in AP2 die Nutzung verschiedener Anlageformen sowie staatlicher Förderinstrumente zur Vermögensbildung dargestellt.

Zunächst wird untersucht, inwieweit die Haushalte in Deutschland kapitalmarktgebundene Anlageformen nutzen. Hierzu zählen insbesondere Aktien, verschiedene Fonds und sonstige Wertpapiere. Diese Darstellung knüpft an die Ergebnisse aus dem AP1 an, wonach in Ostdeutschland die nicht-riskanten Bestandteile des Finanzvermögens eine größere Bedeutung haben als in Westdeutschland. Im vorliegenden Bericht wird der Frage nachgegangen, ob sich auch die Zusammensetzung und Nutzung der riskanten – also kapitalmarktgebundenen – Anlagen zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden, und wenn ja, welche Implikationen sich daraus für die Verteilung der Vermögen ergeben.

Im zweiten Teil werden die staatlichen Förderinstrumente zur Vermögensbildung dargestellt. Die Unterstützung der privaten Vermögensbildung der Haushalte basiert in Deutschland auf drei zentralen Säulen: a) Vermögenswirksame Leistungen: Diese fördern den Vermögensaufbau von Beschäftigten aus eigenen Beiträgen, Leistungen des Arbeitgebers oder eine Kombination aus beidem. Solche Leistungen können durch die

sogenannte Arbeitnehmersparzulage gefördert werden, b) Eigenheimförderung: Diese erfolgt durch die Eigenheimzulage mit einkommensabhängigen Zuschüssen zum Erwerb von Wohneigentum. Ergänzt wird diese durch die Wohnungsbauprämie sowie das Baukindergeld, und c) Förderung der privaten Altersvorsorge: Diese setzt sich aus staatlichen Zulagen (Riester) und steuerlichen Vergünstigungen (Riester, Rürup) zusammen und sichert die individuelle Altersvorsorge, neben der gesetzlichen Rentenversicherung, durch einen zweiten Baustein ab.

Aufgrund der teilweisen Verknüpfung der Förderinstrumente mit dem Einkommen sowie im Falle der Eigenheimförderung mit dem Kauf- bzw. Baupreis einer Immobilie oder gerade auch wegen der Unabhängigkeit dieser Größen von der Förderung könnten sich Unterschiede in der Inanspruchnahme der einzelnen Instrumente zwischen Ost- und Westdeutschland ergeben. So stellen bspw. Weber et al. (2022) fest, dass das Baukindergeld, welches aus einer pauschalen Fördersumme besteht, die Kaufkraft der Haushalte in Ostdeutschland aufgrund niedrigerer Immobilienpreise und Einkommen stärker erhöht als in Westdeutschland. Dies führt zu einer stärkeren Inanspruchnahme des Baukindergeldes in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland. Bei anderen staatlichen Instrumenten zur Vermögensbildung spielt dagegen das Einkommen bzw. die Kaufsumme der Immobilie eine Rolle. Es wird dargestellt, welcher Zusammenhang sich daraus zwischen der Nutzung und Fördersummen jeweils in Ost- und Westdeutschland ergibt.

Diese Fragen werden auf der Grundlage von den drei Sekundärdatensätzen beantwortet, die bereits in AP1 verwendet wurden: das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), die Studie zur wirtschaftlichen Lage privater Haushalte (PHF) und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Für eine Kurzdarstellung der Sekundärdaten wird daher auf das AP1 verwiesen. Im Unterschied zu AP1 wird in AP2 jedoch nun auch die Haushalts- statt der Individualebene im SOEP berücksichtigt. Grund hierfür ist, dass in der Befragung die einzelnen Förderinstrumente auf Haushaltsebene erfasst werden. Dies ergibt insofern Sinn, als sich z. B. die Wohneigentumsförderung auch explizit an Haushalte richtet. Bei der Nutzung der Förderinstrumente der privaten Altersvorsorge werden die individuellen Angaben auf der Ebene der Haushalte aggregiert, um eine einheitliche Darstellung zu gewährleisten.

Die Darstellungen vergleichen jeweils die Zielgröße wie etwa die Nutzung verschiedener Anlageformen oder Fördermöglichkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland, wobei die Berücksichtigung der Zielgröße in Westdeutschland keinen Referenz-, sondern lediglich einen Vergleichscharakter hat.

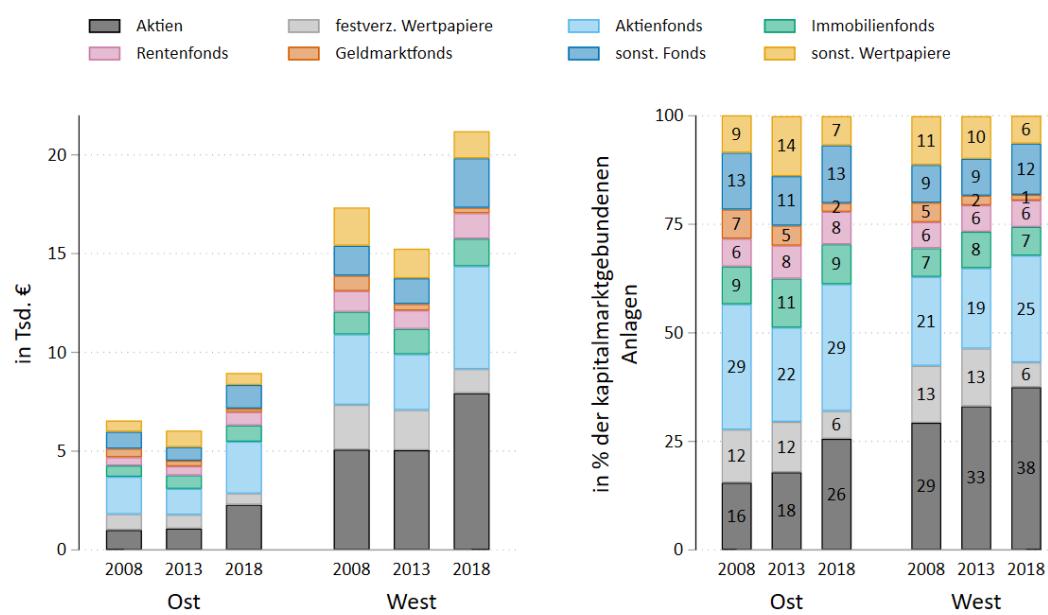
### **3.3 Nutzung verschiedener Anlageformen**

---

In diesem Abschnitt werden die kapitalmarktgebundenen Anlageformen beschrieben, die sich aus Aktien, festverzinslichen Wertpapieren und Fonds zusammensetzen. Sie unterscheiden sich damit von dem in Kapitel 2 dargestellten Finanzvermögen insofern, als dass Tagesgeld, Sparbuchguthaben und sonstige Bankguthaben nicht enthalten sind.

Kapitalmarktgebundene Anlagen erzielen in der Regel eine Rendite und unterliegen Schwankungen. Beides variiert je nach Anlageform, so dass je nach Risikopräferenz und bestehendem Vermögen typischerweise unterschiedliche Anlageformen gewählt werden. Risikoarme Anlageformen erzielen in der Regel geringere Renditen, während risikoreichere Anlageformen höhere Renditen einbringen. Die Nutzung verschiedener kapitalmarktgebundener Anlagen hat dementsprechend Einfluss auf die Vermögensentwicklung einzelner Personen bzw. Haushalte und auf die gesamtgesellschaftliche Vermögensstreuung. Die folgenden Darstellungen geben Aufschluss über die Nutzung verschiedener Anlageformen und mögliche Auswirkungen auf die Vermögenssituation in Ost- und Westdeutschland.

Abbildung 3-1: Nutzung verschiedener Anlageformen (EVS)

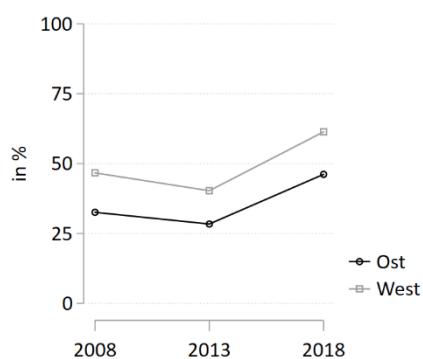


Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen.

Abbildung 3-1 differenziert die durchschnittlichen absoluten Werte des kapitalmarktgebundenen Vermögens nach den verschiedenen Anlageformen für die Jahre 2008, 2013 und 2018 jeweils für Ost- und Westdeutschland (linkes Panel). Die bereits in Abschnitt 2.5.2 dargestellten unterschiedlichen Vermögenshöhen in Ost- und Westdeutschland sind auch hier deutlich zu erkennen (linkes Panel). Das durchschnittliche kapitalmarktgebundene Vermögen in Ostdeutschland beträgt 2008 etwa 6.500 Euro (Westdeutschland: 17.300 Euro) und steigt auf knapp 9.000 Euro im Jahr 2018 (Westdeutschland: 21.200 Euro). Das kapitalmarktgebundene Vermögen wächst in Ostdeutschland somit um knapp 40 Prozent (Westdeutschland: +23 Prozent). Die relative Differenz im mittleren kapitalmarktgebundenen Vermögen zwischen Ost- und Westdeutschland sinkt demnach im Zeitraum 2008 bis 2018, wohingegen der absolute Abstand auf etwa 12.200 Euro steigt. Demgegenüber beträgt das durchschnittliche Vermögen allein in Aktien in Westdeutschland rund 5.000 Euro (2008) bzw. 8.000 Euro (2018). Das durchschnittliche Vermögen in Aktienfonds ist in Westdeutschland mit 5.200 Euro etwa doppelt so hoch wie in Ostdeutschland (2.600 Euro).

Im rechten Panel von Abbildung 3-1 werden die absoluten Werte jeweils ins Verhältnis zur Summe aller kapitalmarktgebundenen Anlagen gesetzt, um die Bedeutung der einzelnen Anlageformen zu verdeutlichen. Aktien und Aktienfonds sind sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland eine wichtige Komponente im Portfolio der privaten Haushalte. Der in Aktien (Aktien und Aktienfonds) investierte Anteil steigt in Ostdeutschland zwischen 2008 und 2018 von durchschnittlich rund 45 Prozent auf etwa 55 Prozent, in Westdeutschland von etwa 50 Prozent auf 63 Prozent. Auffällig ist der Anteil des Vermögens in Aktienfonds im Jahr 2018, der in Ostdeutschland mit 29 Prozent höher ist als in Westdeutschland (25 Prozent). Die Bedeutung von festverzinslichen und anderen Wertpapieren hat im Zeitverlauf abgenommen, was durch die Nullzinsphase zum Ende des Beobachtungszeitraums bedingt sein kann. Die übrigen Anteile der Anlageformen haben sich im Durchschnitt kaum oder gar nicht verändert. Somit hat zwischen 2008 und 2018 in Ost- und Westdeutschland eine Verschiebung hin zu risikoreicheren Anlageformen stattgefunden.<sup>27</sup>

**Abbildung 3-2: Anteil kapitalmarktgebundenen Vermögens am Finanzvermögen insgesamt, ohne Tagesgeld (EVS)**



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen.

Abbildung 3-2 zeigt den Anteil des kapitalmarktgebundenen Vermögens am gesamten Finanzvermögen, also dem kapitalmarktgebundenen Vermögen zuzüglich des Tagesgeldes, Sparbuchguthaben und sonstiger Bankguthaben, im Zeitverlauf.<sup>28</sup> In Westdeutschland ist der Anteil höher als in Ostdeutschland. Zwischen 2008 und 2018 steigen die Anteile in beiden Landesteilen nahezu parallel von 33 Prozent auf 46 Prozent (Ost) bzw. von 47 Prozent auf 61 Prozent (West). Neben der Zunahme risikoreicherer Anlageformen ist somit auch eine Zunahme des kapitalmarktgebundenen Vermögens insgesamt zu beobachten. Eine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland ist jedoch weder beim Anteil des kapitalmarktgebundenen Vermögens noch beim Anteil des in Ak-

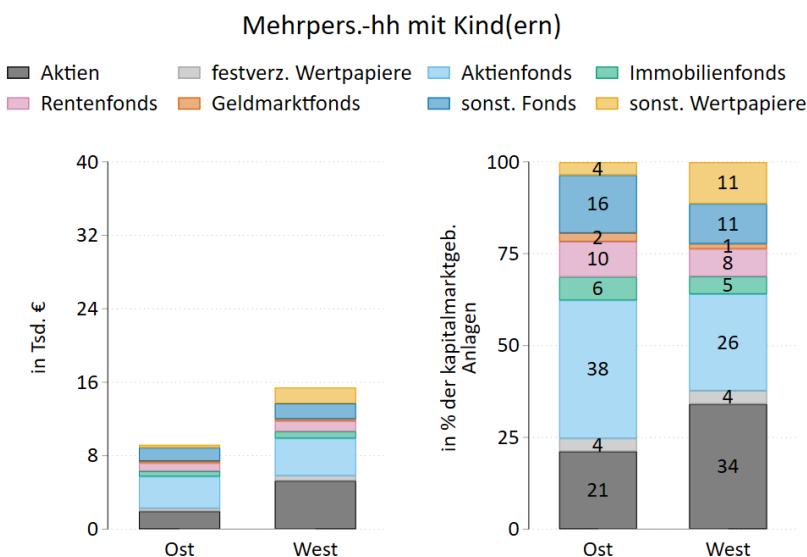
<sup>27</sup> Im Jahr 2008 hat die globale Finanzkrise die Höhe des Vermögens in Aktien vermutlich vermindert, sodass auch der Anstieg rein auf den Rückgang der Aktienkurse in diesem und den Anstieg in den folgenden Jahren zurückgehen könnte. Nichtsdestotrotz steigt auch der Anteil des Vermögens, der in Aktien bzw. Aktienfonds investiert wird, zwischen 2013 und 2018 deutlich.

<sup>28</sup> Das Tagesgeld kann hier nicht berücksichtigt werden, da es nur für 2018 in der EVS enthalten ist.

tien oder Aktienfonds investierten Vermögens festzustellen. In Bezug auf die Renditeerwartung deutet dieses Ergebnis darauf hin, dass die Haushalte in Westdeutschland im Durchschnitt weiterhin potenziell höhere Kapitaleinkommen erzielen können als die Haushalte in Ostdeutschland. Es ist davon auszugehen, dass das kapitalmarktgebundene Vermögen nicht zu einer Angleichung der Vermögen zwischen Ost- und Westdeutschland führt.

In der EVS kann das kapitalmarktgebundene Vermögen auch nach verschiedenen Haushaltstypen und der Höhe des Nettoäquivalenzeinkommens differenziert werden. Abbildung 3-3 stellt analog zu Abbildung 3-1 die Nutzung verschiedener Anlageformen in Mehrpersonenhaushalten mit einem oder mehreren Kindern im Jahr 2018 dar. Bei diesem Haushaltstyp zeigen sich unter anderem Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die in den anderen Haushaltstypen qualitativ ähnlich, aber weniger ausgeprägt sind (vgl. Abschnitt 7.2.1 im Anhang). So liegen die prozentualen Anteile in festverzinslichen Wertpapieren, Immobilien-, Renten- und Geldmarktfonds nah beieinander. Der jeweilige Anteil der kapitalmarktgebundenen Anlagen in sonstigen Fonds oder sonstigen Wertpapieren ist in Ost- und Westdeutschland zwar unterschiedlich hoch, ob dem unterschiedliche Risikopräferenzen zugrunde liegen, ist aufgrund der fehlenden Informationen über die Zusammensetzung der beiden Kategorien nicht ersichtlich.

**Abbildung 3-3: Nutzung verschiedener Anlageformen in Mehrpersonenhaushalten mit Kind(ern) im Jahr 2018 (EVS)**



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

Deutliche Unterschiede zeigen sich lediglich bei der Verteilung des Aktienbesitzes. So sind Mehrpersonenhaushalte mit Kindern in Westdeutschland häufiger direkt in Aktien investiert (34 Prozent) als jene in Ostdeutschland (21 Prozent), während Aktienfonds in Ostdeutschland einen höheren Anteil des kapitalmarktgebundenen Vermögens ausmachen (38 Prozent, Westdeutschland: 26 Prozent). Letztere gelten als weniger riskant,

womit der Befund zu Beginn dieses Abschnitts – dass die Renditeerwartungen in Westdeutschland nach wie vor höher sind als in Ostdeutschland – auch speziell für diesen Haushaltstyp gilt.

Ähnliches zeigt sich auch in den anderen fünf Haushaltstypen (vgl. Abschnitt 7.2.1 im Anhang). Darüber hinaus zeigt sich, dass insbesondere Einpersonenhaushalte (mit und ohne Kinder) in Ostdeutschland ihr Vermögen im Durchschnitt häufiger in Immobilien und Rentenfonds anlegen – also typischen Formen der sicheren Altersvorsorge – als entsprechende Haushalte in Westdeutschland.

Eine Differenzierung nach den vier Quartilen der Nettoäquivalenzverteilung<sup>29</sup> zeigt insbesondere die höhere Bedeutung von Aktien und Aktienfonds bei den Haushalten in Westdeutschland im Vergleich zu Ostdeutschland im Jahr 2018 (vgl. Abschnitt 7.2.2 im Anhang). In allen Quartilen ist der kumulierte Anteil von Aktien und Aktienfonds in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland. Insbesondere das Vermögen in Aktien ist in Ostdeutschland anteilig geringer als in Westdeutschland – mit Ausnahme des ersten Quartils, in dem allerdings in Ostdeutschland insgesamt kaum Vermögen gehalten wird.

Dieser Abschnitt zeigt, dass ostdeutsche Haushalte ihr Vermögen im Vergleich zu westdeutschen Haushalten in risikoärmere Anlageformen am Kapitalmarkt investieren. Dies führt zu tendenziell geringeren Kapitalerträgen, so dass die Vermögensentwicklung im Zeitablauf divergiert. Gleichzeitig nimmt die Bedeutung des kapitalmarktgebundenen Vermögens in Ost- und Westdeutschland zu, auch wenn in Ostdeutschland nach wie vor höhere Vermögensanteile in Sparbucheinlagen und sonstigem nicht kapitalmarktgebundenen Vermögen liegen.

### **3.4 Nutzung staatlicher Fördermöglichkeiten zur Vermögensbildung**

Dieser Abschnitt stellt die Nutzung der wichtigsten staatlichen Fördermöglichkeiten bzw. -programme dar, welche die Bildung von Vermögen unterstützen. Die berücksichtigten Säulen der staatlichen Förderung privater Vermögensbildung in Deutschland sind:

#### **a) Vermögenswirksame Leistungen (vL)**

Diese fördern nach dem 5. VermBG den Vermögensaufbau von Beschäftigten aus eigener Leistung, Leistungen des Arbeitgebers oder einer Kombination von beidem. Solche Leistungen können mit der sog. Arbeitnehmersparzulage gefördert werden. Die Höhe der Förderung beträgt 9 Prozent für Bauspar- und ähnliche Verträge, soweit die vermögenswirksamen Leistungen 470 Euro jährlich

---

<sup>29</sup> Dazu werden die Haushalte anhand ihres Nettoäquivalenzeinkommens aufgeregelt, vom Haushalt mit dem geringsten Einkommen bis zum Haushalt mit dem höchsten Einkommen. Anschließend werden die Haushalte in vier gleich große Gruppen eingeteilt. Im ersten Quartil befinden sich die Haushalte mit dem geringsten Nettoäquivalenzeinkommen, im zweiten Quartil befinden sich die Haushalte bis zum Median, das dritte Quartil enthält die Haushalte über dem Median und im vierten Quartil sind die Haushalte mit den höchsten Nettoäquivalenzeinkommen zu finden.

nicht überschreiten. In diesem Fall beträgt die Arbeitnehmersparzulage also maximal 43 Euro pro Jahr. Bei Beteiligungen am Produktivkapital (d.h. Aktien, Fonds, Anteile u. Ä.) beträgt die Förderung 20 Prozent der so angelegten vermögenswirksamen Leistungen, soweit sie 400 Euro jährlich nicht überschreiten. Damit beläuft sich die Förderung auf maximal 80 Euro im Jahr. Werden vermögenswirksame Leistungen in beiden Formen angelegt, können auch beide Förderungen parallel in Anspruch genommen werden, sodass sich eine maximale Arbeitnehmersparzulage von 123 Euro pro Jahr ergibt. Die Förderung unterliegt Einkommensgrenzen. Sie wird nur gewährt, wenn das Einkommen 40.000 Euro (bei Ledigen, 80.000 Euro bei zusammenveranlagten Verheirateten) nicht übersteigt. Bis Ende 2023 lagen die Einkommensgrenzen für eine Förderung von Bauspar- und ähnlichen Verträgen bei 17.900 Euro für Alleinstehende und 35.800 für zusammenveranlagte Paare. Bei anderen Anlagenformen galten bis Ende 2023 Einkommensgrenzen von 20.000 Euro für Alleinstehende und 40.000 Euro für zusammenveranlagte Paare. Vermögenswirksame Leistungen haben in der Regel eine Sperrfrist von ca. sieben Jahren.<sup>30</sup> Die Arbeitnehmersparzulage wird erst dann ausgezahlt, wenn die für die jeweiligen Anlageformen geltenden Sperrfristen abgelaufen sind.

### b) Eigenheimförderung

Die Eigenheimförderung umfasst in den letzten Jahrzehnten verschiedene Programme<sup>31</sup>: Die Eigenheimzulage (1995 bis 2005) nach dem EigZulG umfasste eine jährliche Förderung in Abhängigkeit des Kauf- bzw. Baupreises des Eigenheims sowie der Haushaltszusammensetzung bis zu einer jährlichen Maximalgrenze. Je nach Neubau oder Bestandsnutzung wurden im Förderzeitraum 5 Prozent bzw. 2,5 Prozent der Kauf- oder Bausumme gefördert mit einer jährlichen Höchstgrenze von 2.556 Euro bzw. 1.278 Euro. Pro im Haushalt lebendem Kind wurde ein Bonus von 767 Euro gewährt. Ab 2004 betrug die Förderung einheitlich ein Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten, der Förderbeitrag für Kinder wurde auf 800 Euro pro Kind angehoben. Die Eigenheimzulage wurde gewährt, wenn die Einkünfte von Alleinstehenden unter 70.000 Euro bzw. von zusammenveranlagten Paaren unter 140.000 Euro lagen. Pro Kind wurde die Grenze um 30.000 Euro angehoben. Der Förderzeitraum betrug maximal acht Jahre (Daminger 2023). Aus diesem Grund wurde die Eigenheimzulage bis 2013 ausgezahlt. Die Eigenheimzulage wurde zum einen deshalb abgeschafft, weil Prognosen zum Bevölkerungswachstum keine erhöhten politischen Bedarfe zur Förderung von Wohneigentum nahelegten (Bartholmai 2002). Zum anderen trug die Eigenheimzulage trotz hoher Subventionssummen nicht maßgeblich zum Vermögensaufbau bei und wurde deshalb im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Anfang der 2000er Jahre gestrichen (Egner et al. 2004).

<sup>30</sup> Bei Bausparverträgen muss das Vertragsziel erreicht sein, die Sperrfrist endet demnach erst mit Zuteilung.

<sup>31</sup> Neben den hier vorgestellten Programmen wird der Eigenheimerwerb durch geförderte Kreidite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie durch einzelne Förderprogramme der Bundesländer gefördert.

Das Baukindergeld (2018 bis 2021) richtet sich explizit an Haushalte mit Kindern und fördert den Neubau oder Erwerb von Wohneigentum, wenn das zu versteuernde jährliche Einkommen 90.000 Euro zuzüglich 15.000 Euro je im Haushalt lebendem Kind unter 18 Jahren nicht übersteigt. Der Förderbetrag liegt bei 1.200 Euro pro Kind und wird jährlich über einen Zeitraum von zehn Jahren ausbezahlt, sodass sich die maximale Förderhöhe auf 12.000 Euro pro Kind beläuft (Weber et al. 2022).

Die staatliche Wohnungsbauprämie existiert seit 1952 und beträgt 10 Prozent der Beiträge<sup>32</sup> zu Investitionen in Zwecke des Wohnungsbaus (insbesondere, aber nicht nur, Bausparverträge). Sie wird gezahlt, wenn das zu versteuernde Jahreseinkommen höchstens 35.000 Euro (bei zusammenveranlagten Verheirateten 70.000 Euro) beträgt. Diese Einkommensgrenzen gelten seit 2021, zuvor lagen sie bei 25.600 Euro bzw. 51.200 Euro. Die Beiträge müssen jährlich mindestens 50 Euro betragen und es werden höchstens 700 Euro im Jahr bezuschusst (bei zusammenveranlagten Verheirateten 1.400 Euro). Damit beträgt die Wohnungsbauprämie maximal 70 bzw. 140 Euro pro Jahr.<sup>33</sup>

### c) Staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riester- und Rürup-Verträge)

Die Riester-Rente bezeichnet eine Form staatlich geförderter privater Altersvorsorge. Gefördert werden können Beiträge in zertifizierte Banksparpläne, Wohnriester sowie kapitalmarktorientierte Fonds. Der staatliche Förderbeitrag besteht aus einer Grundzulage, einer von der Kinderzahl abhängigen Kinderzulage und einem Sonderausgabenabzug. Zur Riester-Förderung sind neben den unmittelbar zulagenberechtigten Personen wie sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder Beamten deren Ehepartner mittelbar zulagenberechtigt. Der staatliche Förderbeitrag wird nur dann angerechnet, wenn die Eigenleistung mindestens 4 Prozent des Bruttovorjahreseinkommens und höchstens 2.100 Euro pro Jahr beträgt (Pfarr und Schneider 2011).<sup>34</sup> Mittelbar Zulagenberechtigte erhalten ebenfalls Zulagen, wenn sie mindestens 60 Euro pro Jahr in einen eigenen Altersvorsorgevertrag einzahlen. Die Grundzulage betrug zwischen 2008 und 2017 154 Euro und wurde seitdem auf 175 Euro angehoben. Für Kinder, die bis Ende 2007 geboren wurden, beträgt die jährliche Zulage 185 Euro, für später geborene Kinder 300 Euro. Beiträge zu Riester-Verträgen und Zulagen können bei der Einkommensteuer als Sonderausgaben geltend gemacht werden. Nur wenn die Steuerersparnis durch den Sonderausgabenabzug größer ist als der Anspruch auf Zulage, wird ein Sonderausgabenabzug gewährt.

Die Rürup-Rente (der offizielle Name lautet Basisrente) richtet sich insbesondere an Personengruppen, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung abgesichert sind (und nicht unter die Zulagenberechtigten der Riester-Rente fallen),

---

<sup>32</sup> Zwischen 2004 und 2020 war die Prämienhöhe auf 8,8 Prozent der Beiträge abgesenkt worden.

<sup>33</sup> Vor 2021 lagen die maximal bezuschussten Beiträge bei 512 Euro bzw. 1.024 Euro. Im Zeitraum zwischen 2004 und 2020 ergibt sich bei abgesenkter Prämienhöhe damit eine maximale Förderung von 45 Euro bzw. 90 Euro.

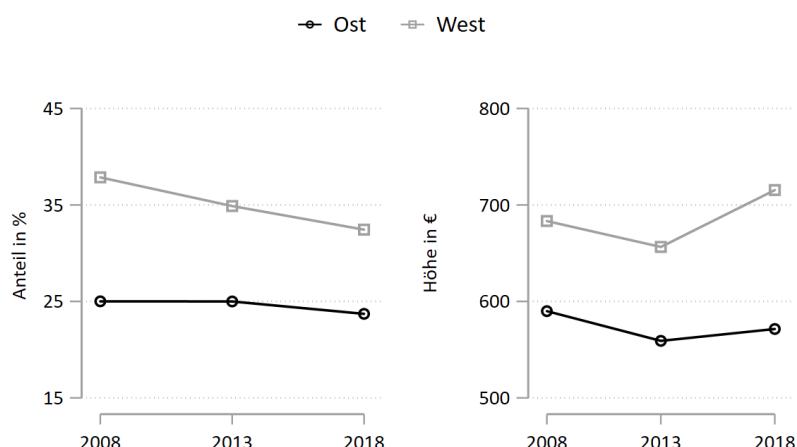
<sup>34</sup> Wird der Mindesteigenbeitrag unterschritten, werden die Zulagen entsprechend gekürzt.

also Selbstständige und freiberuflich tätige Personen. Darüber hinaus ist die Rürup-Rente aufgrund der steuerlichen Förderung auch für gutverdienende Arbeitnehmer attraktiv. Eigene Beiträge zur Rürup-Rente können bis zu einer Höhe von 27.566 Euro bei Alleinstehenden und 55.132 Euro bei zusammenveranlagten Paaren steuerlich geltend gemacht werden und mindern so die Steuerschuld.<sup>35</sup>

### 3.4.1 Vermögenswirksame Leistungen und Arbeitnehmersparzulage

Vermögenswirksame Leistungen sind nach dem 5. VermBG Geldleistungen, die der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer anlegt. Dabei werden verschiedene Anlageformen unterstützt, insbesondere Einzahlungen auf Bausparverträge, Sparbücher sowie Käufe von Wertpapieren und verschiedene Versicherungen (wie Lebens- oder private Rentenversicherungen). Beschäftigte haben Anspruch darauf, dass der Arbeitgeber einen Teil des Grundgehalts vermögenswirksam anlegt. Ferner sind zusätzliche Ansprüche auf vermögenswirksame Leistungen – also über die Umwandlung des Grundgehalts hinaus – möglich und in der Regel in den Tarif- oder Arbeitsverträgen der Beschäftigten festgelegt.

Abbildung 3-4: Verbreitung und Höhe vermögenswirksamer Leistungen (EVS)



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen. Rechtes Panel: Nur Haushalte, welche vermögenswirksame Leistungen beziehen.

Abbildung 3-4 zeigt die Anteile der Haushalte in Ost- und Westdeutschland, deren Haushaltsmitglied(er) vermögenswirksame Leistungen erhalten (linkes Panel).<sup>36</sup> Der Anteil der Haushalte in Ostdeutschland liegt im Jahr 2008 bei rund 25 Prozent und nimmt bis zum Jahr 2018 leicht ab. Demgegenüber liegen die Anteile in Westdeutschland im Beobachtungszeitraum jeweils rund 10 Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland. Ein

<sup>35</sup> Bis 2014 lag der Höchstbetrag bei 20.000 Euro bzw. 40.000 Euro, seit 2015 ist er an den Höchstbeitrag der knappschaftlichen Rentenversicherung gekoppelt und wird jährlich angepasst.

<sup>36</sup> Dabei werden nur Haushalte mit mindestens einer Person über 17 Jahren berücksichtigt und Haushalte, in welchen nicht alle Haushaltsmitglieder selbstständig oder freiberuflich tätig sind.

Grund für den beobachteten Unterschied hinsichtlich der Verbreitung vermögenswirksamer Leistungen könnten Tarifverträge sein. Häufig sind vermögenswirksame Leistungen in Tarifverträgen geregelt. Der im Vergleich zu Westdeutschland geringere Anteil tarifgebundener Beschäftigter in Ostdeutschland<sup>37</sup> könnte demnach zur geringeren Verbreitung vermögenswirksamer Leistungen in Ostdeutschland beitragen.

Allerdings weisen die Haushalte in Westdeutschland einen etwas stärkeren Rückgang bei der Verbreitung vermögenswirksamer Leistungen auf. Der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland verringert sich damit im Zeitverlauf leicht.

Der sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zu beobachtende Rückgang könnte zum einen auf die bereits oben erwähnte Verschiebung der Präferenzen hin zu risikoreicheren Anlageformen zurückzuführen sein. Demnach könnten vermögenswirksame Leistungen insbesondere aufgrund der langfristigen Bindung und der Niedrigzinsphase des letzten Jahrzehnts an Attraktivität verloren haben. Zum anderen könnte der Stellenwert vermögenswirksamer Leistungen als Instrument der Personalbindung und -gewinnung zurückgegangen sein, weil z. B. andere Instrumente, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von den Beschäftigten als zunehmend relevanter eingeschätzt werden.

Im rechten Panel von Abbildung 3-4 ist die durchschnittliche Höhe der auf der Haushaltebene aggregierten vermögenswirksamen Leistungen pro Jahr dargestellt. Dabei werden nur Haushalte berücksichtigt, die vermögenswirksame Leistungen beziehen. Auch hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. In Ostdeutschland geben die Haushalte im Durchschnitt knapp unter 600 Euro erhaltene Leistungen an. Im Jahr 2013 sinkt der Wert leicht und steigt im Jahr 2018 wieder leicht an. Dieser U-förmige Verlauf zeigt sich auch in Westdeutschland, allerdings auf einem höheren absoluten Niveau und 2018 mit einem deutlichen Anstieg.

Abbildung 3-4 verdeutlicht, dass Haushalte in Ostdeutschland seltener vermögenswirksame Leistungen in Anspruch nehmen und dass diese Leistungen niedriger sind als bei Haushalten in Westdeutschland. Betrachtet man alle Haushalte, also nicht nur diejenigen, die vermögenswirksame Leistungen erhalten, liegt der Mittelwert der Leistungen in Ostdeutschland 2018 bei rund 135 Euro und in Westdeutschland bei rund 231 Euro.<sup>38</sup>

Um die Ebene der Haushalte und die Rolle der Haushaltzusammensetzung besser zu erfassen, wird in Abbildung 3-5 die Verbreitung vermögenswirksamer Leistungen nach verschiedenen Haushaltstypen differenziert. Dabei werden insbesondere die vier erwerbsnahen Haushaltstypen: a) Alleinlebende unter 65 Jahren, b) Alleinerziehende, c) Mehrpersonenhaushalte mit einem oder mehreren Kindern und d) Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder mit einem Haushaltvorstand (HV) unter 65 Jahren berücksichtigt. Haushalte mit einem Haushaltvorstand von über 65 Jahren werden nicht dargestellt, da sie in der Regel nicht erwerbstätig sind und demnach keine vermögenswirksamen Leistungen erhalten.

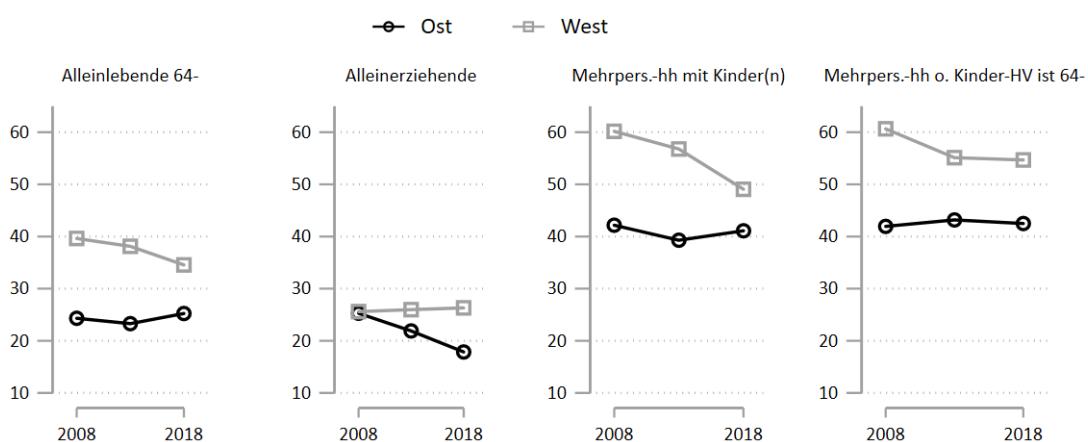
<sup>37</sup> GENESIS Online-Datenbank Tabelle 62361-0520, zuletzt abgerufen: 05.02.2025.

<sup>38</sup> Der aggregierte Erwartungswert vermögenswirksamer Leistungen ergibt sich aus dem Produkt des Anteils der Haushalte mit vermögenswirksamen Leistungen und der mittleren Höhe, wenn sie vermögenswirksame Leistungen erhalten.

Die zuvor dargestellten Unterschiede in den jeweiligen Anteilen der Haushalte mit vermögenswirksamen Leistungen zwischen Ost- und Westdeutschland spiegeln sich mit Ausnahme der Alleinerziehenden (im Jahr 2008) auch in den verschiedenen Haushaltstypen über den gesamten Beobachtungszeitraum wider. Auffällig ist der jeweils leicht positive Trend bei den Haushalten in Ostdeutschland im Gegensatz zum deutlich negativen Trend in Westdeutschland im Zeitverlauf (mit Ausnahme der Alleinerziehenden). Die Anteile zwischen Ost- und Westdeutschland innerhalb der Haushaltstypen gleichen sich somit zwischen 2008 und 2018 an.

Der Rückgang des Anteils der Haushalte in Westdeutschland, die vermögenswirksame Leistungen erhalten (vgl. Abbildung 3-4), lässt sich insbesondere auf die Mehrpersonenhaushalte mit Kind(ern) zurückzuführen, während in Ostdeutschland der aggregierte Anteil ohne den deutlichen Rückgang bei den Alleinerziehenden möglicherweise sogar leicht gestiegen wäre.

**Abbildung 3-5: Verbreitung vermögenswirksamer Leistungen nach Haushaltstyp in Prozent (EVS)**



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen

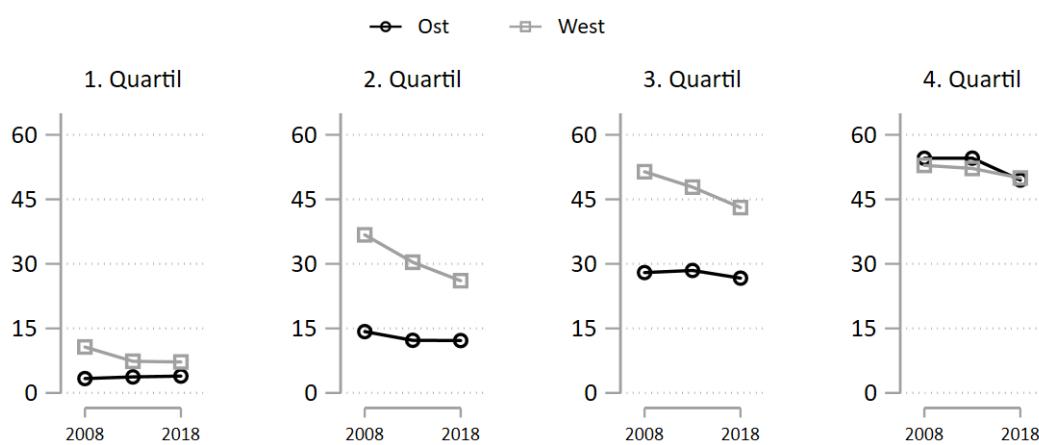
Abbildung 3-6 differenziert die Haushalte nach der Nettoäquivalenzverteilung.<sup>39</sup> Haushalte im ersten Quartil der Nettoäquivalenzverteilung berichten sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland selten von vermögenswirksamen Leistungen. Mit steigendem Nettoäquivalenzeinkommen nimmt der Anteil der Haushalte mit vermögenswirksamen Leistungen in Ost- und Westdeutschland zu.

Interessant sind die ähnlichen Anteile an den Rändern der Nettoäquivalenzverteilung, während in der Mitte der Verteilung ein deutlicher Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland besteht. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass am unteren Ende der Verteilung die Erwerbstätigkeit und das Lohnniveau der Erwerbstätigen gering sind und die Personen – wenn sie erwerbstätig sind – eher im Niedriglohnsektor arbeiten, in

<sup>39</sup> Die einzelnen Quartile in Ost- und Westdeutschland beziehen sich auf die Nettoäquivalenzverteilung in Ost- bzw. Westdeutschland. Das Haushaltsnettoeinkommen am ersten Quartil in Ostdeutschland nimmt nicht den gleichen Wert an wie das Haushaltsnettoeinkommen am ersten Quartil in Westdeutschland, sondern ist geringer.

dem vermögenswirksame Leistungen eher die Ausnahme sind, bzw. die Kenntnis dieser Personen über die Möglichkeit vermögenswirksamer Leistungen gering ist. Dementsprechend ist die Nutzung vermögenswirksamer Leistungen im ersten Quartil gering bis nicht vorhanden. Am oberen Rand der jeweiligen Nettoäquivalenzverteilung sind dagegen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland das Einkommensniveau und der Kenntnisstand so hoch, dass etwa die Hälfte der Haushalte vermögenswirksame Leistungen in Anspruch nimmt.

**Abbildung 3-6: Verbreitung vermögenswirksamer Leistungen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung in Prozent (EVS)**



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen

Im mittleren Bereich der Nettoäquivalenzverteilung könnten dagegen unterschiedliche Betriebsmerkmale in Ost- und Westdeutschland, wie z. B. die Größe oder die Rechtsform, eine Rolle spielen. So könnten größere Betriebe häufiger vermögenswirksame Leistungen zahlen, weil das Lohnniveau tendenziell höher und die Grenzkosten der Leistungen im Durchschnitt geringer sind als in kleineren Betrieben. Tatsächlich arbeiten in Westdeutschland anteilig mehr Personen in Betrieben mit mehr als 249 Beschäftigten als in Ostdeutschland, was die Ergebnisse in Abbildung 3-6 im zweiten und dritten Quartil erklären könnte. So liegt laut Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit<sup>40</sup> (Stichtag 30. Juni 2023) in fünf der sechs ostdeutschen Bundesländer der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse in Betrieben mit mehr als 249 Beschäftigten unter dem Bundesdurchschnitt von 31,5 Prozent, während in insgesamt drei westdeutschen Bundesländern der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse in Großbetrieben unter dem Bundesdurchschnitt liegt.<sup>41</sup>

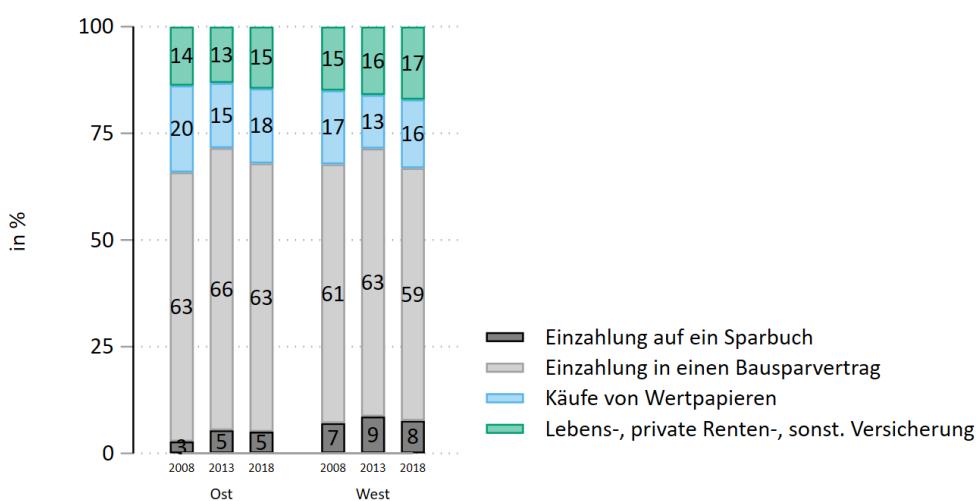
Im Anhang in Abschnitt 7.2.3 werden die jeweiligen Leistungshöhen nach Haushaltstyp und Position auf der Nettoäquivalenzverteilung differenziert. Auch in dieser Dimension

<sup>40</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Tabellen, Betriebe nach Betriebsgrößenklassen, Nürnberg, 2024.

<sup>41</sup> In der Literatur findet sich nach derzeitigem Wissen der Autorinnen und Autoren keine Beschreibung des Zusammenhangs zwischen vermögenswirksamen Leistungen, der Betriebsgröße und Ost- bzw. Westdeutschland. Auch mit den Sekundärdaten lässt sich dieser Zusammenhang im Rahmen dieser Studie nicht tiefergehend analysieren.

sind die Werte für Ostdeutschland niedriger als für Westdeutschland. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland steigen die durchschnittlichen vermögenswirksamen Leistungen zwischen 2013 und 2018 jedoch an, mit Ausnahme der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder mit HV im Alter unter 64 Jahren. Eine Angleichung findet allerdings nicht statt. Ähnlich wie bei der Nutzung der vermögenswirksamen Leistungen insgesamt zeigt sich auch in den einzelnen Quartilen der Nettoäquivalenzverteilung, dass die durchschnittliche Höhe der vermögenswirksamen Leistungen mit steigendem Einkommen zunimmt. Der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland ist in der Mitte der Verteilung besonders groß.

**Abbildung 3-7: Nutzung der verschiedenen Anlageformen im Rahmen vermögenswirksamer Leistungen (EVS)**



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen

Vermögenswirksame Leistungen können in verschiedene Anlageformen eingezahlt werden. Abbildung 3-7 stellt die jeweiligen Anteile der Anlageformen a) Sparbuch, b) Bausparvertrag, c) Wertpapiere und d) Lebens-, private Renten- oder sonstige Versicherungen für die Jahre 2008, 2013 und 2018 für Ost- und Westdeutschland dar.<sup>42</sup> Die häufigste Form ist demnach der Bausparvertrag mit rund zwei Dritteln aller Verträge im Rahmen der vermögenswirksamen Leistungen. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind gering. In Westdeutschland werden Lebens-, private Renten- oder sonstige Versicherungen etwas häufiger gewählt als in Ostdeutschland. Gleichermaßen gilt für Einzahlungen auf ein Sparbuch, wobei auch hier die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gering sind. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland steigen die Anteile von Lebens-, privaten Renten- oder sonstigen Versicherungen im Zeitverlauf leicht an.

Die verschiedenen Anlageformen lassen nur geringe Unterschiede im Anlageverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland erkennen. Zudem werden die vermögenswirksamen Leistungen überwiegend in risikoarme Anlageformen investiert. Insbesondere die

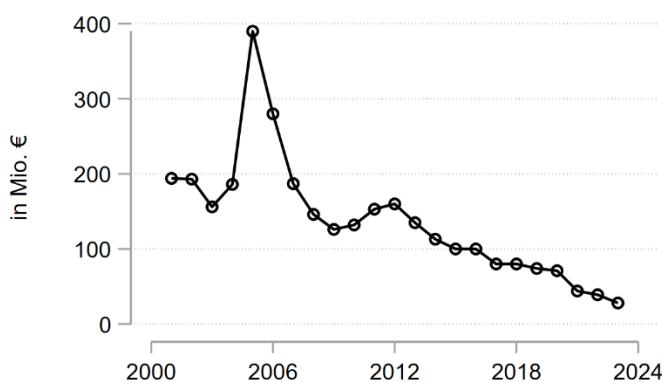
<sup>42</sup> Die dargestellten Anlageformen sind durch die Datenverfügbarkeit eingeschränkt. Weitere Anlageformen sind direkte Beteiligungen am Arbeitgeber oder das Genossenschaftssparen.

Einzahlungen in einen Bausparvertrag verdeutlichen, dass die vermögenswirksamen Leistungen zweckgebunden über einen längeren Zeitraum zur Vermögensbildung eingesetzt werden.

Der Staat fördert diese Vermögensbildung im Rahmen der vermögenswirksamen Leistungen durch die Arbeitnehmersparzulage (vgl. 5.VermBG). Die Arbeitnehmersparzulage ist ein von der Anlageform und der Höhe der Einzahlungen abhängiger staatlicher Zuschuss zu den vermögenswirksamen Leistungen. Der Anspruch auf die Arbeitnehmersparzulage ist an Einkommensgrenzen gebunden. Bei Bausparverträgen zum Beispiel beträgt der Fördersatz 9 Prozent der vermögenswirksamen Leistungen, sofern die vermögenswirksamen Leistungen 470 Euro im Jahr (940 Euro bei Verheirateten) nicht übersteigen. Die Arbeitnehmer-Sparzulage beträgt somit bei Bausparverträgen maximal 43 Euro, bei Verheirateten 86 Euro pro Jahr. Gefördert werden allerdings nur Beschäftigte, deren Einkommen 40.000 Euro bzw. bei Zusammenveranlagung der Einkommenssteuer 80.000 Euro nicht übersteigt. (vgl. §13 5.VermBG).

Die Arbeitnehmersparzulage wurde in der Vergangenheit nur selten angepasst (Deutscher Bundestag, Drucksache 19/25942 18.01.2021). Auch die Einkommensgrenzen wurden kaum an die Entwicklung des Lohnniveaus angepasst, so dass immer weniger Beschäftigte Anspruch auf die Förderung hatten (Beyer und Naumer 2018, S. 128). Abbildung 3-8 zeigt die Steuermindereinnahmen des Bundes für die Arbeitnehmersparzulage von 2001 bis 2023. Deutlich erkennbar ist der kontinuierliche Rückgang der Mindererinnahmen ab 2005. Ende 2023 wurden die Einkommensgrenzen in etwa verdoppelt, so dass nun deutlich mehr Beschäftigte Anspruch auf die Arbeitnehmersparzulage haben (Deutscher Bundestag, Drucksache 20/9363 15.11.2023).

**Abbildung 3-8: Geschätzte Steuermindereinnahmen durch die Arbeitnehmersparzulage auf Bundesebene**



Quelle: 19. bis 29. Subventionsbericht der Bundesregierung, geschätzte Zahlen. Eigene Darstellung

Aussagen zur Bedeutung der Arbeitnehmersparzulage in Ostdeutschland sind aufgrund der eingeschränkten Datenverfügbarkeit schwierig. Die Arbeitnehmersparzulage wird nicht in den für diese Studie verwendeten Sekundärdaten erfasst.<sup>43</sup>

Unter der Annahme, dass anspruchsberechtigte Beschäftigte die Arbeitnehmersparzulage nutzen, ist es jedoch naheliegend, dass in Ostdeutschland anteilig mehr Beschäftigte die Förderung erhalten. Da die Einkommen in Ostdeutschland im Durchschnitt etwas niedriger sind, liegt ein größerer Anteil der Gehälter unterhalb der Einkommensgrenzen. Zudem sinkt die Anzahl der festgesetzten Arbeitnehmersparzulagen (erwartungsgemäß) mit steigendem Einkommen, da sich die Förderung insbesondere an Beschäftigte mit einem geringen Einkommen richtet (vgl. Boockmann et al. 2013, Abbildung 25). Ob sich daraus relevante Implikationen für die Vermögensbildung in Ostdeutschland ableiten lassen, ist angesichts der abnehmenden Bedeutung der Arbeitnehmersparzulage fraglich.

In Ostdeutschland beziehen deutlich weniger Beschäftigte vermögenswirksame Leistungen als in Westdeutschland, insbesondere im mittleren Bereich der Nettoäquivalenzverteilung. Dies ist überraschend, da Beschäftigte in Ostdeutschland vermutlich häufiger von der Arbeitnehmersparzulage profitieren könnten, die die Vermögensbildung über vermögenswirksame Leistungen fördert. Aufgrund eingeschränkter Daten können die Ursachen nicht fundiert analysiert werden. Es ist jedoch denkbar, dass die Merkmale der Betriebe, die solche Leistungen anbieten, für ostdeutsche Beschäftigte ungünstiger sind. Zudem sind die Grenzkosten vermögenwirksamer Leistungen, die nur durch Beiträge der Beschäftigten getragen werden, also ohne Unterstützung durch den Arbeitgeber, aufgrund des niedrigeren Lohnniveaus höher, was dazu führen könnte, dass sie eher auf die Teilnahme verzichten.

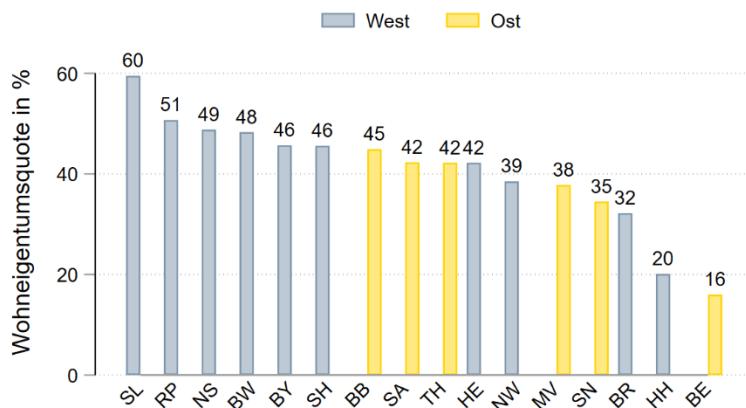
### 3.4.2 Eigenheimförderung

Die zweite wichtige staatliche Förderung der Vermögensbildung ist auf den Erwerb von Wohneigentum ausgerichtet. Wie in AP1 dargestellt, gibt es weiterhin deutliche Ost-West-Unterschiede im Wohneigentum. Während in Westdeutschland rund 40 Prozent der Personen über selbstgenutztes und 10 Prozent über fremdgenutztes Wohneigentum verfügen, sind es in Ostdeutschland nur 30 Prozent bzw. 6 Prozent. Trotz der seit 2007 leicht steigenden Tendenz in beiden Landesteilen findet keine Angleichung statt.

Im Folgenden wird auf Basis von Sekundärdaten die Inanspruchnahme und Höhe der Eigenheimzulage (1996 bis 2005) und des Baukindergeldes (2018 bis 2021) in Ost- und Westdeutschland beleuchtet. Auch die Wohnungsbaurämie wird im Anschluss kurz beleuchtet, wobei aufgrund fehlender Daten nur eingeschränkt Aussagen zur Inanspruchnahme differenziert nach den Landesteilen möglich sind.

<sup>43</sup> In der Vergangenheit war eine Identifikation über Steuerdaten möglich (Boockmann et al. 2013). Eine Simulation der Anspruchsberechtigung über das zu versteuernde Einkommen, bspw. aus dem SOEP, wäre nur mit einem erheblichen Mehraufwand möglich, der im Rahmen dieser Studie nicht leistbar ist.

Abbildung 3-9: Wohneigentumsquote nach Bundesländern im Jahr 2022



Quelle: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/tabelle-eigentums-quote.html>, zuletzt abgerufen: 28.11.2024, eigene Darstellung.

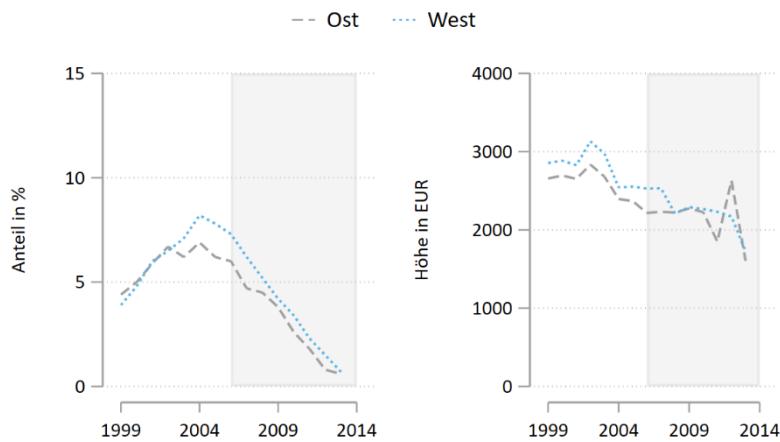
In Ostdeutschland ist die Wohneigentumsquote niedriger als in Westdeutschland. Abbildung 3-9 stellt die einzelnen Quoten in den Bundesländern dar. Als Grund für diese Verteilung wird die unterschiedliche Ausgangssituation ab dem Jahr 1990 genannt (Weber et al. 2022). Die Regulierung des Mietmarktes in der DDR vor 1990 und die damit verbundenen niedrigen Mieten machten Wohneigentum unattraktiv. Darüber hinaus war die Bautätigkeit reguliert und wurde durch fehlende Baumaterialien erschwert. Seit der Wiedervereinigung findet jedoch eine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland statt, die sich jedoch seit 2010 nicht weiter fortgesetzt hat (Weber et al. 2022).

Es stellt sich daher die Frage, ob und inwieweit die im Folgenden dargestellten Förderprogramme zur Wohneigentumsbildung potenziell zu einer Angleichung der Wohneigentumsquote zwischen Ost- und Westdeutschland geführt und damit einen Beitrag zur langfristigen Vermögensbildung und insbesondere zur Altersvorsorge geleistet haben.

### 3.4.2.1 Eigenheimzulage

Durch die Eigenheimzulage wurde der langfristige Vermögensaufbau in Form von Immobilieneigentum gefördert. Sie richtete sich insbesondere an Haushalte, die aus einem Mietverhältnis in Wohneigentum wechseln wollten.

Abbildung 3-10: Verbreitung und Höhe der Eigenheimzulage (SOEP)



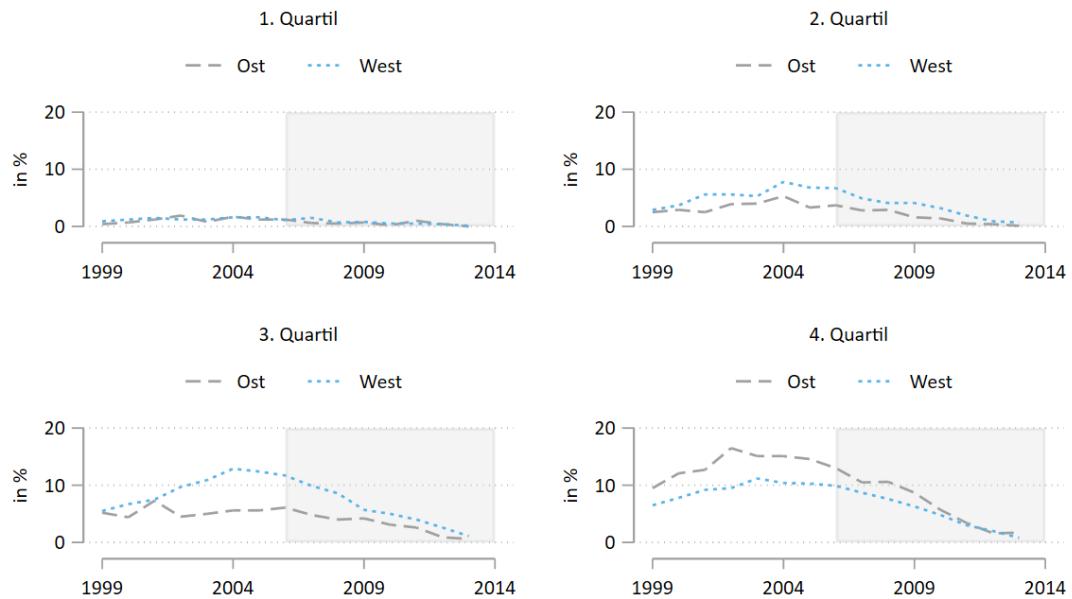
Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung. Werte berücksichtigen ausschließlich Wohneigentümer. Der grau unterlegte Bereich bezieht sich auf den Zeitraum nach der letztmaligen Bewilligung der Eigenheimzulage (2005) bis zum Ende der längstmöglichen Förderperiode (2013).

Im SOEP wird die Eigenheimzulage für die Förderjahre 1999 bis 2013 erfasst. Aufgrund der Ausgestaltung der Zulage wurden dabei nur Wohneigentümer befragt. Die Ergebnisse in Abbildung 3-10 berücksichtigen daher nicht die Gesamtheit aller Haushalte. Rund 5 Prozent der Wohneigentümerhaushalte erhalten 1999 die Eigenheimzulage. Dieser Anteil steigt bis 2004 auf rund acht Prozent (West) bzw. sieben Prozent (Ost). Seit dem Auslaufen der Förderung im Jahr 2005 sinkt der Anteil bis zum Ende der maximalen Förderdauer.

Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich im gesamten Beobachtungszeitraum zunächst keine nennenswerten Unterschiede bei der Inanspruchnahme der Eigenheimzulage (linkes Panel in Abbildung 3-10). In den Jahren 2003 bis 2008 liegt der Anteil der Eigentümerhaushalte, die die Eigenheimzulage in Anspruch nehmen, in Westdeutschland jedoch leicht über dem Anteil in Ostdeutschland. Ab 2009 bis zum Ende des Förderzeitraums sind die Anteile wieder nahezu gleich.

Hinsichtlich der durchschnittlichen Fördersumme in den (unterstützten) Haushalten zeigen sich geringe Unterschiede zwischen den Haushalten in Ost- und Westdeutschland. Die durchschnittliche Fördersumme beträgt im Jahr 1999 rund 2.700 Euro (Ost) bzw. 2.900 Euro (West), was einer Differenz von 7,4 Prozent entspricht. Aufgrund der Bedingungen der Eigenheimzulage könnte dies auf die tendenziell geringeren Kauf- bzw. Bau- summen der Objekte in Ostdeutschland zurückzuführen sein (vgl. Weber et al. 2022, S. 17).

Abbildung 3-11: Verbreitung der Eigenheimzulage nach Quartilen der Nettoäquivalenzverteilung (SOEP)



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung. Werte berücksichtigen ausschließlich Wohneigentümer. Der grau unterlegte Bereich bezieht sich auf den Zeitraum nach der letztmaligen Bewilligung der Eigenheimzulage (2005) bis zum Ende der längstmöglichen Förderperiode (2013).

In Westdeutschland werden 2005 in den vier Quartilen der Nettoäquivalenzverteilung, mit Ausnahme des ersten Quartils, etwa 8 Prozent bis 12 Prozent der Eigentümerhaushalte durch die Eigenheimzulage gefördert (Abbildung 3-11).<sup>44</sup> In Ostdeutschland hingegen nimmt die Förderung mit steigendem Haushaltseinkommen zu. Im vierten Quartil der Nettoäquivalenzverteilung erhalten kurz vor Ablauf der Antragsfrist im Jahr 2005 rund 15 Prozent der Haushalte die Eigenheimzulage, im zweiten und dritten Quartil sind es jeweils rund fünf Prozent und im ersten Quartil weniger als zwei Prozent. Die Eigenheimzulage kommt in Ostdeutschland also insbesondere Haushalten mit einem hohen Nettoäquivalenzeinkommen zugute, während Haushalte im mittleren Einkommensbereich in Ostdeutschland seltener gefördert werden als in Westdeutschland. Dies könnte mit der tendenziell geringeren Wohneigentumsquote im mittleren Einkommensbereich der Einkommensverteilung in Ostdeutschland zusammenhängen. Haushalte im mittleren Einkommensbereich wohnen in Ostdeutschland häufiger zur Miete als in Westdeutschland und können daher seltener die Förderung in Anspruch nehmen (Daten: SOEP v38, eigene Berechnungen, nicht grafisch dargestellt).

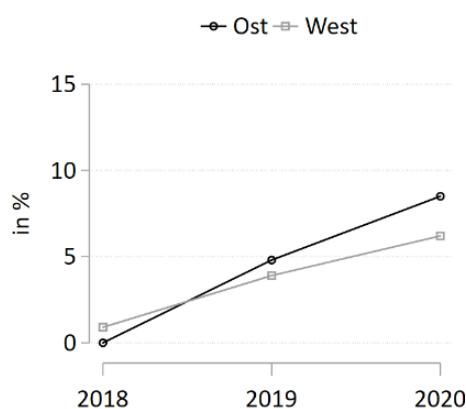
<sup>44</sup> Wie in Abbildung 3-6 beziehen sich die einzelnen Quartile in Ost- und Westdeutschland auf die Nettoäquivalenzverteilung in Ost- bzw. Westdeutschland. Das Haushaltsnettoeinkommen am ersten Quartil in Ostdeutschland nimmt nicht den gleichen Wert an wie das Haushaltsnettoeinkommen am ersten Quartil in Westdeutschland, sondern ist geringer.

### 3.4.2.2 Baukindergeld

Ein weiteres Förderprogramm zur Vermögensbildung ist das Baukindergeld, das von 2018 bis 2021 beantragt werden konnte. Das Baukindergeld ist ein Produkt der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und wird durch Zuschüsse des Bundes finanziert. Insgesamt stellt der Bund dafür 9,9 Mrd. Euro zur Verfügung.

Weber et al. (2022) zeigen, dass die Inanspruchnahme des Baukindergeldes insbesondere von der Höhe der Immobilienpreise und dem Einkommensniveau in einer Region abhängt. So sind in Ostdeutschland sowohl die Kaufpreise für Wohneigentum als auch die Einkommen vergleichsweise niedrig. Das Baukindergeld führt daher zu einer relativ hohen finanziellen Entlastung der Haushalte im Vergleich etwa zu den südlichen Bundesländern (Hessen, Baden-Württemberg und Bayern), die ein relativ hohes Kaufpreis- und Einkommensniveau aufweisen. Insgesamt ist die Förderung durch das Baukindergeld je 1.000 Haushalte mit minderjährigen Kindern in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland (Weber et al. 2022, S. 49).

**Abbildung 3-12: Anteil der Haushalte mit Förderung im Rahmen des Baukindergelds (SOEP)**



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung. Nur Haushalte mit minderjährigen Kindern.

Dieser Befund zeigt sich auch bei der Auswertung der SOEP-Daten. Abbildung 3-12 zeigt den Anteil der Haushalte mit minderjährigen Kindern, die das Baukindergeld erhalten, an allen Haushalten mit minderjährigen Kindern. 2020 erhalten in Ostdeutschland knapp 9 Prozent der Haushalte mit minderjährigen Kindern das Baukindergeld, in Westdeutschland sind es rund 6 Prozent.<sup>45</sup> Dass der Anteil der geförderten Haushalte in Ostdeutschland höher ist als in Westdeutschland, ist vermutlich auf die Einkommensgrenzen zurückzuführen, denen das Baukindergeld unterliegt. Sie werden in Ostdeutschland seltener überschritten als in Westdeutschland.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Haushalte in Ostdeutschland häufiger vom Baukindergeld profitieren als Haushalte in Westdeutschland. Aufgrund der pauschalen

<sup>45</sup> Tiefergehende Differenzierungen sind aufgrund geringer Fallzahlen nicht möglich.

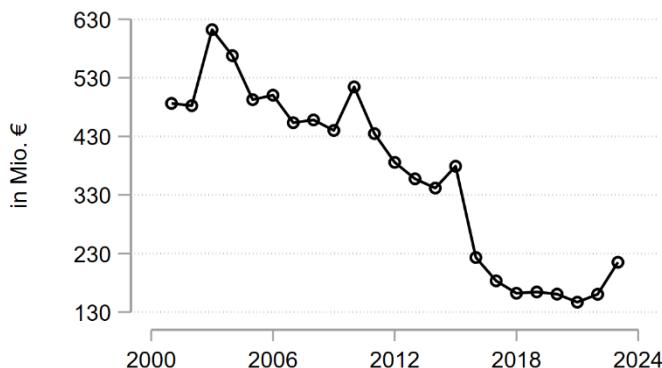
Förderung in Abhängigkeit von der Kinderzahl – und nicht vom Kauf- bzw. Baupreis der Immobilie – sind die Förderbeträge in Ost- und Westdeutschland identisch.

### 3.4.2.3 Wohnungsbauprämie

Ein weiteres Instrument der Wohneigentumsförderung ist die sogenannte Wohnungsbauprämie. Die Wohnungsbauprämie bezieht sich ausschließlich auf das Bausparen, also das Sparen für den Erwerb von Wohneigentum. Ähnlich wie bei der Arbeitnehmer-sparzulage hat die Bedeutung der Förderung in den letzten Jahrzehnten deutlich abge-nommen. Zum einen wurden die Einkommensgrenzen vor der Reform im Jahr 2021 zu-letzt im Jahr 1996 angepasst. Zum anderen ist die prozentuale Zulage deutlich gesun-ken: 1975 betrug die Zulage noch 25 Prozent des Sparbetrags (Kholodilin et al. 2021).

Abbildung 3-13 verdeutlicht den Rückgang der Förderung durch die Wohnungsbauprä-mie. Dargestellt sind die jährlichen Ausgaben des Bundes im Rahmen der Wohnungsbauprämie. Während in der ersten Dekade der 2000er Jahre die jährliche Fördersumme bei knapp einer halben Milliarde Euro lag, hat sie sich insbesondere in den 2010er Jah-ren auf rund 230 Mio. Euro pro Jahr etwa halbiert.

**Abbildung 3-13: Aufwendungen durch die Wohnungsbauprämie auf Bundesebene**



Quelle: Subventionsberichte der Bundesregierung, eigene Darstellung. Der Wert für das Jahr 2023 ist ge-schätzt.

Da sich die Wohnungsbauprämie insbesondere am Sparbetrag der Haushalte orientiert, deuten die Ergebnisse des ersten Arbeitspakets auf eine höhere Relevanz der Woh-nungsbauprämie in Westdeutschland hin (vgl. Abbildung 2-16 und Abbildung 2-17 in Ab-schnitt 2.6.1). Da zudem jüngere Personen, für die das Bausparen eine höhere Relevanz hat als für ältere Personen, in Ostdeutschland besonders selten sparen, ist zu erwarten, dass die Wohnungsbauprämie den Wohneigentumserwerb überproportional in West-deutschland stärkt.

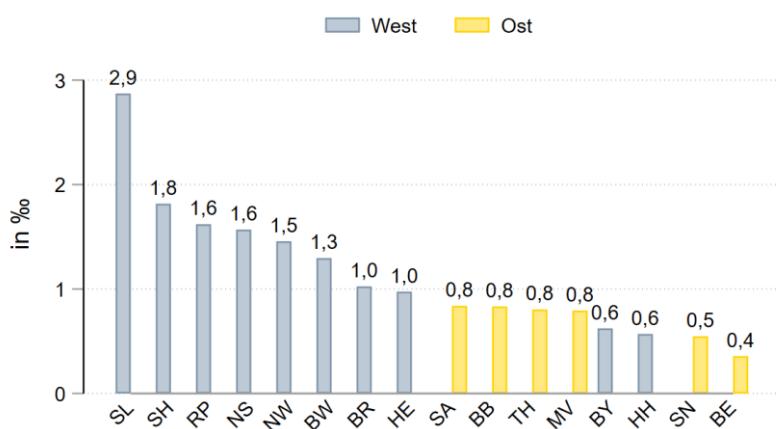
Die bisherigen Erkenntnisse reichen jedoch nicht aus, um fundierte Aussagen und Im-plikationen zur Bedeutung der Wohnungsbauprämie in Ostdeutschland zu treffen. Diese Forschungslücke kann aufgrund der eingeschränkten Datenlage bislang nicht geschlos-sen werden, so dass keine Schlussfolgerungen für die Ausgestaltung und Optimierung dieses wohnungspolitischen Instruments gezogen werden können.

### 3.4.3 Wohneigentumsprogramm der KfW

Ein weiteres Förderinstrument für den Erwerb von Wohneigentum ist das Wohneigentumsprogramm der KfW. Es unterstützt Haushalte finanziell beim Erwerb oder Neubau von selbst genutztem Wohneigentum. Im Rahmen des Wohneigentumsprogramms bietet die KfW zinsgünstige Darlehen mit flexiblen Laufzeiten und tilgungsfreien Anlaufjahren an und erhöht damit die Anreize zur Wohneigentumsbildung. Der Förderbetrag ist auf 100.000 Euro begrenzt.

Zwischen 2018 und 2023 liegt das jährliche Fördervolumen zwischen 4,4 und 5,8 Milliarden Euro. In den Jahren 2021 und 2022 ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Dies könnte mit der Covid-19 Pandemie und der damit verbundenen rückläufigen Investitionstätigkeit zusammenhängen. Im Jahr 2023 steigt das jährliche Fördervolumen gegenüber dem Vorjahr um rund 35,5 Prozent.

Abbildung 3-14: Anteil geförderter Haushalte durch das Wohneigentumsprogramm der KfW (2023)



Quellen: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabelle/1-2-privathaushalte-bundeslaender.html>, zuletzt abgerufen: 28.11.2024; und Kreditanstalt für Wiederaufbau (2023). Eigene Berechnung und Darstellung. Hinweis: die vertikale Achse bezieht sich auf den Anteil in Promille.

In Abbildung 3-14 sind die Anteile der durch das Wohneigentumsprogramm der KfW geförderten Haushalte nach Bundesländern dargestellt. Es wird deutlich, dass in den ostdeutschen Bundesländern weniger Haushalte gefördert werden als in den westdeutschen Bundesländern. Ein Teil dieser Differenz dürfte auf die insgesamt geringere Wohneigentumsbildung in Ostdeutschland zurückzuführen sein (vgl. Abbildung 2-10 im Abschnitt 2.5.1). Das Wohneigentumsprogramm der KfW verringert daher vermutlich nicht den Rückstand der Wohneigentumsbildung in Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland. Insgesamt wird die Wohneigentumsbildung aufgrund der günstigen Zinssätze des Programms der KfW aber auch in Ostdeutschland gefördert.

### 3.4.4 Staatlich geförderte private Altersvorsorge

---

Neben den vermögenswirksamen Leistungen bzw. der Arbeitnehmersparzulage und der Eigenheimförderung gibt es mit der Riester- und der Rürup-Rente zwei weitere staatliche Förderprogramme für die Vermögensbildung zur Altersvorsorge.

Die Riester-Rente richtet sich insbesondere an Haushalte mit geringer Sparneigung und hat seit 2001 dazu geführt, dass Haushalte neben der gesetzlichen Altersvorsorge zunehmend (privat) für das Alter vorsorgen (Börsch-Supan et al. 2016, S. 39).

Die Rürup-Rente richtet sich insbesondere an Personengruppen, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung abgesichert sind, also Selbstständige und freiberuflich tätige Personen. Darüber hinaus ist die Rürup-Rente aufgrund der steuerlichen Förderung auch für gutverdienende Arbeitnehmer attraktiv. Eigene Beiträge zur Rürup-Rente können steuerlich geltend gemacht werden und mindern so die Steuerschuld. Dem Staat entstehen dadurch Mindereinnahmen, die den Versicherten der Rürup-Rente zugutekommen.

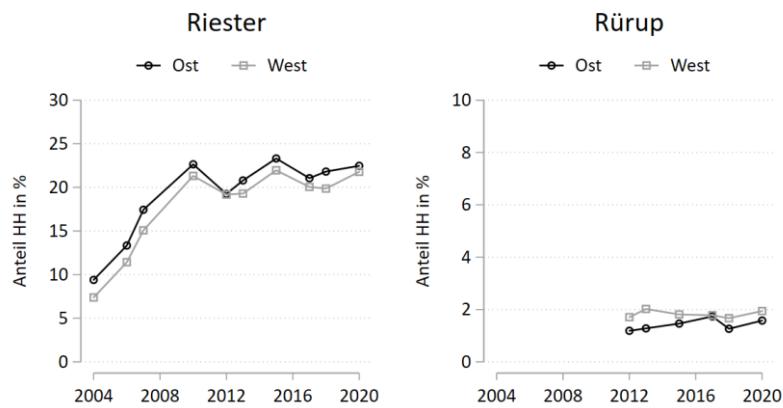
In Abbildung 3-15 sind die Anteile der Haushalte mit mindestens einem Riester-Vertrag (linkes Panel) und mindestens einem Rürup-Vertrag (rechtes Panel) dargestellt.<sup>46</sup> Es zeigt sich, dass der Anteil der Haushalte mit Riester-Verträgen Mitte der 2000er Jahre sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zunächst deutlich ansteigt. Dies hängt mit einer Vereinfachung der Regelung für Riester-Verträge im Jahr 2005 zusammen, die als Reaktion einer Stagnation von Vertragsabschlüssen in den Jahren 2003 und 2004 erfolgte (Pfarr und Schneider 2011). Seit 2010 liegt der Anteil der Haushalte in Ost- und Westdeutschland relativ stabil bei gut 20 Prozent.

Auffällig ist dabei der höhere Anteil an Haushalten mit mindestens einem Riester-Vertrag in Ostdeutschland. Börsch-Supan et al. (2016) berechnen ebenfalls eine höhere Verbreitung von Riester-Verträgen in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland. Dieser Befund könnte zum einen mit dem niedrigeren durchschnittlichen Einkommensniveau in Ostdeutschland zusammenhängen, das die staatliche Förderung attraktiver macht. Zum anderen sind Immobilienbesitz, Erbschaften und Vermögensübertragungen in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland, so dass der Bedarf an zusätzlicher Altersvorsorge höher ist.

---

<sup>46</sup> Die Nutzung der Riester- bzw. Rürup-Verträge wird im SOEP nur im dargestellten Zeitraum erfasst, obwohl die Einführung bereits früher stattfand.

Abbildung 3-15: Verbreitung der Riester- und Rürup-Renten (SOEP)



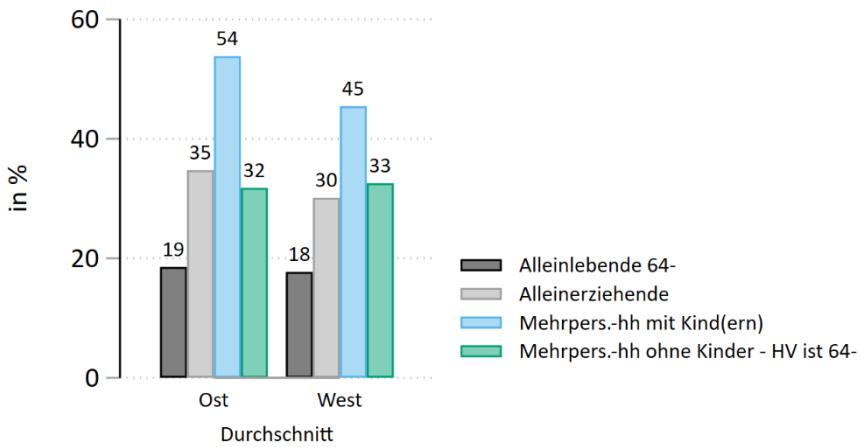
Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Im Gegensatz zur Riester-Rente ist die Rürup-Rente ein deutlich seltener genutztes Instrument der privaten Altersvorsorge (Abbildung 3-15, rechtes Panel). Zwischen 2012 und 2020 besitzen knapp zwei Prozent der Haushalte Rürup-Verträge. Auch hier zeigen sich nur geringe Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Abbildung 3-16 zeigt die Anteile der Haushalte mit mindestens einem Riester-Vertrag nach dem Haushaltstyp im Jahr 2020.<sup>47</sup> Es wird deutlich, dass insbesondere bei Haushalten mit Kindern ein hoher Anteil Riester-Verträge besitzt. Dies liegt daran, dass die Anreize zum Abschluss einer Riester-Rente aufgrund der Zulagen in Abhängigkeit von der Kinderzahl steigen. So hat in Ostdeutschland mehr als die Hälfte der Haushalte mit einem oder mehreren Kindern (mindestens) einen Riester-Vertrag, in Westdeutschland sind es mit 45 Prozent zwar etwas weniger, aber deutlich mehr als bei Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder oder bei Alleinerziehenden. Für Alleinlebende sind die Anreize am geringsten, was sich in dem geringen Anteil dieser Haushalte mit mindestens einem Riester-Vertrag widerspiegelt (jeweils knapp 20 Prozent in Ost- und Westdeutschland). Insgesamt sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland – mit Ausnahme der Mehrpersonenhaushalte mit Kind(ern) – gering.

<sup>47</sup> Es werden dabei nur die vier erwerbsnahen Haushaltstypen dargestellt, die sich in der Aufbauphase des Riester-Guthabens befinden. Eine Darstellung hinsichtlich der Verbreitung von Rürup-Verträgen innerhalb der vier Haushaltstypen lässt sich aufgrund geringer Fallzahlen nicht realisieren.

Abbildung 3-16: Verbreitung der Riester-Renten nach Haushaltstyp im Jahr 2020 (SOEP)

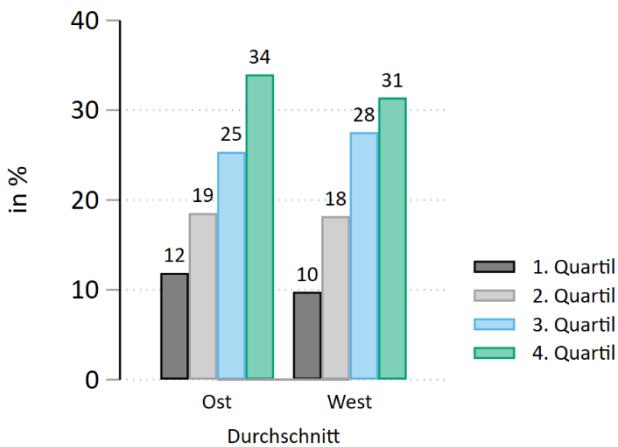


Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Auch in Abhängigkeit von der Position der Haushalte auf der Nettoäquivalenzverteilung zeigen sich kaum Unterschiede in der Nutzung von Riester-Verträgen zwischen Ost- und Westdeutschland (Abbildung 3-17). Es zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen dem Nettoäquivalenzeinkommen und der Nutzung von Riester-Verträgen.

Da die Förderanreize für einkommensschwache Haushalte relativ hoch sind, wäre zu erwarten, dass einkommensschwache Haushalte häufiger Riesterverträge nutzen als einkommensstärkere Haushalte. Corneo et al. (2018) zeigen jedoch, dass die Nutzung von Riester-Verträgen bei einkommensschwachen Haushalten trotzdem gering ist. Im oberen Bereich der Verteilung ist die Verbreitung hingegen hoch (vgl. auch Geyer et al. 2021).

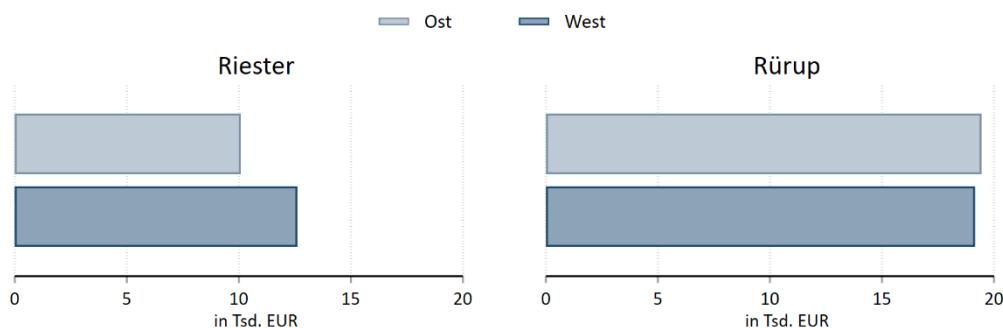
Abbildung 3-17: Verbreitung der Riester- Renten nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung im Jahr 2020 (SOEP)



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Abbildung 3-18 zeigt die durchschnittliche Höhe der Riester- sowie Rürup-Guthaben der Haushalte mit jeweils mindestens einem Vertrag. Demnach haben die Riester-Verträge der Haushalte in Ostdeutschland im Jahr 2018 einen durchschnittlichen Wert von 10.000 Euro, während dieser in Westdeutschland bei knapp 13.000 Euro liegt. Der Zusammenhang zwischen ähnlicher Verbreitung aber höheren Sparbeträgen in Westdeutschland ähnelt dem Sparverhalten insgesamt (vgl. Abbildung 2-16 und Abbildung 2-17 in Abschnitt 2.6.1).

**Abbildung 3-18: Durchschnittliches Riester- und Rürup-Guthaben im Jahr 2018 (EVS)**



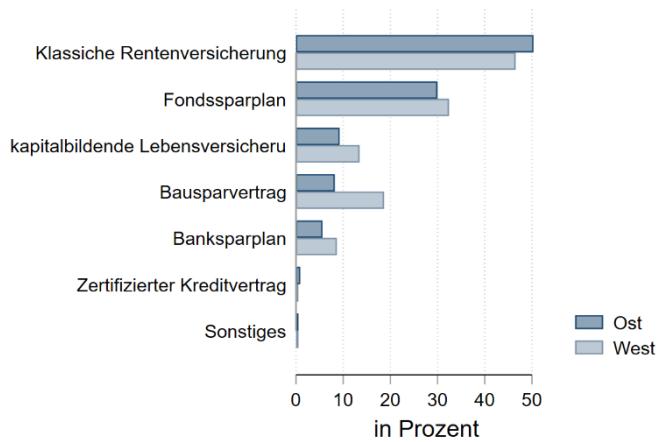
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

Bei den Rürup-Verträgen zeigt sich dagegen sogar ein leicht höheres Guthaben der Haushalte in Ostdeutschland. Sie liegen jeweils bei knapp 20.000 Euro und damit zwar über dem durchschnittlichen Riester-Guthaben, Rürup-Verträge werden aber insgesamt von einem deutlich geringeren Anteil der Bevölkerung gehalten. Die höheren Guthaben der Rürup-Verträge könnten im Zusammenhang mit der Zielgruppe stehen, also Selbstständigen, freiberuflich tätigen Personen und Personen mit hohem Einkommen.

Die im Jahr 2021 am häufigsten gewählte Anlageform für einen Riester- oder Rürup-Vertrag ist die klassische Rentenversicherung, die in Ostdeutschland von rund 50 Prozent der Haushalte gewählt wird (Abbildung 3-19, Mehrfachnennungen möglich). Sie ähnelt der gesetzlichen Rentenversicherung und setzt in der Regel eine lange Ansparphase voraus. Auch ein Fondssparplan wird häufig gewählt (Ostdeutschland: rund 30 Prozent; Westdeutschland: gut 32 Prozent), während kapitalbildende Lebensversicherungen, Banksparpläne, zertifizierte Kreditverträge oder andere Anlageformen selten gewählt werden. Der Bausparvertrag ist in Westdeutschland mit knapp 19 Prozent deutlich relevanter als in Ostdeutschland (8 Prozent).<sup>48</sup>

<sup>48</sup> Auch wenn die in einem Bausparvertrag angesparten Riester-Guthaben für einen Immobilienerwerb in der Regel kaum ausschlaggebend sein dürften, deutet dieser Zusammenhang doch an, dass der Wohneigentumserwerb in Ostdeutschland eine geringere Relevanz als in Westdeutschland hat.

Abbildung 3-19: Anlageformen der Riester- und Rürup- Verträge im Jahr 2021 (PHF)



Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung. Mehrfachnennungen möglich

Die Ergebnisse in diesem Abschnitt deuten darauf hin, dass die staatlichen Förderungen im Rahmen der privaten Altersvorsorge nicht zu einer Angleichung der Vermögen in Ost- und Westdeutschland führen. Auch Corneo et al. (2018) stellen fest, dass die staatliche Unterstützung verteilungsneutral (bezogen auf alle Haushalte in Deutschland) ausfällt. Auf der einen Seite werden in Ostdeutschland anteilig etwas häufiger Riester-Verträge gehalten, das dort angesparte Guthaben liegt im Durchschnitt jedoch unter dem Guthaben in Westdeutschland. Bei den Rürup-Verträgen ergeben sich bei der Inanspruchnahme sowie dem Guthaben kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Aufgrund des geringen Anteils der Haushalte, die überhaupt einen Rürup-Vertrag besitzen, fällt diese Komponente der privaten Altersvorsorge jedoch kaum ins Gewicht.

## 4 Treiber und Barrieren für die Nutzung verschiedener Anlageformen und Förderinstrumente (Arbeitspaket 3)

### 4.1 Kurzzusammenfassung

Das vierte Arbeitspaket der Studie untersucht die fortbestehenden Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland rund 35 Jahre nach der Wiedervereinigung. Es beleuchtet die Zugänglichkeit zu Vermögen, den Umgang mit Finanzprodukten sowie die Nutzung staatlicher Förderprogramme. Grundlage der Analysen sind acht Fokusgruppendiskussionen mit insgesamt 58 Teilnehmenden, die einen breiten Querschnitt der deutschen Bevölkerung abbilden. Hierdurch können die Treiber und Barrieren der Vermögensbildung tiefgehend analysiert werden. Dabei werden regionale Herkunft und soziodemografische Faktoren berücksichtigt, um Rahmenbedingungen, Verhaltensmuster und deren zugrundeliegende Motivationen zu verstehen. Die Ergebnisse aus den Diskussionen werden systematisch ausgewertet und hinsichtlich der Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen sowie zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen untersucht.

Die Teilnehmenden der Fokusgruppen bringen sowohl materielle als auch immaterielle Vorstellungen von Vermögen zum Ausdruck. Materiell wird Vermögen oft als frei verfügbares Geld oder Sachwerte wie Immobilien und Fonds verstanden, während immaterielle Konzepte Vermögen mit Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit verbinden. Die Ziele des Vermögensaufbaus reichen von der Sicherung des Lebensstandards im Alter und dem Schutz vor Krisen über die Steigerung der Lebensqualität durch Konsum bis hin zur Schaffung von Unabhängigkeit und der finanziellen Unterstützung von Familienangehörigen. Die Diskussionen zeigen, dass individuelle Lebensumstände und finanzielle Voraussetzungen die Ziele und Prioritäten maßgeblich prägen. Zudem wird auch die Möglichkeit thematisiert, durch Vermögensbildung gesellschaftliche Ziele zu fördern. Unterschiede in den Vorstellungen und Zielen zeigen sich eher zwischen jüngeren und älteren als zwischen ost- und westdeutschen Teilnehmenden.

Hinsichtlich der Treiber und Barrieren des Vermögensaufbaus sind individuelle Voraussetzungen wie Ausgangskapital, Einkommen und familiäre Prägung zentrale Faktoren, die Vermögensbildungsprozesse fördern oder behindern können. Darüber hinaus werden finanzielle Bildung und soziale Netzwerke als entscheidende Ressourcen genannt, da sie den Zugang zu Informationen erleichtern und den Umgang mit Geld beeinflussen. Nach Einschätzungen der Teilnehmenden hat zudem die soziale Herkunft einen erheblichen Einfluss auf die Chancen und Strategien der Vermögensbildung. Ökonomische Rahmenbedingungen, einschließlich globaler und nationaler Entwicklungen sowie regionaler Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, prägen die Möglichkeiten des Vermögensaufbaus und beeinflussen ebenfalls das individuelle Verhalten.

In Bezug auf Informationsquellen zeigt sich ein Generationenunterschied: Während ältere Menschen vor allem klassische Medien nutzen, greifen jüngere verstärkt auf digitale

Kanäle wie Social Media und Podcasts zurück. Sparsamkeit, Schuldenfreiheit und gezielte Anlagestrategien werden als essenziell für den Vermögensaufbau betrachtet. Besonders die Diversifikation von Anlageformen, insbesondere durch ETFs oder Immobilien, wird als effektive Strategie eingeschätzt. Ein langfristiger Anlagehorizont wird je nach Alter und Lebensphase unterschiedlich bewertet. Trotz bestehender Unsicherheiten und Risiken sehen viele Teilnehmende Vermögensbildung vor allem als eine Frage individueller Eigenverantwortung. Teilnehmende aus Ostdeutschland zeigen bei Kapitalanlagen tendenziell eine höhere Sicherheitsorientierung, während Westdeutsche eher risikobereiter sind.

Etwa die Hälfte der Teilnehmenden der Fokusgruppen nutzt staatliche Förderprogramme zur Vermögensbildung, wobei Unterschiede nach Alter, Bildung und Einkommen bestehen. Die Nutzung von Programmen zur privaten Altersvorsorge wie der Riester-Rente ist bei Teilnehmenden mit höherer Bildung und höherem Einkommen weiter verbreitet als bei Teilnehmenden mit geringerer Bildung. Systematische Unterschiede zwischen Ost und West lassen sich nicht feststellen. Anreize wie staatliche Zuschüsse und steuerliche Vorteile werden als zentrale Motivation genannt, staatliche Förderinstrumente zu nutzen. Gleichzeitig werden Hürden wie komplexe Antragsverfahren, unzureichende Information und die Besteuerung als Hemmnisse für die Nutzung der Instrumente wahrgenommen. Besonders kritisiert wird, dass einige Programme, etwa die Riester-Rente, primär besser gestellten Gruppen zugutekommen und ihre Bedeutung für die Alterssicherung meist nachrangig seien.

Verbesserungsvorschläge der Teilnehmenden mit dem Ziel einer umfassenderen Vermögensbildung sind u.a. die Vereinfachung von Antragsverfahren, eine stärkere Zielgruppenorientierung von Förderinstrumenten sowie Bildungsinitiativen zur Förderung von Finanzkompetenz. Ebenso wird eine kritische Auseinandersetzung mit bestehenden Steuerregelungen und eine stärkere Priorisierung sozialer Grundbedürfnisse gefordert. In diesem Kontext deutet sich darüber hinaus an, dass einige Teilnehmende eine kritische und teils wenig wertschätzende Wahrnehmung staatlicher Institutionen im Allgemeinen haben. Die Ergebnisse reflektieren insgesamt die Vielfalt der Perspektiven und die kontroverse Haltung zur Vermögensbildung und ihrer staatlichen Förderung in Deutschland.

## **4.2 Einleitung – Ziele, Untersuchungsgegenstand und Methodik der Analyse**

---

Statistische Daten und zahlreiche jüngere Studien zeigen auch rund 35 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung noch deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich des Zugangs der Bürgerinnen und Bürger zu Vermögen. Dies betrifft einerseits die Verfügbarkeit von Vermögen, den Umgang mit Geld und Finanzprodukten sowie die Nutzung und Bewertung von staatlichen Förderprogrammen zur Vermögensbildung (siehe dazu die in den Kapiteln 2 und 3 präsentierten Ergebnisse der ersten beiden Arbeitspakete der Studie). Andererseits ist auch die *Financial Literacy* in Ost- und Westdeutschland nach wie vor unterschiedlich ausgebildet, sodass aus mehreren Gründen uneinheitliche Voraussetzungen für den Aufbau von Vermögen in Ost und West vorliegen.

Während diese immer noch bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West (sowie zwischen verschiedenen soziodemografischen Gruppen) in den quantitativen Daten sehr gut zum Ausdruck kommen, bleiben die Beweggründe und Motivationen bestimmter Handlungsmuster, die Treiber und Barrieren für einen spezifischen Umgang mit Anlageformen oder Förderinstrumenten sowie die Begründungen für bestimmte Einstellungen und Bewertungen beim Einsatz quantitativer Forschungsmethoden jedoch oft im Dunkeln.

Ein zentrales Ziel der vorliegenden Studie „Vermögenssituation und denkbare Fördermodelle zur Kapitalbildung in Ostdeutschland“ ist es, genau diese Faktoren näher und vertiefend zu beleuchten. Damit sollen Handlungsmuster und deren Beweggründe unterschiedlicher sozioökonomischer Gruppen sowie mögliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen im Rahmen einer empirischen Untersuchung umfassend beschrieben und erörtert werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die folgenden Fragen:

1. **Einstellungen und Bewertungen zu Vermögen und Kapitalbildung:** Was verstehen Bürgerinnen und Bürger unter dem Begriff „Vermögen“? Wie bewerten sie verschiedene Anlageformen hinsichtlich ihrer Sicherheit, Rentabilität und anderer relevanter Merkmale? Welche persönlichen Ziele verbinden sie mit dem Aufbau eines Vermögens?
2. **Treiber und Barrieren der Vermögensbildung:** Welche Erfolgsfaktoren und Hemmnisse identifizieren Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Nutzung verschiedener Anlageformen und für den Aufbau von Vermögen insgesamt? Inwiefern lassen sich die Faktoren in individuelle Eigenschaften (Einstellungen und Verhaltensweisen) und institutionell-strukturelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen unterteilen?
3. **Nutzung und Bewertung staatlicher Förderinstrumente:** Wie wird die Rolle des Staates in Bezug auf den individuellen Vermögensaufbau generell eingeschätzt? Welche Erfahrungen haben die Bürgerinnen und Bürger mit spezifischen Förderinstrumenten gemacht? Wie bewerten sie diese Instrumente hinsichtlich ihres Nutzens und ihrer Handhabbarkeit? Welche Verbesserungsvorschläge und Anpassungsbedarfe sehen sie, um die Effektivität der staatlichen Förderung zu erhöhen?

Zur Untersuchung dieser Fragen wurde ein qualitativer Ansatz gewählt. Im Rahmen von acht Fokusgruppen, in denen jeweils fünf bis neun Teilnehmende miteinander unter Leitung eines Moderators zu Fragen der Vermögensbildung diskutierten, wurden die Erfahrungen, Einschätzungen und Bewertungen eines breiten Querschnitts der deutschen Bevölkerung zum Untersuchungsgegenstand erhoben.

Eine zentrale Hypothese dieses Studienteils ist, dass die regionale Herkunft (Ost/West) einerseits für die Verfügbarkeit von Privatvermögen bestimmt ist und damit auch für die grundsätzliche Möglichkeit, dieses anzulegen; andererseits wird davon ausgegangen, dass mit der regionalen Herkunft auch eine bestimmte familiäre und gesellschaftliche Sozialisation verbunden ist, die sich auf die Einschätzungen, Bewertungen und auch auf die Kompetenzen hinsichtlich Anlageformen und Förderinstrumenten auswirken kann (siehe dazu näher Kapitel 2.4). In den Fokusgruppen wurden die Aussagen daher

vor allem mit der regionalen Herkunft und weiteren sozioökonomischen Eigenschaften in Bezug gesetzt.

Der vorliegende Bericht basiert auf der systematischen Auswertung der Fokusgruppendiskussionen und gliedert sich wie folgt:

In Kapitel 4.2 werden zunächst die Vorgehensweise und das Sample der empirischen Untersuchung dargestellt. Die Ergebnisse der Fokusgruppendiskussionen sind Inhalt der Kapitel 4.3 bis 4.7: zunächst wird in Kapitel 4.3 dargestellt, was die Teilnehmenden unter dem Begriff Vermögen verstehen und welche Ziele mit dem Aufbau von Vermögen assoziiert werden. In Kapitel 4.3.1 geht es um die Treiber und Barrieren, die von den Teilnehmenden der Fokusgruppen im Rahmen des Vermögensaufbaus von Bedeutung sind. Auf die Nutzung, Bewertung und mögliche Weiterentwicklung staatlicher Förderprogramme zur Vermögensbildung wird in Kapitel 4.4 näher eingegangen. Alle Ergebnisse aus den Fokusgruppendiskussionen werden auch vor dem Hintergrund der Frage betrachtet, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten es zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen sowie zwischen Menschen aus Ost- und Westdeutschland gibt.

## 4.2.1 Durchführung und Teilnehmende der Studie

---

### 4.2.1.1 Methodik und Durchführung der Studie

Fokusgruppen als qualitative Forschungsmethode werden in der interdisziplinären Wirtschafts- und Sozialforschung zur Untersuchung unterschiedlicher Fragestellungen eingesetzt (z. B. Acocella 2012, Schulz et al. 2012). Fokusgruppen bestehen in der Regel aus einer Runde von etwa fünf bis zehn Teilnehmenden, die gemeinsam unter der Leitung einer oder mehrerer Moderierender ein bestimmtes Thema diskutieren. Im Gegensatz zu leitfadengestützten Gruppeninterviews sind die Diskussionen offener und es geht nicht darum, bestimmte Sachkenntnisse oder Faktenwissen in Erfahrung zu bringen, sondern unterschiedliche Meinungen und Erfahrungen und Einstellungen zu einem Thema zu erfassen. Ziel der Methode ist damit insbesondere die Erlangung detaillierter und differenzierter Erkenntnisse zu dem im Fokus stehenden Gegenstand (z. B. Littig und Wallace 1997).

Das Erkenntnispotenzial von Fokusgruppen ergibt sich unter anderem durch die „Versammlung“ von mehr oder weniger diversen Haltungen, Wahrnehmungen und Prägungen der Teilnehmenden, die in den Sitzungen artikuliert werden. Mit der Vielfalt von Prägungen geht zumeist auch einher, dass verschiedene Ansichten der Teilnehmenden aufeinandertreffen und diskursiv ausgehandelt werden. Dies begünstigt ein gruppendifferenzielles „Diskussionsklima“, da die Teilnehmenden – beeinflusst durch Thesen, Argumente und Beispiele der anderen Beteiligten – stimuliert werden, sich detailliert und differenziert mit dem Sachverhalt zu befassen und ihren Standpunkt möglichst konsistent und überzeugend zu artikulieren.

Da die Vermögensbildung ein sensibles Thema ist, wurde bei der Zusammensetzung der Gruppen darauf geachtet, dass die Heterogenität der Teilnehmenden nicht zu groß ist (siehe Abschnitt 4.2.1.2). Hierdurch wurde sichergestellt, dass sich das gewünschte und zur Ausschöpfung des Erkenntnispotenzials erforderliche „Diskussionsklima“ entfalten kann (Acocella 2012, Schulz et al. 2012). Im Falle deutlicher intellektueller und/oder kognitiver Distanzen innerhalb einer Gruppe und einer damit einhergehenden zu ausgeprägten Diversität an Lebenswelten wäre dieses Ziel nicht steuerbar gewesen. Die Abbildung der für zeitgenössische Gesellschaften typischen Vielfalt an Lebenswelten wurde daher nicht *innerhalb*, sondern *zwischen* den insgesamt acht Fokusgruppen realisiert (siehe Abschnitt 4.2.2).

Die acht Sitzungen mit insgesamt 58 Teilnehmenden fanden im Oktober und November 2024 statt und wurden teils in Präsenz (zwei) und teils virtuell (sechs) durchgeführt (nähere Informationen zu den Teilnehmenden finden sich in Abschnitt 4.2.1.2 sowie in Anhang 7.3.3). Hinsichtlich der Kommunikationsbereitschaft und der Erkenntnispotenziale haben sich beide Erhebungsformen als gleichermaßen geeignet erwiesen. Ein Moderator aus dem Forschungsteam war jeweils für den inhaltlichen und organisatorischen Ablauf der Gruppen verantwortlich. Dies beinhaltete insbesondere auch die Einbindung von eher zurückhaltenden Teilnehmenden und die Stimulierung möglichst detaillierter und vollständiger Diskussionen zu den einzelnen Themenfeldern. Die stetige inhaltliche Zentrierung der Fokusgruppen auf die Erkenntnisinteressen der Studie wurde durch die Nutzung eines Moderationsleitfadens, einer Liste von operationalisierten Forschungsfragen und Erzählanregungen, sichergestellt (Schulz et al. 2012, Littig und Wallace 1997) (siehe Anhang 7.3.2).

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Fokusgruppen kann sich auf eine reichhaltige wissenschaftliche Literatur zu den Determinanten der Vermögensakkumulation privater Haushalte stützen (siehe etwa Gomes et al. 2021). Relevante Aspekte, die auch für einen Vergleich der Vermögensakkumulation in Ost- und Westdeutschland sehr bedeutsam sein dürften, umfassen insbesondere die zentrale Rolle des selbstgenutzten Immobilieneigentums für die Vermögen der privaten Haushalte (Kaas et al. 2019, Schröder et al. 2020, Biewen et al. 2024) sowie die Beteiligung an risikanteren, dafür aber renditestärkeren Vermögensanlagen wie Aktien und Investmentfonds (Menkhoff und Westermann 2024). Im Hinblick auf den privaten Immobilienerwerb treten insbesondere Aspekte wie die Sparfähigkeit/Konsumorientierung der Haushalte, Eigenkapitalerfordernisse und andere Hindernisse beim Immobilienerwerb ins Blickfeld (hohe Immobilienpreise, Nebenkosten beim Immobilienerwerb). Für die Beteiligung an risikoreicheren Anlageformen erscheinen Aspekte wie Risikoneigung, Einstellungen zu Finanzmärkten sowie *Financial Literacy* entscheidend (van Rooij et al. 2011, Duraj et al. 2025). Auch die Rolle der Vererbung auf die Vermögen der Haushalte (Bönke et al. 2017) und die Einstellung zu selbstständigem Unternehmertum dürften für den Vergleich von Vermögensbildungsprozessen in Ost- und Westdeutschland entscheidende Rollen spielen.

Um das Erkenntnispotential der Fokusgruppen maximal auszuschöpfen, wurden sämtliche Sitzungen in Bild und Ton aufgezeichnet. Im Anschluss an die Sitzungen wurden die Aufzeichnungen wörtlich transkribiert. Im Zuge der Transkription wurde mittels Angabe der den Teilnehmenden im Rahmen des Screenings (siehe Abschnitt 7.3.1 und 7.3.2) zugewiesenen ID-Nummern zu sämtlichen Textpassagen zudem sichergestellt,

dass bei der Analyse rückverfolgt werden kann, welche Person welche Aussage(n) getätigt hat. Dies ist wiederum eine Voraussetzung für die in der Studie intendierte Prüfung von möglichen Zusammenhängen zwischen inhaltlichen Standpunkten bzw. Einschätzungen und den soziodemografischen Merkmalen der Teilnehmenden (z. B. Alter, Herkunft, Bildung, Einkommen).

Im Anschluss an die Transkription wurde das vorliegende Datenmaterial nach den Standards der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Hierfür wurde eine strukturierende Inhaltsanalyse eingesetzt, welche die manifesten inhaltlichen Dimensionen der Aussagen fokussiert (Mayring und Fenzl 2019). Damit wurden die zentralen Befunde aus den Fokusgruppen systematisch und zusammenfassend herausgearbeitet. Die Inhaltsanalyse ermöglicht auch den Vergleich bzw. die Kontrastierung der im qualitativen Sample abgebildeten Perspektiven, Standpunkte und Meinungen im Gesamtkontext des in dieser Studie vorliegenden Erkenntnisinteresses oder einzelner Themenbereiche bzw. Fragestellungen. Für den Analyseprozess wurde die Software MAXQDA genutzt. Um die Inhalte angemessen sortieren sowie verarbeiten zu können und sowohl den Umfang als auch die Komplexität des Materials zu reduzieren, wurde ein entsprechendes Codesystem entwickelt. Als primäre Informationsquelle dafür diente der eingesetzte Leitfaden, der wiederum in Anlehnung an das Erkenntnisinteresse bzw. die zentralen Fragestellungen der Studie erstellt wurde. Dies bedeutet, dass die einzelnen Kategorien, mit denen spezifische Inhalte bzw. Textpassagen im weiteren Verlauf systematisch verknüpft wurden, bereits größtenteils vorab festgelegt wurden (deduktive Codes). Im Anschluss an die Codierung erfolgten die Auswertung und die Berichtslegung.

#### 4.2.1.2 Überblick über die Teilnehmenden

Im Rahmen der Studie wurden im Oktober und November 2024 acht Fokusgruppendifussionen durchgeführt. Insgesamt nahmen 58 Personen teil. Die ersten beiden Termine wurden in Präsenz in Bielefeld und Dresden durchgeführt, während die restlichen sechs Befragungen als Videokonferenzen stattfanden.

Die Rekrutierung und Kontaktierung der Teilnehmenden erfolgte in mehreren Schritten. Für die Fokusgruppen in Bielefeld und Dresden wurde aus vorhandenen Kontakten anhand der im Rahmen der Studie relevanten Merkmale (u.a. Alter, Einkommen, Bildungsstand) eine Datenbank erstellt und die dort geführten Personen per Mail oder Telefon zur Online-Befragung eingeladen. Die Teilnehmenden der Online-Gruppen wurden aus bundesweiten Access-Panels rekrutiert. Bei der Kontaktaufnahme per E-Mail wurden die Einladung sowie die notwendigen Unterlagen, einschließlich Informationen zum Projekt, Datenschutzrichtlinien und Einwilligungserklärungen, verschickt. Ebenfalls wurde ein Link für den Online-Screening-Fragebogen mitgesendet. Bei telefonischer Kontaktaufnahme wurden die Teilnehmenden über Datenschutz und Einwilligung informiert und gebeten, ihre E-Mail-Adresse für den Versand der Dokumente anzugeben.

Im Screening-Fragebogen (siehe Anhang 7.3.1) wurden die Teilnehmenden zu verschiedenen soziodemografischen Merkmalen befragt, die der Auswahl von Teilnehmenden und der Zuordnung zu den einzelnen Gruppen dienten (s.u.). Außerdem wurden im Rahmen der Screening-Befragung Informationen zu spezifischen Erfahrungen mit Vermö-

genswerten und Anlagestrategien abgefragt. Alle zur Teilnahme ausgewählten Personen wurden erneut kontaktiert, um sie zu den spezifisch geplanten Fokusgruppen einzuladen.<sup>49</sup>

#### 4.2.2 Auswahlkriterien und Zuordnung der Teilnehmenden zu den Gruppen

Für die Zuordnung der Teilnehmenden zu den Fokusgruppen wurden Merkmale zugrunde gelegt, von denen angenommen wurde, dass sie wichtige Einflussfaktoren auf die Verfügbarkeit von Vermögen, den Umgang mit Geldanlagen und die Einstellungen zu diesen Themen sind. Diese Merkmale werden im Folgenden beschrieben und diskutiert.

Grundsätzlich wurde eine paritätische Besetzung der Gruppen mit männlichen und weiblichen Teilnehmenden angestrebt. Von einer Teilnahme ausgeschlossen wurden: Personen, die zum Befragungszeitpunkt jünger als 18 oder älter als 65 Jahre waren; Personen mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen; Personen, die beruflich in Branchen tätig sind, in denen ein enger Bezug zur sozialwissenschaftlichen Forschung oder zu Finanzfragen gegeben ist; Personen, die aktuell nicht in Deutschland leben; sowie für die Online-Gruppen Personen, die nicht über die technischen Voraussetzungen für eine Teilnahme verfügen.

Für die Zuordnung zu den einzelnen Gruppen wurden die im Folgenden näher erläuterten vier Kriterien herangezogen.

##### 4.2.2.1 Regionale Herkunft

Als zentrales Kriterium für die Zuordnung zu den Gruppen der Ost- und Westdeutschen wurde die soziale Herkunft der Menschen herangezogen. Von dieser wird angenommen, dass sie aufgrund der historischen und teils immer noch bestehenden Unterschiede zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands bis heute das Verhalten und die Bewertung von Vermögen, Anlageentscheidungen und Förderinstrumenten beeinflusst (vgl. dazu z. B. Bucher-Koenen und Lamla-Dietrich 2018, Bucher-Koenen et al. 2023, Dähner et al. 2020, Foroutan et al. 2023, Laudenbach et al. 2020). Es geht also insbesondere darum, in welchem Teil Deutschlands man aufgewachsen ist bzw. in welchem Teil die Eltern aufgewachsen sind: Alle Personen, die vor 1990 geboren sind, werden danach dem Teil Deutschlands (BRD/DDR) zugeordnet, in dem sie selbst bis 1990 überwiegend gelebt haben. Alle Personen mit Geburtsjahr 1990 oder später werden danach zugeordnet, wo ihre Eltern bis 1990 überwiegend gelebt haben. Alle weiteren Personen – also solche, die überwiegend im Ausland aufgewachsen sind oder deren Eltern aus

<sup>49</sup> Es ist darauf hinzuweisen, dass der Auswahl der Teilnehmenden für die Fokusgruppen kein repräsentatives Verfahren zugrunde liegt und dass Personen mit Vorerfahrungen oder speziellem Interesse an Vermögens-, Anlage- oder Finanzthemen mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit Teil des Untersuchungssamples sind.

unterschiedlichen Teilen Deutschlands kommen, werden einer dritten Gruppe zugeordnet (diese spielt allerdings in der tatsächlichen Besetzung der Fokusgruppen nur eine untergeordnete Rolle).

#### 4.2.2.2 Alter

Mit steigendem Alter kann Vermögen akkumuliert werden (durch Einkünfte, Erbschaften etc.) und der Wissensstand zum Thema Vermögensaufbau, Anlagestrategien und den diesbezüglichen staatlichen Fördermöglichkeiten kann sich vergrößern (Deutsche Bundesbank 2023). Zur Zusammensetzung der Fokusgruppen in ältere und jüngere Gruppen wurde eine Altersgrenze von 45 Jahren verwendet, da in diesem Alter i.d.R. wichtige berufliche Ziele erreicht sind, Kinder oft in einem höheren Alter sind und sich vieles gefestigt hat.

#### 4.2.2.3 Einkommen

Das Einkommen bestimmt neben anderen Faktoren über die finanziellen Möglichkeiten, Vermögen zu bilden und kann daher auch ein wesentlicher Treiber bzw. eine Barriere sein, um Vermögen zu bilden bzw. Anlageformen und Förderinstrumente zu nutzen (vgl. z. B. Grabka und Halbmeier 2019). Entscheidend ist hierbei i.d.R. das Haushaltseinkommen, da dieses bei gemeinsamem Wirtschaften allen Haushaltsgliedern zur Verfügung steht.

Es wurden folgende Einkommensgruppen gebildet: Eine Gruppe mit „niedrigem bis mittlerem Einkommen“, der alle Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis unter 4.000 Euro zugeordnet werden; eine Gruppe mit „mittlerem bis hohem Einkommen“, der alle Personen zugeordnet werden, die ein Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro und mehr angeben. Personen mit einem Einkommen von 3.000 bis 4.000 Euro können somit sowohl der einen wie der anderen Gruppe zugeordnet werden.

#### 4.2.2.4 Schulische und berufliche Bildung

Der Bildungsstand ist i.d.R. positiv mit dem Einkommen korreliert, mit höherem Bildungsstand sind aber auch ein umfassenderes Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und die Bedeutung von Vermögensaufbau, Anlagestrategien und damit verbundenen Aspekten zu erwarten (vgl. dazu auch Abbildung 2-6 sowie Grohmann und Menkhoff 2015). Beim Kriterium des Bildungsstandes werden sowohl die schulische Bildung als auch berufliche Ausbildungen berücksichtigt.

Der Gruppe mit niedrigem Bildungsstand werden Personen mit höchstens einem Hauptschulabschluss und mit höchstens einer Lehre oder Berufsausbildung zugeordnet; Menschen, die höchstens eine Realschul-/Oberschulabschluss und/oder einen Meister- oder Techniker- bzw. Fachschulabschluss haben, gehören der Gruppe mit mittlerem Bildungsniveau an; alle Personen mit fachgebundener oder allgemeiner Hochschulreife und/oder einem Hochschulabschluss werden der Gruppe mit hohem Bildungsniveau zugerechnet.

#### 4.2.2.5 Zusammensetzung der Fokusgruppen

Die Zusammensetzung der acht Fokusgruppen lässt sich der nachfolgenden Tabelle 4-1 entnehmen. Die Gruppen waren so zusammengesetzt, dass sie einerseits einen möglichst breiten Querschnitt der deutschen Bevölkerung abbilden und dass andererseits eine gewisse Homogenität innerhalb der Gruppen besteht, um die Kommunikation und Verständigung untereinander zu erleichtern. Die Gruppengröße variierte zwischen fünf und neun Personen.

Tabelle 4-1: Zusammensetzung, Termin und Ort der Fokusgruppen

Gruppe	Termin	Ort	Teilnehmende	Zusammensetzung
1	07.10.2024	Präsenz	9	Ältere Westdeutsche mit niedrigem bis mittlerem Bildungsniveau
2	15.10.2024	Präsenz	7	Ältere Ostdeutsche mit mittlerem bis hohem Bildungsniveau
3	04.11.2024	Virtuell	8	Jüngere Ostdeutsche mit niedrigem bis mittlerem Bildungsniveau
4	06.11.2024	Virtuell	7	Jüngere Westdeutsche mit mittlerem bis hohem Bildungsniveau
5	13.11.2024	Virtuell	8	Jüngere gemischte Gruppe mit niedrigem bis mittlerem Einkommen
6	16.11.2024	Virtuell	7	Jüngere gemischte Gruppe mit mittlerem bis hohem Einkommen
7	19.11.2024	Virtuell	7	Ältere gemischte Gruppe mit niedrigem bis mittlerem Einkommen
8	23.11.2024	Virtuell	5	Ältere gemischte Gruppe mit mittlerem bis hohem Einkommen

Quelle: Eigene Darstellung.

#### 4.2.3 Merkmale der Teilnehmenden

Von den insgesamt 58 Teilnehmenden der Fokusgruppen sind 31 Männer und 27 Frauen.<sup>50</sup>

Gemäß oben dargestellter Definition haben 27 eine ostdeutsche Herkunft und 28 eine westdeutsche. Zwei Personen sind im Ausland aufgewachsen, und eine Person gibt an, dass die Eltern vor der Wiedervereinigung an unterschiedlichen Orten gelebt haben. Als aktuellen Wohnort geben 28 Teilnehmende den Osten inkl. Berlin und 30 Teilnehmende den Westen Deutschlands an.

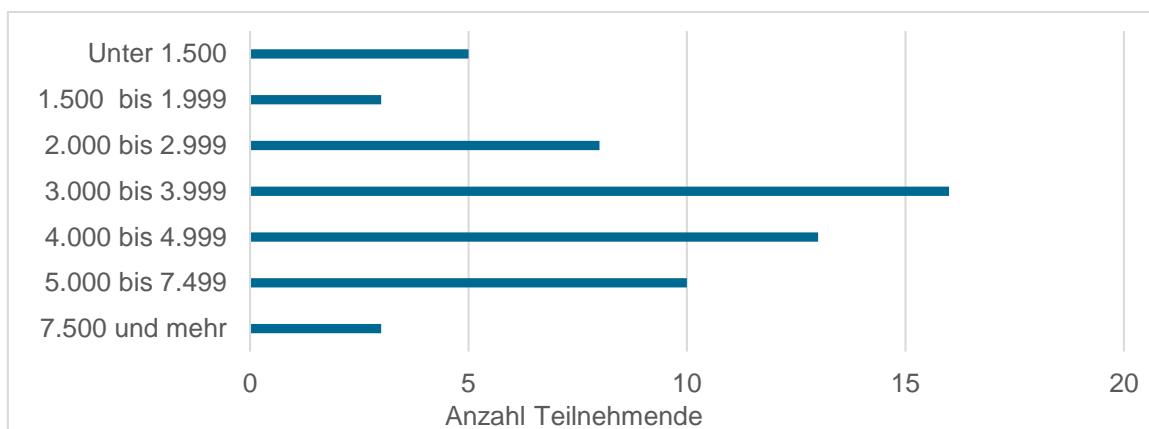
28 Teilnehmende gehören der älteren Gruppe an (45 Jahre und älter), 30 der jüngeren mit unter 45 Jahren. Das Durchschnittsalter der Teilnehmenden liegt bei 45,6 Jahren

<sup>50</sup> Ein Überblick der relevanten Merkmale aller Teilnehmenden findet sich im Anhang 7.3.

und damit nur leicht über dem Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung im Jahr 2023 (44,6 Jahre).<sup>51</sup>

Die monatlichen Haushaltseinkommen liegen bei 16 Teilnehmenden unter 3.000 Euro, weitere 16 Personen geben an, dass das Einkommen ihres Haushalts zwischen 3.000 und 4.000 Euro liege und 26 Personen leben in Haushalten mit einem Einkommen von 4.000 Euro und mehr (Abbildung 4-1).<sup>52</sup>

**Abbildung 4-1: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen der Fokusgruppenteilnehmenden (in Euro)**



Quelle: Screening-Befragung, eigene Darstellung.

Alle 58 Teilnehmenden können einen Schulabschluss vorweisen. Am häufigsten sind dabei die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (28 Personen) gefolgt von einem Realschul- oder diesem gleichwertigen Abschluss<sup>53</sup> (23 Personen). Sieben Teilnehmende haben einen Haupt- oder Volksschulabschluss als höchste schulische Qualifikation vorzuweisen.

Hinsichtlich der beruflichen Abschlüsse können 23 Teilnehmende einen Hochschulabschluss vorweisen, 25 Personen haben einen beruflichen Ausbildungsabschluss.<sup>54</sup> Weitere fünf Personen geben an, gerade im Studium oder in Ausbildung zu sein und/oder (noch) keinen beruflichen Abschluss zu haben. Weitere 5 Personen haben verschiedene Abschlüsse, darunter eine Anlernausbildung oder einen Techniker-/Meisterabschluss.

<sup>51</sup> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerungsstand-gebietsstand-werte.html> (letzter Abruf am 11.12.2024).

<sup>52</sup> Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland lag im Jahr 2022 lt. Statistischem Bundesamt bei 4.056 Euro (vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Einkommen-Einnahmen-Ausgaben/Publikationen/Downloads-Einkommen/statistischer-bericht-einnahmen-ausgaben-privater-haushalte-2150100227005.html>), letzter Abruf am 27.01.2025).

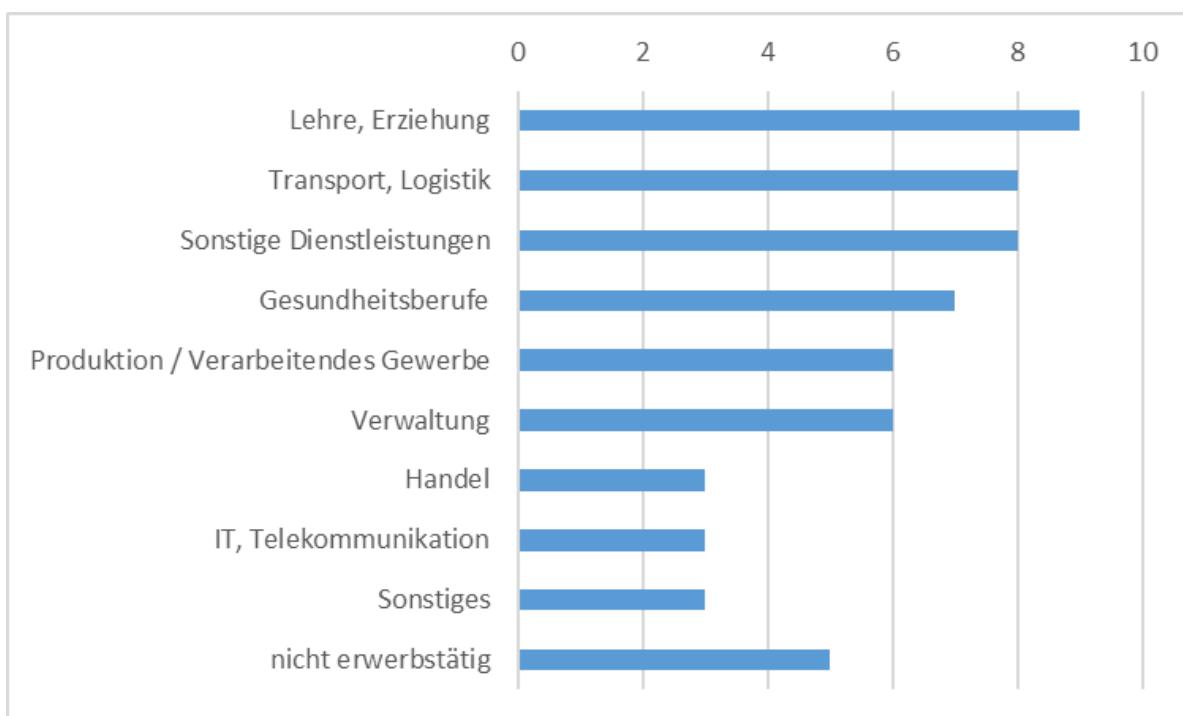
<sup>53</sup> Inkl. polytechnische Oberschule (POS) der DDR.

<sup>54</sup> Personen mit Hochschulabschluss sind damit in der Stichprobe mit knapp 40 % überrepräsentiert (Gesamtbevölkerung: 18,5 %), diejenigen mit Berufsausbildung mit 43 % leicht unterrepräsentiert (Gesamtbevölkerung: 46,6 %). Vgl. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsstand\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsstand_inhalt.html) (letzter Abruf am 24.02.2025).

Die meisten Teilnehmenden (22) leben in Zwei-Personen-Haushalten. 15 Teilnehmende geben an, dass sie allein leben und 21 Teilnehmende leben in einem Haushalt mit mehr als zwei Mitgliedern. Die durchschnittliche Haushaltsgröße der Teilnehmenden liegt mit 2,3 Personen knapp über der durchschnittlichen Haushaltsgröße in Deutschland von 2,03 Personen.<sup>55</sup>

53 der 58 Teilnehmenden waren zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig. Nur fünf Personen geben an, dass sie weder zum Zeitpunkt der Befragung noch innerhalb der letzten drei Jahre einer Beschäftigung, einer Ausbildung oder einem Ehrenamt nachgingen. Abbildung 4-2 zeigt, in welchen Branchen die 53 erwerbstätigen Teilnehmenden tätig sind. Von allen Berufsfeldern ist die Lehre und Erziehung jene mit den meisten Beschäftigten, gefolgt vom Transport- und Logistiksektor und sonstigen, nicht näher definierten Dienstleistungsberufen. Die Gesundheitsberufe machen einen Anteil von knapp 12 % aus. In den Branchen Produktion und Verarbeitendes Gewerbe sowie Verwaltung sind jeweils sechs Personen beschäftigt. Die Zweige Handel und IT/Telekommunikation sind jeweils mit drei Teilnehmenden vertreten.

Abbildung 4-2: Teilnehmendenzahl nach Branchenzugehörigkeit der Arbeitgeber



Quelle: Screening-Befragung, eigene Darstellung.

<sup>55</sup> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/1-2-privathaushalte-bundeslaender.html> (letzter Abruf am 13.12.2024).

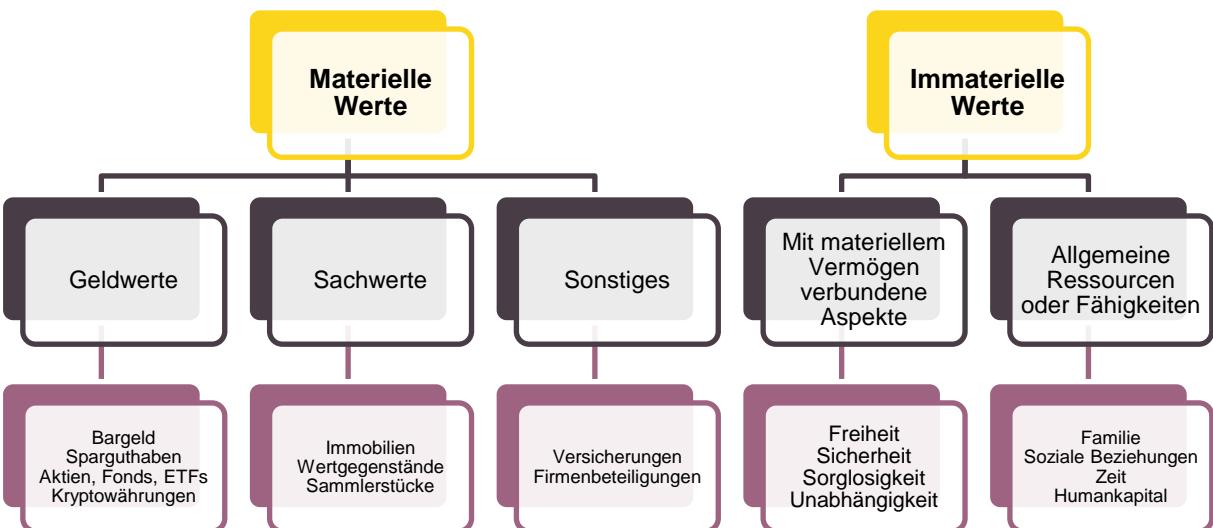
## 4.3 Vorstellungen von Vermögen und Ziele des Vermögensaufbaus

In diesem ersten inhaltlichen Kapitel wird aufgezeigt, welche unterschiedlichen Vorstellungen die Teilnehmenden der Fokusgruppen vom Begriff des Vermögens haben (Abschnitt 4.3), welche Ziele sie mit dem Vermögensaufbau verbinden (Abschnitt 4.4) und über welche Anlageerfahrungen sie bereits verfügen (Abschnitt 4.5). Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen, welchen Stellenwert Vermögen und Kapitalanlagen für die Menschen in Deutschland haben und welche Anlageformen aus welchen Gründen genutzt werden.

### 4.3.1 „Vermögen ist alles, was man besitzt“ – Vorstellungen von Vermögen

Zu Beginn der jeweiligen Fokusgruppen wurden die Teilnehmenden nach ihrem Verständnis von „Vermögen“ sowie ihren Assoziationen zu diesem Begriff befragt. Hierbei lassen sich zwei Perspektiven identifizieren, die teilweise auch simultan bei denselben Personen auftreten: einerseits primär materielle Vorstellungen von Vermögen, die sich in Geld- oder Sachwerten manifestieren (in Form von Besitz) und andererseits eher immaterielle Vorstellungen, die Vermögen allgemein als Fähigkeiten oder verfügbare Ressourcen im weiteren Sinne definieren oder die mit einem materiellen Vermögen verbundenen Aspekte der Freiheit, der Sicherheit oder der Unabhängigkeit hervorheben (siehe Abbildung 4-3).

Abbildung 4-3: Assoziationen der Fokusgruppenteilnehmenden zum Begriff „Vermögen“



Quelle: Eigene Darstellung.

### 4.3.2 „Vermögen ist das frei verfügbare Geld“ – Materielle Vorstellungen

Auf die Frage nach der Definition von „Vermögen“ äußern die meisten Teilnehmenden der Fokusgruppen zunächst materielle Vorstellungen. Einige betrachten Vermögen als

denjenigen **Anteil eines regelmäßigen Einkommens**, der am Monatsende nach Abzug aller Verbindlichkeiten und notwendigen Konsumausgaben **frei verfügbar** ist:

*„Für mich ist Vermögen das, [...] was übrigbleibt. Das kann ich dann für Dinge ausgeben, die ich eigentlich nicht brauche.“ (W, 56, Ost, 224)<sup>56</sup>*

*„Vermögen ist für mich ein Wert, (...) den ich extra habe, den ich nicht brauche, um meinen normalen Lebensstandard zu finanzieren.“ (M, 63, Ost, 269)*

*„Vermögen ist das frei verfügbare Geld, z. B. auch ein Anlagevermögen. Immobilien, Fonds, Festgelder und solche Dinge.“ (W, 49, Ost, 223)*

Wenn ein konkreter Geldbetrag genannt wird, ab dem jemand als „vermögend“ angesehen wird, werden sehr unterschiedliche Geldbeträge genannt, die zwischen 10.000 Euro und 500.000 Euro liegen, wobei Sach- und sonstige Werte noch zusätzlich berücksichtigt werden. Ein Teilnehmender (294) ist der Meinung, dass man bei einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro noch nicht von einem hohen Vermögen sprechen könne, da diese Summe nicht ausreiche, um etwa eine Immobilie erwerben zu können. Ein hohes Vermögen wird hier mit der Fähigkeit bzw. Möglichkeit verbunden, ohne finanzielle Unterstützung von außerhalb größere Ausgaben tätigen zu können.

Andere Personen machen die Höhe des Vermögens am **passiven Einkommen**<sup>57</sup> fest:

*„Kannst du von passivem Einkommen leben [...] und hast du so viel Schotter auf der hohen Kante, dass dir auch finanzielle Krisen nichts anhaben können, dann bist du definitiv temporär vermögend und wirst es möglicherweise mit ziemlicher Sicherheit auch in Zukunft sein und bleiben.“ (M, 43, West, 275)*

Beschrieben wird aber auch eine Diskrepanz zwischen dem von außen wahrzunehmenden Vermögen und den tatsächlichen Verhältnissen. So könne eine Person zwar materiell wohlhabend sein, dies bedeute jedoch nicht zwangsläufig, dass ihr **ausreichend liquide Mittel zur Verfügung** stehen, um einen sorglosen und freien Lebensstil zu führen. Auch könnten Verbindlichkeiten und Verpflichtungen den Wert des Vermögens schmälern:

*„Selbst, wenn man jetzt ein Haus und zwei Autos [...] hat, heißt das nicht, dass es einem gut geht [...]. Weil wenn du dann vielleicht sehr, sehr viel ins Haus investieren musst und dann weniger für dich zum Leben hast, dann geht es dir ja auch nicht unbedingt besser.“ (W, 38, Ost, 293)*

---

<sup>56</sup> Die Angabe in Klammern enthält Informationen zum Geschlecht, zum Alter und zur Herkunft der zitierten Person. Die Identifikationsnummer am Ende erlaubt eine Zuordnung der Teilnehmenden. Eine Übersicht über weiterer Merkmale der einzelnen Teilnehmenden findet sich im Anhang 7.3.3.

<sup>57</sup> Im Gegensatz zu aktivem Einkommen, bei dem man direkt Zeit und Arbeit gegen Geld tauscht (z. B. Gehalt aus einem Angestelltenverhältnis), basiert passives Einkommen auf Aktivitäten, die in der Vergangenheit erledigt wurden und fortlaufende Erträge generieren.

*„Wenn du Besitz und Eigentum hast, dann ist das vielleicht ein Hinweis, sprich Autos, Häuser, dass du vermögend bist, du kannst aber auch eine fette Hypothek haben. Also es [das Vermögen] ist nicht immer sichtbar.“ (M, 43, West, 275)*

*„Am Ende ist es halt alles noch nicht abbezahlt oder mit Krediten halt versorgt und dann sieht es zwar so aus, als ob man vermögend ist, aber man ist in Wahrheit quasi sogar ärmer als derjenige, der das nicht hat, weil man einfach hochverschuldet ist durch diese ganzen Wertgegenstände.“ (M, 32, Ost, 286)*

Immer wieder wird die Meinung vertreten, dass der Vermögensbegriff eine **starke individuelle Komponente** habe und keine klare Definition darüber existiere, ab welchem Geldbetrag oder welchem Besitz eine Person ein hohes Vermögen hat.

*„Und dann ist es eben Definitionssache: Was verstehe ich unter Vermögen? Versteh ich da wirklich nur Geld drunter, oder eben auch alles andere, was man nicht an Zahlen festmachen kann?“ (W, 27, West, 315)*

In diesem Zusammenhang weist ein Teilnehmer darauf hin, dass es auf die Rahmenbedingungen und Verhältnisse und den Maßstab des Einzelnen ankomme: So könne für eine Person das gezielte Ansparen von 10.000 Euro bereits ein beträchtliches Vermögen darstellen, während andere diesen Betrag als unerheblich betrachten könnten (278).

*„Vermögend ist man doch schon, wenn man ein Haus und ein Dach über dem Kopf hat. Jeden Tag etwas zu essen hat. Sich darum keinen Gedanken machen muss und auch nicht auf den Cent gucken muss, wenn man irgendwo mal einkaufen geht.“ (M, 43, Ost, 304)*

*„Entscheidend ist einfach, wie hoch für jeden Einzelnen das Vermögen sein müsste, um sich zum Beispiel frei zu fühlen von der Not, einen Job zu machen, den man nicht machen will.“ (W, 43, West, 248)*

*„Also nur, weil Leute reich sind, heißt das ja nicht, dass sie vermögend sind. Sie haben halt Geld zum Beispiel, aber manch Freileben-der, ohne Obdach, sag ich mal, fühlt sich freier, vermögender, glücklicher, als jemand, der in seinem goldenen Palast eingesperrt ist.“ (W, 35, Ost, 287)*

#### 4.3.3 „Vermögen ist Freiheit in jeglicher Hinsicht“ – Immaterielle Vorstellungen

Neben den beschriebenen materiellen Vorstellungen von Vermögen werden von den Teilnehmenden häufig auch **immaterielle oder emotionale Aspekte** vorgebracht. Zum Teil werden diese in direkter Verbindung mit materiellen Vorstellungen genannt, was etwa in der Aussage „wenn ich viel Vermögen habe, dann habe ich die Freiheit zu tun, worauf ich Lust habe, ohne mich einschränken zu müssen“ (301) sehr gut zum Ausdruck kommt. Oder, wie es eine Teilnehmerin prägnant formuliert: „*Vermögen ist Freiheit in jeglicher Hinsicht*“ (273). Vermögen wird dann mit einem **Gefühl von finanzieller und allgemeiner Sorglosigkeit** assoziiert. Ein Teilnehmer sieht Personen als vermögend an, die sich keine Gedanken über zu zahlende Rechnungen machen müssen und sich

Dinge leisten und kaufen können, ohne lange über diese Ausgaben nachdenken zu müssen:

*„Ich denke, wenn man sich keine Sorgen darum machen muss, ob man alles bezahlen kann, dass das schon Vermögen ist.“ (M, 43, Ost, 289)*

Weiterhin werden auch eine **Unabhängigkeit** von bestimmten Verpflichtungen (263) oder eine **Sicherheit** als positive Effekte von Vermögen genannt, beispielsweise als „**Sicherheitsgefühl**“ mit Blick auf die Rentenphase (286).

Manche Personen denken beim Begriff des Vermögens zunächst gar nicht an materielle Aspekte und verstehen den Begriff im Sinne von **persönlichen Fähigkeiten oder Eigenschaften** (inwiefern vermag ich etwas zu tun?) oder von **ideellen Ressourcen** wie einem intakten sozialen Umfeld oder guten familiären Beziehungen. Auch körperliches Wohlbefinden, Gesundheit, Glück und Zufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen werden mit dem Begriff des Vermögens assoziiert:

*„Der Begriff an sich geht auch weiter und erfasst auch, also für mich, so etwas wie Beziehungen, weil ich finde, Beziehungen oder andere Sachen im Leben haben auch einen gewissen Wert für einen persönlich, den man jetzt vielleicht nicht in Geld unbedingt aufwiegen kann.“ (M, 21, Ost, 308)*

Unterschiede in der Wahrnehmung und Bewertung von Vermögen zwischen verschiedenen Gruppen von Teilnehmenden sind nur schwer auszumachen. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass für ältere Menschen eher der Aspekt der mit einem Vermögen verbundenen Sicherheit im Fokus steht, während jüngere Menschen eher an das Jetzt denken und der Zeit mit der Familie eine höhere Bedeutung beimessen als der Bildung von materiellem Vermögen. Systematische Unterschiede zwischen Teilnehmenden mit ostdeutscher und westdeutscher Herkunft sind auf Grundlage des Materials nicht feststellbar.

#### 4.4 Ziele des Vermögensaufbaus

---

Ob und warum es erstrebenswert ist, ein Vermögen aufzubauen, wurde im Verlauf der Fokusgruppendiskussionen intensiv debattiert. Die Diskussionen offenbaren eine **Vielzahl von Motivationen, die teils sehr individuell geprägt sind**, aber auch gemeinsame Leitlinien erkennen lassen. Dabei zeigen sich materielle und immaterielle Vorstellungen: Von der Absicherung gegen Krisen über die Verwirklichung persönlicher Träume bis hin zu Motiven der Selbstverwirklichung, der Vorsorge für sich und nahe Angehörige sowie des sozialen Engagements. Neben pragmatischen und sicherheitsorientierten Zielen stehen Wünsche nach mehr Unabhängigkeit, Konsum und persönlicher Freiheit im Mittelpunkt. Häufig wird auch überlegt, ob und in welchem Umfang man weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachgehen würde. Einige wenige Teilnehmende vertreten auch die Ansicht, dass ein Vermögensaufbau überhaupt kein erstrebenswertes Ziel sei, sondern dass man sein Geld lieber direkt für das Leben ausgebe. Insgesamt wird deutlich, dass **die individuellen Lebensumstände und finanziellen Voraussetzungen die Prioritäten maßgeblich beeinflussen**. Vor allem hinsichtlich der Aspekte der Altersvorsorge,

des Vermögensaufbaus zugunsten von Kindern und Enkelkindern sowie der Konsumwünsche zeigen sich Parallelen zu den in quantitativen Studien ermittelten Motiven des Vermögensaufbaus (vgl. insbesondere Abschnitt 2.6.1).

In den folgenden Abschnitten werden die wichtigsten in den Fokusgruppen diskutierten Ziele des Vermögensaufbaus strukturiert dargestellt.

#### 4.4.1 Altersvorsorge, Sicherheit und passives Einkommen

Die **Sicherung des Lebensstandards im Alter** ist für viele Teilnehmende ein zentrales Ziel des Vermögensaufbaus. Dies wird insbesondere in Hinblick auf die unsichere Rentensituation und die steigenden Lebenshaltungskosten im Alter betont – wobei diese Frage vor allem Menschen mittleren Alters bewegt. Dabei wird häufig auf langfristige Anlageformen wie private Rentenversicherungen, Immobilien oder Rücklagenbildung gesetzt. Eine Teilnehmerin mittleren Alters mit geringem Einkommen bringt die Bedeutung der Rücklagenbildung für die Rentenzeit auf den Punkt:

*„Das Altersheim kostet im Monat 4.000 Euro. [...] Deswegen muss man unbedingt Rücklagen bilden. Das ist wirklich ganz, ganz wichtig.“ (W, 39, West, 316)*

Darüber hinaus wird der **Aufbau eines passiven Einkommensstroms** häufig als ergänzendes Ziel genannt. So betonen einige Teilnehmende die Möglichkeit, durch vermietete Immobilien oder Dividenden aus Aktien dauerhaft Einkommen zu generieren. Ein Teilnehmer beschreibt dies so:

*„Für mich sind eher Vermögenswerte wie Eigentumswohnung, die man dann vermietet, wo wieder neues Geld reinkommt [...] oder halt Aktien, die Dividenden ausschütten oder so. Also das wäre mir wichtig.“ (M, 43, West, 309)*

Diese passiven Einkommensströme werden nicht nur als finanzielle Absicherung, sondern auch als Mittel zur Unabhängigkeit und Freiheit im späteren Leben betrachtet.

Neben der Altersvorsorge wird der Vermögensaufbau auch als **Mittel zur Absicherung gegen unvorhergesehene Ereignisse** verstanden. Dabei reicht die Spannweite von gesundheitlichen Krisen bis hin zu Arbeitslosigkeit oder unerwarteten finanziellen Belastungen. Eine jüngere Teilnehmerin aus Thüringen schildert eindrücklich, wie wichtig ihr finanzielle Sicherheit in solchen Situationen sei:

*„Dass ich sagen kann, okay, ich kann mir drei Monate lang noch meine Raten oder meine Miete leisten. Ich kann meinen Kindern etwas zu essen auf den Tisch stellen.“ (W, 35, Ost, 287)*

Schließlich wird der Vermögensaufbau auch als **Schutz vor wirtschaftlicher Unsicherheit und Inflation** gesehen. Sachwerte wie Immobilien oder Edelmetalle spielen hierbei eine zentrale Rolle, da sie als besonders krisensicher gelten. Der folgende Teilnehmer bringt dies auf den Punkt:

„*Edelmetalle sind ein sicherer Hafen, besonders in unsicheren Zeiten.*“ (M, 48, Ost, 338)

#### 4.4.2 Konsum und Lebensqualität

Für viele Teilnehmende steht der Vermögensaufbau auch in Verbindung mit der **Erfüllung persönlicher Wünsche und der Steigerung der Lebensqualität**. Dies umfasst sowohl kleinere Konsumwünsche als auch größere Ziele wie Reisen oder den Kauf von Luxusgütern. Eine Teilnehmerin mit mittlerem Einkommen beschreibt das Ziel eines sorgenfreien Lebens auf Grundlage eines entsprechenden Vermögens:

„*Wenn ich ganz viel Geld hätte, würde ich mir auf jeden Fall ein schönes Leben bereiten. Praktisch, angenehm, schlafen, keine Gedanken machen müssen.*“ (W, 60, West, 130)

Reisen, oft in Verbindung mit besonderen Erinnerungen und Erlebnissen, spielen dabei eine wichtige Rolle. Ein Teilnehmer bringt dies auf den Punkt:

„*Diese Erinnerung an Reisen, an gute Zeiten, an Zeiten mit der Familie, die nimmt einem niemand.*“ (W, 49, Ost, 223)

Allerdings wird auch betont, dass Konsum nicht zwangsläufig im Mittelpunkt stehen muss. Einige Teilnehmende verbinden den Vermögensaufbau mit der Möglichkeit, bewusster und intensiver zu leben, ohne unbedingt großen materiellen Luxus anzustreben.

#### 4.4.3 Wohneigentum, Unabhängigkeit und persönliche Freiheit

Der Erwerb von Wohneigentum wird ebenfalls häufig als Ziel des Vermögensaufbaus genannt. Dabei geht es nicht nur um die Reduktion von Mietkosten, sondern auch um langfristige **finanzielle Stabilität und den Aufbau eines greifbaren Vermögenswertes**. Insbesondere in Regionen mit steigenden Mietpreisen wird der Besitz von Immobilien als Schutz vor finanzieller Abhängigkeit gesehen. Eine Teilnehmerin aus Berlin formuliert dies so:

„*Wenn ich mir nie wieder Gedanken um Geld machen müsste, würde ich wahrscheinlich als erstes eine Wohnung oder ein Haus kaufen, um nie wieder Miete zu zahlen und auch keine Mietsteigerungen mitzumachen.*“ (W, 36, Ost, 321)

Gleichzeitig gibt es auch Stimmen, die darauf hinweisen, dass Immobilien in einigen Regionen kaum erschwinglich und daher als Ziel eines Vermögensaufbaus für viele Menschen ungeeignet seien. Dennoch wird der Erwerb kleinerer Wohneinheiten oder Immobilien in weniger teuren Gegenden als machbare Alternative diskutiert.

Ein weiteres häufig genanntes Ziel ist die Schaffung von mehr persönlicher Freiheit durch **finanzielle Unabhängigkeit**. Vermögensaufbau wird hier als Mittel verstanden, um beruflich oder privat freier agieren zu können – sei es durch frühzeitigen Ruhestand, längere Reisen oder den Einstieg in die Selbstständigkeit. In diesem Zusammenhang

wird auch der Aufbau eines passiven Einkommens als Schlüssel gesehen. Eine 40-jährige Teilnehmerin mit hohem Einkommen beschreibt ihre Perspektive:

*„Ja, was mache ich mit dem Geld, das auf meinem Konto ist? [...] Wie kann ich es vermehren, [...] um auch Möglichkeiten für eine Selbstständigkeit zu schaffen?“ (W, 40, West, 326)*

Für andere bedeutet finanzielle Freiheit vor allem die Möglichkeit, mehr Zeit mit der Familie zu verbringen oder Hobbies intensiver nachzugehen. Ein Teilnehmer (225) hebt hervor, wie sehr er die Elternzeit genossen habe, und sieht dies als Motivation, Vermögen für weitere solche Phasen aufzubauen.

#### 4.4.4 Das Vermögen nutzen, um für andere zu sorgen

Ein zentrales Anliegen vieler Teilnehmender ist die **finanzielle Unterstützung ihrer Kinder oder Enkelkinder**. Hierbei geht es nicht nur um monetäre Zuwendungen, sondern auch um Investitionen in Bildung oder Wohneigentum. Eine Teilnehmerin mit relativ geringem Einkommen aus Nordrhein-Westfalen beschreibt, wie sie frühzeitig Maßnahmen für die Zukunft ihrer Tochter ergriffen hat:

*„Bei meiner Tochter haben wir das so gemacht, die ist jetzt 26, als sie auf der Welt war, kam der Versicherungsberater, haben wir ihr einen Bausparvertrag gemacht.“ (W, 51, West, 252)*

Andere sehen den Vermögensaufbau als Möglichkeit, der nächsten Generation langfristig Sicherheit und Startchancen zu bieten.

Einige Teilnehmende verbinden den Vermögensaufbau mit der Möglichkeit oder dem Wunsch, **soziale oder gesellschaftliche Ziele** zu fördern. Dabei reicht das Spektrum von ethischen Investitionen bis hin zur Gründung von Stiftungen. Ein 60-jähriger Teilnehmer mit relativ hohem Einkommen sagt beispielsweise, dass er darüber nachdenke, „*eine Stiftung zu gründen, um nachhaltige Projekte zu unterstützen*“ (322).

Die Ziele des Vermögensaufbaus sind also ebenso vielfältig wie die Lebenssituationen der Teilnehmenden. Während für die einen die Absicherung gegen Krisen oder das Schaffen eines finanziellen Polsters im Vordergrund steht, sind für andere Aspekte wie Konsum, Unabhängigkeit oder die Förderung der nächsten Generation zentral. Darüber hinaus wird deutlich, dass Vermögensaufbau nicht nur individuelle, sondern in einigen Fällen auch gesellschaftliche Dimensionen annehmen kann.

### 4.5 Anlageerfahrungen und Finanzwissen

Die Mehrheit der Teilnehmenden in den Fokusgruppen hat bereits **Erfahrungen mit verschiedenen Anlageprodukten** gesammelt. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen

der Screening-Befragung<sup>58</sup> wider, in der die Nutzung unterschiedlicher Anlageformen und staatlicher Förderprogramme erfasst wurde (vgl. Tabelle 4-2).

Über drei Viertel der Befragten haben Erfahrungen mit **Sparbüchern oder Festgeldkonten**, wobei die Anteile unter Westdeutschen, Frauen und Jüngeren höher sind als unter Ostdeutschen, Männern und älteren Personen. Etwa die Hälfte der Befragten nutzt **Programme zur privaten Altersvorsorge**, wobei der Anteil unter Ostdeutschen deutlich höher ist als unter Westdeutschen. Rund ein Drittel der Befragten gibt an, bereits in **Immobilien oder kapitalmarktbasierte Anlagen** investiert zu haben. Die Nutzung von Aktien, Wertpapieren und Fonds ist dabei unter Westdeutschen, Männern und Jüngeren signifikant weiter verbreitet als in den jeweiligen Vergleichsgruppen. Mehr als die Hälfte der Befragten hat Erfahrungen mit mindestens drei verschiedenen Anlageformen.

In den Fokusgruppendiskussionen selbst wird noch detaillierter und differenzierter auf die genutzten Anlageformen und die dahinterstehenden Motivationen eingegangen. Dabei geht es überwiegend um **Risiken (Sicherheitsbedürfnis vs. Renditechancen)**, um die Flexibilität und Verfügbarkeit des Kapitals, die Kosten der Anlageform sowie um die Diversifikation der Kapitalanlagen als strategische Überlegung. Einige Teilnehmende äußerten sich skeptisch gegenüber klassischen Sparprodukten wie Sparbüchern und Festgeldkonten, da deren Zinsen häufig nicht einmal die Inflation ausgleichen würden. Eine häufig genannte Alternative ist die Anlage in ETFs oder breit gestreute Aktienportfolios, die ebenfalls als sicher bewertet werden und aus Sicht der Teilnehmenden jedoch langfristig höhere Renditen versprechen. Mehrere Teilnehmende betonten dabei jedoch die Notwendigkeit, sich mit der Materie vertraut zu machen, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Andere wiederum lehnten Aktienanlagen grundsätzlich ab, da sie die Kursrisiken als schwer kalkulierbar einschätzten und sich stattdessen auf als sicher geltende Anlageformen wie Gold oder Immobilien konzentrierten.

Besonders **Immobilieninvestitionen** wurden von vielen als wertstabil und langfristig lohnend beschrieben, vor allem im Hinblick auf steuerliche Vorteile und die Möglichkeit, über Mieteinnahmen ein passives Einkommen zu generieren. Gleichzeitig wurde jedoch auch auf die **hohe Einstiegshürde** verwiesen, insbesondere für jüngere oder einkommensschwächere Personen, die Schwierigkeiten hätten, genügend Eigenkapital für eine Finanzierung aufzubringen. Einige Teilnehmende berichteten zudem von negativen Erfahrungen mit Finanzberatern oder Banken, denen sie unterstellten, in erster Linie provisionsorientiert zu arbeiten, anstatt im besten Interesse der Kundinnen und Kunden zu handeln.

Weitere Argumente und Ausführungen zu diesen Aspekten werden insbesondere in Abschnitt 4.4 näher beleuchtet.

---

<sup>58</sup> Siehe dazu ausführlich Abschnitt 4.2.1 sowie den Fragebogen in Anhang 7.3.1.

**Tabelle 4-2: Erfahrungen der Fokusgruppenteilnehmenden mit Anlageformen und staatlichen Förderprogrammen**

	Gesamt	Ost	West	Männer	Frauen	Ältere	Jüngere
Geld auf einem Sparbuch oder als Festgeld anlegen (Sparen)	77,6%	70,4%	89,3%	74,2%	81,5%	71,4%	83,3%
Erwerb von Immobilien	36,2%	37,0%	39,3%	32,3%	40,7%	53,6%	20,0%
Erwerb von Wertpapieren (z.B. Aktien, Fonds, Anleihen, ETFs)	30,3%	48,1%	67,9%	71,0%	48,1%	50,0%	70,0%
Nutzung von Programmen zur privaten Altersvorsorge (Riester-Rente, Rurüpp-Rente, private Rentenversicherung)	50,0%	63,0%	39,3%	48,4%	51,9%	53,6%	46,7%
Nutzung staatlicher Förderprogramme zur Bildung von Vermögen (z.B. Riester-Rente, Wohnungsbauprämie)	43,1%	48,1%	39,3%	41,9%	44,4%	53,6%	33,3%
Erwerb von Sammlerobjekten (z.B. Kunst, Münzen, Oldtimer)	24,1%	33,3%	17,9%	25,8%	18,5%	32,1%	16,7%
Anteil der Befragten, die mit mehr als zwei der genannten Anlageformen Erfahrung haben	56,9%	59,3%	57,1%	58,1%	55,6%	64,3%	50,0%

Angegeben ist jeweils der Anteil der positiven Antworten auf die Frage "Welche der folgenden Aktivitäten zum Aufbau von Vermögen haben Sie im Laufe Ihres Lebens bereits genutzt?" (Mehrfachnennungen möglich)

Ost/West: Personen, die selbst überwiegend in der DDR (BRD) aufgewachsen sind oder deren Eltern in der DDR (BRD) aufgewachsen sind. Drei Personen, die entweder im Ausland aufgewachsen sind oder deren Eltern aus unterschiedlichen Teilen Deutschlands kommen, werden für die vergleichende Darstellung nicht berücksichtigt.

Ältere: Personen mit Geburtsjahr vor 1979; Jüngere: Personen mit Geburtsjahr 1979 und später.

Unterschiede zwischen den jeweiligen Vergleichsgruppen sind farblich gekennzeichnet, wobei rot (grün) eingefärbte Zellen eine deutliche Abweichung nach unten (oben) anzeigen; wenn es nur geringe Unterschiede zwischen den Vergleichsgruppen gibt, sind die Zellen gelb eingefärbt.

Quelle: Screening-Befragung (n=58), eigene Darstellung.

Das Finanzwissen der Teilnehmenden wurde in der Screening-Befragung anhand von drei Fragen zur **Financial Literacy** erfasst.<sup>59</sup> Zwar lagen die Anteile korrekter Antworten pro Frage über alle Befragten hinweg jeweils bei 80 bis 90 %, jedoch konnten insgesamt nur 62,1 % der Teilnehmenden alle drei Fragen korrekt beantworten, was auf ein **insgesamt eher moderates Finanzwissen** hinweist (vgl. Tabelle 4-2).<sup>60</sup> In den Fokusgruppen wurde dies bestätigt: Während einige wenige sehr erfahrene Anlegerinnen und Anleger

<sup>59</sup> Einer Publikation der OECD (2005, S. 14) zufolge umfasst *Financial Literacy* unter anderem die Kenntnis bestimmter finanzieller Angebote bzw. Dienstleistungen, Konzepte, Risiken sowie die Befähigung, auf fundierter Informationsbasis geeignete strategische Entscheidungen zu treffen, die der persönlichen Vermögensakkumulation zuträglich sind. In der Literatur bzw. in quantitativen Studien wird *Financial Literacy* häufig mittels standardisierter Fragen zu drei Konzepten bzw. Institutionen des Finanzsystems, den sogenannten „Big three financial literacy questions“ (z. B. Bucher-Koenen et al. 2023, S. 489f., Arondel et al. 2021, S. 3), operationalisiert. Diese beziehen sich jeweils auf das Verständnis von Zins bzw. Zinsen, Inflation und Risikostreuung.

<sup>60</sup> Diese Werte entsprechen ziemlich genau den von Bucher-Koenen et al. (2023, S. 491) auf Basis des PHF ermittelten Anteilen von Befragten, welche die Fragen korrekt beantworten.

gezielt verschiedene Strategien zur Portfolio-Diversifikation oder steueroptimierten Anlage verfolgten, äußerten sich andere Teilnehmende unsicher in Bezug auf Anlagestrategien und ihre Aussagen ließen auf ein eher geringes Finanzwissen schließen. Besonders auffällig war, dass einige Teilnehmende trotz grundsätzlichem Interesse an der Vermögensbildung bisher **nur geringe praktische Erfahrungen mit langfristigen Anlageformen** gemacht hatten. Als Gründe wurden neben mangelndem Wissen auch Zeitmangel und befürchtete Fehlentscheidungen genannt.

Zwischen den verschiedenen in der Tabelle dargestellten Gruppen gibt es Unterschiede, die jedoch aufgrund der geringen Fallzahlen und der fehlenden Repräsentativität der Befragung nicht überbewertet werden sollten. In den Fokusgruppendiskussionen wurde das Finanzwissen immer wieder als wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Vermögensbildung genannt und erörtert. Einige Teilnehmende betonten, dass eine **frühzeitige Finanzbildung**, beispielsweise in Schulen, dazu beitragen könnte, spätere Fehlentscheidungen zu vermeiden. Darauf wird insbesondere in Abschnitt 4.6.3 noch näher eingegangen.

**Tabelle 4-3: Finanzwissen der Fokusgruppenteilnehmenden**

	Gesamt	Ost	West	Männer	Frauen	Ältere	Jüngere
Angenommen, Sie haben 100 Euro Guthaben auf Ihrem Sparkonto. Dieses Guthaben wird mit 2% pro Jahr verzinst, und Sie lassen es 5 Jahre auf Ihrem Konto. Was meinen Sie: Wie viel Guthaben weist Ihr Sparkonto nach 5 Jahren auf? (Anteil "Mehr als 102 Euro")	82,8%	77,8%	85,7%	83,9%	81,5%	82,1%	83,3%
Angenommen, die Verzinsung Ihres Sparkontos beträgt 1% pro Jahr und die Inflationsrate beträgt 2% pro Jahr. Was glauben Sie: Werden Sie nach einem Jahr mit dem Guthaben des Sparkontos genauso viel, mehr oder weniger als heute kaufen können? (Anteil "Weniger")	87,9%	92,6%	85,7%	87,1%	88,9%	78,6%	96,7%
Stimmen Sie der folgenden Aussage zu: „Die Anlage in Aktien eines einzelnen Unternehmens ist weniger riskant als die Anlage in einem Aktienfonds“? (Anteil "Stimme nicht zu")	81,0%	88,9%	75,0%	87,1%	74,1%	89,3%	73,3%
Anteil der Befragten, die alle drei o.g. Fragen korrekt beantwortet haben	62,1%	63,0%	64,3%	58,1%	66,7%	60,7%	63,3%

Bei den gestellten Fragen handelt es sich um die sog. „Big Three“ der *Financial Literacy* (vgl. z. B. Bucher-Koenen et al. 2023).

Für Erläuterungen zu den Gruppen siehe Tabelle 4-1.

Quelle: Screening-Befragung (n=58), eigene Darstellung.

## 4.6 Treiber und Barrieren für den Vermögensaufbau und die Nutzung verschiedener Anlageformen

---

Dieser Abschnitt stellt die aus der Analyse der Fokusgruppen identifizierten Treiber und Barrieren für den Vermögensaufbau dar. Ferner werden die von den Teilnehmenden geschilderten Vorgehensweisen zur Vermögensbildung und Einflussfaktoren darauf zusammenfassend dargestellt. Hierfür diskutierten die Teilnehmenden darüber, wie Vermögen gebildet werden kann, welche Vor- und Nachteile bestimmte Vermögensanlagen haben und welche Vorgehensweisen diese selbst gewählt haben bzw. anderen Personen raten würden.

### 4.6.1 Persönliche Voraussetzungen

---

Ein wesentlicher Treiber und zugleich eine Barriere der Vermögensbildung sind die **persönlichen Voraussetzungen**, auf deren Basis Individuen Entscheidungen zu Anlageformen und Vermögensbildung treffen (können). Zu diesen Voraussetzungen gehört einerseits das bereits vorhandene Vermögen bzw. die verfügbaren Mittel, um ein solches zu bilden (Grabka und Halbmeier 2019); andererseits gehören dazu auch die persönlichen Kompetenzen, Prägungen, Einstellungen und Motivationen im Umgang mit Geld, Anlageformen und Vermögen.

Wichtigste Voraussetzung für die Vermögensbildung ist aus Sicht der Teilnehmenden das **Startkapital**, welches einer Person zur Vermögensbildung zur Verfügung steht und für diese genutzt werden kann:

„Man muss natürlich auch viel investieren. Wenn man wenig investiert, kriegt man wenig raus. [...] Man braucht das Startkapital. Wenn man wenig Vermögen hat, kann man auch nicht viel Vermögen aufbauen. Das ist das Problem.“ (W, 34, Ost, 273)

Hierfür wird dem monatlichen Einkommen bzw. Verdienst eine zentrale Rolle zugeschrieben. Denn die Vermögensbildung setze, so ein Teilnehmender, voraus, „dass man es [Einkommen zur Investition] überhaben muss.“ (160). Die Verfügbarkeit von Startkapital (auch im Sinne von vererbten Vermögen; siehe Baresel et al. 2021, Boserup et al. 2016) bezieht sich dabei nicht nur auf das Vermögen einer einzelnen Person, sondern ist auch im intergenerationalen Kontext von Bedeutung, wie zwei teilnehmende Personen illustrieren:

„Wenn man von zu Hause aus gut situiert ausgestattet wird, so wie meine ehemalige Nachbarin, da hat mal kurz der Vater eine Wohnung gekauft, damit seine Tochter da in [Name einer Stadt] studieren konnte. Das hätte ich nicht gekonnt.“ (M, 62, West, 234)

„Also wenn Eltern viel Geld haben, ist es oft so, dass die Kinder das erben und dann, ja, ist man vermögend vielleicht durch die Familienstruktur, weil über Generationen schon Häuser da sind oder Investitionen.“ (W, 28, West, 300)

Der **sozialen Herkunft** einer Person wird in Bezug auf die Vermögensbildung ebenfalls zentrale Bedeutung zugeschrieben.<sup>61</sup> Nach Einschätzung vieler Teilnehmender seien die Chancen zur Vermögensbildung – je nach sozialer Herkunft – unterschiedlich verteilt. Denn die soziale Herkunft wirke sich nicht nur auf das Vermögen in jungen Jahren aus, sondern habe auch Einfluss auf die Bildungsmöglichkeiten, auf die sozialen Beziehungen und auf den Zugang zu Informationen zur Vermögensbildung. Auch wirke sich die soziale Herkunft insbesondere auf Kenntnisstände und Vorgehensweisen zur Vermögensbildung aus und werde in unterschiedlicher Art und Weise in den Familien vorgelebt:

„Also, wenn ich in einer ärmeren Familie groß geworden bin, wo ich weiß, man muss immer arbeiten und ranklotzen [...] und Geld verdienen, das ist so schwierig. Oder ob ich jetzt in der Familie aufgewachsen bin, wo die Eltern sich mit Investitionen, mit Geschäften und so weiter befasst haben. Und dass die Kinder den Umgang mit Geld schon mitbekommen und erlernt haben. »Also Geld soll man nicht ausgeben, sondern investieren.« [...]“ (W, 61, West, 271)

Für viele Teilnehmende prägen die **familiären Praktiken der Vermögensbildung** die selbst gewählten Vorgehensweisen im Umgang mit Geld, wie beispielsweise an zwei Zitaten von Personen aus Ostdeutschland illustriert wird:

„Ich habe von klein auf gut gelernt, mit Geld umzugehen, weil meine Mutter hatte nicht viel Geld. [...] Und es wird halt aus allem was gemacht. Wir machen zum Beispiel beim Food Sharing mit [...], wir tauschen Lebensmittel und so weiter, die wir nicht mehr brauchen. Also dadurch ist auch das Sparen gegeben.“ (W, 38, Ost, 314)

„Also lange Zeit war sie [die Vermögensbildung] absolut nicht relevant, weil ich kein Vermögen hatte und jeden Tag einfach nur von der Hand in den Mund gelebt und einfach nur überlebt habe. Ich komme aus einer Hartz-IV-Familie, es gab nie Vermögen, wir haben keinen Urlaub gehabt, wir haben keine tollen Wertgegenstände gehabt, also man hat einfach nur existiert. Und als es dann für mich beruflich und privat, sozial besser wurde, fing das Geld an, sich auf einmal anzusammeln. Und dann musste man überlegen, wie gehe ich jetzt damit um, wo packe ich das überflüssige Geld jetzt hin? Erst Mitte 30 wurde das relevant und ich glaube, die Bildung dazu fehlt einfach. [...] Und Leute, die wenig haben, haben halt auch nicht so viel Spielraum, etwas auszuprobieren und das schreckt eben auch zurück. Also wer eine gute finanzielle oder auch soziale Hängematte hat, kann sich ausprobieren.“ (W, 42, Ost, 292)

Die Bedeutung der finanziellen Voraussetzungen und der familiären Hintergründe für die Vermögensbildung wird jedoch in den Fokusgruppen ambivalent bewertet. Insbesondere jüngere Teilnehmende sehen den Aufbau von Vermögen eher als ein **Ergebnis individueller Entscheidungen und der Eigenverantwortung**, sodass „ein Stück weit auch jeder selber ein bisschen dafür verantwortlich ist, wie er dann mit seinem Geld umgeht“

---

<sup>61</sup> „Die soziale Herkunft beschreibt soziokulturelle Werte und Normen, in die jemand hineingeboren wird, einschließlich Faktoren wie Umfeld, Klasse, Kaste, Bildungsbiografie und mehr“, vgl. <https://criticaldiversity.udk-berlin.de/glossar/soziale-herkunft/> (letzter Abruf am 27.01.2025).

(302). Diese Eigenverantwortlichkeit für die Vermögensbildung basiert nach Einschätzungen der (insbesondere jüngeren) Teilnehmenden insbesondere auf intrinsischen Werten wie der „inneren Einstellung“ (225), der „Eigeninitiative“ (301) oder auch einfach nur der „Lust“ (298). Dabei kann kein spezifischer Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland beobachtet werden, was darauf hindeutet, dass die jüngeren Generationen möglicherweise auch andere Einstellungen und Haltungen zum Thema Vermögensbildung haben, die entweder auf Basis anderer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen (siehe 3.2) oder eines anderen Informationsstandes (siehe 3.3) im Vergleich zu älteren Generationen entstehen. Dies lässt sich auf Basis der Fokusgruppen jedoch nicht eindeutig belegen. Diese Wahrnehmung wird auch beispielhaft im folgenden Zitat deutlich:

„Ich würde sagen, Leistungsbereitschaft und Bildung sind da die Hauptpunkte. Ich denke, egal aus was für einer Familie man kommt, wenn man wirklich irgendwas aus sich machen will, [...] wenn man erfolgreich sein möchte im Studium, in der Schule, im Beruf, kann man das – egal, wo die Eltern herkommen. [...] Ich komme auch aus einer Arbeiterfamilie, die nicht wirklich Geld hat und mir hat eigentlich nie irgendwer Steine deswegen in den Weg gelegt. Ich konnte trotzdem zur Schule gehen, ich konnte trotzdem relativ mit nur einem Nebenjob mein Studium machen, bin damit jetzt fast durch und werde danach denselben Abschluss haben wie jemand, der Millionäre als Eltern hat. Von daher, ich glaube, wenn man Bock hat, kann man Vermögen aufbauen.“ (M, 25, Ost, 311)

Obwohl einige Teilnehmende betonen, dass die Vermögensbildung primär ein Ergebnis der eigenen Leistung sei, wird in den Fokusgruppen dennoch auch den **Faktoren Glück, Zufall und Risikobereitschaft** („eine Portion Mut“, 232) eine wichtige Bedeutung zugeschrieben. Wichtig für die Vermögensbildung seien überdies auch Geduld und der Willen, immer wieder etwas „Neues“ (309) auszuprobieren.

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass die **Beschäftigung mit dem Thema der Vermögensbildung** für manche Teilnehmende erst relevant wurde, als diese zu Vermögen gekommen waren, z. B. weil es ihnen geschenkt oder vererbt wurde. Zwei teilnehmende Personen aus Westdeutschland berichten hierzu:

„Ich habe einen finanziellen Input bekommen, leider, weil meine Mutter verstorben ist. Aber sie hat ein gutes Erbe für mich und meine Geschwister nachgelassen. Und dann war es für mich auch klar, das ist einmalig, dass man so viel Geld bekommt. Du solltest auch mal gut investieren [...]“ (M, 47, Sonstiges, 229)

„Vor zehn, zwölf Jahren, habe ich einen Betrag von meinen Eltern bekommen, als ich ausgezogen bin. Die haben gesagt, na, wir haben hier ein Konto, haben die jahrzehntelang gespart, und du kannst jetzt über das Konto verfügen. Sieh zu, was du machst.“ (M, 33, Sonstiges, 284)

#### 4.6.2 Rahmenbedingungen

Neben den persönlichen Voraussetzungen finden sich in den Fokusgruppen auch Äußerungen, dass die Vermögensbildung stark von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhänge.

Nach Einschätzung mancher Teilnehmender sind Vermögensbildungsprozesse insbesondere von **globalen wirtschaftlichen Entwicklungen** abhängig und können durch **krisenhafte Ereignisse** (wie z. B. die Corona-Pandemie) gestört werden, sodass auch langfristig genutzte Instrumente zur Vermögensbildung mit **Unsicherheiten** behaftet sind (Fuchs-Schündeln 2008). Diese Unsicherheit führt dazu, dass einzelne Teilnehmende der Vermögensbildung nur noch eine untergeordnete Bedeutung für ihr eigenes Leben zuschreiben:

„Ich habe nicht vor, groß zu vererben. Ich will wirklich verleben. Ich bin da auch ein alter DDR-Bürger. Uns fehlt dieses Hintergrundwissen. [...] Ich habe auch mal angefangen mit Aktien und Depot. Ich habe zum Glück die beizeiten rausgezogen und abgezogen, bevor es zu den ganzen Crashes kam. Hat mich aber gelehrt, dass das Leben einfach zu kurz ist, um nur zu sparen. Also für mich jedenfalls ist das keine Option.“ (W, 62, Ost, 319)

Während manche Teilnehmende die Ergebnisse der Vermögensbildung im Sinne möglicher Renditen aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheit grundsätzlich kritisch hinterfragen, sind solche Unsicherheiten für andere, insbesondere jüngere Teilnehmende, erst der Anlass gewesen, sich mit Fragen der Vermögensbildung auseinanderzusetzen:

„Wann ging dieser Hype los mit den Investitionen? Meiner Meinung nach ging der mit Corona los. Als die Leute zu Hause auf einmal alle eingesperrt waren und dann unzufrieden waren mit der kleinen Wohnung beziehungsweise in der Stadt eingesperrt waren. Und dann kam dieser Wunsch auf, Immobilien zu besitzen, Garten zu haben, rausgehen zu können. Und ich glaube, das hat auf alle Fälle ein bisschen Boom im Immobilienmarkt gebracht. [...] Und was schon gesagt wurde, durch die sozialen Medien wird einem vorgegaukelt, dass es heutzutage mega einfach ist, durch E-Books erstellen bei Amazon und weißt nicht alles, nebenbei Nebengeschäfte zu machen, super schnell und easy Geld zu kriegen. Und die Leute werden dazu ein bisschen verwirrt, dass das möglich wäre.“ (M, 47, Sonstiges, 229)

Andere Teilnehmende berichten, dass insbesondere **allgemeine gesellschaftliche Rahmenbedingungen** die Vermögensbildung in Deutschland beeinflussen. Hierzu zählen aus Sicht mancher teilnehmender Personen die allgemeinen wirtschaftspolitischen Entwicklungen, die Ausgestaltung von steuerlichen Abgaben und Belastungen, Unterschiede im Lohnniveau zwischen Ost- und Westdeutschland und allgemein steigende Lebenshaltungskosten. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland werden insbesondere auf die unterschiedliche historische Entwicklung von Ost- und Westdeutschland zurückgeführt, die bis heute nachwirken:

*„Auch in den Einkommen heute und in den Renten glaube ich sind da auch noch Unterschiede, wenn ich mich da nicht irre.“ (M, 48, Ost, 338)*

*„Also wir müssen schon irgendwann mal 30 Jahre nach diesem Cut [der Wiedervereinigung Deutschlands] auf ein gleiches Niveau kommen [...], weil das schafft die Basis für das andere. Dass wir das andere, was da schon aufgehäuft ist [gemeint ist Vermögen], das wird man nie einholen. [...] Aber, dass man zumindest das gleiche [Lohn-]Level in allen Bereichen hat, das macht schon Sinn.“ (M, 56, Ost, 221)*

Eine weitere Erklärung für Unterschiede bei der Vermögensbildung wird auch darin gesehen, dass die **unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen in der DDR** (im Vergleich zu Westdeutschland) nach Einschätzungen einzelner Teilnehmender zu unterschiedlichen „Mentalitäten“ zwischen Ost- und Westdeutschland in Bezug auf die Vermögensbildung geführt hätten:

*„Einer der Faktoren bei der Vermögensbildung ist die Mentalität des Einzelnen. Also während der eine risikofreudiger ist, sagt der andere, ich habe jahrelang schlechte Erfahrungen gemacht, also, wenn ich jetzt ein bisschen Geld habe, dann lege ich es lieber sicher an. Und da gibt es eine Ost-West-Trennung.“ (M, 62, Ost, 278)*

Gleichzeitig bringen die Teilnehmenden ein, dass in Ostdeutschland eine „**Vererbungskultur**“ fehle, sodass auch innerhalb von ostdeutschen Familien keine Erfahrungs- oder Vermögenswerte im Kontext der Vermögensbildung existieren (siehe auch Baresel et al. 2021):

*„Da ist der Osten definitiv ärmer als der Westen. Vom Privatvermögen her ist das, glaube ich, relativ eindeutig. Die Einkommen sind niedriger, die Renten sind niedriger, die Leute hatten teilweise in der DDR wirklich kein Vermögen, weil es quasi verboten war. Also jetzt nicht das Geldvermögen, sondern auch Grund und Boden oder so. [...] Und klar, da gibt es nichts, wo man groß aufbauen kann. Auch Unternehmen konnten nicht vererbt werden, weil es eben keine privaten Unternehmen gab oder so gut wie nicht, sondern nur Volkseigentum. Also da gibt es auch nicht die Generation reicher Erben, die von Mutti oder Papi ein Unternehmen hinterlassen bekommen haben, was sie dann weiterführen können. Also das wird jetzt sukzessive langsam anfangen, weil die, die damals jung waren nach der Wiedervereinigung, die haben jetzt unter Umständen, wenn sie Glück hatten, Vermögen aufgebaut und können das auch vererben. Aber da ist jetzt keiner mit einem goldenen Löffel im Mund geboren worden, weil es eben in der DDR eine Gesellschaft von Gleichen war. Da war keiner besonders reich und hat sich irgendwie besonders abgehoben von allen. Und deswegen ist das natürlich schon ein Standortnachteil und auch ein Startnachteil im Leben.“ (W, 48, Ost, 297)*

Zugleich war es aus Sicht mancher Teilnehmender aus Ostdeutschland eine Herausforderung, sich in der Nachwendezeit ein eigenes Vermögen aufzubauen, da vorhandenes Vermögen grundsätzliche fehlte:

*„Ich komme aus einer kinderreichen Familie. Wir haben kein Erbe, wir bekommen auch kein Erbe. Also wir müssen uns das wirklich peu*

à peu alles erarbeiten, was wir jetzt aktuell machen, um gut leben zu können.“ (W, 62, Ost, 319)

Die dargestellten Aussagen illustrieren, dass die Teilnehmenden aus Ostdeutschland unterschiedliche Herausforderungen erlebt haben und auch nach wie vor Unterschiede im Vermögensaufbau wahrnehmen. Sie beschreiben, dass es für ostdeutsche Personen unterschiedliche Treiber und Barrieren der Vermögensbildung gab und gibt, die zum einen in den wirtschaftlichen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland begründet sind, zum anderen aber auch durch die individuellen Sozialisationen in unterschiedlichen Gesellschaftsformen und Gesellschaftsstrukturen beeinflusst wurden. Hierbei handelt es sich vor allem um Schilderungen älterer Teilnehmender. Grundsätzlich lässt sich konstatieren, dass es bei der älteren Generation Unterschiede zwischen Ost und West gegeben hat. Ob diese Unterschiede heute auch noch Auswirkungen haben, kann auf Basis der Fokusgruppen weder gänzlich verifiziert noch falsifiziert werden. Denn andere Einschätzungen und Äußerungen der Teilnehmenden betonen, dass diese zwar geringere Chancen zur Vererbung von Vermögen in Ostdeutschland wahrnehmen, bei der Vermögensbildung aber keine grundsätzliche Benachteiligung von Personen in Ostdeutschland sehen.

#### 4.6.3 Informationsstand und -kanäle

Sowohl ein weiterer wichtiger Treiber als auch eine Barriere für die Vermögensbildung sind die **individuelle Finanzbildung und die genutzten Informationskanäle**. Das heißt, wie gut kennen sich Personen in Fragen der Vermögensbildung, mit Instrumenten zur Vermögensbildung und allgemein mit den wirtschaftlichen Bedingungen aus. Für die an den Fokusgruppen teilnehmenden Personen kann auf Basis der Informationen aus dem Screening ein gutes Allgemeinwissen mit Blick auf die finanzielle Bildung konstatiert werden, denn in der Mehrzahl konnten die Teilnehmenden in den Fokusgruppen fundierte Aussagen zur Vermögensbildung treffen (zur Bedeutung der *Financial Literacy* siehe Bucher-Koenen und Lamla-Dietrich 2018).<sup>62</sup> Nur vereinzelt gaben z. B. ältere Frauen an, dass sie sich kaum im Bereich der Vermögensbildung auskennen. In den Fokusgruppen wurde dabei insbesondere über die **Bedeutung von (finanzieller) Allgemeinbildung als Hemmnis und Treiber der Vermögensbildung** diskutiert. Der Erwerb von Bildung könne bei der Vermögensbildung helfen, da dadurch Wissenslücken in Bezug auf Vermögentsentscheidungen abgebaut werden können, wie die folgende Äußerung einer teilnehmenden Person illustriert:

„Ich finde irgendwie das Thema Geld ist intransparent. Also wenn man irgendwie nicht so viel Ahnung hat davon oder nicht den ganzen Kreislauf von Finanzen und Geld versteht, finde ich das unfassbar intransparent. Und es ist auch so schwierig, wenn man das Gefühl hat, man wird überall über den Tisch gezogen. [...] Und wenn ich jetzt ein Laie bin und vielleicht nicht so viel Ahnung davon habe, dann ist da so eine unfassbare Wissensasymmetrie. Wenn es um das

<sup>62</sup> Dies ist vermutlich auch auf eine positive Selbstselektion zurückzuführen. Die im Screening gestellten Fragen zur *Financial Literacy* haben zwischen 80 und 90 % aller Teilnehmenden korrekt beantwortet (siehe dazu Abschnitt 3.3).

*„Thema Geld geht, finde ich es ganz schwierig, da gute Tipps zu bekommen oder gute Ratschläge.“ (M, 26, Sonstiges, 291)*

Eine zentrale Beobachtung ist, dass für die Vermögensbildung nach Einschätzung der Teilnehmenden insbesondere **eigene Erfahrungen** notwendig seien, um verschiedene Anlagestrategien und -produkte zu beurteilen.

*„Aktien sind schon eine interessante Sache, aber [...] du musst dich jahrelang damit beschäftigen, das Hoch und Tief studieren. Das ist wirklich etwas Intensives. [...] Wie tust du streuen und dies und jenes? In welchen Index investierst du? Tust du in Rohstoffe investieren? Tust du in Unternehmen investieren? Das sind alles solche Faktoren, die wird dir auch keiner verraten. Das musst du selber alles verfolgen und vergleichen. Es ist nicht jedermanns Sache, so etwas.“ (M, 63, Ost, 258)*

In einzelnen Fällen sind hierbei auch **negative Erfahrungen** ein wichtiger Treiber, um sich mit der Vermögensbildung auseinanderzusetzen, wie im folgenden Beispiel illustriert wird:

*„Und letztendlich bin ich dann bei [Name einer Vermögensberatung] gelandet und [...] irgendwann habe ich mich damit beschäftigt, das war vor sechs, sieben Jahren, was ich da eigentlich gemacht habe und was für Sachen ich eigentlich alles abgeschlossen habe, weil ich habe mir gedacht, naja gut, der kennt meinen Chef und die sind doch beide ganz gut und ich mag ihn auch ganz gerne, der wird schon das Beste für mich machen. Und dann habe ich mir die ganzen Verträge noch mal angeschaut und geguckt, was da für horrende Kosten dahinter stehen, dass ich irgendwie in zehn unterschiedlichen Produkten mein Geld reinpacke, wo letztendlich gefühlt nur irgendwie 70 % wirklich in den Vertrag reinkommen und der Rest Kosten sind. [...] Und dann habe ich angefangen, mich damit zu beschäftigen und die ganzen Sachen wirklich mal durchzulesen, diese endlosen Papierstapel, und gemerkt, das ist totaler Blödsinn.“ (M, 33, Sonstiges, 284)*

Das Zitat verdeutlicht zwei Aspekte, die auch von anderen Teilnehmenden in ähnlicher Art und Weise thematisiert werden. Erstens ist es für die Teilnehmenden eine Herausforderung, sich mit der **Komplexität von Finanzprodukten** auseinanderzusetzen und zweitens ist das **Vertrauen zu Beratungspersonen** ein zentraler Faktor, der in unterschiedlicher Ausgestaltung in den Fokusgruppen thematisiert wird. Das folgende Zitat zeigt dabei auf, dass unter den Teilnehmenden teilweise auch ein Misstrauen gegenüber bestimmten Produkten vorherrscht, das auch durch „Hören-Sagen“ und Erfahrungen anderer Menschen beeinflusst wird und die Nutzung bestimmter Finanzprodukte beeinflussen kann.

*„Ich sage mal so was wie Lebensversicherungen. Da hatte ich immer so diese Einstellung auch durch Erfahrungen anderer Menschen. Da wird man sowieso nur über den Tisch gezogen und dann, wenn ich die ganzen Geschichten gehört habe, mit diesen Rückkäufen, das heißt, im Endeffekt haben die Leute weniger rausbekommen als reingesteckt wurde, weil Versicherungen wollen Menschen nicht helfen, die wollen verdienen.“ (M, 48, Ost, 338)*

Die Thematik des Vertrauens wird auch in Bezug auf die **Gewinnung von Informationen über Instrumente und Vorgehensweisen zur Vermögensbildung** artikuliert. Oft geht es darum, welchen Informationsquellen man vertraut. Während sich ältere Teilnehmende eher über klassische Medien (z. B. Zeitungen) informieren, nutzen jüngere Teilnehmende eher Informationen aus dem Internet, von Social Media oder Podcasts, um sich über Anlageformen und Instrumente zur Vermögensbildung zu informieren. Die Qualität der über diese Medien vermittelten Informationen wird jedoch sehr ambivalent bewertet.

Manche Teilnehmende nehmen die Möglichkeiten, sich selbstständig über bestimmte Produkte zu informieren, als sehr positiv wahr. Andere sehen jedoch auch die Gefahr, dass man über das Internet oder Social Media sehr schnell einem Betrug aufsitzt kann. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die **Bewertung von Informationen zu Finanzprodukten und zur Vermögensbildung sowohl ein wichtiger Treiber** (sofern man in der Lage ist, die Informationen sachgerecht zu bewerten) **als auch eine Barriere** sein kann (wenn die entsprechenden Kompetenzen fehlen, um die dort vermittelten Informationen inhaltlich korrekt zu beurteilen). Dabei sei es vor allem für Berufstätige auch eine Herausforderung, die notwendige Zeit zu investieren, um sich mit diesen Informationen auseinanderzusetzen:

„Du kannst auch mit 20 Euro an die Börse gehen. Da brauchst du auch wieder eigenes Risiko, da brauchst du Wissen, da brauchst du Zeit. Wenn du 12 Stunden arbeitest, bist du abends fertig, da setzt du dich nicht noch vor die Kiste.“ (M, 63, Ost, 258)

Eine ältere Person mit hoher Bildung sieht hingegen die zeitliche Auseinandersetzung mit Aktien als ein Hobby an, dem sie in ihrer Freizeit nachgeht:

„Das finde ich schon sehr wichtig. Also, dass man schaut: wie stehen die Kurse, wie kann man nachkaufen? Was sollte man da kaufen? Das mache ich immer abends. Erst die Familie, und wenn ich dann Freizeit habe – die amerikanische Börse hat ja bis kurz vor 23 Uhr offen.“ (W, 66, Ost, 254)

In diesem Beispiel bestehen sowohl die **fachlichen Kompetenzen** als auch die **zeitlichen Ressourcen**, um sich intensiv mit dem Aktienkauf auseinanderzusetzen.

Die **Wahl einer bestimmten Strategie oder Anlage zur Vermögensbildung erfordert eine fundierte Wissensgrundlage**. Nach Einschätzung der Teilnehmenden sollten daher möglichst vielfältige Informationen, Meinungen und Erfahrungen einbezogen werden, auch von anderen Personen, die als Vorbilder dienen können, weil diese selbst einen erfolgreichen Vermögensaufbau betrieben haben. Laut Einschätzung der Teilnehmenden würden der Vergleich und die Bewertung der gesammelten Informationen die Grundlage für eine fundierte Entscheidung hinsichtlich einer Strategie zur Vermögensbildung bilden. Eine Möglichkeit bestehe auch darin, sich beraten zu lassen.<sup>63</sup> Daher sei

---

<sup>63</sup> Einige Teilnehmende geben an, dass sie aus der Fokusgruppe für sich selbst Impulse mitgenommen hätten, um sich mit dem Thema der Vermögensbildung zu beschäftigen. Auch hätten die Fokusgruppen dazu beigetragen, die eigenen Anlagestrategien kritisch zu reflektieren. Auch hieran zeigt sich, dass der Austausch mit anderen Personen über Fragen der Vermögensbildung eine wichtige Informationsquelle für die eigene Vermögensbildung sein kann.

es auch wichtig, sich damit auseinanderzusetzen, wie mögliche Finanzprodukte zur Vermögensbildung überhaupt funktionieren:

*„Man soll einfach in nichts investieren, was man nicht einem Freund auf der Straße beschreiben könnte, wie es funktioniert. Und wer jetzt wirklich keine Ahnung von Aktien und Börse hat, für den ist das eben nichts. [...] Finger weg von allem, was man nicht versteht.“ (W, 48, Ost, 297)*

Bei den Aussagen zur **Bewertung und Qualität von Informationen über Produkte zur Vermögensbildung** fällt auf, dass jüngere Teilnehmende Banken oder Vermögensberatungen teilweise mit einem grundsätzlichen Misstrauen begegnen. Diesen wird unterstellt, dass sie bei ihrer Beratung zur Geldanlage auch Eigeninteressen verfolgten, die der eigenen Vermögensbildung entgegenstünden.

Im Vergleich der Altersgruppen fällt auf, dass sich die jüngere Generation stärker mit Finanzthemen beschäftigt als die ältere. Dies kann einerseits am größeren Informationsangebot durch das Internet liegen, andererseits aber auch daran, dass das Thema Alterssicherung und private Vorsorge stärker im Bewusstsein der jüngeren Generation verankert ist, wie im folgenden Zitat belegt wird:

*„Also meine Vorstellung ist sowieso, dass man über die 70 eventuell sogar noch hinausarbeiten muss, weil die normalen klassischen Berufe, die reichen ja nicht für das Rentengehalt oder letztendlich das Rentengeld ist ja nicht mal ausreichend. Also sind wir letztendlich dazu auch gezwungen, Vermögen aufzubauen.“ (M, 34, West, 298)*

Es kann sein, dass die älteren Teilnehmenden ihre **eigene Vermögensbildung bereits abgeschlossen haben**, sodass der Altersvorsorge keine Bedeutung mehr zukommt. Im Vergleich zeigt sich in der Tendenz auch, dass sich **formal gut gebildete Personen häufiger mit Themen der Vermögensbildung auseinandersetzen** als Personen mit formal niedrigerer Bildung. Dies kann aber auch damit zusammenhängen, dass formal gut gebildete Personen häufiger ein höheres Einkommen haben und damit auch mehr finanzielle Möglichkeiten und Spielräume haben, um sich mit Fragen der Vermögensbildung überhaupt auseinanderzusetzen.

Allgemein wird in den Fokusgruppen von vielen Teilnehmenden darauf hingewiesen, dass sie eher Produkte wie ETFs, Rentenfonds, Sparpläne oder Aktien zur Vermögensbildung nutzen, deren Nutzung nach Einschätzung vieler Teilnehmender nur geringes Fachwissen bzw. eine geringe Vorbildung benötige und die zugleich aus Sicht der Teilnehmenden relativ sicher seien. In Bezug auf spekulative Anlageformen (z. B. Futures, Optionen, Kryptowährungen) geben viele Teilnehmende an, dass sie diese Anlageformen nicht verstünden und sie auch zu unsicher seien.

#### **4.6.4 Strategien für die Vermögensbildung**

---

Die in den vorangegangenen Abschnitten beschriebenen Treiber und Barrieren der Vermögensbildung stellen die Kontexte und Faktoren dar, die Entscheidungen und Vorgehensweisen zur Vermögensbildung beeinflussen. Als zentrale Voraussetzung der Ver-

mögensbildung sehen, wie bereits in Abschnitt 3.1 dargestellt, viele Befragte die Notwendigkeit, über Kapital zu verfügen bzw. von ihrem Einkommen regelmäßig etwas übrig zu haben, um es in die Vermögensbildung zu investieren. Um dies zu erreichen, wird von vielen Teilnehmenden **Sparsamkeit als das Mittel der Wahl** angesehen. Diese lasse sich über eine **Reduzierung der Fixkosten, Anpassungen beim persönlichen Lebensstil und durch die Vermeidung von unnötigem Luxus** (in Form von nicht notwendigem Konsum) realisieren:

*„Grundsätzlich wären Sparen und ein sparsamer Lebensstil das Mittel der Wahl. Ich kenne beispielsweise [Personen] die haben drei Streamingverträge. Da kann auch nichts bei rumkommen. [...] Aber dann denke ich mir: »kein Mensch braucht drei verschiedene Streamingverträge. Einer würde es tun und ich begnüge mich sogar mit gar keinem aber ja das sind ebenso diese überflüssigen Luxusdinge«. [...] Das muss nicht sein.“ (W, 48, Ost, 297)*

Wichtig für den Vermögensaufbau sei es daher auch, **nicht über die eigenen Verhältnisse zu leben** („es ist wichtig, was ich mir von meinem Verdienst leisten kann“ – 277; „wenn man einen Euro hat, kann man keine zwei ausgeben“ – 229), um Geld ansparen zu können. Diese Haltung bzw. die Möglichkeiten zum Sparen seien höchst individuell und setzten voraus, dass zunächst etwaige Verbindlichkeiten (z. B. in Form von Schulden oder Krediten) getilgt werden, um so eine Basis für einen nachhaltigen Vermögensaufbau zu generieren.<sup>64</sup> Einzelne Teilnehmende schildern, dass sie durch die **Realisierung von Sparpotenzialen** und eine sparsame Lebensführung Schulden tilgen und so eine Grundlage für den eigenen Vermögensaufbau schaffen konnten. Zugleich hätten dabei aber auch familiäre und soziale Beziehungen eine wichtige Bedeutung:

*„Natürlich spielen die Faktoren Familie, Freunde etc. auch eine große Rolle. Hat man einen falschen Freundeskreis, der falsch einem etwas vorlebt, dann macht man da mit und kann natürlich auch sein Geld nicht zusammenhalten. Andersherum denke ich schon, dass jeder irgendwo die Möglichkeit hat, Geld zusammenzuhalten, wenn er diszipliniert ist und ein paar Regeln beachtet.“ (W, 38, Ost, 293)*

Für die Wahl bestimmter Anlagestrategien und Instrumente zur Vermögensbildung ist für die Teilnehmenden neben den individuellen Rahmenbedingungen und Kontexten auch eine **Abwägung in Bezug auf Sicherheit, Risiko und Rendite** zentral. In den Fokusgruppen wird dies in Bezug auf verschiedene Finanzprodukte beschrieben. Dazu gehören Sparbücher, Sparpläne, Tagesgeldkonten, ETFs, Kryptowährungen, aber auch vereinzelt die Sammlung von Gegenständen (z. B. Oldtimer oder Goldmünzen). Einigkeit herrschte in fast allen Fokusgruppen darüber, dass die Abwägung des Zielkonflikts zwischen Sicherheit und Risiko – in Verbindung mit unterschiedlichen Renditeerwartungen – nicht verallgemeinerbar sei und stets von der individuellen Situation und dem Kontext einer Person abhänge. Grundsätzlich sei es insbesondere bei **Familien mit Kindern** wichtiger, auf Sicherheit zu setzen und den Vermögensaufbau so zu gestalten, dass

---

<sup>64</sup> Diese Antwort wurde auf die Frage gegeben, was man einer Person raten würde, die überraschend 100.000 Euro erbt.

dieser nachhaltig den späteren Generationen zugutekomme. Zeitgleich hänge die Gestaltung des Vermögensaufbaus auch von den **individuellen Zielsetzungen** der Vermögensbildung ab (siehe Abschnitt 4.4).

Die **Abwägung dieser Zielkonflikte**, wird jedoch auch auf Basis von gesammelten Erfahrungen von einzelnen Teilnehmenden situativ angepasst, wie in den folgenden Zitaten erläutert wird:

*„Für mich ist Sicherheit [bedeutend]. Wir hatten damals Fonds, die waren breit gestreut und du hattest einen Festzins. Und das hat eigentlich die ganzen Jahre dann gut geklappt. [...] Ich habe auch einen Bekannten, der spekuliert, und manchmal sieht man dem an, wenn du den besuchst, wenn die Aktien nicht in Ordnung sind. Also, ich muss ganz ehrlich sagen, das war nie mein Ding.“ (M, 68, West, 160)*

*„Wir haben hauptsächlich Sparbücher. Ich hatte das auch mal mit Aktienfonds gemacht gehabt, aber das war dann doch irgendwo zu unsicher, weil der Markt so instabil ist und das von Regierungen und irgendwelchen Firmen abhängig ist [...]. Deswegen haben wir das relativ schnell [...] wieder sein lassen, weil ich investiere dann lieber in Sachen, die ich habe, die haptisch sind, wo ich was mit anfangen kann.“ (M, 21, Ost, 308)*

Die **Sicherheit der Vermögensanlage** scheint eher für ältere Teilnehmende von größerer Bedeutung zu sein, ist vereinzelt aber auch bei jüngeren Teilnehmenden anzutreffen. Unter anderem kann dies in unterschiedlichen Erfahrungen mit vergangenen Vermögensanlagen begründet sein, wie eine teilnehmende Person argumentiert:

*„Sehnsucht nach Sicherheit hat ja den Grund, dass man entweder schlechte Erfahrungen gemacht hat oder dass man jemanden kennt, der schlechte Erfahrungen gemacht hat und dass man davon beeinflusst wird.“ (W, 49, Ost, 223)*

Hier kann vermutet werden, dass **ältere Menschen bereits mehr Erfahrungen mit unterschiedlichen Vermögensanlagen gemacht haben als jüngere** und daher andere Bewertungen vornehmen als jüngere, bzw. den Zielkonflikten eine andere Bedeutung zuschreiben.

*„Ich bin 54, da weiß ich schon ziemlich genau, was ich falsch gemacht habe, was ich richtig gemacht habe, wie ich nicht in eine Sackgasse komme. Zum Beispiel, dass ich [...] nicht nur Risikoanlagen mache, sondern klassische, konventionelle Anlagen mache. Das können jetzt Fonds sein, das kann aber auch sein, dass das wie bei uns jetzt zum Beispiel, eine zusätzliche Sicherheit war, dass wir uns ein Wochenendhäuschen gekauft haben.“ (M, 55, West, 113)*

Eine andere teilnehmende Person berichtet, dass der Vermögensaufbau eine Art Sportwette sei, und man nur mit höherer Risikofreude schneller ans Ziel komme. Allerdings hänge eine solche Vorgehensweise auch vom Vertrauen in die jeweiligen Produkte ab:

*„Ich weiß aber, was der Weg wäre. Natürlich eine höhere Risikofreude. So geht es schneller ans Ziel, Du kannst aber auch*

*mehr verlieren. Das ist wie beim Sportwetten. Wenn du immer auf den sicheren Tipp setzt, kriegst du eine kleine Quote und kommst eigentlich nicht vom Fleck. Und so ist es hier auch, aber wir landen dann immer wieder bei der Intransparenz. Wo ist das Vertrauen für mich hoch genug, dass ich sage, ich gehe da mal all-in und mache dann auch richtig einen Quantensprung und dümpel da nicht so vor mich hin.“ (M, 43, West, 275)*

Eine weitere Person nimmt in diesem Zusammenhang auch einen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland wahr, welcher sich vor allem durch einen unterschiedlichen Wissenstand auszeichne:

*„Also ich wohne im Westen, bin im Osten aufgewachsen, und im Westen ist das Ding schon, dass die Leute schon risikofreudig damit umgehen und auch nach meiner Wahrnehmung viel mehr in dem Thema drin sind, was jetzt Aktien, ETFs und so angeht und das im Osten vielleicht jetzt noch nicht so angekommen ist, beziehungsweise die Leute eher auf andere Methoden setzen, wie zum Beispiel das ganz normale Sparkonto oder sowas, also das sind so meine persönlichen Einschätzungen, die ich aus Familie, Freunden und sowas zusammenziehe.“ (M, 21, Ost, 308)*

Ein **unterschiedliches Verhalten zwischen Ost- und Westdeutschland** in Bezug auf Sicherheits- oder Risikoaspekte bei der Wahl von Vermögensanlagen kann auf Basis der Fokusgruppen jedoch nicht eindeutig nachgewiesen werden. Vielmehr sind hier **individuelle Erfahrungen von primärer Bedeutung**. So könne ein zu hohes individuelles Sicherheitsempfinden die Risikobereitschaft senken und dadurch die Möglichkeiten verringern, Vermögen aufzubauen:

*„Wenn man Sicherheit möchte, dann bieten sich im Grunde nur das Tagesgeldkonto, Festgeld, Sparkassenbrief, sowas in der Richtung an, aber da kann man natürlich nicht wirklich Vermögen aufbauen, sondern allerhöchstens die Inflation ausgleichen. [...] Dann komme ich niemals so richtig [beim Vermögensaufbau] voran.“ (M, 43, West, 309)*

*„Ich meine, wenn Du das Risiko nicht eingehen willst, dann musst Du ein Bankkonto eröffnen [...] Also du musst schon risikobereit sein. Du musst auch wissen, das Risiko kann auch sein, dass du 80 % verlierst. Du kannst aber auch 80 % gewinnen. Das ist wie Lotto, entweder ich gewinne, oder ich verliere.“ (M, 63, Ost, 258)*

Auf Basis der Abwägung dieser Zielkonflikte sind sich fast alle Teilnehmenden der Fokusgruppen einig, dass es eine der **besten Strategien zur Vermögensbildung** sei, das **Verlustrisiko zu minimieren**, indem das Vermögen in unterschiedliche Anlagen investiert und somit **diversifiziert** wird. Zugleich begreifen einzelne Teilnehmende die Vermögensbildung als einen „Baum“, der in Form unterschiedlicher Äste (das heißt unterschiedlicher Instrumente) ausgebaut und weiterentwickelt wird (230). Die Bildung dieses Baums ist dabei eine Strategie, die auch flexible Elemente beinhaltet:

*„Vielleicht macht man sich so einen Vermögensbaum, was ich schon mal gelernt habe, dass man sagt, man schafft Liquidität durch ein Tagesgeldkonto oder etwas, dann hat man hier die Möglichkeit auch noch. Sachwerte wie Immobilien sind ganz wichtig. [...] Also ist das*

*so strategisch schwierig zu beurteilen. Man muss vielleicht flexibel heutzutage sein, indem man dann Chancen erkennt.“ (M, 60, West, 322)*

Andere Teilnehmende sehen eine sinnvolle Vorgehensweise zur Vermögensbildung darin, dass man auf einem „**Grundbetrag**“ **aufbaut und diesen dann stetig erweitert** und verschiedene Anlageformen wählt, um das Risiko eines Verlustes zu streuen. Dieser Aufbau könnte aber mehrere Jahre dauern. Ein Instrument der Wahl, welches sich zwischen Risiko, Rendite und Sicherheit bewegt, ist für viele Teilnehmende die Anlage von Vermögen in einem ETF oder in andere Fonds:

*„Aber ich sag mal, eine sichere Strategie, die breit gestreut ist, also wie so ein Fondssparen, wo man, ich sag mal, da gibt es sicherlich Tage, da gewinnt man und Tage, da verliert man. Aber ich sag mal, im Schnitt kommt man zwischen den drei Linien irgendwo raus, die angezeigt werden.“ (M, 56, Ost, 221)*

Eine weitere Dimension, die im Kontext der Vorgehensweisen zur Vermögensbildung thematisiert wurde, betrifft die **Frage des zeitlichen Anlagehorizonts**. Ältere Teilnehmende betonen, dass der zeitliche Anlagehorizont für sie aufgrund des fortgeschrittenen Alters und des (von manchen) bereits aufgebauten Vermögens eher keine Bedeutung mehr habe und insbesondere längerfristige Anlagen nicht mehr sinnvoll seien. Hingegen betonen jüngere Teilnehmende, dass die Flexibilität und jederzeitige Verfügbarkeit des angesparten Kapitals eine wichtige Bedeutung bei der Wahl einer Vermögensanlage seien. Dies stehe auch in Zusammenhang mit der globalen Wirtschaftsentwicklung und den derzeitigen Unsicherheiten. Hier wird insbesondere auch betont, dass der Wunsch besteht, selbst über das eigene Vermögen bestimmen zu können:

*„Ich lege es [das Geld] für schwere Zeiten zurück. Wie schnell kann ich darauf zugreifen, dass es mir zur Verfügung steht? Da kommt es auch wieder auf die Anlageform an. Machst du Tagesgeld, das ist natürlich zügig, legst du es aber für ein Jahr fest, dann ist es für ein Jahr weg“ (M, 62, West, 234)*

Insofern bewertet die gleiche Person mehrjährige Anlagen als eine Herausforderung, wenn das Geld kurzfristig benötigt wird, da dieses ja auch als „Back-Up“ gedacht sei, auf das man im Notfall kurzfristig zurückgreifen könne (234). Die Dimension der **Flexibilität** ist für einen Teil der Teilnehmenden auch in Bezug auf Anlageformen wichtig. Der Wunsch nach Flexibilität lässt sich dabei eher bei den jüngeren Teilnehmenden beobachten, wie im folgenden Zitat deutlich wird:

*„Für mich ist es der Weg über Aktien, aber eben Aktien-ETFs, also Stichwort MSCI World oder sowas, also breit gestreut, weil es für mich auch wichtig ist, da quasi der eigene Chef zu sein, also immer vollen Zugriff darauf zu haben, theoretisch auch was verkaufen zu können und nicht irgendwelche Laufzeiten zu haben oder nicht voll flexibel zu sein in der Ansparrate [...]. Also ich möchte da immer die volle Verantwortung für haben und möchte nicht, dass jemand dazwischen steht.“ (M, 32, Ost, 286)*

Ältere Teilnehmende berichten in den Diskussionen ebenfalls von **Herausforderungen, die im Kontext von Anlageformen mit langen Laufzeiten** entstehen können. Insbesondere angesichts globaler, krisenhafter und unerwarteter Ereignisse können bei solchen Anlageformen auch Verluste entstehen:

*„Und mach nichts mit festem Datum. Das haben wir gehabt, Lebensversicherung auf Aktien, Aktienfonds und so weiter, die wurde fällig, weil irgendwann ist diese Versicherung ja ausgelaufen. Zum Glück haben wir es erlebt. Also von dem her, das war Corona, und wir haben unsere Aktienanteile verkaufen müssen. Es hätte in zwei Monaten noch schlimmer ausgesehen, aber schlussendlich, viel Rendite hatten wir nicht. Das sah zwischendurch mal viel besser aus.“ (W, 36, Ost, 321)*

Einhellig teilen die meisten Teilnehmenden die Einschätzung, dass der **Erwerb einer Immobilie** eine der sinnvollsten Anlagen zur Vermögensbildung darstelle.<sup>65</sup> Einerseits schütze diese langfristig vor steigenden Mieten und etwaigen steigenden Lebenshaltungskosten, andererseits schütze sie nachhaltig vor einem künftigen Wohnungsverlust oder Einschränkungen des Lebensstandards. Immobilien böten zugleich als Kapitalanlagen die Möglichkeit, Einnahmen durch Vermietung zu realisieren und dadurch zusätzliches Einkommen zur Vermögensbildung zu generieren. Nach Einschätzung der Teilnehmenden würden **Immobilien vor einem inflationsbedingten Vermögensverlust schützen**, da deren Wert zunehmend steigen würde. Als eine **Herausforderung des Immobilienerwerbs** wird benannt, dass dieser eine bestimmte Summe voraussetzen würde, die sich kaum noch Personen leisten könnten. Insbesondere für Familien sei der Erwerb meist unerschwinglich, da er ab einer Summe von 500.000 Euro beginne. Insgesamt zeigen sich unterschiedliche Einschätzungen und Erfahrungen zum Erwerb von Immobilien und der Nutzung von Mieteinnahmen, sowohl in zeitlicher Perspektive, als auch zwischen Ost- und Westdeutschland (siehe auch Abschnitt 3.2). Einige Teilnehmende berichten von Vermögensgewinnen, die sie durch den Kauf und Verkauf von Immobilien erzielt hätten.

## 4.7 Staatliche Förderinstrumente: Nutzung und Perspektiven

Es ist ein wichtiges Element der vorliegenden Studie, die staatlichen Rahmenbedingungen auf unterschiedlichen Ebenen und aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten und differenziert abzubilden. Von besonderem Interesse sind dabei staatliche Förderinstrumente und deren Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bekanntheit und die Nutzung staatlicher Förderinstrumente sowie damit verbundene Anreize und Herausforderungen. Zudem wird aufgezeigt, wie staatliche Förderinstrumente aus Sicht der Teilnehmenden bewertet werden und wie sie verbessert werden könnten.

<sup>65</sup> Insgesamt haben knapp 24 % der Teilnehmenden eine eigene Wohnimmobilie, sodass das Thema Immobilienerwerb nur vereinzelt in den Fokusgruppen thematisiert wurde.

#### 4.7.1 Bekanntheit und Nutzung

Insgesamt nutzt knapp die Hälfte aller 58 Teilnehmenden der Fokusgruppen staatliche Förderung und genau die Hälfte **Programme zur privaten Altersvorsorge**. Es zeigt sich, dass die in Ostdeutschland lebenden Teilnehmenden im Ost-West-Vergleich etwas häufiger staatliche Förderung und deutlich häufiger Programme zur privaten Altersvorsorge nutzen.<sup>66</sup> Dieser Befund ist mit den Ergebnissen in Arbeitspaket 2 konsistent, denen zufolge bspw. die Riester-Rente in Ostdeutschland etwas häufiger verbreitet ist, wobei der angesparte Betrag in Ostdeutschland geringer ausfällt. Weiterhin ist die Nutzung von staatlicher Förderung unter den älteren Teilnehmenden deutlich weiter verbreitet und die Nutzung von Programmen zur privaten Altersvorsorge etwas höher. Hinsichtlich des Nutzungsverhaltens nach Bildungsniveau zeigt sich, dass Personen mit formal niedriger Bildung deutlich häufiger staatliche Förderung nachfragen, während die Nutzung von Programmen zur privaten Altersvorsorge auf die Teilnehmenden mit formal hohem Bildungsniveau deutlich häufiger zutrifft. Bezüglich des Einkommens wird deutlich, dass die Teilnehmenden mit hohem Einkommen sowohl staatliche Förderung als auch Programme zur privaten Altersvorsorge deutlich häufiger nutzen.

Aus welchen Gründen welche staatliche Förderung und welche Programme zur privaten Altersvorsorge<sup>67</sup> letztlich genutzt werden, kann laut den Ergebnissen der Fokusgruppen sowohl von den **persönlichen Voraussetzungen bzw. den soziodemografischen Merkmalen** als auch von den (geplanten) **Vermögensbildungsmaßnahmen** abhängen. Es sollten aufgrund der Gesamtbefundlage hierzu keine universellen Aussagen auf der Systemebene getroffen werden, sondern es ist vielmehr zu beachten, dass die Teilnehmenden verschiedene Lebenslagen und -welten im Hinblick auf die Einkommens-, Vermögens-, Eigentums-, Wohn- und Familiensituation aufweisen. Die **individuellen Lebenskontexte** wiederum beeinflussen merklich, ob staatliche Förderung – im rechtlichen Sinne – *zugänglich* und – im ökonomischen Sinne – *erstrebenswert* ist. Dies wird nachfolgend mittels einiger Ausführungen der Teilnehmenden verdeutlicht:

*„Bei der Sächsischen Aufbaubank kann man auch staatliche Förderung bekommen, wenn man in Sachsen wohnt. Das ist sinnvoll, um Geld zu sparen, zum Beispiel für Leute, die Kinder haben.“ (W, 34, Ost, 273)*

---

<sup>66</sup> Sämtliche in diesem Kapitel enthaltenen Aussagen zu (möglichen) Zusammenhängen zwischen Befunden und der Region, in der die Teilnehmenden sozialisiert wurden (Ost/West), sind ausschließlich auf die zugrundeliegende Stichprobe der 58 Personen beziehbar und nicht generalisierbar. Dies gilt es bei der gesamten Lektüre zu beachten, da an den betreffenden Stellen keine erneuten Hinweise auf die Relevanz der korrekten Einordnung der Regionalbezüge vorhanden sind.

<sup>67</sup> Im engeren Sinne zu privaten Programmen der Altersvorsorge zählend, wird die „Riester-Rente“ in diesen Abschnitt aus zwei wesentlichen Gründen integriert: erstens weist dieses Angebot aufgrund der grundsätzlich zugänglichen staatlichen Zulagen und Steuervorteile deutliche Merkmale staatlicher Förderinstrumente auf (siehe [https://riester.deutsche-rentenversicherung.de/DE/Home/home\\_node.html](https://riester.deutsche-rentenversicherung.de/DE/Home/home_node.html), letzter Abruf am 30.01.2025) und zweitens erweist sich die „Riester-Rente“ aufgrund des aus den Fokusgruppen vorliegenden Umfangs an Befunden als sehr relevant, sodass es sowohl aus theoretischer als auch aus empirischer Sicht sinnvoll ist, auf dieses Programm näher einzugehen.

*„Ich habe auch das Baukindergeld nutzen können. Das war für mich total gut, dass wir das hatten. Klar gab es da auch Einkommensgrenzen, aber da waren wir damals jung. Das würden wir heute nicht mehr bekommen aufgrund der Grenzen.“ (W, 62, Ost, 319)*

*„Es gibt ja das Baukindergeld, das sind bis zu 25.000 Euro pro Kind. Mein Mann hat aber die Wohnung gekauft, bevor die Kinder da waren und schon wird man nicht bezuschusst, weil die Kinder ja eher da sein müssen und man darf auch keine Immobilie haben. Das ist blöd gemacht, muss ich ehrlich sagen.“ (W, 38, Ost, 314)*

*„Die Riester-Rente haben wir auch, weil es was kostenlos dazu gibt. Aber es [staatliche Förderung der Vermögensbildung] sind alles Anreizprodukte für Leute, die schon Geld haben. Wenn man jetzt mal die Riester-Rente zum Beispiel sieht: Wenn man da das Maximum mitnehmen will, muss man mindestens zweieinhalbtausend Euro im Jahr sparen – die meisten haben ja die zweieinhalbtausend Euro gar nicht mehr.“ (M, 38, Ost, 336)*

*„Bei der Bausparkasse gibt es Förderungen. Das betrifft mich leider nicht, denn ich verdiene zu viel. Dann gibt es auch bei der Riester-Rente Rentenförderung – für mich aber auch nicht, nur meine eigene Einzahlung.“ (W, 66, Ost, 254)<sup>68</sup>*

Die vorangehenden Aussagen zeigen, dass staatliche Förderung – sowohl für den Staat als auch die nutzenden Bürgerinnen und Bürger – ein umfangreicher und komplexer Bereich ist, der auf unterschiedliche Zielgruppen fokussiert und häufig reglementierte Zugänge aufweist.

#### 4.7.2 Anreize und Herausforderungen für die Nutzung

Die zu den Anreizen für die Nutzung von Förderinstrumenten vorliegenden Befunde sind insgesamt überschaubar und konsistent. Aus Sicht der Teilnehmenden der Fokusgruppen ist der zentrale Anreiz – unabhängig von der konkreten Lebenslage – die **Erlangung von staatlichen Zuschüssen**, um das private Kapital, welches zur Vermögensbildung eingesetzt wird, zu erhöhen. Ein Teilnehmer ordnet die Bedeutung staatlicher Unterstützung wie folgt ein:

*„[Staatliche Förderung dient] in der Hinsicht als Anreiz, dass natürlich immer noch der Mensch an sich selber am meisten zurücklegt, aber dass man das eben belohnt als Staat, indem man prozentual etwas dazugibt. Gerade in jüngeren Jahren denken die wenigsten schon daran, etwas für später zurückzulegen. Und wenn dann der Staat kommt und sagt, »guck mal, wenn du jetzt startest, dann geben wir noch extra etwas obendrauf«, dann ist natürlich die Motivation höher. Ich habe es bei mir gemerkt, was es bewirkt, wenn man einmal anfängt und sei es nur wenig – ich habe damals angefangen mit 25*

---

<sup>68</sup> Aufgrund dieser Aussage ist davon auszugehen, dass die Person selbstständig ist und keine freiwilligen Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung abführt; diese Gruppe von Selbstständigen erhält keine staatliche Förderung zur Riester-Rente.

*Euro, als ich aus der Schule raus war. Wenn man sich daran gewöhnt, jeden Monat etwas zurückzulegen, egal wie viel, dann ist das irgendwann wie ein Automatismus.“ (M, 32, Ost, 286)*

Gemäß dieser Aussage kann die staatliche Förderung nicht nur als unmittelbar vermögensbildende Unterstützung im Kontext des betreffenden Förderinstrumentes, sondern mittelbar auch als **Impuls** aufgefasst werden, sich mit der Thematik Vermögensbildung im Allgemeinen näher zu beschäftigen. Folglich kann die Nutzung staatlicher Förderinstrumente auch einen **Zugang in die „Welt“ der Vermögensbildung** darstellen, der ansonsten nicht oder erst später im Lebensverlauf erfolgt wäre. Die Bezugnahme der Person auf die in ihrem Fall bereits zu Schulzeiten begonnene Vermögensbildung leitet zu einem zentralen Befund der Fokusgruppen über: Je nach Lebenslage (z. B. familiäre Situation) können die Anreize zur Nutzung von Förderinstrumenten unterschiedlich (hoch) sein. Dies lässt sich anhand der **Riester-Rente** gut aufzeigen, da zahlreiche Teilnehmende dieses Förderinstrument entweder selbst nutzen oder es ihnen zumindest bekannt ist, auch wenn sie es nicht nutzen. Einige Personen sind der Ansicht, die Riester-Rente lohne sich ausschließlich für Familien bzw. für Personen, die Kinder haben. Dies wird damit begründet, dass für Personen mit Kindern pro Kind **Zulagen** gewährt werden, die für kinderlose Personen nicht zugänglich sind; das Instrument werde insbesondere durch die Zulagen attraktiv. Dieser Standpunkt lässt sich anhand der folgenden Schilderungen belegen:

*„Das meiste lohnt sich tatsächlich nur für Familien. Bei der Riester-Rente kriegt man wohl den Maximalbetrag tatsächlich nur raus, wenn man Kinder hat, weil da ja auch jedes Kind nochmal extra gefördert wird. Das geht natürlich auch für Alleinstehende, aber besonders attraktiv ist es eben für Familien.“ (W, 61, West, 271)*

*„Es [die Riester-Rente] lohnt sich wirklich nur für die, die Kinder haben, weil du dann diese Zulagen bekommst.“ (W, 59, West, 231)*

*„Ich habe Riester damals mitgenommen, solange ich die Förderung für mein Kind bekommen habe – jetzt ruht es. Ich habe das nur so im Sinne eines Mitnahmeeffektes gemacht.“ (W, 62, Ost, 319)*

Die vorangehenden Schilderungen belegen explizit die Fokussierung der Riester-Rente auf Personen mit Kindern, lassen jedoch implizit auch weitere Rückschlüsse zu: Da derzeit 20 % der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland kinderlos sind<sup>69</sup>, ist der von den Teilnehmenden hervorgehobene Anreiz der zusätzlichen Zulagen zur Riester-Rente für einen wesentlichen Anteil der Bevölkerung **strukturell nicht zugänglich**. Bei Einbezug einer wichtigen Voraussetzung für die Vermögensbildung relativiert sich dieses „Problem“ jedoch: Die Kinderlosenquote von Personen mit formal hoher Bildung ist deutlich höher (23 %) als jene von Personen mit formal niedriger Bildung (11 %). In diesem Kontext zeigen die Ergebnisse aus Arbeitspaket 1 zudem, dass Kinderlose in der Regel ein höheres Vermögen haben. Aufgrund dieser Befunde und der darüber hinaus hinlänglich bekannten Zusammenhänge zwischen dem Bildungsgrad, der Verhandlungsposition auf dem Arbeitsmarkt und letztlich auch der Einkommenserwartung ist auf gesellschaftlicher Ebene davon auszugehen, dass – erstens – die besondere Förderung von Personen *mit Kindern* durch die Riester-Rente insgesamt angemessen und sinnvoll ist und – zweitens

<sup>69</sup> Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 226 vom 14. Juni 2023 ([https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23\\_226\\_12.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_226_12.html), letzter Abruf am 30.01.2025).

– Personen *ohne Kinder* auf der Systemebene eher in der Lage sind, ohne die Zulagen der Riester-Rente eine auskömmliche Alterssicherung anzusteuern. Dabei ist auch angesichts diverser Vergünstigungen, beispielsweise niedrigerer Besteuerung<sup>70</sup>, zu beachten, dass die Aufwendungen für Personen mit Kindern vergleichsweise deutlich höher sind und dieser Personenkreis mit der Erziehung von Kindern einen elementaren Beitrag für das System leistet.

Der in der Aussage einer teilnehmenden Person (319) explizit enthaltene Hinweis auf **Mitnahmeeffekte als persönliche Motivation zur Nutzung der Riester-Rente** weist jedoch darauf hin, dass die These mehrerer anderer Teilnehmender, das Instrument komme wesentlich auch Gruppen zugute, die keine Unterstützung benötigten (z. B. 336), plausibel ist. Diese Thematik kann auf Basis der vorliegenden Befunde nicht vertieft werden; die mehrfach erfassten Hinweise zur Zielorientierung der Riester-Rente beziehungsweise die Kritik an ihrer Ausgestaltung legen jedoch nahe, bei derartig oder ähnlich konzipierten Förderinstrumenten künftig ein Augenmerk darauf zu legen, ob und inwiefern (ausschließlich) die intendierten Zielgruppen gefördert werden beziehungsweise wie aufgesetzte Förderinstrumente so konzipiert werden können, dass Mitnahmeeffekte möglichst vermieden werden und die Zielgenauigkeit maximiert wird.

Neben den Zulagen zur Riester-Rente für Personen mit Kindern lassen sich anhand der Fokusgruppen mehrere **weitere Anreize** aufzeigen, die jedoch im Vergleich zu den Zulagen insgesamt von geringerer Bedeutung sind. Es liegt eine positive Bewertung zur Nutzung eines Förderinstrumentes beim Erwerb einer Immobilie vor (160), bei dem es sich der Ausführung der teilnehmenden Person zufolge mit hoher Wahrscheinlichkeit um das sogenannte „Wohn-Riester“ (DRV)<sup>71</sup> handelt. In diesem Fall wird die Option, die staatlich geförderten Altersvorsorgebeiträge für den Erwerb einer Immobilie verwenden zu können, als wesentliche Unterstützung wahrgenommen. Zudem stellen mehreren Teilnehmenden zufolge die bis zu einem gewissen Betrag steuerlich absetzbaren Beiträge einen Anreiz dar, das Instrument zu nutzen (z. B. 230). Aus mehreren Aussagen lässt sich weiterhin ableiten, dass sich die Anreize für die Nutzung der Riester-Rente im Zeitverlauf relativiert haben bzw. das Instrument inzwischen als weniger attraktiv wahrgenommen wird. Die dazu vorliegenden Befunde sind allerdings eher unkonkret, sodass zu den Gründen der veränderten Wahrnehmung der Attraktivität der Riester-Rente sowie zu den Zeiträumen beziehungsweise Zeitpunkten, in denen sich deren Bild verschoben hat, keine näheren Aussagen getroffen werden können.

Einigen Teilnehmenden, die dieses Programm nutzen, ist ferner unklar, welche Beträge sie ab dem Zeitpunkt der erstmaligen Ausschüttung bekommen werden. Dass darüber **unvollständige Information** besteht, wird jedoch kaum problematisiert. Eine Person weist in diesem Zusammenhang auf jährliche Statusberichte hin, die aussagekräftig genug seien (113). Eine andere Person merkt an, sie lasse sich einfach überraschen und fügt hinzu, dass sie angesichts der Zulagen zuversichtlich sei (231). Worin das eher geringe Interesse an der Kenntnis der zu erwartenden Beträge begründet liegt, kann nicht näher geklärt werden. Mehreren Einschätzungen zufolge ist jedoch denkbar, dass dies

---

<sup>70</sup> [https://riester.deutsche-rentenversicherung.de/DE/So geht-Riester/So geht-Wohn-Riester/so geht-wohn-riester\\_node.html](https://riester.deutsche-rentenversicherung.de/DE/So geht-Riester/So geht-Wohn-Riester/so geht-wohn-riester_node.html) (letzter Abruf am 30.01.2025).

mit der eher geringen Höhe der zu erwartenden Beträge zusammenhängt und die Riester-Rente folglich für die Lebensstandardsicherung im Alter insgesamt eine eher sekundäre Rolle spielt. Ein zweiter Erklärungsansatz knüpft an die Aussage an, dass die Riester-Rente vor allem besser gestellten Personengruppen zugutekommt (336): Wenn die finanzielle Situation entspannt ist, dürften der Anlass bzw. der Druck, die genauen Beiträge der Riester-Rente frühzeitig zu kennen, geringer sein. Da die Riester-Rente für diese Gruppen nicht als zentraler Bestandteil der Alterssicherung einkalkuliert wird, dürfte es ausreichend sein, sich später damit auseinanderzusetzen. Dazu passen auch der quantitative Befund, dass die Teilnehmenden mit hohem Einkommen Programme zur privaten Altersvorsorge (inkl. Riester-Rente) vergleichsweise deutlich häufiger nutzen (siehe Abschnitt 4.7.1) und die Aussage einer Person, die Bedeutung der Riester-Rente als Geldanlage sei in ihrem Fall „ganz, ganz klein“ (252).

Neben Befunden zu den Anreizen der Nutzung staatlicher Förderinstrumente sind in diesem Kontext auch **Barrieren** relevant. Insgesamt unterscheiden sich die Herausforderungen bei der Nutzung von Förderinstrumenten nicht wesentlich von jenen, die bei der Vermögensbildung im Allgemeinen auftreten (können). Ein wichtiges Thema, das überwiegend kritisch wahrgenommen wird, sind die **Besteuerung** bzw. das Steuerrecht in Deutschland.<sup>72</sup> Grundtenor der Aussagen dazu ist, dass die Steuerlast im internationalen Vergleich (zu) hoch sei und Steuersenkungen die Vermögensbildung in Deutschland erleichtern könnten – auch im Kontext von Förderinstrumenten. Beispielsweise bekomme man im Fall einer Senkung der Lohn- bzw. Einkommensteuer „mehr Netto“ und könne den Differenzbetrag in die Vermögensbildung investieren. Zwei teilnehmende Personen relativieren die Attraktivität der Vermögensbildung angesichts der derzeitigen Rahmenbedingungen jedoch und begründen dies ebenfalls mit der Besteuerung – in diesem Fall jener der Kapitalerträge:

*„Die Geldanlagen werden alle besteuert. Wenn ich an Aktien denke, die man besteuert – das hat schon einen Einfluss. Auf Riester [-Rente], wenn ich da anlege, hält der Staat die Hände auf. Das sind die Nachteile; das ist unser Geld, das wir hier anlegen.“ (W, 66, Ost, 254)*

*„Eine sinnvolle Unterstützung wäre es, wenn du in Aktien investierst, du das im Rahmen der Steuer wieder zurückholen könntest. Zum Beispiel diese ETF-Vorab-Pauschale-Steuer, die einmal im Jahr fällig wird, diese einfach zu kürzen, weil natürlich jedes Geld, was du aus deinem bereits versteuerten Einkommen in deine private Altersvorsorge investierst, ist wertvoll. Wenn du es letztendlich für deine Altersvorsorge am Ende des Lebens wieder verkaufst, dann auch nochmal 27 % Kapitalertragsteuer zu zahlen, ist zu viel, wo der Staat dann einfach die Hand aufhält – Entlastung oder Hilfe wären sinnvoll aus meiner Sicht.“ (M, 33, Sonstiges, 284)*

---

<sup>72</sup> Die zum Themenkomplex Steuern vorliegenden Befunde weisen insgesamt darauf hin, dass die Informationslage der Teilnehmenden zu den allgemeinen Bestimmungen und der entsprechenden Besteuerung ihrer eigenen Vermögenswerte uneinheitlich ist. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass Aussagen zum Thema Steuern getroffen werden, denen zufolge anzunehmen ist, dass Sachverhalte und/oder Zusammenhänge teils entweder nicht bekannt sind oder diese falsch wiedergegeben werden. Dies gilt es bei der Einordnung der Befunde zu beachten.

Anhand zweier anderer Fälle wird zudem deutlich, dass die Teilnehmenden im bestehenden Steuersystem mitunter strategisch und gezielt so agieren, dass die Abgaben bei der Vermögensbildung minimiert werden:

„Wenn ich künftig andere Anlagemöglichkeiten in Betracht ziehe, müsste ich erst darüber nachdenken. Es würde abhängen von irgendwelchen Steuern – wie kann man die minimieren?“ (M, 48, Ost, 338)

„Wenn ich eine vermietete Immobilie kaufe, kann ich alles steuerlich absetzen. Ich kann die Schuldzinsen, die Grunderwerbssteuer, alle Reparaturen absetzen, ich kann das und das absetzen – und das hat natürlich Vorteile. Das ist für mich das Entscheidende gewesen, jetzt nochmal zu kaufen, weil ich gesagt habe <<ich möchte nicht, dass der Staat mich in meiner Rente, die ich ja irgendwann dann bekommen werde, abzockt>>. Das heißt, ich möchte schon wieder etwas zurückhaben – also kauft man Immobilien, die vermietet sind.“ (W, 66, Ost, 254)

Das geschilderte Vorgehen setzt eine **fundierte Informationsbasis** zu den entsprechenden Bestimmungen voraus; die zugrundeliegende Strategie der Umgehung beinhaltet zudem einen Befund, der sich in den Einschätzungen mehrerer Teilnehmender widerspiegelt: An der Besteuerung der Rente in Deutschland wird in einigen Fällen allgemeine Kritik geübt; mehrere Personen vertreten den Standpunkt, dies sei ungerecht und komme einer „Doppelbesteuerung“ gleich (z. B. 322). In einem Fall wird zudem – unter Einbezug überholten Wissens<sup>73</sup> – die vermeintlich existierende Hinzuerdienstgrenze bei Rentenbezug bemängelt und angenommen, diese senke die Attraktivität von Erwerbsarbeit bei Rentenbezug wesentlich und veran lasse mitunter, die Rente nicht durch Erwerbsarbeit bzw. Verdienst, sondern durch Transferleistungen (z. B. Bürgergeld) „aufzustocken“ (258). Dieselbe Person erachtet ferner die Volatilität der Mehrwertsteuer in den vergangenen Jahren als problematisch, da diese die unternehmerische Planbarkeit erschwert habe.

Zudem wird in einigen Fällen deutlich, dass die Teilnehmenden den **Umfang und die Komplexität von Antragsformularen** im Kontext staatlicher Förderinstrumente und darüber hinaus mit Bürokratie gleichsetzen, obwohl dies differenziert zu betrachten ist. Grundton der dazu vorliegenden Aussagen ist, dass den Elementen und Erscheinungen, die die Teilnehmenden unter Bürokratie subsumieren, die Bindung öffentlicher Ressourcen und negative Effekte auf die private Vermögensbildung zugeschrieben werden. Dabei wird in mehreren Fällen kritisch Bezug auf die Regularien und Institutionen der Europäischen Union genommen, die als Urheberin von Komplexität und Aufwand wahrgenommen werden. Mehreren Einschätzungen zufolge wirken sich die Komplexität und der Umfang von Antragsformularen – seitens der Teilnehmenden mitunter unpräzise als Bürokratie bezeichnet bzw. damit assoziiert – insbesondere auf den Zugang von einkommensschwächeren Gruppen zu vermögensbildenden Angeboten negativ aus.

---

<sup>73</sup> Seit 01.01.2023 gibt es keine Hinzuerdienstgrenze mehr bei Altersrenten ([https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Rente/Allgemeine-Informationen/Wissenswertes-zur-Rente/FAQs/Rente/Hinzuerdienst\\_und\\_Einkommensanrechnung/aenderungen\\_hinzuerdienst\\_liste.html#998129ba-0816-4918-9b7c-79d7b0d22068](https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Rente/Allgemeine-Informationen/Wissenswertes-zur-Rente/FAQs/Rente/Hinzuerdienst_und_Einkommensanrechnung/aenderungen_hinzuerdienst_liste.html#998129ba-0816-4918-9b7c-79d7b0d22068)). (letzter Abruf am 30.01.2025). Allerdings sind weder die Rente noch der Zuverdienst unbegrenzt steuerfrei.

In einer Fokusgruppe wird darauf hingewiesen, dass staatliche Förderung mitunter nur zugänglich sei, wenn die Personen, die Unterstützung beantragen möchten, eine Steuererklärung vorweisen können. Einer Einschätzung zufolge ist die Erstellung einer Steuererklärung für manche Personen eine Herausforderung (271); in mehreren Fällen wird jedoch angenommen, die Voraussetzung einer Steuererklärung sei sinnvoll und zumutbar, sodass zu diesem Aspekt uneinheitliche Befunde vorliegen.

Weiterhin erachten es einige Teilnehmende einerseits als herausfordernd und unangenehm, im Vorfeld der Nutzung von Förderinstrumenten dem Staat gegenüber **Angaben zu sensiblen Sachverhalten**, unter anderem zur Einkommens- und Vermögenssituation, machen zu müssen. Mehrere Personen nutzen dafür den Begriff „nackig machen“ (287, 322), um die mit der Offenlegung sensibler Daten einhergehende Aversion und Scham zu artikulieren. Die Befundlage zu diesem Thema ist jedoch insgesamt uneindeutig, denn andererseits wird es als zentral erachtet, gezielt jene Personengruppen zu fördern, die einen Förderbedarf aufweisen und berechtigt sind, das betreffende Instrument zu nutzen. Dies könnte letztlich nur verlässlich geklärt werden, wenn entsprechende Informationen ausnahmslos und vollständig eingeholt und geprüft werden (z. B. 273). **Kontrolle und Prüfung von sensiblen Informationen** im Vorfeld der Zuwendung sind, so der Standpunkt einiger Teilnehmender, letztlich die einzige Option, im Zusammenhang mit staatlichen Förderinstrumenten soziale Gerechtigkeit und Kohärenz sicherzustellen und somit der staatlichen Verantwortung zu entsprechen – insofern sei auch die Abfrage sensibler privater Daten der Bürgerinnen und Bürger angebracht und verhältnismäßig. Die Diskussion um Freizügigkeit und Kontrolle des Zugangs zu staatlichen Förderinstrumenten lässt sich mittels der folgenden Aussagen exemplarisch zusammenfassen:

*„Es [staatliche Förderung] sollte freier, zugänglicher sein. Natürlich ist es richtig, dass man kontrolliert, wer das Geld bekommt, weil auch ein richtig reicher Mensch das bestimmt beantragen würde, wenn er die Möglichkeit hätte. Das sollte wirklich nur denjenigen zustehen, die es wirklich auch notwendig brauchen. Deswegen finde ich das schon richtig, dass man sich da auch zum Teil bloßlegen muss. Natürlich ist das manchmal auch sehr übertrieben, aber im gewissen Rahmen finde ich das okay.“ (W, 34, Ost, 273)*

*„Erst mal muss ja geklärt werden, was ist gerecht? Gerecht ist für mich, dass nicht die Mega-Reichen noch reicher werden durch diese Förderung, sondern eher die Kleineren gestärkt werden. Ich finde, man muss das [Vermögensverteilung] so zu einem Ausgleich bringen, indem man den Kleineren – also den Geringverdienern – diese staatliche Förderung ermöglicht.“ (M, 21, Ost, 308)*

Anhand der vorangehenden Einschätzungen wird deutlich, dass der Gesamtkontext der Nutzung von staatlichen Förderinstrumenten für unterschiedliche Akteure herausfordernd ist. Dies sind zum einen die Bürgerinnen und Bürger als Adressaten der Instrumente, die sich den Befunden der Fokusgruppe zufolge insbesondere auf Steuern, Bürokratie und die Offenlegung sensibler Daten an die Behörden beziehen. Zum anderen zeigt sich, dass die staatlichen Institutionen als Förderer von Vermögensbildung eine hochgradig komplexe Aufgabe im Bereich der Umverteilung ausüben, die vor dem Hintergrund eines teils emotionalen und subjektiven Gerechtigkeitsdiskurses geführt wird.

Um – wie es von staatlichen Institutionen erwartet wird – in dieser Gemengelage möglichst objektiv, neutral und dem Gemeinwohl zuträglich entscheiden und agieren zu können, erscheint die Abfrage sensibler Daten von Bürgerinnen und Bürgern alternativlos, auch wenn dies Bürokratie verursacht und bei der Zielgruppe mitunter Aversionen auslöst.

#### 4.7.3 Bewertungen der Teilnehmenden

Die staatliche Förderung der Vermögensbildung ist ein unverändert aktuelles und kontroverses Thema, was sich auch in den Befunden der Fokusgruppen widerspiegelt. Die Teilnehmenden erachten staatliche Förderung von privater Vermögensbildung mehrheitlich als sinnvoll. Staatliche Förderinstrumente werden in diesem Zusammenhang als **Elemente einer redistributiven Politik** angesehen, die ungleiche Voraussetzungen von Personengruppen bei der Vermögensbildung zu einem gewissen Grad adressiert und eindämmt, um ein gewisses Maß an **Gerechtigkeit und Kohärenz in der Gesellschaft** sicherzustellen und problematische Marktmechanismen abzufedern. Dieses Ziel und die dazu dienenden staatlichen Instrumente werden in Ost und West tendenziell gleichermaßen begrüßt.

Neben zahlreichen positiven Grundhaltungen zur staatlich geförderten Vermögensbildung im Sinne einer redistributiven Politik wird diese häufig auch kritisch wahrgenommen und mitunter sogar abgelehnt, sodass die hierzu vorliegenden Befunde insgesamt uneindeutig sind. Kritische bzw. ablehnende Haltungen beziehen sich zumeist nicht auf die zugrundeliegende Idee bzw. das Ziel der staatlich geförderten Vermögensbildung, sondern verweisen auf die **Knappheit der Ressourcen des Staatshaushaltes**, die es durchdacht und gezielt einzusetzen gelte. Einigen Personen zufolge sollte sich der Staat nicht um die Vermögensbildung von Privatpersonen kümmern, wofür mehrere Gründe genannt werden: Erstens gehöre dies nicht zu seinen primären Aufgaben, zweitens seien die Ressourcen dafür nicht vorhanden bzw. die Ressourcen würden in anderen Bereichen dringender gebraucht und drittens sei es nicht möglich, die Vermögensbildung staatlicherseits auf gerechte Art und Weise zu fördern. Die zu diesem Thema vorliegenden Angaben weisen keinen auffälligen Regionalbezug auf, sodass davon auszugehen ist, dass die Haltungen dazu in Ost und West vergleichbar sind.

Weiterhin wird angenommen, dass die staatlichen Ressourcen ungeachtet der Förderintentionen nicht entsprechend erhöht werden könnten; es sei folglich eine **Umschichtung von Ressourcen**, die an anderer Stelle benötigt werden, erforderlich. Alternativ müssten Mehreinnahmen generiert werden, um die geplanten Aktivitäten zu finanzieren; dies erfordere jedoch eine zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger an anderer Stelle, bspw. durch Steuererhöhungen, sodass der Nutzen einer Förderung letztlich nicht gegeben oder unklar sei.

In mehreren Fokusgruppen zeigt sich eine Grundsatzdiskussion darüber, ob der Staat die Vermögensbildung *direkt* fördern sollte. Dies könnte beispielsweise durch bestehende Programme wie die „Riester-Rente“ oder durch (zusätzliche) Anreize für Personen, die Vermögensbildung betreiben, geschehen. Auch eine **gezielte Förderung ein-**

**kommenschwächerer Gruppen** wird in diesem Zusammenhang diskutiert. Eine alternative Sichtweise ist, die Vermögensbildung durch *indirekte* Maßnahmen zu erleichtern. Dies könnte durch Förderungen oder Entlastungen in anderen Lebensbereichen erfolgen, wie etwa Steuererleichterungen (siehe Abschnitt 1.2), kostenloses Kita-Essen oder kostenlose Bildungsangebote. Solche Maßnahmen könnten allgemein der gesamten Gesellschaft zugutekommen, anstatt ausschließlich bestimmten unterprivilegierten Gruppen, wie es bei der klassischen Redistribution der Fall ist.

Der Befund, dass die **Förderung der Vermögensbildung durch staatliche Instrumente nicht zu den prioritären Basisaufgaben des Staates** gehöre, ist insgesamt zentral. Die Teilnehmenden, die diesen Standpunkt vertreten, erachten die staatliche Unterstützung der Vermögensbildung als Fernziel, die im Ranking mit anderen Interessen und Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger bzw. mit anderen Bereichen staatlicher Verantwortlichkeit so lange zurückzustehen habe, bis diese hinreichend adressiert seien. Diese Haltung lässt sich mittels der folgenden Aussagen exemplarisch verdeutlichen:

*„Der Staat sollte nicht irgendwelche Luftschlösser bauen, und »ach, ich mache das Programm und das Programm«. Er sollte sich auf seine Grundsachen besinnen, wofür er eigentlich da ist, als Staat – also das kracht ja momentan an allen Ecken und Enden hier. Und es ist kein Ende abzusehen, das ist ja das Schlimme. Es ist ja nicht jeder komfortabel in der Lage, sich was aufzubauen oder ein gutes Einkommen zu haben. Die Mittelschicht kracht ja immer mehr zusammen.“ (W, 62, Ost, 319)*

*„Er [der Staat] sollte erst mal nicht so viel Geld wegnehmen, bevor er unterstützt. Wir wissen ja alle, dass alles teurer geworden ist und die Inflation reinhaut. Handwerker, Lebensmittelpreise, Wohnraum. Diesel wird dieses Jahr wieder teurer, der CO<sub>2</sub>-Preis wächst auch. Also die nehmen eher Geld weg, anstatt Vermögen zu fördern – schon seit drei, vier Jahren eigentlich. Sparen ist ja ganz weit weg. Wo der Staat jetzt mal eingreifen sollte? Man sollte erstmal da anfangen, wo es weggenommen wurde, wo es jetzt wehtut, sage ich mal.“ (M, 43, Ost, 289)*

*„Die Politik treibt die Preisspirale für alle nach oben, weil die Lohnentwicklung mit dem, was die Leute bringen [Produktivität], nicht mitziehen kann. Das [Preisentwicklung] hindert mich daran, etwas auf die Seite zu legen.“ (M, 56, Ost, 221)*

Ein Aspekt, der in den vorangehenden Aussagen und weiteren Einschätzungen häufiger aufkommt, sind die **Löhne bzw. ist die Lohnbildung** in Ost und West. Grundtenor der dazu vorliegenden Befunde ist, dass der Lohn bzw. das Einkommen eine zentrale Voraussetzung für die Vermögensbildung sei. Auffällig ist dabei, dass einige – überwiegend aus Ostdeutschland stammende – Teilnehmende in diesem Zusammenhang explizit eine Verbindung zum **Mindestlohn** herstellen, die jedoch uneinheitlich konkretisiert wird. Während manche Teilnehmende betonen, der Mindestlohn sei (zu) niedrig bemessen, weshalb es für Personengruppen in diesem Lohnsegment nicht möglich sei, Vermögen zu bilden, erachten andere den Mindestlohn (perspektivisch) als zu hoch, da er „die Ausgabenspirale hochtreibt“ (221) und folglich auf volkswirtschaftlicher Ebene zu Belastun-

gen führe, die wiederum die Vermögensbildung aller Bürgerinnen und Bürger erschweren. Diese kontroversen Standpunkte in den Fokusgruppen inklusive einiger Bezugnahmen zur Begrüßung bzw. Ablehnung staatlicher Regulierung von Marktmechanismen der Lohnbildung sind letztlich als ein Abbild der Diskurse um eine angemessene (Mindest-)Lohnpolitik anzusehen, die in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft teils sehr emotional geführt werden.

Die Teilnehmenden, die staatliche Förderung der Vermögensbildung als nicht angebracht einstufen, erachten es als weit relevanter und zielführender, die **Preise von diversen Konsumgütern** (z. B. Lebensmittel, Energie und Kraftstoffe) staatlich zu gestalten sowie Steuern zu senken und dadurch Entlastungen für alle Bürgerinnen und Bürger herbeizuführen, sodass diese eigenverantwortlich (mehr) Rücklagen schaffen können, die dann zur Vermögensbildung eingesetzt werden können. In diesem Zusammenhang wird vermehrt auf die langfristige staatliche Verantwortung für das finanzielle Wohl der Bürgerinnen und Bürger Bezug genommen. Dabei wird unter anderem kritisiert, dass einerseits die staatliche Förderung von Vermögensbildung intendiert werde und andererseits eine auskömmliche Rente nicht für alle Menschen sichergestellt sei. Das Thema nicht auskömmlicher Renten und, daraus resultierend, Altersarmut bewegt den vorliegenden Befunden zufolge die Teilnehmenden aus Ostdeutschland vergleichsweise häufiger.

Auffällig ist weiterhin, dass im Zuge der Diskussionen über das Für und Wider staatlicher Förderung von Vermögensbildung zahlreiche **distanzierte oder gar kritische Haltungen der Teilnehmenden zum Staat** bzw. zu staatlichen Institutionen zu Tage treten, die mitunter in deutlich unsachliche Systemkritik oder gar Diffamierung übergehen. Grundtenor dieser Aussagen ist, dass der Staat nicht in hinreichendem Maße zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger handle, sondern eine verfehlte Politik betreibe und/oder die Schlüsselakteure und -personen des Staates gar eigene Interessen verfolgten, die jenen der „einfachen“ Bürgerinnen und Bürger entgegenstünden. Daher sei es als Trugschluss anzusehen, dass der Staat an der Förderung der Vermögensbildung interessiert ist. Vereinzelt wird gar behauptet, Förderungsangebote seien vielmehr eine Fassade, die dazu dienten, Bereicherungen durch den Staat auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger zu verschleiern. Im Folgenden werden die dazu erfassten Befunde exemplarisch zusammengefasst und anschließend kontextualisiert:

„Wer schon eine Weile auf der Welt ist, sollte kapiert haben, dass der Staat nichts schenkt. Es gibt ein paar Leute, die das Geld aufteilen und die sind nicht daran interessiert, uns was zu schenken – im Gegenteil: die ziehen es uns doppelt ab. Wer das kapiert hat, wird sagen »nee, lieber nicht. Ich bin dagegen, dass der Staat etwas gibt.“  
(M, 43, Ost, 304)

„Von diesem Staat hat man sowieso nicht viel zu erwarten; wenn die ein bisschen was geben auf einer Seite, nehmen sie es einem auf der anderen wieder weg. Der Staat sollte [bei der Vermögensbildung] unterstützen, aber er tut das Gegenteil [...] wenn man etwas aufbaut, dann wird irgendwann nachher so viel weggenommen. Das [staatliche Rentenpolitik] ist eine Räubermentalität: am besten bis 70 arbeiten, dass man schön einzahlt in die Rente und dann am besten nicht

*mehr in den Genuss kommen und all solche Sachen.“ (M, 48, Ost, 338)*

Die vorangehenden subjektiven Einschätzungen verdeutlichen, dass einige Teilnehmende das **Vertrauen in den Staat** bzw. in die staatlichen Institutionen verloren haben und dessen Integrität teilweise leugnen. Diese Haltungen werden von Menschen, die in Ostdeutschland sozialisiert wurden, tendenziell häufiger vertreten.<sup>74</sup> Die diffamierende These, der Staat täusche die Bürgerinnen und Bürger gezielt, um sich zu bereichern, ist zudem in erheblichem Umfang von Frustration und Resignation geprägt, die wiederum auf wahrgenommene Unfairness staatlicher Politik rekurriert. Darüber hinaus lassen sich eine deutliche Emotionalität und Radikalität der Aussagen erkennen, die als ein Abbild des derzeitigen politischen Klimas auf gesellschaftlicher Ebene eingeordnet werden können und die mit der seit mehreren Jahren wahrnehmbaren Verschiebung der „Grenze des Sagbaren“ in Bezug stehen dürften.

#### 4.7.4 Vorschläge und Perspektiven zur Verbesserung

Verbesserungsvorschläge und Perspektiven der staatlichen Förderung von Vermögensbildung aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger sind ein weiteres zentrales Erkenntnisinteresse der Studie, weshalb dieses Themenfeld in den Fokusgruppen ebenfalls gezielt adressiert wurde. Aufgrund des Umfangs und der Vielfalt an Aussagen zu diesen Themen wird in diesem Abschnitt der Fokus auf die zentralen Befunde gelegt.

Der erste zentrale Verbesserungsvorschlag knüpft unmittelbar an einen wichtigen Befund aus Abschnitt 4.7.3 an: Zahlreiche Teilnehmende empfehlen, bei staatlichen Aktivitäten die **Kernthemen staatlicher Verantwortung** zu priorisieren und eher Themen wie Löhne, Rente, Verbraucherpreise, Steuern, Bildung und Wohnen bzw. Wohnsituation aktiv zu gestalten und in den betreffenden Politikfeldern ggf. auch (mehr) staatliche Ressourcen aufzuwenden. Die hierdurch erreichbaren Verbesserungen bzw. Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger werden im Vergleich zur aktiven Förderung der Vermögensbildung durch Förderinstrumente als geeigneter und zielführender eingestuft; die Aufwendung von Ressourcen für Förderinstrumente zur Vermögensbildung werden hingegen häufig als optionale Angebote angesehen, die nur dann angebracht seien, wenn es in den anderen, als zentraler erachteten Politikfeldern keinen Handlungsbedarf mehr gebe. Derzeit, so die mehrfache These, gehe das Thema Vermögensbildung an der Lebensrealität vieler Bürgerinnen und Bürger vorbei, weil es ihnen aufgrund diverser Belastungen und mangelnder politischer Gestaltung nicht möglich sei, Kapital für die Vermögensbildung anzusparen.

Der zweite und aufgrund der Befundlage ebenfalls sehr wichtige Vorschlag bezieht sich auf die **strukturelle Verbesserung des Informationsstandes zu Vermögen bzw. Vermögensbildung**. Hierdurch könnte aus der Sicht einiger Teilnehmender die Chancengleichheit beim Zugang zu Vermögen verbessert werden. Als zentrale Maßnahme hierfür

<sup>74</sup> Dieser Befund bezieht sich ausschließlich auf das hier ausgewertete qualitative Datenmaterial und erlaubt keinerlei generalisierbare Rückschlüsse auf unterschiedliche Meinungen und Haltungen zu diesem Themenkomplex in Ost- und Westdeutschland (siehe Erläuterung in Abschnitt 4.7.1).

wird die bundesweite Integration bzw. Aufwertung des Themas Finanzen und Wirtschaft im weiteren Sinne und Vermögensbildung im engeren Sinne in die Lehrpläne an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen vorgeschlagen. Dies sei die einzige Möglichkeit, den Informationsstand aller Bürgerinnen und Bürger systematisch zu verbessern, denn oftmals seien die Generierung von Vermögen und das dazu nötige Wissen derzeit (zu sehr) von den Voraussetzungen der Individuen in deren sozialem Umfeld abhängig (z. B. Vermittlung von Wissen und Bereitstellung von Startkapital in gut situier-ten Elternhäusern). Für jüngere Menschen aus unterprivilegierten Schichten sei der Zugang zu Wissen und Kapital hingegen oftmals erschwert oder gar verschlossen, weshalb es geboten sei, die ungleichen Voraussetzungen durch Schulbildung zu einem gewissen Maß zu nivellieren. Neben Kindern und Jugendlichen stellen mehreren Einschätzungen zufolge auch Erwachsene eine wichtige Zielgruppe für die Vermittlung von Vermögens-themen dar, die bspw. an Volkshochschulen durchgeführt werden könnte. In mehreren Fällen wird zudem ergänzt, Bildung im Allgemeinen müsse für Jung und Alt generell kostenfrei sein.

Der dritte Verbesserungsvorschlag betrifft die **Vereinfachung des Zugangs zu staatlichen Förderinstrumenten**, der insbesondere auf die Ausführungen in Abschnitt 4.7.2 rekurriert. Diese Empfehlung schließt insbesondere die Reduktion der Komplexität und des bürokratischen Aufwandes ein, denn diese beiden Elemente stellen den ermittelten Befunden zufolge wesentliche Hemmnisse für die Nutzung staatlicher Förderinstrumente dar. Dabei sind auch Zusammenhänge zu den Zielgruppen bzw. zur Zielorientierung staatlicher Förderung wichtig: Für die Personengruppen, die den Teilnehmenden zufolge einen besonderen Förderbedarf aufweisen (insbesondere ärmere bzw. einkommens-schwache Menschen) dürfte das Verständnis der Regularien von Programmen und der bürokratische Aufwand besonders herausfordernd sein und folglich oftmals eine Barriere darstellen. Entsprechende Anpassungen können daher zu einer besseren Erreichung der Zielgruppen beitragen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Wahrung und Durch-setzung der Zielorientierung von Programmen ohne Komplexität und Bürokratie kaum möglich ist (siehe Abschnitt 4.7.2), da die Überprüfung der Regularien ohne die Abfrage von persönlichen Daten, die seitens der Bürgerinnen und Bürger häufig als belastend und bürokratisch wahrgenommen wird, letztlich alternativlos erscheint, um Mitnahmeef-fekte einzudämmen. Daran anknüpfend sollte geprüft werden, wie die Zielgenauigkeit von Förderung erhöht werden kann, sodass (ausschließlich) die intendierten Zielgruppen – aus der Sicht der Teilnehmenden sind dies primär einkommensschwächere Personen-gruppen – gefördert werden können.

Weiterhin regen zahlreiche Teilnehmende an, die sogenannte „Doppelbesteuerung“<sup>75</sup> abzuschaffen. Aus der Sicht dieser Studie bedarf diese Empfehlung jedoch einer Ein-ordnung, da die zu diesem Thema vorliegenden Befunde die Annahme begründen, dass die seitens der Teilnehmenden getroffenen Aussagen teils unpräzise oder unkorrekt sind

---

<sup>75</sup> Manche Personen verwenden auch den Begriff „Mehrfachbesteuerung“. Aufgrund der deutli-chen inhaltlichen Bezüge aller dazu vorliegenden Befunde ist davon auszugehen, dass beide Begriffe aus empirischer Sicht Synonyme sind. Zudem ist klarzustellen, dass das Gros der Teil-nehmenden unter diesem Begriff nicht das versteht, was er im juristischen Sinne eigentlich be-zeichnet. Das korrekte Verständnis von „Doppelbesteuerung“ bezieht sich auf die Besteuerung eines Einkommens in zwei verschiedenen Staaten bzw. territorialen Verwaltungseinheiten.

(siehe Abschnitt 4.7.2). Dies rekurriert mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine unzureichende Informationslage oder mangelndes Verständnis. Der Begriff „Doppelbesteuerung“ wird seitens einiger Teilnehmender zur Äußerung von Kritik an Bestimmungen genutzt, die festlegen, dass Vermögen, das mit bereits versteuerten Ressourcen generiert wurde, bei der Ausschüttung erneut versteuert werden müsse. Dies wird in einigen Fällen als ungerecht empfunden und mitunter als unattraktive Rahmenbedingung für die Vermögensbildung angesehen. Insgesamt wird das Steuerrecht in Deutschland häufig kritisiert und als Anlass für Umgehungen angesehen (siehe Abschnitt 4.7.2). In diesem Kontext wird dem Staat mitunter eine ambivalente Haltung zur Vermögensbildung unterstellt: einerseits begrüße er sie bzw. fördere sie durch Programme teils auch aktiv, andererseits bewirke er durch eine hohe Besteuerung von Kapitalerträgen zugleich, dass die Attraktivität von Vermögensbildung begrenzt sei.

Weiterhin wird angeregt, **sich staatlicherseits künftig vermehrt mit innovativen Vermögensformen zu befassen** und zu prüfen, ob und inwiefern diese sinnvoll mit staatlichen Förderinstrumenten verknüpft bzw. kombiniert werden können. In diesem Kontext wird unter anderem auf sogenannte „Rentenfonds“ hingewiesen, ohne näher darauf einzugehen (221, 254). Zudem wird angeregt, regelmäßig staatliche Förderinstrumente und damit einhergehende Fragen im internationalen Kontext zu erheben und zu prüfen, ob sich die Instrumente auch für eine Einführung in Deutschland eignen.

## 5 Handlungsempfehlungen zur Förderung des Vermögensaufbaus zur Verringerung der Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (Arbeitspaket 4)

### 5.1 Einleitung

Die nachfolgend dargestellten Handlungsempfehlungen enthalten Ansatzpunkte zur Verbesserung des Vermögensaufbaus in Ostdeutschland und gehen dabei insbesondere auf Bedingungen des Vermögensaufbaus ein. Die Handlungsempfehlungen zielen somit auf die Verringerung der Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ab. Die Befunde und Empfehlungen sind das Ergebnis der durchgeführten quantitativen und qualitativen Analysen, die tiefgreifende Einblicke in die unterschiedlichen Vermögenssituationen und die Treiber und Barrieren des Vermögensaufbaus der deutschen Bevölkerung gewähren. Durch die Integration dieser vielfältigen Perspektiven ermöglichen die Empfehlungen einen differenzierten Blick auf die bestehenden Herausforderungen und zeigen Lösungsmöglichkeiten zur Förderung eines gleichmäßigeren Vermögensaufbaus auf.

Die Unterschiede in den Startbedingungen für den Vermögensaufbau in Ost- und Westdeutschland sind signifikant und durch historische sowie sozioökonomische Faktoren bedingt. Diese Diskrepanz wird durch Erbschaften, Einkommensstrukturen und Sparverhalten weiter verstärkt. Um die Vermögensbildung in Ostdeutschland gezielt zu fördern und soziale Ungleichheiten zu mildern, sind deshalb gezielte politische Maßnahmen erforderlich. Zudem zeigen die Befunde, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen, insbesondere einkommensschwächere Haushalte und junge Menschen aus finanzschwachen Verhältnissen, besondere Unterstützung bei der längerfristigen Vermögensbildung benötigen.

Basierend auf der Analyse der Vermögensbildung unter Berücksichtigung verschiedener Lebensphasen und sozialer Hintergründe werden hier Empfehlungen ausgesprochen, die von der Stärkung der vermögenswirksamen Leistungen bis hin zur Verbesserung der finanziellen Bildung reichen. Dabei werden die Empfehlungen unterteilt in solche zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Vermögensaufbau und solche zur Stärkung und Weiterentwicklung von Förderinstrumenten zum Vermögensaufbau zur Verringerung der Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen nicht nur die individuelle Sparfähigkeit fördern, sondern auch das Vertrauen in kapitalmarktbasierte Anlageformen stärken, welche für einen langfristigen Vermögensaufbau essenziell sind.

Im Anschluss an die Darstellung dieser Handlungsempfehlungen werden ergänzend weiterhin bestehende bzw. aus vorliegender Studie resultierende Forschungsbedarfe aufgezeigt.

Den konkreten Handlungsempfehlungen seien hier zwei allgemeine – aber für den Gegenstand dieser Studie nicht minder wichtige – vorangestellt: Zum einen empfiehlt es

sich, Fördermaßnahmen regelmäßig zu evaluieren, um ihre gesellschaftlichen Auswirkungen und die tatsächliche Zielerreichung zu überprüfen. In vielen Fällen, etwa bei der Arbeitnehmersparzulage oder der Wohnungsbauprämie, fehlen hierzu derzeit aussagekräftige statistische Daten. Diese Wissenslücken sollten geschlossen werden. Zum anderen sollten Zielgenauigkeit und Mitnahmeeffekte wissenschaftlich untersucht werden, um passgenaue Förderkriterien für finanziell benachteiligte Gruppen zu entwickeln.

## 5.2 Kernbefunde der empirischen Untersuchung

### 5.2.1 Befund 1: Die Ausgangsbedingungen für den Vermögensaufbau sind ungleich

---

- In Westdeutschland beginnt die Bevölkerung im Durchschnitt früher mit dem Vermögensaufbau und baut schneller ein höheres Vermögen auf als in Ostdeutschland. Dies liegt auch an Kohorteneffekten: Ältere Generationen in Ostdeutschland haben andere Spartraditionen und finanzielle Ausgangspositionen. Hinzu kommen teilweise negative Erfahrungen aus der Wendezeit, welche die langfristige Vermögensbildung erschweren.
- Erbschaften und Schenkungen sind in Ostdeutschland seltener und fallen geringer aus, bedingt durch die geringere Bedeutung von Privatvermögen in der DDR und die spätere Einführung von Privateigentum. Die daraus resultierenden Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bauen sich nur langsam ab, wobei in jüngerer Zeit Anzeichen einer Konvergenz zu beobachten sind.
- Die gesparten Beträge (sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Einkommen) sind in der ostdeutschen Bevölkerung im Allgemeinen niedriger als in der westdeutschen. Zusätzlich fallen die Einkommen in Ostdeutschland im Durchschnitt geringer aus als in Westdeutschland. Diese Faktoren verlangsamen den Vermögensaufbau in Ostdeutschland und folglich die Angleichung der Vermögensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland.
- Vermögenswirksame Leistungen durch den Arbeitgeber sind in Ostdeutschland weniger verbreitet. Dies könnte auch mit der geringeren Tarifbindung im Osten zusammenhängen.
- Unabhängig von der regionalen Herkunft verschlechtern frühe Konsumschulden die Startbedingungen junger Menschen, da sie keine Rücklagen aufbauen können und früh mit Tilgungsverpflichtungen belastet sind.

### 5.2.2 Befund 2: Die Wissensstände über Vermögensbildung und Anlagestrategien variieren

---

- In Ostdeutschland ist die Finanzbildung (*Financial Literacy*) insgesamt geringer ausgeprägt. Dies könnte einen Teil der in Ostdeutschland beobachteten risikoaverseren Anlageentscheidungen und geringeren Kapitalmarktbeteiligung erklären.
- Wissenslücken über Finanzprodukte und Kapitalbesteuerung führen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zu Unsicherheiten bei der Wahl der Strategien zur Vermögensbildung.

- Fehlerhafte Wahrnehmungen oder Missverständnisse über steuerliche Regelungen und staatliche Förderprogramme verringern deren Nutzung und reduzieren das Vertrauen in staatliche Maßnahmen.

### 5.2.3 Befund 3: Die Anlagepräferenzen unterscheiden sich zwischen Ost- und Westdeutschland

---

- In Ostdeutschland wird mehr Vermögen in nicht kapitalmarktgebundenen Formen gehalten, während kapitalmarktbasierte Produkte wie Aktien oder ETFs in Westdeutschland stärker verbreitet sind.
- Trotz ähnlich ausgeprägter Risikoprofile entscheiden sich Anlegerinnen und Anleger in Ostdeutschland öfter für risikoärmere Anlageformen.
- Das Misstrauen gegenüber Kapitalmarktanlagen ist in Ostdeutschland stärker ausgeprägt. Hierfür spielen unter anderem negative Erfahrungen nach der Wiedervereinigung sowie Unterschiede in der Finanzbildung eine Rolle.
- Die Wahl von Anlageprodukten hängt in Ost und West nicht nur von der Sparquote, sondern auch von der Lebenssituation ab: Jüngere bevorzugen renditeorientierte Produkte, während mit zunehmendem Alter sicherheitsorientierte Anlagen wichtiger werden.

### 5.2.4 Befund 4: Strukturelle Nachteile für den Vermögensaufbau in Ostdeutschland sind auch in der Mechanik staatlicher Förderprogramme verankert

---

- Viele Fördermaßnahmen zur Vermögensbildung sind formal einkommensabhängig begrenzt, begünstigen in ihrer praktischen Ausgestaltung jedoch tendenziell Haushalte mit höherem Einkommen – etwa, weil höhere Sparleistungen mit höheren Absolutbeträgen gefördert werden oder Maßnahmen wie die Eigenheimförderung nur von einkommensstärkeren Haushalten genutzt werden können. Dadurch ist Ostdeutschland mit seinem insgesamt niedrigeren Einkommensniveau strukturell benachteiligt. Da viele ostdeutsche Haushalte seltener in Immobilien investieren, profitieren sie weniger von staatlichen Förderungen, die vorrangig auf Wohneigentum ausgerichtet sind.
- Kapitalmarktbasierte Vermögensbildungsinstrumente spielen in der staatlichen Förderpolitik bislang eine untergeordnete Rolle, obwohl sie für Haushalte ohne Immobilieneigentum eine Alternative sein könnten.

### 5.2.5 Befund 5: Staatliche Vermögensförderung wird teilweise als ineffizient oder ungerecht wahrgenommen

---

- Einkommensstärkere Haushalte nehmen Fördermaßnahmen häufiger in Anspruch als einkommensschwächere. Dies schwächt die Akzeptanz staatlicher Maßnahmen und wirft Fragen nach der grundsätzlichen Zielorientierung der Vermögenspolitik auf.
- Kernbereiche staatlichen Handelns werden bei Löhnen, Rente, Steuern und Wohnen gesehen, nicht unbedingt bei der Vermögensförderung. Steuerentlastungen oder Maßnahmen zur Preisstabilität werden im Vergleich zu Vermögensförderung als vorrangig bewertet.

## 5.3 Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Vermögensaufbau

### 5.3.1 Empfehlung 1.1: Finanzbildung systematisch ausbauen

- Die Vermittlung von Finanzwissen sollte, soweit noch nicht geschehen, systematisch in schulische Lehrpläne integriert werden, um frühzeitig ökonomische Grundkompetenzen zu vermitteln. Es ist empfehlenswert, an dem Vorhaben, eine nationale Finanzbildungsstrategie auf den Weg zu bringen, festzuhalten.<sup>76</sup>
- Finanzbildung und Förderprogramme könnten gezielt für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Haushalten ausgebaut werden, um frühzeitig finanzielle Kompetenzen und Vermögensaufbaumöglichkeiten zu stärken.<sup>77</sup> Ein Ansatz, der in eine solche Richtung geht, ist auch die im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD 2025 angekündigte Frühstartrente, die eine finanzielle Unterstützung von Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 18 Jahren bei der Altersvorsorge vorsieht.
- Es ist sinnvoll, gezielte Weiterbildungsangebote zur Vermögensbildung für Erwachsene zu fördern, um Finanzwissen auch in späteren Lebensphasen zu verbessern.
- Finanzbildungsangebote zu Kapitalmarktanlagen sollten gezielt ausgebaut werden und mit allgemeinen Maßnahmen zur Finanzbildung verzahnt werden.
- Ein Ziel der Finanzbildung sollte es sein, die Anlegerinnen und Anleger dazu zu befähigen, Finanzprodukte auf spezifische Lebensphasen abzustimmen, etwa Familiengründung, Erwerbsleben und Ruhestand.
- Der Zusammenhang zwischen Steuersystem, Gemeinwohlorientierung und Vermögensbildung könnte noch besser vermittelt werden, um das Vertrauen in staatliche Institutionen zu stärken und Staatsverdrossenheit abzubauen.
- Es sollte überprüft werden, ob und inwiefern Informationen über Anlageprodukte auch von der Bevölkerung wahrgenommen und, falls ja, als hilfreich empfunden werden.
- Die Stärkung von Kooperationen zwischen dem Staat und Einrichtungen im Finanzbildungsbereich könnte die Wissensvermittlung verbessern und die Zusammenarbeit der Institutionen untereinander fördern.

### 5.3.2 Empfehlung 1.2: Förderung einkommensschwächerer Gruppen ausbauen

- Es sollten gezielte Sparanreize gesetzt werden, die die geringeren Einkommen und entsprechend niedrigeren Sparbeträge in Ostdeutschland berücksichtigen.

<sup>76</sup> BMF und BMBF wollten zusammen eine nationale Finanzbildungsstrategie auf den Weg bringen (<https://www.mitgeldundverstand.de/fibi/DE/Ueber-uns/ueber-uns.html>), unterstützt durch Empfehlungen von der OECD ([https://www.oecd.org/de/publications/finanzkompetenz-in-deutschland-starken\\_77d40624-de.html](https://www.oecd.org/de/publications/finanzkompetenz-in-deutschland-starken_77d40624-de.html)). Allerdings ist momentan wohl unklar, ob und wenn ja wie die neue Bundesregierung diese Strategie fortführen wird.

<sup>77</sup> Siehe dazu auch den Policy Brief 3/2024 („Ein Kinderstartgeld für Deutschland“) des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unter <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/publikationen/policy-briefs/policy-brief-3/2024.html>.

- Neben allgemeiner Förderung sollten spezielle Spar- und Vermögensaufbauprogramme für junge Menschen entwickelt werden, um strukturelle Ungleichheiten von Anfang an auszugleichen.
- Insbesondere einkommensschwachen Gruppen sollte der Zugang zu Fördermaßnahmen durch zielgruppenspezifische Informationen erleichtert werden.

### 5.3.3 Empfehlung 1.3: Konsumschulden bei Jugendlichen verringern

- Frühe Konsumschulden behindern den Vermögensaufbau.<sup>78</sup> Daher sollten präventive Maßnahmen zur Schuldenvermeidung ausgebaut werden, darunter gezielte Bildungsangebote zur guten Haushaltsführung und finanzielle Aufklärung sowie Beratungsprogramme.
- Zusätzlich könnte ein Überschuldungsschutz für Jugendliche geprüft werden, um übermäßige Konsumverschuldung frühzeitig zu verhindern. Beispielsweise könnten Optionen, bei denen Kauf und Zahlung zeitlich weit auseinanderliegen, erst ab einem höheren Alter zugelassen werden.
- Diese Maßnahmen sollten mit bestehenden Finanzbildungsprogrammen (siehe Empfehlung 2.1) verknüpft werden.

## 5.4 Handlungsempfehlungen zur Stärkung und Weiterentwicklung von Förderinstrumenten zum Vermögensaufbau

### 5.4.1 Empfehlung 2.1: Vermögenswirksame Leistungen und Arbeitnehmer-sparzulage stärken

- Durch gezielte steuerliche Anreize und einkommensabhängige Fördermodelle lassen sich möglicherweise die Sparquote in Ostdeutschland erhöhen und soziale Ungleichheiten abschwächen. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass einkommensschwächere Haushalte stärker profitieren.
- Um betriebliche vermögenswirksame Leistungen in Ostdeutschland attraktiver zu machen, könnten gezielte Anreize für KMU bzw. nicht tarifgebundene Arbeitgeber eingeführt werden, diese Leistungen verstärkt anzubieten.
- Die Arbeitnehmer-Sparzulage für unter 30-Jährige sollte unabhängig vom Einkommen gewährt werden, um jungen Menschen frühzeitig den Aufbau von Vermögen zu erleichtern. Die fehlende Anpassung der ohnehin recht niedrigen Einkommensgrenzen für die Arbeitnehmer-Sparzulage hat dazu geführt, dass diese Art der Förderung immer weniger Personen erreicht. Dies wird dadurch verstärkt, dass Personen mit niedrigen Einkommen wenig Spielraum für Ersparnisse haben.

<sup>78</sup> Immer häufiger wird als Ursache für stark negative Vermögen in Form von Überschuldung eine unwirtschaftliche Haushaltsführung bei jüngeren Personen genannt, siehe hierzu beispielsweise den Tabellenband zum Schuldneratlas Deutschland 2024 S. 60: [https://www.boniversum.de/fileadmin/user\\_upload/aktuelles/schuldner-atlas/2024/SchuldnerAtlas\\_Deutschland\\_2024 - Tabellenband.pdf](https://www.boniversum.de/fileadmin/user_upload/aktuelles/schuldner-atlas/2024/SchuldnerAtlas_Deutschland_2024 - Tabellenband.pdf)

#### 5.4.2 Empfehlung 2.2: Fördermodelle für kapitalmarktgebundene Investitionen ausbauen und flexibilisieren

- Das wachsende Interesse junger Menschen an ETFs und Sparplänen sollte genutzt werden, indem zielgruppenspezifische Informations- und Förderangebote für kapitalmarktbasierte Vermögensbildung weiterentwickelt werden.
- Staatlich geförderte ETF- und Fondssparpläne sollten entwickelt werden, um diese Art des Vermögensaufbaus besonders für einkommensschwache Haushalte attraktiv zu machen. Für diese Gruppe wären staatlich geförderte ETF- und Fondssparpläne eine Möglichkeit, um langfristigen Vermögensaufbau zu initiieren, ohne hohe Einmalinvestitionen zu erfordern.
- Um flexible und langfristige Finanzmodelle attraktiver zu machen, insbesondere für einkommensschwächere Haushalte, könnten gezielte steuerliche Anreize geschaffen werden, beispielsweise durch eine Steuerfreiheit von Kapitalerträgen nach langer Haltedauer der Aktien.
- Anlageprodukte sollten an sich verändernde Lebenssituationen angepasst werden können, etwa durch flexible Laufzeiten, Entnahmefptionen und temporäre Beitragspausen.

#### 5.4.3 Empfehlung 2.3: Wohnungsbauförderung stärker auf Vermögensaufbau für breite Bevölkerungsschichten ausrichten

- Die zentrale Rolle des Immobilienvermögens für das Vermögen der privaten Haushalte legt nahe, Fördermöglichkeiten stärker auf diese Vermögensart auszurichten.
- Die Förderung des Immobilienerwerbs sollte stärker pauschaliert werden, ähnlich dem Baukindergeld, um einkommensschwächere Haushalte gezielter zu erreichen. Eine stärker pauschalierte Förderung käme dabei tendenziell eher Haushalten in Ostdeutschland zugute.
- Eigenkapitalanforderungen und Kaufnebenkosten könnten gezielt gesenkt werden, etwa durch staatlich geförderte zinsgünstige Kredite oder eine Reduzierung der Grunderwerbsteuer, um den Zugang zu Wohneigentum zu erleichtern.<sup>79</sup>
- Die staatliche Übernahme von Ausfallrisiken bei Immobilienkrediten könnte eine Möglichkeit darstellen, breiteren Bevölkerungskreisen den Zugang zu Immobilieneigentum zu eröffnen.

### 5.5 Weitergehender Forschungsbedarf

Die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse der Datenanalyse und der Fokusgruppen sowie die daraus erarbeiteten Handlungsempfehlungen decken verschiedene Bereiche auf, in denen weitergehender Forschungsbedarf besteht. Die Datenanalyse für diesen Bericht hat sich auf die Zeit vor der Corona-Pandemie beschränkt. Neuere Daten (etwa aus dem SOEP) sind bislang kaum oder gar nicht verfügbar. Die Beachtung der Pande-

<sup>79</sup> Zu diesem und zum folgenden Punkt siehe auch die im Evaluationsbericht zum Baukindergeld ausgesprochenen Handlungsempfehlungen: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2022/bbsr-online-05-2022-dl.pdf?blob=publicationFile&v=2>

mie und ihrer Auswirkungen sowie weiterer krisenhafter Entwicklungen auf den langfristigen Vermögensaufbau ist aber unbedingt nötig und erfordert daher weitere Forschungsarbeiten.

Darüber hinaus ist die Datenlage im Hinblick auf einzelne Förderinstrumente wie vermögenswirksame Leistungen dürftig und sollte ausgebaut werden. In einem ersten Schritt sollten vermögenswirksame Leistungen gezielt in Sekundärdaten erfasst werden, insbesondere um deren Bedeutung für den Vermögensaufbau zu quantifizieren. Darauf aufbauend sollte untersucht werden, inwiefern eine Weiterentwicklung der vermögenswirksamen Leistungen zum Abbau von Vermögensunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland beitragen kann. Insbesondere könnte eine Erforschung der Hemmnisse auf Betriebsebene vielversprechend sein. Hier ist etwa an den Zusammenhang zwischen Tarifbindung, Betriebsgröße und dem Angebot von vermögenswirksamen Leistungen zu denken.

Bislang existiert keine spezifische staatliche Förderung von ETF- und Fondsparplänen. Die empfohlene Entwicklung und Einführung einer solchen Förderung, die insbesondere für einkommensschwächere Haushalte attraktiv sein könnte, ist eng wissenschaftlich zu begleiten. So könnte es lohnend sein, bestehende Förderungen im In- und Ausland auf Gelingensbedingungen und Barrieren hin zu untersuchen.

Um die Wohnimmobilienförderung derart weiterzuentwickeln, dass sie einen Beitrag zum Abbau des Vermögensunterschieds zwischen Ost- und Westdeutschland leistet, könnte sich eine vertiefte Analyse des Baukindergelds anbieten. Der Auswertung der Evaluationsberichte des Baukindergelds und wissenschaftlicher Studien<sup>80</sup> zu diesem Förderinstrument könnte die Entwicklung eines veränderten Förderinstruments folgen. Die Wohneigentumsförderung durch die KfW ist im Bereich der Bestandsimmobilien stark auf energetische Sanierung ausgerichtet. Es könnte sich eine Untersuchung dazu anbieten, wie die Weiternutzung bestehender Immobilien auch ohne energetische Sanierung stärker als bisher gefördert werden kann.

Was die Datenlage zur Frage nach der Vermögensungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland angeht, so bieten Erhebungen wie SOEP oder PHF bereits detaillierte Informationen zu Sparmotiven und Sparverhalten, Erbschaften und Anlageverhalten. Die Inanspruchnahme staatlicher Förderung des Vermögensaufbaus ist hingegen nicht ausreichend erfasst. Außerdem fehlen detaillierte Informationen zu Vermögen, das über den Arbeitgeber angelegt wird, wie vermögenswirksame Leistungen und die Arbeitnehmer-sparzulage. In diesen Bereichen könnte eine quantitative Erhebung belastbare Erkenntnisse hervorbringen. Ergänzend könnten qualitative Interviews wertvolle Beiträge zur vertieften Erforschung von Entscheidungsfindungsprozessen für oder gegen bestimmte Anlagen in verschiedenen Lebenslagen beziehungsweise für oder gegen die Inanspruchnahme bestimmter Förderinstrumente leisten. Eine quantitative Erhebung, die ein experimentelles Design wie etwa eine Vignettenstudie einbezieht, könnte sich ebenfalls eignen, um der Frage auf den Grund zu gehen, warum sich Personen für bestimmte Anlageformen oder Förderinstrumente entscheiden. Durch das experimentelle Design

<sup>80</sup> Für eine Evaluation des Baukindergeldes siehe vorherige Fußnote. Eine wissenschaftliche Studie ist beispielsweise zu finden unter: [https://www.bgpe.de/files/2023/07/210\\_Subsidies-to-Homeownership-and-Central-City-Rent.pdf](https://www.bgpe.de/files/2023/07/210_Subsidies-to-Homeownership-and-Central-City-Rent.pdf)

ist es möglich, Treiber und Barrieren von Entscheidungen in einer quantitativen Erhebung zu erfassen und deren kausale Wirkungen zu identifizieren.

In den Fokusgruppen haben Teilnehmende verschiedentlich die Ansicht geäußert, staatliche Vermögensförderung komme mitunter Personengruppen zugute, die nicht als primäre Zielgruppe dieser Förderung angesehen werden. Als Voraussetzung dafür, die Akzeptanz und Inanspruchnahme staatlicher Vermögensförderung zu steigern, könnte es von Interesse sein, die Relevanz dieser Einschätzung quantitativ zu erforschen. In diesem Zusammenhang könnte auch der Frage nachgegangen werden, welche Ziele Bürgerinnen und Bürger staatlicher Vermögensförderung zuschreiben und ob diese Einschätzung von den offiziellen Zielen und Grundsätzen staatlicher Vermögenspolitik abweicht. Staatlicher Vermögensförderung wurde in den Fokusgruppen teilweise auch insofern mit Skepsis begegnet, als in Zweifel gezogen wurde, dass der Staat ein Interesse an der Förderung des Vermögensaufbaus habe und nicht Förderungen beispielsweise durch Leistungskürzungen oder Steuererhöhungen an anderer Stelle kompensierte, so dass letztlich keine echte Förderung resultiere. Um dieser Beobachtung nachzugehen, könnte sich eine Erhebung im „mixed-methods“ Forschungsdesign, das sowohl quantitative als auch qualitative Primärerhebungen umfasst, eignen. Zunächst könnte eine repräsentative quantitative Befragung durchgeführt werden, mit der eine entsprechend breite und umfangreiche Befundlage generiert werden kann, die der Identifikation und Erklärung der betreffenden Phänomene dient. Im zweiten Schritt könnten qualitative leitfadengestützte Interviews dazu dienen, die zentralen Befunde aus der quantitativen Befragung zu verstehen, indem diese ausdifferenziert und mit Fokus auf Zusammenhänge, Mechanismen und Hintergründe beleuchtet werden.

Neben der Erweiterung der Datenbasis könnte die Präzisierung der Gruppe der einkommensschwächeren Personen eine weitere wichtige Voraussetzung für die Entwicklung von Förderinstrumenten zum gezielten Abbau der Vermögensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sein. Einem Überblick über bereits vorliegende Definitionen könnte eine fundierte Empfehlung folgen, wer zur Gruppe der einkommensschwächeren Personen gezählt und demzufolge gefördert werden sollte.

## 6 Literaturverzeichnis

---

- Acocella, Ivana (2012): The focus groups in social research: advantages and disadvantages. In: *Qual Quant* 46 (4), S. 1125–1136. DOI: 10.1007/s11135-011-9600-4.
- Almenberg, Johan; Dreber, Anna (2015): Gender, stock market participation and financial literacy. In: *Economics Letters* 137, S. 140–142. DOI: 10.1016/j.econlet.2015.10.009.
- Baresel, Kira; Eulitz, Heike; Fachinger, Uwe; Grabka, Markus M.; Halbmeier, Christoph; Küinemund, Harald et al. (2021): Hälften aller Erbschaften und Schenkungen geht an die reichsten zehn Prozent aller Begünstigten. In: *DIW Wochenbericht* 88 (5), S. 64–71. DOI: 10.18723/DIW\_WB:2021-5-1.
- Bartels, Charlotte; Schröder, Carsten (2020): Income, consumption and wealth inequality in Germany: Three concepts, three stories? Hg. v. Forum for a New Economy. Berlin (Forum New Economy Basic Papers).
- Bartholmai, Bernd (2002): Wohnungsbau und Eigentumsbildung - Für eine einfachere und effizientere Wohnungseigentumsförderung. In: *DIW Wochenbericht* 69 (22), S. 354–361.
- Beyer, Heinrich; Naumer, Hans-Jörg (2018): CSR und Mitarbeiterbeteiligung. Die Kapitalbeteiligung im 21. Jahrhundert - Gerechte Teilhabe statt Umverteilung. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler.
- Bhuller, Manudeep; Mogstad, Magne; Salvanes, Kjell G. (2017): Life-Cycle Earnings, Education Premiums, and Internal Rates of Return. In: *Journal of Labor Economics* 35 (4). DOI: 10.1086/692509.
- Biewen, Martin; Glaisner, Stefan; Kleimann, Rolf (2024): The shape of the wealth distribution and more evidence on differences in wealth inequality across euro area countries. In: *Journal of Economic Inequality*. DOI: 10.1007/s10888-024-09630-z.
- Bönke, Timm; Grabka, Markus M.; Schröder, Carsten; Wolff, Edward N.; Zyska, Lenard (2019): The Joint Distribution of Net Worth and Pension Wealth in Germany. In: *Review of Income and Wealth* 65 (4), S. 834–871. DOI: 10.1111/riow.12371.
- Bönke, Timm; Werder, Marten v.; Westermeier, Christian (2017): How inheritances shape wealth distributions: An international comparison. In: *Economics Letters* 159, S. 217–220. DOI: 10.1016/j.econlet.2017.08.007.
- Boockmann, Bernhard; Borell, Mariela; Dick, Christian D.; Diekmann, Laura-Christin; Gerhards, Eva; Kleimann, Rolf et al. (2013): Künftige Ausrichtung der staatlich geförderten Vermögensbildung. Endbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) Referat I C 4. Mannheim.
- Börsch-Supan, Axel; Bucher-Koenen, Tabea; Goll, Nicolas; Maier, Christina (2016): 15 Jahre Riester – eine Bilanz. Expertise für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik; Munich Center for the Economics of Aging.

Boserup, Simon H.; Kopczuk, Wojciech; Kreiner, Claus T. (2016): The Role of Bequests in Shaping Wealth Inequality: Evidence from Danish Wealth Records. In: American Economic Review 106 (5), S. 656–661. DOI: 10.1257/aer.p20161036.

Brückweh, Kerstin (2022): Eigentum. Ein Indikator für innerdeutsche Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/505989/eigentum/>, zuletzt aktualisiert am 15.03.2022, zuletzt geprüft am 26.09.2024.

Bucher-Koenen, Tabea; Janssen, Bennet; Knebel, Caroline; Tzamourani, Panagiota (2023): Financial literacy, stock market participation, and financial wellbeing in Germany. In: J. financ. lit. wellbeing 1 (3), S. 486–513. DOI: 10.1017/flw.2024.5.

Bucher-Koenen, Tabea; Lamla-Dietrich, Bettina (2018): The Long Shadow of Socialism: Puzzling Evidence on East-West German Differences in Financial Literacy. In: Economic Notes 47 (2-3), S. 413–438. DOI: 10.1111/ecno.12108.

Cordova, Karla; Grabka, Markus; Sierminska, Eva (2021): Pension Wealth and the Gender Wealth Gap. SOEP. Berlin (SOEPpapers, 1141).

Corneo, Giacomomo; König, Johannes; Schröder, Carsten (2018): Distributional Effects of Subsidizing Retirement Savings Accounts: Evidence from Germany. In: FinanzArchiv / Public Finance Analysis 74 (4), S. 415–445.

Dähner, Susanne; Carrasco Heiermann, Adrián; Sütterlin, Sabine; Slupina, Manuel; Sixtus, Frederick (2020): Vielfalt der Einheit. Wo Deutschland nach 30 Jahren zusammen gewachsen ist. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

Daminger, Alexander (2023): Wohneigentumsförderung: Analysen aus räumlicher Perspektive. In: WISTA - Wirtschaft und Statistik (3), S. 15–27.

Deutsche Bundesbank (2023): Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2021. Online verfügbar unter <https://www.bundesbank.de/resource/blob/908138/5fa52fcaa9ad19972391d3c8c1bb82ce/472B63F071307366337C94F8C870/2023-04-vermoegensbefragung-data.pdf>, zuletzt geprüft am 31.01.2025.

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/25942 (18.01.2021): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Herbrand, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP - Drucksache 19/24862 - .

Deutscher Bundestag, Drucksache 20/9363 (15.11.2023): Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 20/8292, 20/8675, 20/8819 Nr. 10 - Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen (Zukunftsfinanzierungsgesetz - ZuFinG).

Duraj, Kamila; Grunow, Daniela; Haliassos, Michael; Laudenbach, Christine; Siegel, Stephan (2025): Rethinking the Stock Market Participation Puzzle: A Qualitative Approach.

Egner, Björn; Georgakis, Nikolaos; Heinelt, Hubert; Bartholomäi, Reinhart C. (2004): Wohnungspolitik in Deutschland. Positionen. Akteure. Instrumente. Darmstadt.

Foroutan, Naika; Simon, Mara; Zajak, Sabrina (2023): Wer ist hier eigentlich ostdeutsch, und wenn ja, wie viele? Zur Konstruktion, Wirkungsmacht und Implikation von Ostidentitäten. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut). Berlin (DeZIM Research Notes, 15 | 23).

Fuchs-Schündeln, Nicola (2008): The Response of Household Saving to the Large Shock of German Reunification. In: *American Economic Review* 98 (5), S. 1798–1828. Online verfügbar unter <https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/aer.98.5.1798>, zuletzt geprüft am 26.09.2024.

Fuchs-Schündeln, Nicola; Krueger, Dirk; Sommer, Mathias (2010): Inequality trends for Germany in the last two decades: A tale of two countries. In: *Review of Economic Dynamics* 13 (1), S. 103–132.

Geyer, Johannes; Grabka, Markus M.; Haan, Peter (2021): 20 Jahre Riester-Rente – Private Altersvorsorge braucht einen Neustart.

Gomes, Francisco; Haliassos, Michael; Ramadorai, Tarun (2021): Household Finance. In: *Journal of Economic Literature* 59 (3), S. 919–1000. DOI: 10.1257/jel.20201461.

Grabka, Markus M. (2014): Private Vermögen in Ost- und Westdeutschland gleichen sich nur langsam an. In: *DIW Wochenbericht* 81 (40), S. 959–966.

Grabka, Markus M.; Halbmeier, Christoph (2019): Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch. In: *DIW Wochenbericht* 86 (40), S. 735–745. DOI: 10.18723/diwwb:2019-40-1.

Grabka, Markus M.; Halbmeier, Christoph (2019): Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch. In: *DIW Wochenbericht* 86 (40), S. 735–745. DOI: 10.18723/diwwb:2019-40-1.

Grabka, Markus; Westermeier, Christian (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. In: *DIW Wochenbericht* 81 (9), S. 151–164.

Grohmann, Antonia; Menkhoff, Lukas (2015): Schule, Eltern und finanzielle Bildung bestimmen das Finanzverhalten. In: *DIW Wochenbericht* 82 (28), S. 655–661.

Kaas, Leo; Kocharkov, Georgi; Preugschat, Edgar (2019): Does homeownership promote wealth accumulation? In: *Applied Economics Letters* 26 (14), S. 1186–1191. DOI: 10.1080/13504851.2018.1542117.

Kholodilin, Konstantin A.; Eichfelder, Sebastian; Michelsen, Claus (2021): Wohneigenstumsförderung in Deutschland – Kleine Prämien mit Wirkung.

Kleimann, Rolf; Späth, Jochen; Herdegen, Natalie; Biewen, Martin; Sturm, Miriam (2019): Begleitforschung zum sechsten Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Krause, Peter; Schäfer, Andrea (2005): Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland: Große Unterschiede nach Geschlecht und Alter. In: *DIW Wochenbericht* 72 (11), S. 199–207.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2023): Förderreport KfW Bankengruppe.

Krieger, Sascha; Kortmann, Kerstin; Kott, Kristina; Schöneich, Cordula (2021): Daten-report 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. 17. Aufl. Hg. v. Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB). Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. Online verfügbar unter [https://www.destatis.de/DE/Service/Stastik-Campus/Datenreport\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Service/Stastik-Campus/Datenreport_inhalt.html), zuletzt geprüft am 26.09.2024.

Laudenbach, Christine; Malmendier, Ulrike; Niessen-Ruenzi, Alexandra (2020): The long-lasting effects of experiencing communism on attitudes towards financial markets. Hg. v. National Bureau of Economic Research. Cambridge, MA (NBER Working Paper Series, 26818). Online verfügbar unter <https://www.nber.org/papers/w26818>, zuletzt geprüft am 26.09.2024.

Leckelt, Marius; König, Johannes; Richter, David; Back, Mitja D.; Schröder, Carsten (2022): The personality traits of self-made and inherited millionaires. In: *Humanities and Social Sciences Communications* 9, Artikel 94, S. 1–12. DOI: 10.1057/s41599-022-01099-3.

Littig, Beate; Wallace, Claire (1997): Möglichkeiten und Grenzen von Fokus-Gruppen-diskussionen für die sozialwissenschaftliche Forschunggruppendiskussionen. Wien (Reihe Soziologie / Institut für Höhere Studien, Abt. Soziologie, 21). Online verfügbar unter [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/22202/ssoar-1997-littig\\_et\\_al-moglichkeiten\\_und\\_grenzen\\_von\\_fokus-gruppendiskussionen.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-1997-littig\\_et\\_al-moglichkeiten\\_und\\_grenzen\\_von\\_fokus-gruppendiskussionen.pdf](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/22202/ssoar-1997-littig_et_al-moglichkeiten_und_grenzen_von_fokus-gruppendiskussionen.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-1997-littig_et_al-moglichkeiten_und_grenzen_von_fokus-gruppendiskussionen.pdf), zuletzt geprüft am 06.05.2024.

Mayring, Philipp; Fenzl, Thomas (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 633–648.

Menkhoff, Lukas; Westermann, Jannis (2024): Determinants of stock market participation. In: Journal of Economic Surveys, Artikel joes.12634. DOI: 10.1111/joes.12634.

Pfarr, Christian; Schneider, Udo (2011): Anreizeffekte und Angebotsinduzierung im Rahmen der Riester-Rente: Eine empirische Analyse geschlechts- und sozialisationsbedingter Unterschiede. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 12 (1), S. 27–46.

Schröder, Carsten; Bartels, Charlotte; Göbler, Konstantin; Grabka, Markus M.; König, Johannes (2020): MillionärlInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen.

Schulz, Marlen; Mack, Birgit; Renn, Ortwin (2012): Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Stijepic, Damir (2017): Open It And They Will Come? The Impact of Fallen Barriers on Securities Market participation.

van Rooij, Maarten; Lusardi, Annamaria; Alessie, Rob (2011): Financial literacy and stock market participation. In: *Journal of Financial Economics* 101 (2), S. 449–472. DOI: 10.1016/j.jfineco.2011.03.006.

Wagner, Jamie (2019): Financial Education and Financial Literacy by Income and Education Groups. In: *Journal of Financial Counseling and Planning* 30 (1), S. 132–141.

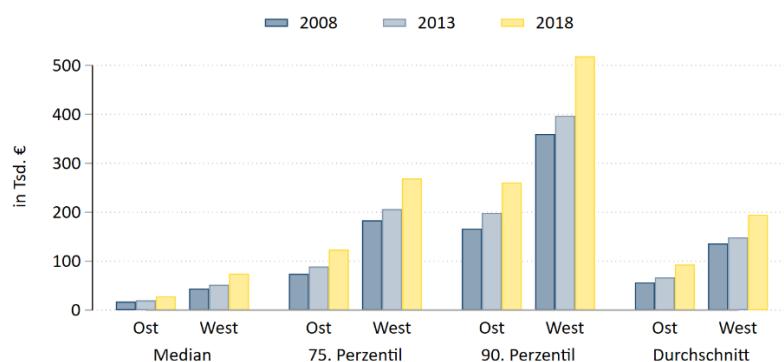
Weber, Ines; Deschermeier, Philipp; Vaché (2022): Evaluierung des Baukindergeldes. Hg. v. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Bonn.

## 7 Anhänge

### 7.1 Anhang – Arbeitspaket 1

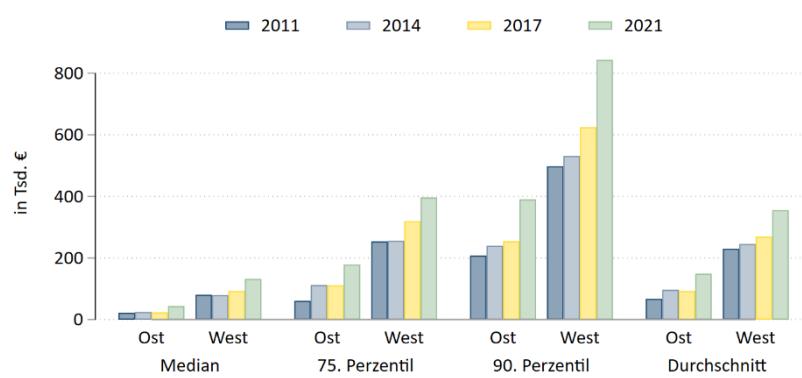
#### 7.1.1 Ergänzende Vermögensdeskriptionen

Abbildung 7-1: Entwicklung des Vermögens auf der Ebene der Haushalte in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf (EVS)



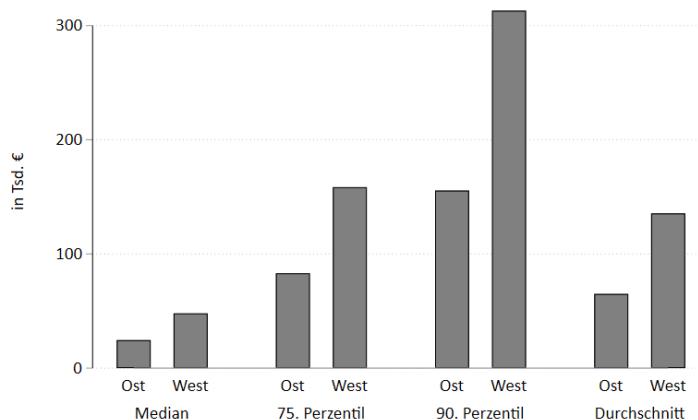
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen.

Abbildung 7-2: Entwicklung des Vermögens auf der Ebene der Haushalte in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf (PHF)



Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung.

**Abbildung 7-3: Vermögen in Ost- und Westdeutschland inklusive Ausbildungskredite und Fahrzeuge (2017)**

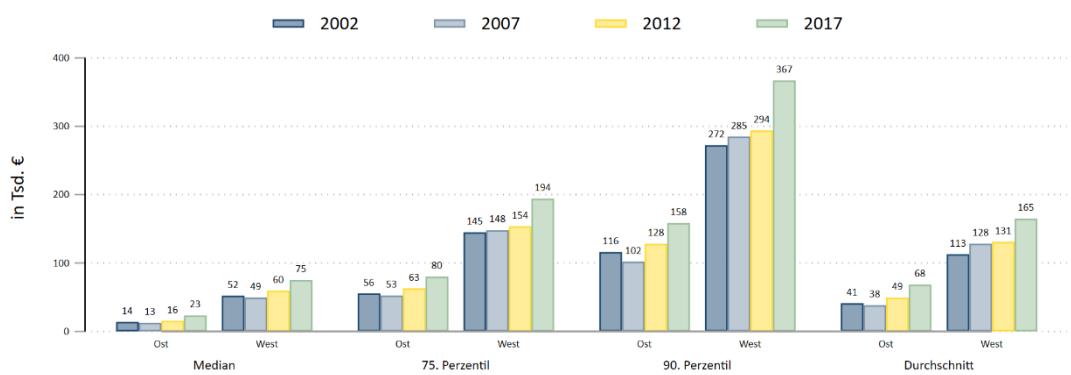


Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

### 7.1.2 Die Bedeutung des Wohnorts kurz vor der Wiedervereinigung für die aktuelle Vermögensverteilung

Die heutige Verteilung der Vermögen in Ost- und Westdeutschland steht in engem Zusammenhang mit der Trennung in Ostdeutschland (DDR) und Westdeutschland (BRD) im Zeitraum ab 1949 bis 1990. Die bisherigen Abbildungen haben die Trennung in Ost- und Westdeutschland entlang des Wohnorts der Individuen zum Zeitpunkt der jeweiligen Befragung, also 2002, 2007, 2012 und 2017, vorgenommen.

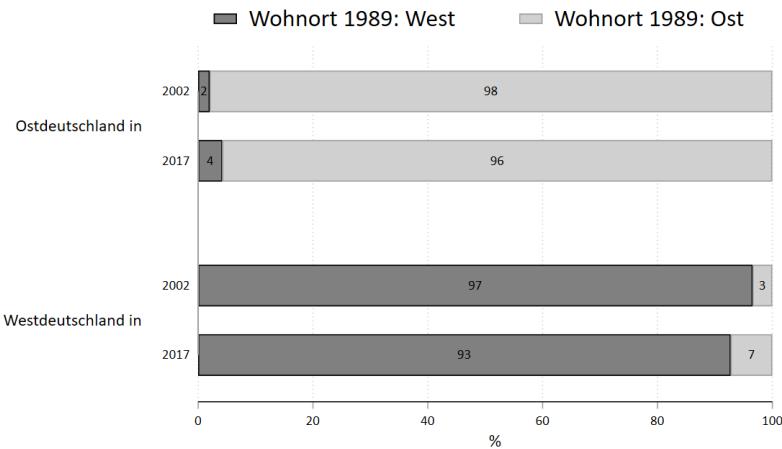
**Abbildung 7-4: Entwicklung des Vermögens in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf nach dem Wohnort in 1989**



Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung. Ohne Personen unter 30 Jahren.

Ein ähnliches Bild der Vermögen von Individuen ergibt sich, wenn nach dem tatsächlichen Wohnort im Jahr 1989 gefragt wird (Abbildung 7-4).

Abbildung 7-5: Anteil der Bevölkerung nach Wohnort in 1989

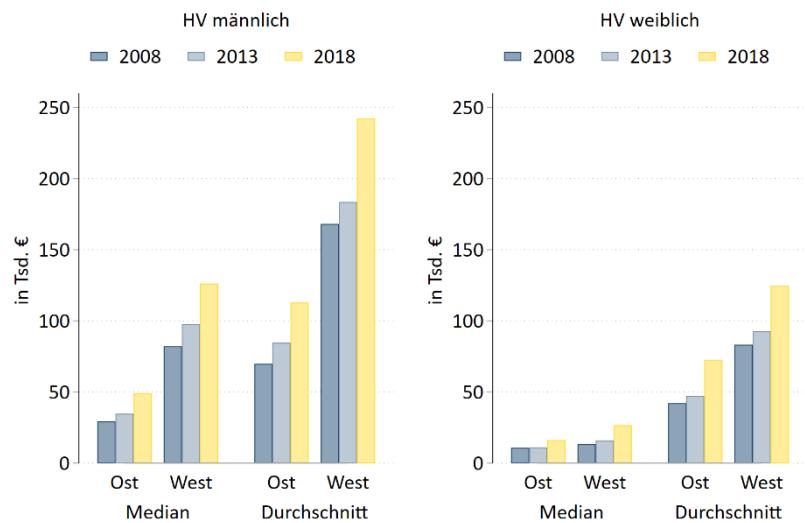


Quelle: SOEP v38R1, eigene Darstellung.

Abbildung 7-5 zeigt, wie sich die Bevölkerung in Ost und Westdeutschland in den Jahren 2002 sowie 2017 zusammensetzte und differenziert dabei nach den Bevölkerungsgruppen, die in 1989 ihren Wohnort in Ost- bzw. Westdeutschland hatten. Im Jahr 2002 setzte sich die damalige Bevölkerung zu 98 Prozent aus Personen zusammen, die bereits 1989 in Ostdeutschland wohnten. Die verbleibenden 2 Prozent der Bevölkerung in Ostdeutschland lebten 1989 noch in Westdeutschland. Betrachtet man die Anteile für das Jahr 2002 in Westdeutschland, so beträgt der Anteil derer, die ihren Wohnsitz bereits 1989 in Westdeutschland hatten 97 Prozent, während 3 Prozent aus Ostdeutschland stammten.

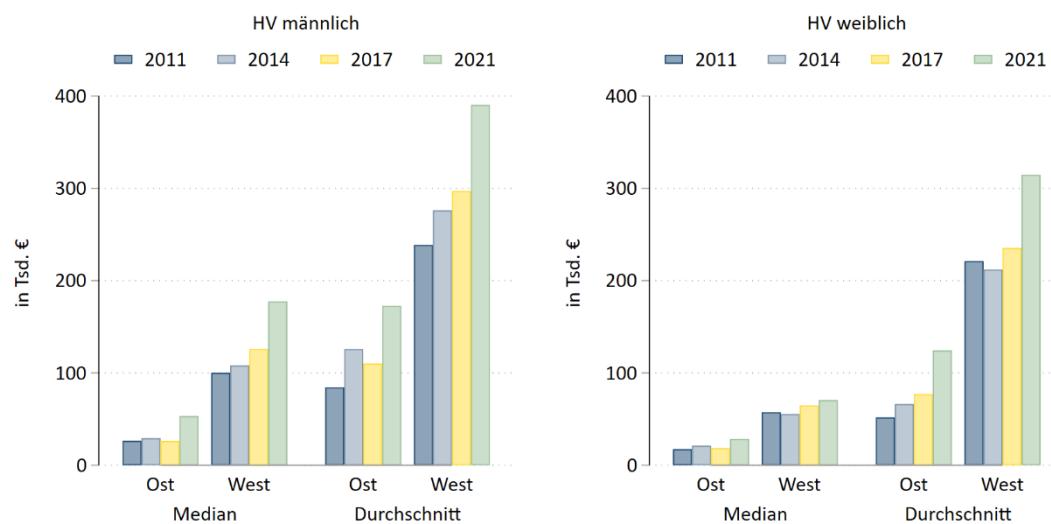
### 7.1.3 Subgruppenanalysen in den Daten der EVS und PHF (Haushaltsebene)

Abbildung 7-6: Entwicklung des Vermögens in Ost- und Westdeutschland für Frauen und Männer im Zeitverlauf (EVS)



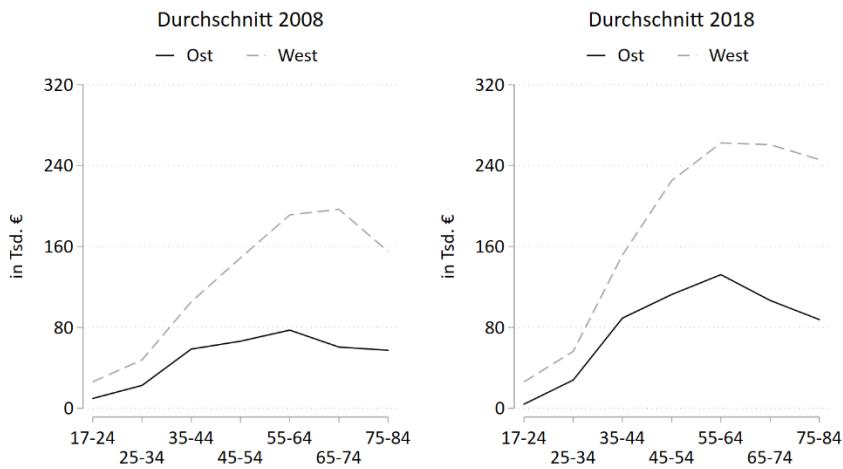
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen.

Abbildung 7-7: Entwicklung des Vermögens in Ost- und Westdeutschland für Frauen und Männer im Zeitverlauf (PHF)



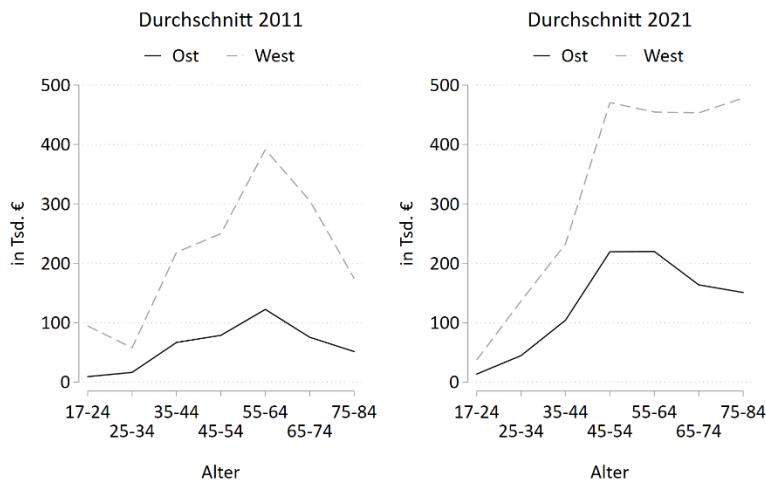
Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung.

Abbildung 7-8: Durchschnittliches Vermögen nach Altersgruppen (EVS)



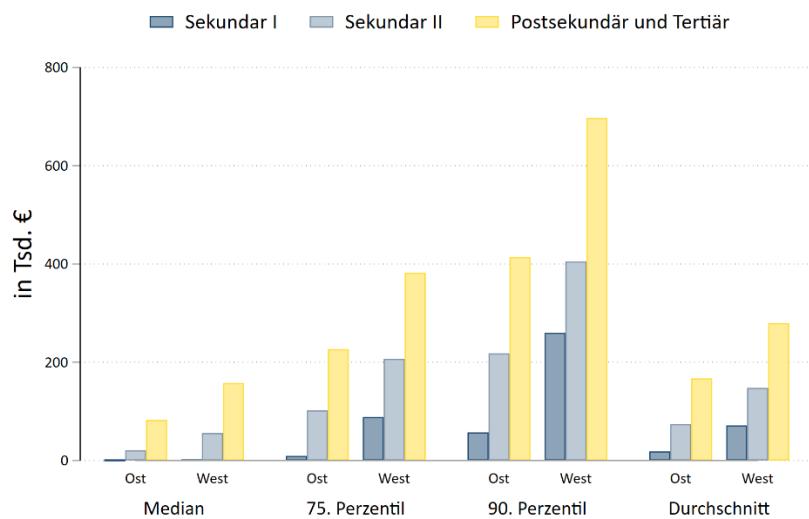
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen.

Abbildung 7-9: Durchschnittliches Vermögen nach Altersgruppen (PHF)



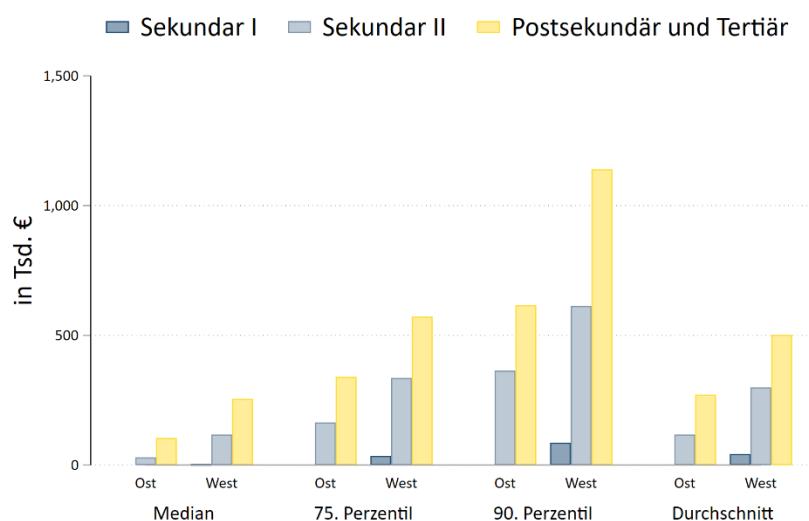
Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung.

Abbildung 7-10: Durchschnitt, Median und ausgewählte Perzentile des Vermögens nach Bildungsabschluss in 2018 (EVS)



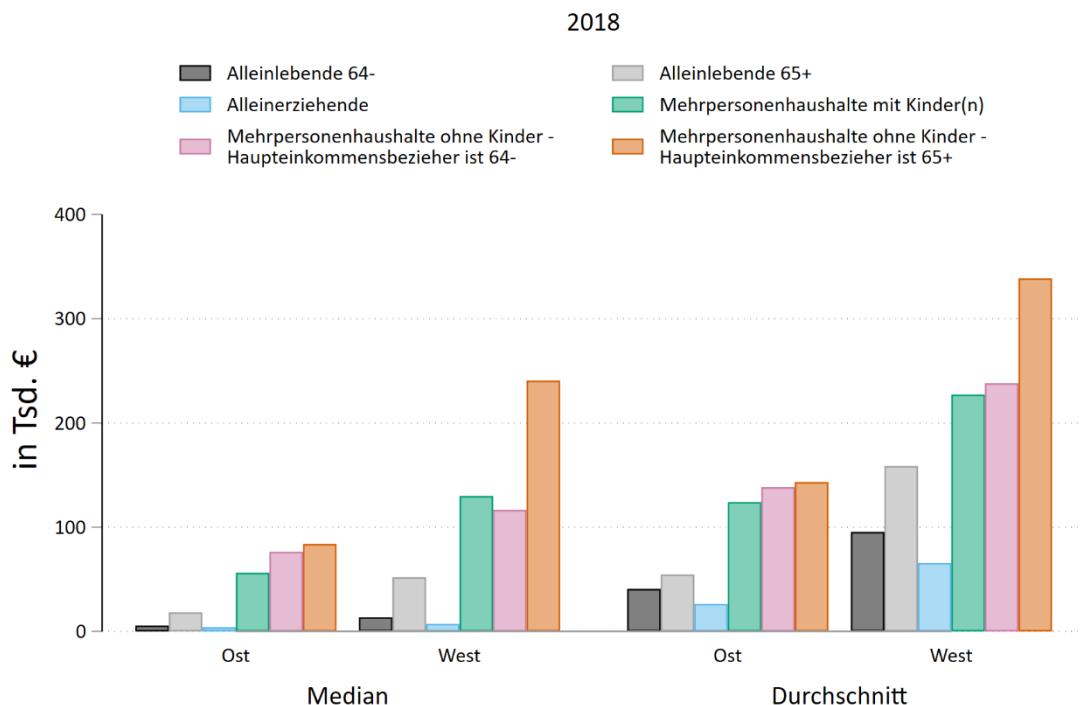
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen.

Abbildung 7-11: Durchschnitt, Median und ausgewählte Perzentile des Vermögens nach Bildungsabschluss in 2021 (PHF)



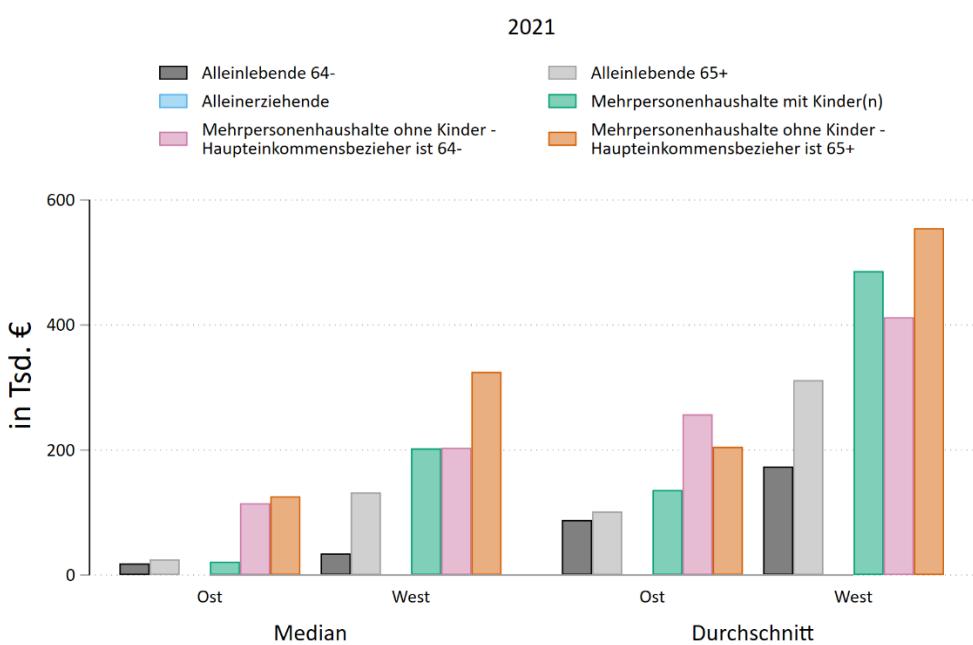
Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung. Hinweis: Aufgrund geringer Fallzahlen werden die Vermögenswerte für Haushalte in Ostdeutschland, dessen HV einen Sekundar I Abschluss besitzt, nicht dargestellt.

Abbildung 7-12: Median und Durchschnitt des Vermögens nach Haushaltstyp (EVS)



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen.

Abbildung 7-13: Median und Durchschnitt des Vermögens nach Haushaltstyp (PHF)

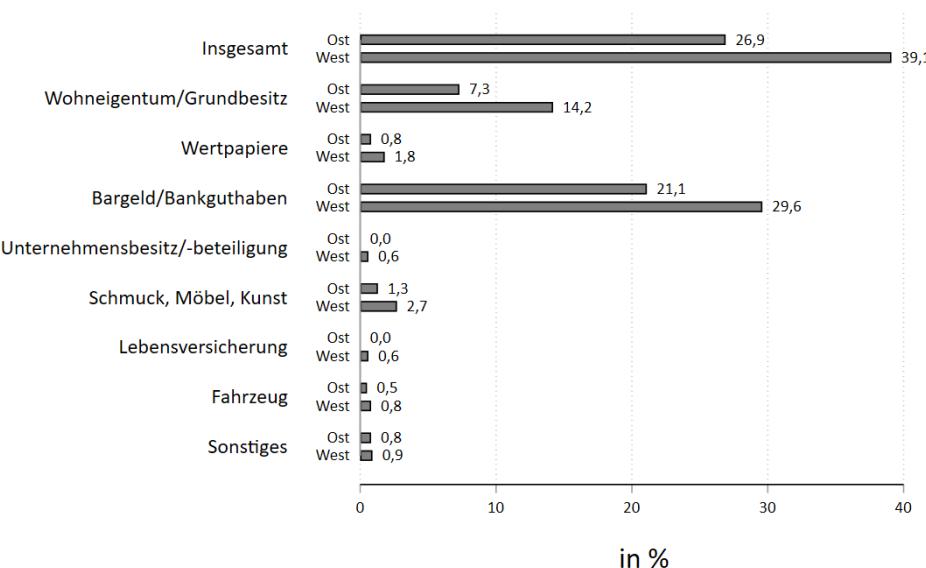


Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung. Hinweis: Aufgrund geringer Fallzahlen werden die Vermögenswerte für Alleinerziehende nicht dargestellt.

### 7.1.4 Vermögensaufbau in den Daten des PHF (Haushaltsebene)

Im PHF sind Angaben zu Erbschaften/Schenkungen enthalten, die sich auf das gesamte Leben beziehen. Allerdings sind auf der Haushaltsebene die Anteile derjenigen mit mindestens einer erhaltenen Erbschaft/Schenkung nicht direkt mit den individuellen Angaben vergleichbar, da sie alle Haushaltsmitglieder inkludieren. Durch diese Aggregation fallen die Anteile höher aus. Neben dem längeren Zeitraum der Erbschaften werden im PHF zudem Schmuck, Möbel und Kunstgegenstände sowie Lebensversicherungen und Fahrzeuge getrennt ausgewiesen. Wie Abbildung 7-14 zeigt, ergeben sich nahezu identische Befunde wie auf individueller Ebene. Die feinere Zerlegung in verschiedene Erbschaftskomponenten deutet an, dass auch Schmuck, Möbel und Kunst in Westdeutschland häufiger vererbt werden als in Ostdeutschland.

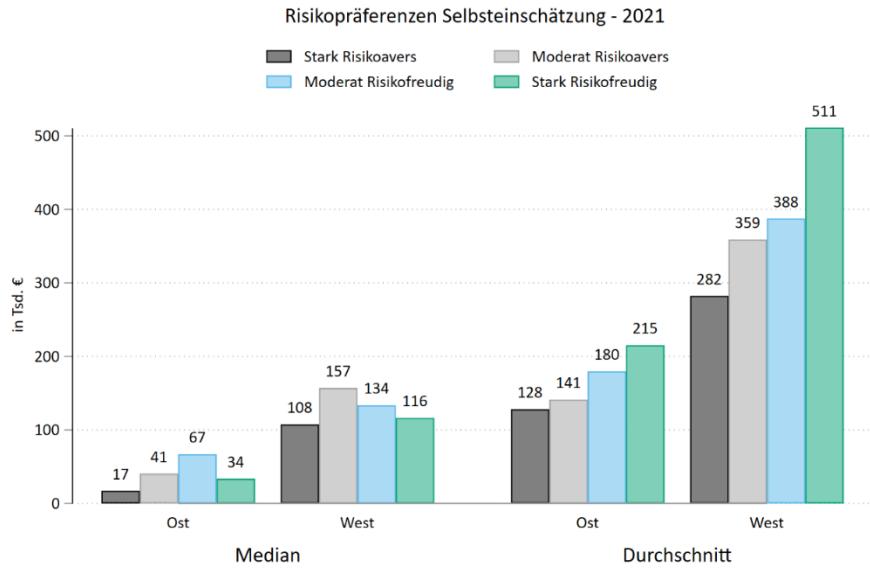
Abbildung 7-14: Haushalte mit Erbschaften bzw. Schenkungen insgesamt (PHF)



Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung.

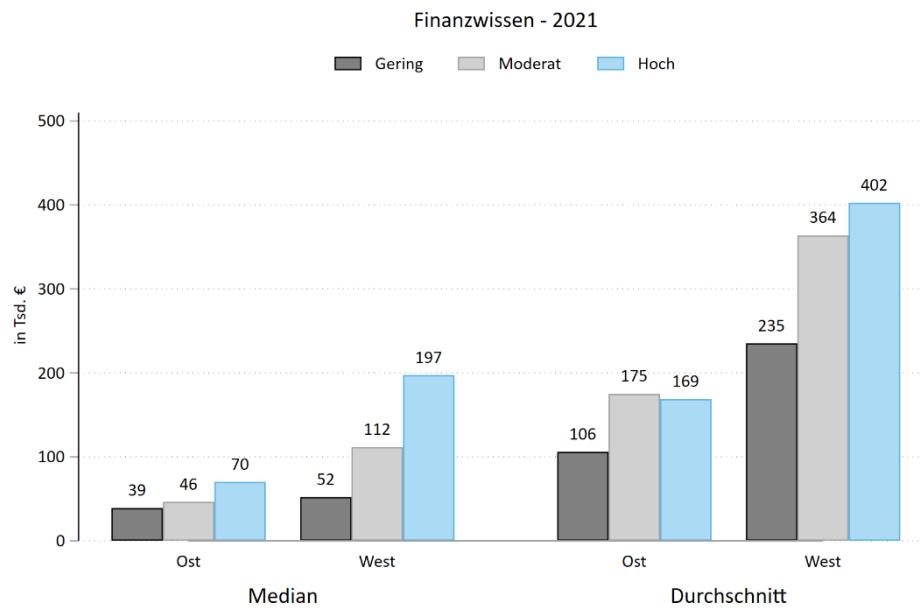
### 7.1.5 Ausgewählte Determinanten der Vermögensbildung

Abbildung 7-15: Vermögen nach Risikopräferenzen (PHF)



Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung.

Abbildung 7-16: Vermögen nach der *financial literacy* (PHF)

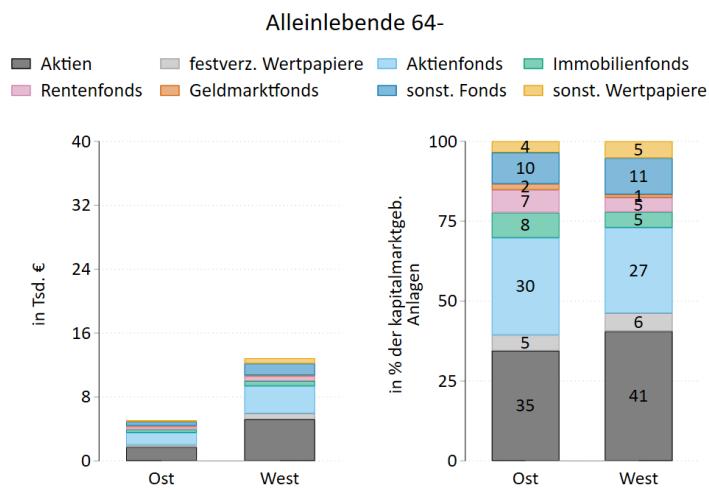


Quelle: Deutsche Bundesbank Panel on Household Finances, eigene Darstellung.

## 7.2 Anhang – Arbeitspaket 2

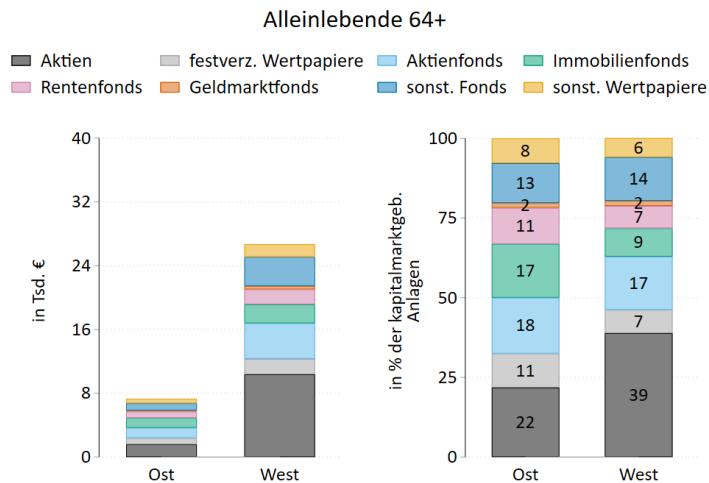
### 7.2.1 Anlageverhalten nach Haushaltstyp

Abbildung 7-17: Nutzung verschiedener Anlageformen von Alleinlebenden mit höchstens 64 Jahren im Jahr 2018 (EVS)



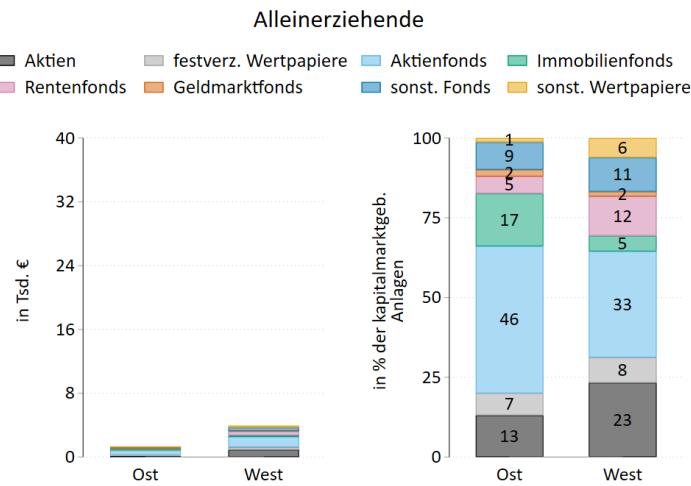
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

Abbildung 7-18: Nutzung verschiedener Anlageformen von Alleinlebenden über 64 Jahren im Jahr 2018 (EVS)



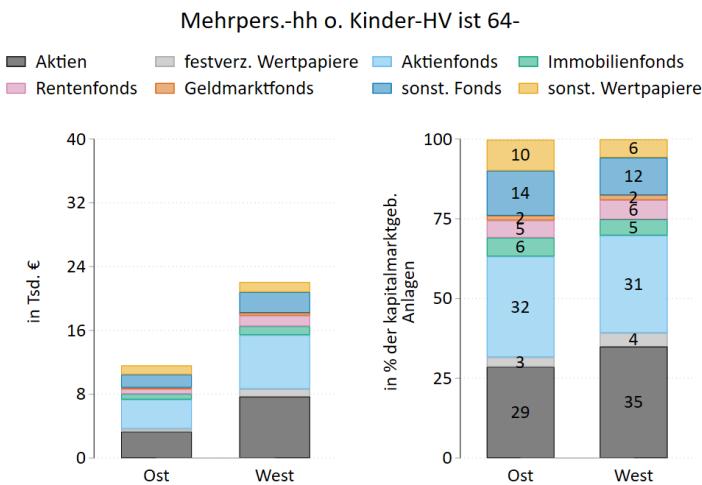
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

**Abbildung 7-19: Nutzung verschiedener Anlageformen von Alleinerziehenden im Jahr 2018 (EVS)**



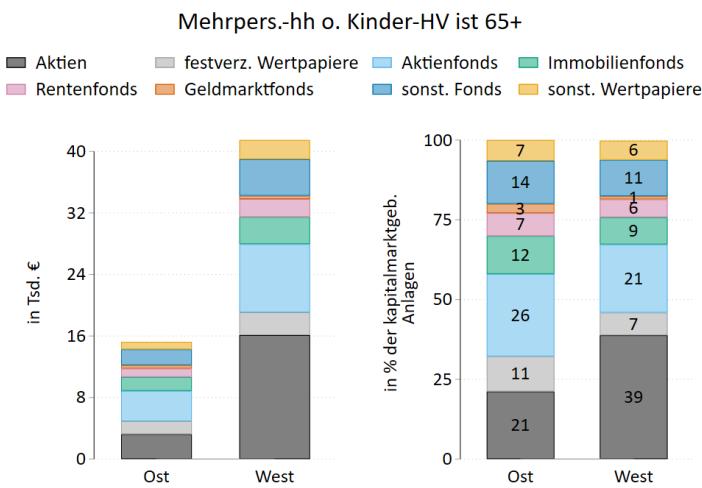
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

**Abbildung 7-20: Nutzung verschiedener Anlageformen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder mit HV im Alter von höchstens 64 Jahren im Jahr 2018 (EVS)**



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

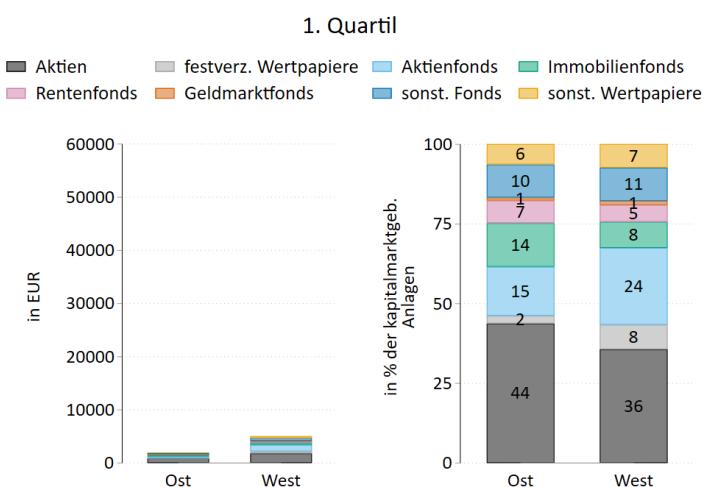
**Abbildung 7-21: Nutzung verschiedener Anlageformen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder mit HV im Alter von mindestens 65 Jahren im Jahr 2018 (EVS)**



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

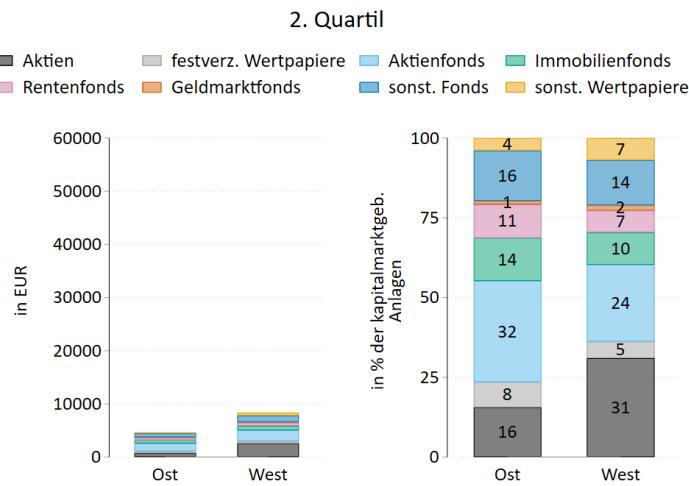
## 7.2.2 Anlageverhalten nach Position auf der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen

**Abbildung 7-22: Nutzung verschiedener Anlageformen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung im Jahr 2018: Haushalte im ersten Quartil (EVS)**



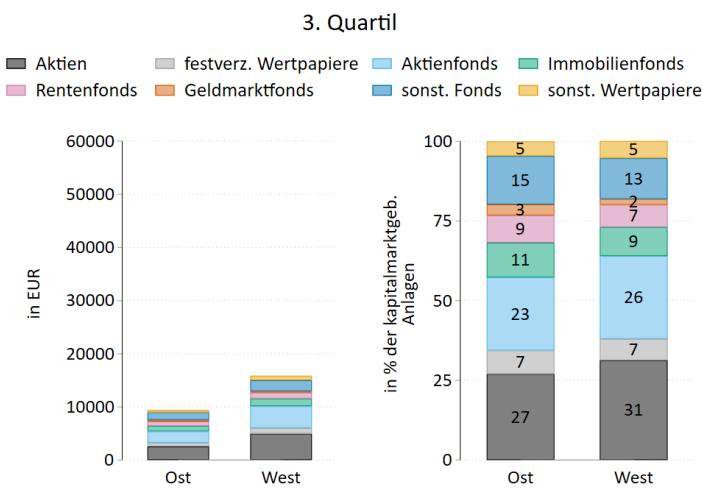
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

**Abbildung 7-23: Nutzung verschiedener Anlageformen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung im Jahr 2018: Haushalte im zweiten Quartil (EVS)**



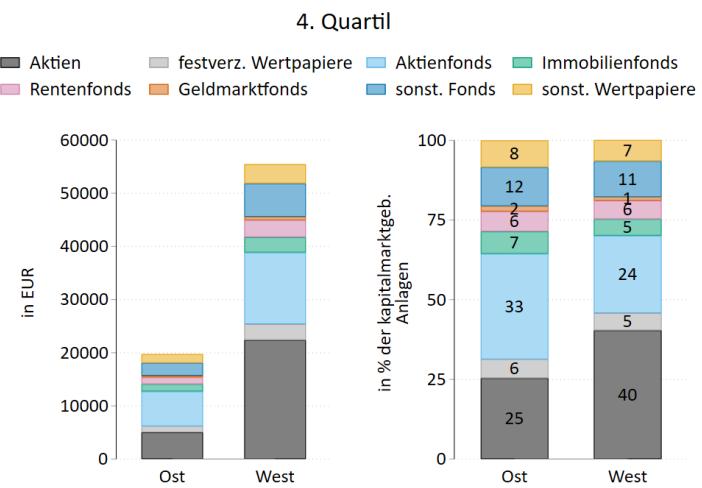
Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

**Abbildung 7-24: Nutzung verschiedener Anlageformen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung im Jahr 2018: Haushalte im dritten Quartil (EVS)**



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

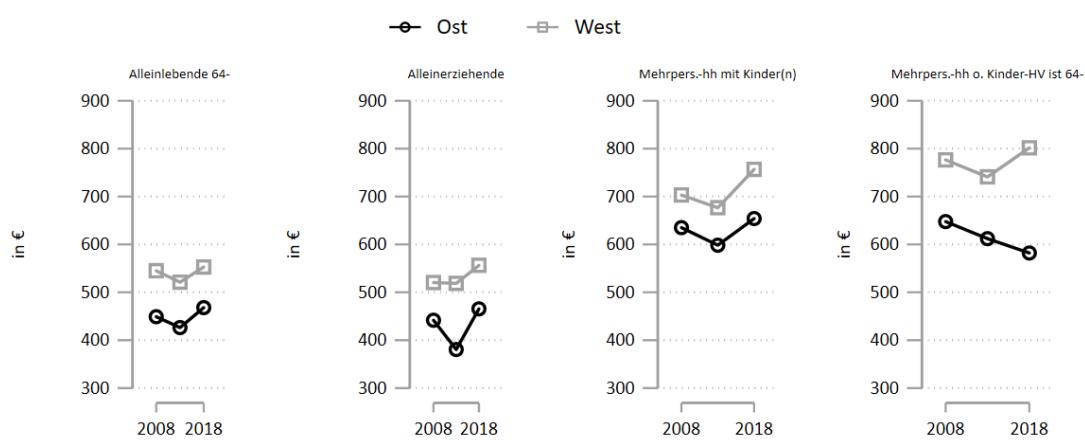
Abbildung 7-25: Nutzung verschiedener Anlageformen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung im Jahr 2018: Haushalte im vierten Quartil (EVS)



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, eigene Berechnungen.

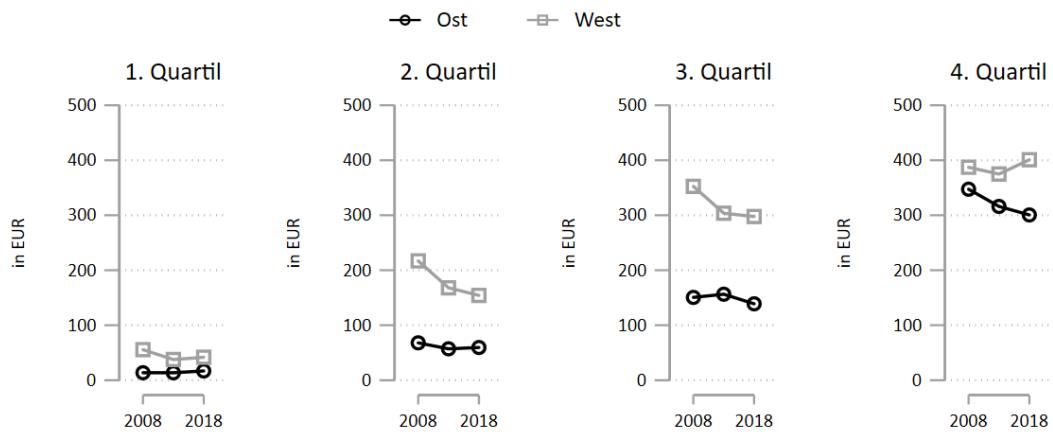
### 7.2.3 Höhe der vermögenswirksamen Leistungen nach Haushaltstyp und Position auf der Nettoäquivalenzverteilung

Abbildung 7-26: Höhe der vermögenswirksamen Leistungen nach Haushaltstyp (EVS)



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen

Abbildung 7-27: Höhe der vermögenswirksamen Leistungen nach Position auf der Nettoäquivalenzverteilung (EVS)



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/63211.2018.00.04.3.1.2, 10.21242/63221.2013.00.04.3.1.1 und 10.21242/63221.2008.00.04.3.1.1, eigene Berechnungen

## 7.3 Anhang – Arbeitspaket 3

### 7.3.1 Screening-Fragebogen

#### Screening-Fragebogen

##### 1.1 Einführung

###### 1.1.1 Wichtige Hinweise: Bitte sorgfältig lesen.

Herzlich willkommen zur Kurzbefragung im Rahmen der Studie „Vermögensbildung und Bewertung von Anlageformen und Förderinstrumenten“. Mit der wissenschaftlichen Studie erforschen wir, ob und inwieweit die Menschen in Deutschland bestimmte Anlageformen und Förderinstrumente nutzen, um Vermögen aufzubauen. Ein Teil der Untersuchung sind Gruppendiskussionen mit jeweils sechs bis acht Teilnehmenden, in denen wir Menschen miteinander ins Gespräch bringen, um gemeinsam über die Sichtweisen zu verschiedenen Anlageformen und Förderinstrumenten zu diskutieren. Es geht dabei nicht um Ihre persönliche Vermögenssituation.

Die Studie ist von einem öffentlichen Auftraggeber beauftragt und es werden keine kommerziellen Interessen verfolgt.

Wir möchten Sie einladen, an einer Gruppendiskussion teilzunehmen. Die Gruppendiskussionen werden im Oktober und November 2024 stattfinden und jeweils etwa zwei bis drei Stunden dauern. Für Ihre vollständige Teilnahme erhalten Sie bei Vorliegen einer gültigen Bankverbindung danach eine Aufwandsentschädigung in Höhe von [100 Euro Präsenz / 50 Euro online]. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Für die Teilnahme an den Gruppendiskussionen sind keine besonderen Vorkenntnisse erforderlich. Für die Teilnahme an einer Online-Gruppendiskussion ist es erforderlich, dass Sie über einen internetfähigen Computer mit Mikrofon und Kamera oder ein mobiles Endgerät (Tablet, Smartphone) verfügen. Während der gesamten Dauer der Gruppendiskussion sollten Sie an einem Ort mit Strom- und Internetanschluss möglichst ungestört sein. Ihre Teilnahme ist selbstverständlich jederzeit freiwillig. Weitere Informationen enthält auch das beiliegende Datenschutzblatt.

Zur Vorbereitung der Gruppendiskussionen und zur Auswahl der Teilnehmenden führen wir die folgende Kurzbefragung durch. Diese ist eine Voraussetzung für Ihre Teilnahme an einer Gruppendiskussion. Für die Beantwortung der Fragen brauchen Sie fünf bis zehn Minuten.

Wie ist der weitere Ablauf? Nach Ihrer Teilnahme an der Kurzbefragung nehmen wir Sie in unsere Teilnehmendenpool für die Gruppendiskussionen auf. Wenn Sie für die Teilnahme ausgewählt werden, melden wir uns in den nächsten Wochen bei Ihnen per E-Mail oder telefonisch und laden Sie zu einem konkreten Termin zur Teilnahme an einer Gruppendiskussion ein.

###### 1.1.2 Hinweise zum Datenschutz und Einwilligung zur Teilnahme

Wenn Sie an der Befragung und an einer der Gruppendiskussionen teilnehmen möchten, brauchen wir Ihre Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Bitte lesen Sie die beiliegenden Hinweise sorgfältig, bevor Sie einwilligen (Verlinkung Datenschutz und Einwilligung). Bei Fragen können Sie sich jederzeit gerne über die kostenlose Hotline unter 0800/5254500 an uns wenden.

## 1.2 Fragenprogramm

### 1.2.1 Allgemeine Merkmale der Person und des Haushalts

#### 1.2.1.1 In welchem Jahr sind Sie geboren?

\_\_\_\_\_ Angabe Geburtsjahr

(→ 2006 oder später sowie 1957 oder früher: Ende der Befragung)

#### 1.2.1.2 Ist deutsch Ihre Muttersprache bzw. sprechen Sie fließend deutsch, so dass Sie an einer zwei- bis dreistündigen Gruppendiskussion zu Finanzthemen teilnehmen können?

- a) Ja
- b) Nein (→ Ende der Befragung)

#### 1.2.1.3 Sind Sie aktuell oder waren Sie innerhalb der letzten drei Jahre berufstätig, in Ausbildung oder ehrenamtlich tätig?

- a) Ja
- b) Nein → weiter mit Frage 4.2.1.5

#### 1.2.1.4 Wenn ja, in welcher Branche waren bzw. sind Sie überwiegend tätig?

- 1) Produktion/Verarbeitendes Gewerbe
- 2) Handel
- 3) Transport, Logistik
- 4) Verwaltung
- 5) Lehre, Erziehung
- 6) Gesundheitsberufe
- 7) IT, Telekommunikation
- 8) Werbung, Grafik, Kommunikation
- 9) Marktforschung → Ende der Befragung
- 10) Medien → Ende der Befragung
- 11) Politik → Ende der Befragung
- 12) Finanz- und Versicherungsdienstleistungen → Ende der Befragung
- 13) Sonstige Dienstleistungen
- 14) Andere Branche, und zwar: \_\_\_\_\_

#### 1.2.1.5 Welchem Geschlecht fühlen Sie sich zugehörig?

- a) Männlich
- b) Weiblich
- c) Divers

#### 1.2.1.6 Wie viele Personen gehören – Sie selbst eingeschlossen – zu dem Haushalt, in dem Sie leben?

Anzahl Personen \_\_\_\_\_

*Info: Zum Haushalt gehören Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Dazu zählen:*

- die Person, die den größten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen leistet (Hauptperson),
- deren Ehe-, Lebenspartnerin / Lebenspartner oder Lebensgefährtin / Lebensgefährte,
- im Haushalt lebende Kinder der oben genannten Personen,
- verwandte oder verschwiegene Personen, die im Haushalt leben sowie
- sonstige familienfremde Personen, die im Haushalt leben.

### 1.2.2 Regionale Herkunft

#### 1.2.2.1 In welchem Bundesland leben Sie aktuell?

- 1) Baden-Württemberg
- 2) Bayern
- 3) Berlin
- 4) Brandenburg
- 5) Bremen
- 6) Hamburg
- 7) Hessen
- 8) Mecklenburg-Vorpommern
- 9) Niedersachsen
- 10) Nordrhein-Westfalen
- 11) Rheinland-Pfalz
- 12) Saarland
- 13) Sachsen
- 14) Sachsen-Anhalt
- 15) Schleswig-Holstein
- 16) Thüringen
- 17) Außerhalb Deutschlands (**→ Ende der Befragung**)

#### 1.2.2.2 Wo sind Sie geboren?

- a) In Ostdeutschland (DDR bis 1990, danach neue Bundesländer)
- b) In Westdeutschland (BRD bis 1990, danach alte Bundesländer)
- c) Außerhalb Deutschlands

#### 1.2.2.3 [wenn Geburtsjahr 1989 oder früher]

Wo haben Sie bis zur deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 vorwiegend gelebt?

- a) In der DDR
- b) In der BRD
- c) Außerhalb Deutschlands

#### 1.2.2.4 [wenn Geburtsjahr 1990 oder später]

Wo haben Ihre Eltern bis zur deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 vorwiegend gelebt?

- a) Beide in der DDR
- b) Beide in der BRD
- c) Beide außerhalb Deutschlands
- d) Meine Mutter und mein Vater haben an verschiedenen Orten gelebt

### 1.2.3 Schulische und berufliche Bildung

#### 1.2.3.1 Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

Wenn Sie mehrere Abschlüsse haben, geben Sie bitte nur den höchsten Abschluss an.

- a) keinen (oder noch keinen) Schulabschluss
- b) Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schule
- c) Haupt- / Volksschulabschluss
- d) Abschluss der Polytechnischen Oberschule (POS) der DDR (8. bis 10. Klasse)
- e) Realschulabschluss (Mittlere Reife) oder gleichwertiger Abschluss
- f) Fachhochschulreife
- g) Abitur (allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife)

- h) Sonstiges, und zwar (offen):

**1.2.3.2 Welchen höchsten beruflichen Ausbildungs- oder Hochschul- / Fachhochschulabschluss haben Sie?**

*Wenn Sie mehrere Abschlüsse haben, geben Sie bitte nur den höchsten Abschluss an.*

- a) keinen (oder noch keinen) beruflichen Ausbildungs- oder Hochschul- / Fachhochschulabschluss
- b) Anlernausbildung, berufliches Praktikum (mindestens 12 Monate) oder Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)
- c) Lehre, Berufsausbildung im dualen System oder berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfachschulen / Kollegschen
- d) Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung
- e) Meister / -in, Techniker / -in oder gleichwertiger Fachschulabschluss
- f) Hochschul- / oder Fachhochschulabschluss
- g) Sonstiges, und zwar (offen):

**1.2.4 Einkommen**

**1.2.4.1 Wenn Sie die durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsglieder zusammenzählen, wie hoch ist dann das monatliche Haushaltsnettoeinkommen?**

*Wenn Sie es nicht genau wissen, bitte schätzen Sie.*

- a) bis unter 1.500 Euro
- b) 1.500 bis unter 2.000 Euro
- c) 2.000 bis unter 3.000 Euro
- d) 3.000 bis unter 4.000 Euro
- e) 4.000 bis unter 5.000 Euro
- f) 5.000 bis unter 7.500 Euro
- g) 7.500 Euro und mehr

*Info: Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist die Summe der monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsglieder. Es errechnet sich aus den im Laufe des Vorjahres erzielten Bruttoeinkünften abzüglich Steuern, Beiträgen zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und gesetzlichen Rentenversicherung geteilt durch 12. Bitte denken Sie auch an das Einkommen der Kinder sowie Einkommen, das nicht eindeutig einer Person im Haushalt zugeordnet werden kann, z. B. Vermögenseinkommen. Bitte berücksichtigen Sie insbesondere auch:*

- Lohn / Gehalt,
- Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit,
- Rente / Pension,
- Weihnachtsgeld, 13. / 14. Monatsgehalt, Urlaubsgeld,
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
- Einnahmen aus Vermögen (Zinsen, Dividenden),
- Unterhaltszahlungen,
- BAföG, Stipendien,
- Sonderzahlungen (Abfindungen, Bonuszahlungen u. Ä.),
- Öffentliche Zahlungen (Wohngeld, Elterngeld, Arbeitslosengeld u. Ä.),
- Einnahmen aus Nebenerwerbstätigkeit.

#### 1.2.4.2 Sind Sie die Haupteinkommensperson in Ihrem Haushalt?

*Haupteinkommensperson: Diejenige Person im Haushalt mit dem höchsten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen*

- a) Ja
- b) Nein
- c) Ich bin eine von mehreren Haupteinkommenspersonen

#### 1.2.5 Vermögen und Anlagen

##### 1.2.5.1 Sind Sie persönlich oder ein Mitglied Ihres Haushaltes Eigentümer/in des Hauses, das Sie selbst bewohnen beziehungsweise der Wohnung, in der Sie selbst wohnen?

- a) Ja
- b) Nein

##### 1.2.5.2 Haben Sie oder ein Mitglied Ihres Haushaltes, abgesehen von selbst genutztem Wohneigentum, sonstigen Haus- oder Grundbesitz?

*Mehrfachnennungen möglich*

- a) Ja, Wohnimmobilien
- b) Ja, Gewerbeimmobilien
- c) Ja, sonstiges (z.B. Wald, Feld, Bauland)
- d) Nein

##### 1.2.5.3 Welche der folgenden Aktivitäten zum Aufbau von Vermögen haben Sie im Laufe Ihres Lebens bereits genutzt?

*Mehrfachnennungen möglich*

- a) Geld auf einem Sparbuch oder als Festgeld anlegen (Sparen)
- b) Erwerb von Immobilien
- c) Erwerb von Wertpapieren (z.B. Aktien, Fonds, Anleihen, ETFs)
- d) Nutzung von Programmen zur privaten Altersvorsorge (Riester-Rente, Rurüp-Rente, private Rentenversicherung)
- e) Nutzung staatlicher Förderprogramme zur Bildung von Vermögen (z.B. Riester-Rente, Wohnungsbauprämie)
- f) Erwerb von Sammlerobjekten (z.B. Kunst, Münzen, Oldtimer)
- g) Sonstige, und zwar:
- h) Keine
- i) Weiß nicht

#### 1.2.6 Sparentscheidungen

Am Ende dieses Abschnitts haben wir noch ein paar Fragen, bei denen es darum geht, Sparentscheidungen besser zu verstehen:

##### 1.2.6.1 Angenommen, Sie haben 100 Euro Guthaben auf Ihrem Sparkonto. Dieses Guthaben wird mit 2% pro Jahr verzinst, und Sie lassen es 5 Jahre auf Ihrem Konto. Was meinen Sie: Wie viel Guthaben weist Ihr Sparkonto nach 5 Jahren auf?

- a) Mehr als 102 €
- b) Genau 102 €
- c) Weniger als 102 €
- d) Weiß nicht

1.2.6.2 Angenommen, die Verzinsung Ihres Sparkontos beträgt 1 % pro Jahr und die Inflationsrate beträgt 2 % pro Jahr. Was glauben Sie: Werden Sie nach einem Jahr mit dem Guthaben des Sparkontos genauso viel, mehr oder weniger als heute kaufen können?

- a) Mehr
- b) Genauso viel
- c) Weniger
- d) Weiß nicht

1.2.6.3 Stimmen Sie der folgenden Aussage zu: „Die Anlage in Aktien eines einzelnen Unternehmens ist weniger riskant als die Anlage in einem Aktienfonds“?

- a) Stimme zu
- b) Stimme nicht zu
- c) Weiß nicht

### 1.3 Abschluss – wie geht es weiter

1.3.1.1 [Filter geknüpft an Merkmale] Für die Durchführung der Gruppendiskussion ist der [folgende Termin/die folgenden Termine] geplant. Geben Sie bitte an, ob dieser zeitlich für Sie passt.

TERMIN ja/nein

[TERMIN = 30.10. von 15- max. 18 Uhr if

TERMIN = 06.11. von 18- max. 21 Uhr if

TERMIN = 13.11. von 18- max. 21 Uhr if

TERMIN = 16.11 von 09- max. 12 Uhr if

TERMIN = 19.11 von 18- max. 21 Uhr if

TERMIN = 23.11 von 09- max. 12 Uhr if]

Ich kann an keinem der angegebenen Termin, würde aber gerne teilnehmen.

1.3.1.2 Geben Sie hier gerne an, an welchen Wochentagen/zu welchen Uhrzeiten es Ihnen am besten passen würde: [offen]

1.3.1.3 [Nur für Online-Befragung] Für die Teilnahme an einer Online-Gruppendiskussionen ist es erforderlich, dass Sie über einen internetfähigen Computer mit Mikrofon und Kamera oder ein mobiles Endgerät (Smartphone, Tablet) verfügen. Während der gesamten Dauer der Gruppendiskussion sollten Sie an einem Ort mit Strom- und Internetanschluss möglichst ungestört sein. Erfüllen Sie diese Voraussetzung?

Ja/Nein

1.3.1.4 Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme an dieser kurzen Befragung. Wenn Sie für eine Gruppendiskussion ausgewählt werden, kontaktieren wir Sie in nächster Zeit mit einer Terminbestätigung und weiteren Informationen. Dafür benötigen wir die Angabe und das Einverständnis der Nutzung Ihrer Kontaktdaten für die weitere Kontaktierung zur Studie von Ihnen. Ihr Name wird in der Gruppendiskussion zur Ansprache genutzt.

[intern: evt. nochmals Datenschutzhinweis: Ihre hier angegebenen personenbezogenen Daten werden ausschließlich vom SOKO Institut und vom IAW verarbeitet. Es erfolgt keine Weitergabe Ihrer Daten an Dritte und keine Verwendung Ihrer Daten für andere Zwecke als diese Studie. Weitere Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können Sie dem Datenschutzblatt entnehmen.]

## 7.3.2 Themenliste der Fokusgruppen

---

### 1 Moderationsleitfaden der Fokusgruppen

#### 1.1 Einführung und Begrüßung (5 Minuten)

- Klärung technischer und organisatorischer Fragen
- Ablauf der Gruppendiskussion

#### 1.2 Vorstellungsrunde (10 Minuten)

- Vorstellungsrunde der Teilnehmer\*innen, Name, Alter, Tätigkeit und Erfahrungen mit Vermögensbildung
- Einstiegsfrage: „Was würden Sie tun, wenn Sie sich nicht um Geld sorgen müssten?“

#### 1.3 Diskussionsrunde: Verständnis und Bedeutung von Vermögen(-sbildung) (15 Minuten)

- Verständnis und Vorstellungen vom Begriff „Vermögen“
- Motive und Gründe für den Vermögensaufbau
- Vorgehensweisen und Wege zum Vermögensaufbau

#### 1.4 Diskussionsrunde: Treiber und Barrieren für die Nutzung verschiedener Anlageformen (30 Minuten)

- Erfahrungen der Teilnehmenden mit Anlageformen zum Vermögensaufbau
- Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken der Geldanlage allgemein und von einzelnen Anlageformen
- Gründe für die Nutzung bestimmter Anlageformen zum Vermögensaufbau

#### 1.5 Diskussionsrunde: Strategien zur Vermögensbildung (20 Minuten)

- Was würde man einer Familie raten, die überraschend 100.000 Euro erbt? Was würde man selbst tun?
- Bedeutung von Sicherheit, Risiko und Rendite bei der Auswahl von Anlageformen
- Begründungen und Motivationen bzw. Vorgehensweisen zur Vermögensbildung
- Einflussfaktoren auf erfolgreiche Vermögensbildung

#### 1.6 Nutzung und Gestaltung von staatlichen Förderinstrumenten (25 Minuten)

- Sollte der Staat die Vermögensbildung der Bürgerinnen und Bürger unterstützen / fördern?
- Nutzung und Bedeutung staatlicher Unterstützung bei der Vermögensbildung
- Bewertung staatlicher Förderinstrumente
- Mögliche zukünftige Ausgestaltung staatlicher Förderinstrumente zur Vermögensbildung

#### 1.7 Schlussrunde: Einflussfaktoren auf die Vermögensbildung (10 Minuten)

- Von welchen individuellen Merkmalen und von welchen Rahmenbedingungen hängt die (erfolgreiche) Bildung von Vermögen ab?
- Ausgangssituation
- Persönliche Voraussetzungen, Werte und Einstellungen
- Herkunft, Wohnort, Stadt-Land- und Ost-West-Unterschiede

#### 1.8 Abschluss und Zusammenfassung der Diskussion / Feedback zur Veranstaltung

- Zusammenfassung
- Feedback der Teilnehmenden

#### 1.9 Verabschiedung (5 Minuten)

### 7.3.3 Soziodemografische Merkmale der Teilnehmenden

ID	Alter	Geschlecht	Branche	Akt. Wohnort	Herkunft	Einkommen	Bildungsstand	Schul-abschluss	Beruflicher Abschluss
113	55	M	Sonstige Dienstleistungen	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre
130	60	W	Gesundheitsberufe	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre
159	68	W	Handel	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Niedrig	Haupt- / Volks-schule	Lehre
160	68	M	nicht erwerbstätig	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Niedrig	Haupt- / Volks-schule	Lehre
193	64	W	Produktion / Verarbeitendes Gewerbe	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	5.000 bis unter 7.500 Euro	Niedrig	Haupt- / Volks-schule	Lehre
221	56	M	Produktion / Verarbeitendes Gewerbe	Sachsen	Ostdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Hoch	Polytechnische Oberschule der DDR	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
223	49	W	Verwaltung	Sachsen	Ostdeutsch	5.000 bis unter 7.500 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
224	56	W	Gesundheitsberufe	Sachsen	Ostdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre
225	49	M	Lehre, Erziehung	Sachsen	Ostdeutsch	2.000 bis unter 3.000 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
229	47	M	Gesundheitsberufe	Nordrhein-Westfalen	Sonstiges	3.000 bis unter 4.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	MBO-Fachdiplom
230	56	M	nicht erwerbstätig	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	2.000 bis unter 3.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	(noch) kein Abschluss
231	59	W	Transport, Logistik	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre

ID	Alter	Geschlecht	Branche	Akt. Wohnort	Herkunft	Einkommen	Bildungsstand	Schul-abschluss	Beruflicher Abschluss
232	65	M	Transport, Logistik	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Niedrig	Haupt- / Volks-schule	Lehre
234	62	M	Produktion / Verarbeiten des Ge-werbe	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	2.000 bis unter 3.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre
248	43	W	Sonstige Dienst-leistungen	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	5.000 bis unter 7.500 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhoch-schulabschluss
252	51	W	Handel	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	1.500 bis unter 2.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre
254	66	W	Lehre, Erziehung	Sachsen	Ostdeutsch	5.000 bis unter 7.500 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhoch-schulabschluss
255	30	M	Verwaltung	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	1.500 bis unter 2.000 Euro	Hoch	Abitur	(noch) keinen Abschluss
258	63	M	Gesundheitsbe-rufe	Sachsen	Ostdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Mittel	Polytechnische Oberschule der DDR	Lehre
261	63	M	IT, Telekommuni-kation	Sachsen	Ostdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhoch-schulabschluss
263	39	W	Sonstige Dienst-leistungen	Sachsen-An-halt	Ostdeutsch	2.000 bis unter 3.000 Euro	Niedrig	Haupt- / Volks-schule	Lehre
266	60	W	Verwaltung	Sachsen-An-halt	Ostdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Hoch	Fachhochschul-reife	Hochschul- / Fachhoch-schulabschluss
267	48	W	Lehre, Erziehung	Baden-Württemberg	Westdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Hoch	Mittlere Reife	Hochschul- / Fachhoch-schulabschluss
269	63	M	Lehre, Erziehung	Nordrhein-Westfalen	Ostdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Mittel	Polytechnische Oberschule der DDR	Lehre
271	61	W	Gesundheitsbe-rufe	Sachsen	Westdeutsch	2.000 bis unter 3.000 Euro	Niedrig	Haupt- / Volks-schule	Lehre

ID	Alter	Geschlecht	Branche	Akt. Wohnort	Herkunft	Einkommen	Bildungsstand	Schul-abschluss	Beruflicher Abschluss
273	34	W	Transport, Logistik	Hamburg	Ostdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
275	43	M	Sonstige Dienstleistungen	Bayern	Westdeutsch	7.500 Euro und mehr	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
276	44	M	Gesundheitsberufe	Bayern	Westdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	(noch) kein Abschluss
277	58	M	Sonstige Dienstleistungen	Hessen	Westdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
278	62	M	Produktion / Verarbeitendes Gewerbe	Brandenburg	Ostdeutsch	1.500 bis unter 2.000 Euro	Mittel	Polytechnische Oberschule der DDR	Meister / Techniker
284	33	M	Handel	Hamburg	Sonstiges	5.000 bis unter 7.500 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
286	32	M	Lehre, Erziehung	Sachsen	Ostdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Anlernausbildung, berufliches Praktikum oder BVJ
287	35	W	Sonstige Dienstleistungen	Thüringen	Ostdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Hoch	Fachhochschulreife	Lehre
289	43	M	Transport, Logistik	Brandenburg	Ostdeutsch	5.000 bis unter 7.500 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre
291	26	M	Sonstiges	Baden-Württemberg	Sonstiges	bis unter 1.500 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
292	42	W	Lehre, Erziehung	Brandenburg	Ostdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
293	38	W	Sonstiges	Berlin	Ostdeutsch	bis unter 1.500 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre
294	37	M	Sonstiges	Bayern	Westdeutsch	7.500 Euro und mehr	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss

ID	Alter	Geschlecht	Branche	Akt. Wohnort	Herkunft	Einkommen	Bildungsstand	Schul-abschluss	Beruflicher Abschluss
297	48	W	Produktion / Verarbeitendes Gewerbe	Berlin	Ostdeutsch	2.000 bis unter 3.000 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
298	34	M	Lehre, Erziehung	Sachsen	Westdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
299	46	M	IT, Telekommunikation	Hessen	Westdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
300	28	W	Lehre, Erziehung	Nordrhein-Westfalen	Westdeutsch	2.000 bis unter 3.000 Euro	Hoch	Abitur	Lehre
301	29	W	Transport, Logistik	Hessen	Westdeutsch	5.000 bis unter 7.500 Euro	Hoch	Abitur	Lehre
302	45	W	Gesundheitsberufe	Thüringen	Ostdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre
304	43	M	Sonstige Dienstleistungen	Brandenburg	Ostdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Anlernausbildung, berufliches Praktikum oder BVJ
308	21	M	nicht erwerbstätig	Baden-Württemberg	Ostdeutsch	5.000 bis unter 7.500 Euro	Hoch	Abitur	(noch) kein Abschluss
309	43	M	Verwaltung	Niedersachsen	Westdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
311	25	M	nicht erwerbstätig	Mecklenburg-Vorpommern	Ostdeutsch	bis unter 1.500 Euro	Hoch	Abitur	(noch) kein Abschluss
312	23	M	Verwaltung	Sachsen	Westdeutsch	bis unter 1.500 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre
314	38	W	Transport, Logistik	Thüringen	Ostdeutsch	2.000 bis unter 3.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre
315	27	W	Lehre, Erziehung	Bayern	Westdeutsch	5.000 bis unter 7.500 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
316	39	W	nicht erwerbstätig	Niedersachsen	Westdeutsch	bis unter 1.500 Euro	Niedrig	Haupt- / Volkschule	Lehre

ID	Alter	Geschlecht	Branche	Akt. Wohnort	Herkunft	Einkommen	Bildungsstand	Schul-abschluss	Beruflicher Abschluss
319	62	W	Verwaltung	Sachsen	Ostdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Hoch	Fachhochschul-reife	Vorbereitungsdienst mittlerer Dienst
321	36	W	IT, Telekommunikation	Berlin	Ostdeutsch	3.000 bis unter 4.000 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
322	60	M	Produktion / Verarbeitendes Gewerbe	Brandenburg	Westdeutsch	5.000 bis unter 7.500 Euro	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
326	40	W	Transport, Logistik	Hessen	Westdeutsch	7.500 Euro und mehr	Hoch	Abitur	Hochschul- / Fachhochschulabschluss
336	38	M	Transport, Logistik	Sachsen	Ostdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre
338	48	M	Sonstige Dienstleistungen	Berlin	Ostdeutsch	4.000 bis unter 5.000 Euro	Mittel	Mittlere Reife	Lehre

Quelle: Eigene Darstellung.

---

Wir gehen Ihren Fragestellungen zu Wirtschaft, Politik und Sozialem auf den Grund.

WISSENSCHAFT.  
TRIFFT.  
PRAXIS.



INSTITUT FÜR ANGEWANDTE  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

*an der Universität Tübingen*

Schaffhausenstr. 73 · 72072 Tübingen

+49 7071 9896-0

[iaw@iaw.edu](mailto:iaw@iaw.edu)

[www.iaw.edu](http://www.iaw.edu)

<http://bitly.ws/zQCC>

